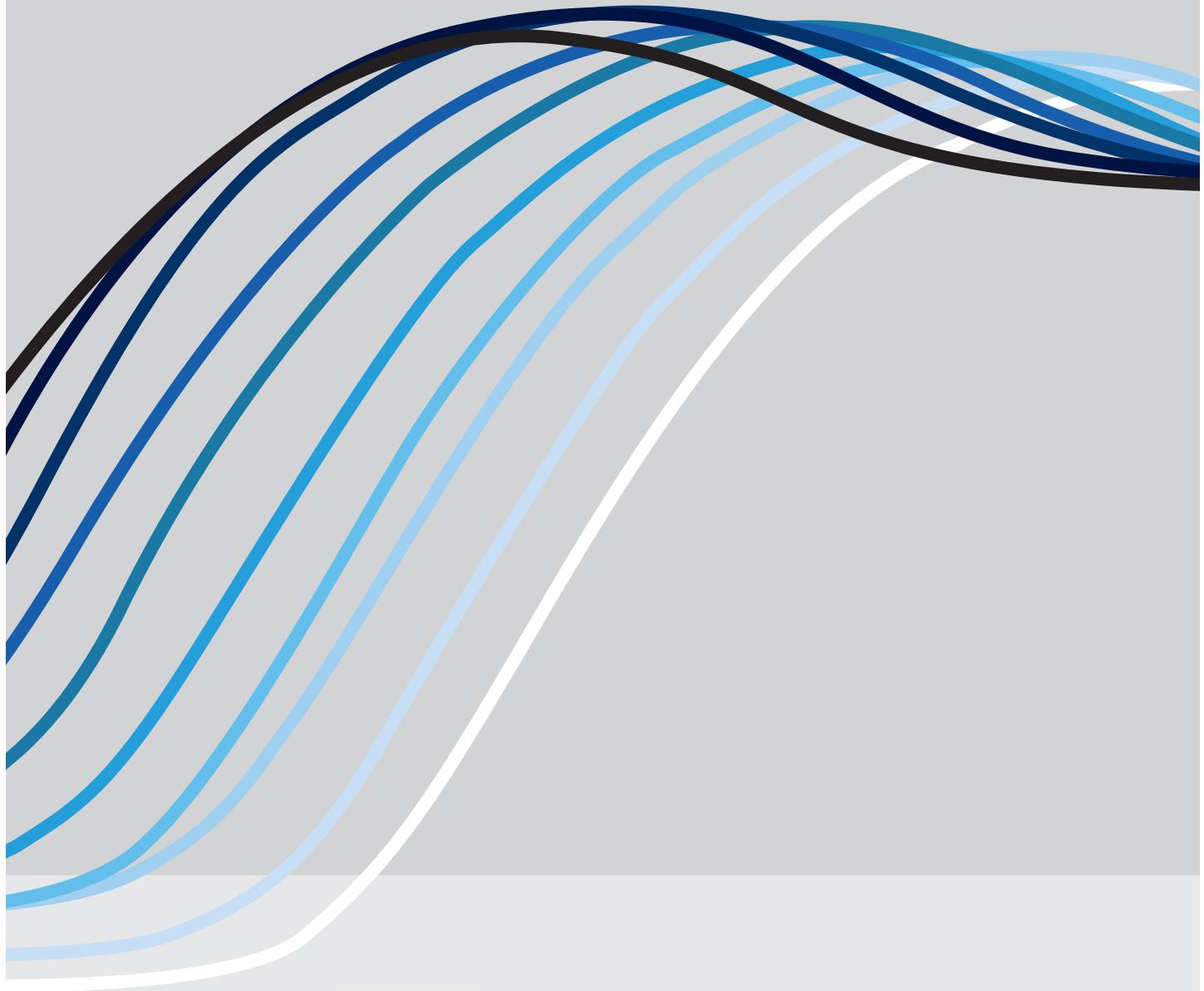


Bildung in Nürnberg 2011

Erster Bildungsbericht der Stadt Nürnberg



Bildung in Nürnberg 2011

Erster Bildungsbericht der Stadt Nürnberg

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Oberbürgermeisters	9
Einleitung	13
A Bildung im Spannungsfeld aktueller Rahmenbedingungen	17
1. Thematische Einführung	18
2. Zentrale Befunde	19
2.1 Demografische Entwicklung	19
2.2 Wirtschaft und Arbeit	23
2.3 Wandel der Familienformen und Lebenslagen	30
B Grundinformationen zur Bildung in Nürnberg	37
1. Thematische Einführung	38
2. Allgemeine Bildungsziele	38
3. Struktur des Bildungssystems	39
4. Bildungsstand, Bildungsabschlüsse und Bildungsbeteiligung	42
5. Bildungsausgaben	45
C Frühkindliche Bildung	51
1. Thematische Einführung	52
2. Zentrale Befunde	53
2.1 Kinder unter sechs Jahren in Nürnberg	53
2.2 Kinderarmut	55
2.3 Bildungsbeteiligung in den Einrichtungen frühkindlicher Bildung und der Tagespflege	55
3. Qualität der Kindertagesbetreuung	61
4. Eltern- und Familienbildung	63
5. Übergang in die Grundschule	65
6. Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen	66
D1 Allgemeinbildende Schulen	71
1. Thematische Einführung	72
2. Kontextrelevante Grundinformationen	73
2.1 Schülerprognosen	73
2.2 Schülerwanderungen über Gemeindegrenzen	75
2.3 Haushalte mit Kindern und SGB II-Bezug	76

3.	Schulische Rahmeninformationen	78
3.1	Schulen	78
3.2	Klassen	78
3.3	Schülerzahlen	80
3.4	Lehrkräfte nach Schulart, Alter und Migrationshintergrund	81
4.	Übergänge, Schulartwechsel und Wiederholungen im allgemeinbildenden Schulsystem	83
4.1	Einschulungen	83
4.2	Übergang vom Primarbereich zum Sekundarbereich I	84
4.3	Kleinräumige Betrachtung des Übergangsgeschehens	86
4.4	Schulartwechsel innerhalb des Sekundarbereichs I	87
4.5	Übergang vom Sekundarbereich I in den Sekundarbereich II (Gymnasium/Fachoberschule, 11. Jahrgangsstufe)	88
4.6	Wechsel an und aus Förderschulen	89
4.7	Klassenwiederholungen	89
5.	Schulabschlüsse und Schulleistungsuntersuchungen	93
5.1	Abgänger und Absolventen nach erreichten Schulabschlüssen	93
5.2	Abgänger und Absolventen von öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und öffentlichen Wirtschaftsschulen	94
5.3	Abgänger und Absolventen von öffentlichen beruflichen Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss	97
5.4	Schulleistungsuntersuchungen	97
6.	Inklusion	99
7.	Besondere Unterrichtsangebote und Förderung	100
7.1	Besondere Unterrichtsangebote	100
7.2	Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)	101
7.3	Pädagogisches Institut und Schulpsychologie (SPI)	101
7.4	„Die zweite Chance“	103
8.	Ganztägige Bildung und Betreuung	103
8.1	Ganztagschule	103
8.2	Tageseinrichtungen für Schülerinnen und Schüler	104
8.3	Mittagsbetreuung	106
9.	Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen	107
D2	Voruntersuchung: Non-formale Lernwelten im Schulalter	111
1.	Hinführung: Lernen im Schulalter außerhalb der Schule	112
2.	Orte, Formen und Zugänge zu non-formaler Bildung in Nürnberg	112
3.	Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg	116
4.	Jugendverbandsarbeit und bürgerschaftliches Engagement	118

5. Kulturelle Bildung	119
5.1 Projekte, Kooperationen und Ganztagschule	120
5.2 Erfahrungsfeld zur Entfaltung der Sinne	120
5.3 Kindertheater	120
5.4 Das Staatstheater – Schulplatzmieten	122
5.5 Kunst- und Kulturpädagogisches Zentrum der Museen in Nürnberg	123
5.6 Stadtbibliothek im Bildungscampus Nürnberg	124
5.7 Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und DoKuPäd	125
6. Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen	126
E Berufliche Bildung	129
1. Thematische Einführung	130
2. Zentrale Befunde	131
2.1 Demografische Aspekte	131
2.2 Ausbildungsanfänge – Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung	134
3. Duale Ausbildung – Ausbildungsmarkt, Angebots- und Nachfragerelation ...	140
3.1 Geschlechtsspezifische Differenzierung	140
3.2 Ausbildungsquote	141
3.3 Angebots-Nachfrage-Relation	142
3.4 Vertragslösung und Ausbildungsabbruch	143
4. Berufliche Schulen	144
4.1 Trägerschaft beruflicher Schulen in Nürnberg	144
4.2 Schulberufsausbildung	147
4.3 Berufsvorbereitende Angebote des Übergangssystems	148
5. Resultate beruflicher Bildung	150
5.1 Berufliche Abschlüsse	150
5.2 An beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse	151
6. Übergangsmangement Nürnberg	153
7. Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen	156
Schlussbetrachtung	160
Anhang	169
Weitere Abbildungen und Tabellen	170
Abbildungsverzeichnis	180
Tabellenverzeichnis	183
Literatur- und Dokumentenverzeichnis	184
Glossar	188

Vorwort des Oberbürgermeisters

Dr. Ulrich Maly

Mit „Bildung in Nürnberg 2011“ legt die Stadt ihren ersten Bildungsbericht vor. Die Darstellung rückt die lernenden Menschen in den Mittelpunkt. Es geht um die Bildungsbiografien der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt und um die Chancen und Angebote zur Entwicklung von Kompetenzen zur Gestaltung des eigenen Lebens. Bildung ist mehr als Schulbildung und Vorbereitung auf das Wirtschaftsleben, sondern hat sehr viel mit Selbstbestimmung und Persönlichkeitsstärkung zu tun, mit Muße, Emanzipation und Selbstbewusstsein. Der Begriff schließt insofern bildungsbiografisch die Familienbildung, die frühkindliche Bildung, die schulische und berufliche Bildung, die verschiedenen Formen non-formaler Bildung im Jugendalter, die Weiterbildung, die musische und die kulturelle Bildung ein. In all diesen Bereichen fällt der Kommune eine gestaltende Rolle zu. Sie ist, zusammen mit dem Bund und dem Land, wesentlicher Akteur eines Lernens vor Ort, das durch private Anbieter zusätzlich bereichert wird.

Die Aufgabe dieses im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ entwickelten Bildungsberichts kann mit einem Satz umrissen werden: „Bildung in Nürnberg 2011“ will nachzeichnen, welche Bildungsangebote die Bürgerinnen und Bürger jeden Alters in dieser Stadt wählen, welche Bildungswege sie beschreiten und welche Bildungserfolge sie erzielen. Dieses Beobachten, Analysieren, Nachverfolgen und Dokumentieren soll die empirisch gesättigte Grundlage für eine Reflexion der Bildungsprozesse darstellen. „Bildung in Nürnberg 2011“ spricht die pädagogischen Fachkräfte und die Politik, aber auch die Lernenden und die kritische Öffentlichkeit an. Damit ist der Bericht alles andere als ein Selbstzweck. Er liefert den Fachleuten in den Bildungsinstitutionen Informationen über den Bildungsprozess und einen Überblick über die Angebotslandschaft. Er verschafft den Politikerinnen und Politikern eine verlässliche Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen, damit aus den Daten schließlich auch Taten folgen können. Er dient aber auch der Information der Bürgerschaft und der aufgeklärten Debatte.

Wäre mit der Bildung alles zum Besten bestellt, brauchte es wahrscheinlich keinen Bildungsbericht. Tatsächlich bestätigt die vorliegende Untersuchung eine Entwicklung, die Politik und Verantwortliche im Bildungsbereich schon lange beschäftigt. Auch in Nürnberg hängen Bildungserfolg und soziale Herkunft eng voneinander ab. Anders ausgedrückt: Soziale Ungleichheit bewirkt ungleiche Bildungserfolge und reproduziert sich damit selbst. Diese ‚Vererbung‘ von sozialer Ungleichheit verstößt jedoch gegen ein Verständnis von Gerechtigkeit, das besagt, dass der Bildungserfolg der Kinder nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf. Das Ideal der solidarischen Stadtgesellschaft bezieht sich auf diesen Aspekt

von Gerechtigkeit und postuliert den gleichen Anspruch aller Bürgerinnen und Bürger auf Selbstentwicklung und demokratische Teilhabe. Dieser Anspruch wird gesichert durch ein System von Rechten und ist verbunden mit einem Katalog von Pflichten für ein Miteinander in wechselseitiger Anerkennung und gegenseitigem Respekt. Solidarität heißt abstrakt, dass soziale Ungleichheit, die sich im Wohlstand oder in der Armut der Eltern ausdrückt, nicht die Zukunft der Kinder determinieren darf; Solidarität heißt praktisch, dass der Bildungserfolg von Kindern nicht am fehlenden Mittagessen scheitern darf. Im Gegenteil: Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Aufnahme qualifizierter und einträglicher Berufspositionen und die Ausübung der Bürgerrechte. Sie fundiert ein Leben, das nicht von einer existenziellen Sorge um die Bewältigung des Alltags aufgezehrt wird, sondern Freiräume für die Entwicklung von Bürgersinn und für das öffentliche Engagement schafft. In der solidarischen Stadtgesellschaft werden die Chancen auf Bildung gewahrt und gepflegt, damit alle ihre Fähigkeiten kultivieren und ihre Interessen formulieren und vertreten können.

Der Bericht arbeitet an vielen Stellen heraus, wo die Bildungsergebnisse in Nürnberg noch nicht das erforderliche Maß erreicht haben und verbesserungsbedürftig sind. Er rückt den Sozialraum in den Fokus und zeigt auf, wo vermehrt Kinder unter sozialen Bedingungen aufwachsen, die den Lernerfolg beeinträchtigen können. Insofern bedeutet eine Bildungsinitiative auch immer Quartiers- und Stadtteilentwicklung. In den Analysen werden aber auch Nahtstellen und blinde Flecken im Bildungsprozess identifiziert. Beispielhaft seien hier die jeweiligen Übergänge vom Kindergarten in die Grundschule sowie von der Grundschule in die weiterführenden Schulen genannt.

Zugleich fördert der Bildungsbericht positive Trends in Nürnberg zutage. Belegt wird etwa die hohe Bildungsbeteiligung in den Kindertagesstätten. Nachgewiesen ist ein steter Trend hin zu höheren Schulabschlüssen, der einen hohen Grad an Motivation in unserer Stadt belegt. Es wird über ein städtisches berufliches Schulwesen berichtet, das weit in die Metropolregion und darüber hinaus ausstrahlt und Dienstleistungsfunktionen übernimmt. Schließlich führt der Bericht Daten über eine lebendige und innovative Kinder- und Jugendkultur zusammen und informiert über die in Nürnberg verankerte kulturelle Bildung. Aus den systematisch aufbereiteten Daten zur Inanspruchnahme von Bildungsangeboten und zu den Bildungserfolgen wird ebenfalls deutlich, dass die bildungspolitischen Anstrengungen des Stadtrats in der Vergangenheit an den richtigen Stellen angesetzt haben. Entschieden wurde der Ausbau der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung betrieben. Wegweisend sind die mit erheblichen finanziellen Belastungen für den städtischen Haushalt verbundenen Entscheidungen für die gebundene Ganztagsbildung in allen Schultypen von der Grundschule über die Haupt- und Realschule und das Gymnasium bis hin zum Berufsvorbereitungsjahr an den beruflichen Schulen. Beispielhaft zu nennen sind auch die gemeinsam mit Stiftungen unternommenen Anstrengungen, bei dem Programm MuBiKiN musikalische Bildung für Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten und Grundschulen zu fördern und

die Teilhabe an der kulturellen Bildung zu sichern. Wiederholt zeigt der Bericht: Es tut sich etwas in Nürnberg und es geht dabei in die richtige Richtung.

Besonders wichtig ist uns zudem, dass der Bildungsbericht die Bildungsangebote nicht isoliert präsentiert, sondern als Bereiche eines gesamten Spektrums in den Blick fasst. Damit bestärkt er die in der Aachener Erklärung des Deutschen Städtetags im November 2007 eingenommene Position, die den eigenständigen Beitrag der Kommunen im Bildungswesen hervorhebt. Seit einigen Jahren treiben der Deutsche Städtetag und der Bayerische Städtetag unter den Stichworten Bildungsgerechtigkeit und Qualitätsentwicklung das Anliegen voran, die lange Zeit geschiedenen Bildungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Weiterbildung, kulturelle Bildung und die Angebote des Sports zu vernetzen. Hinter dem Konzept einer „kommunalen Bildungslandschaft“ steht die Vision, die Angebote des Lernens vor Ort als sich ergänzende Teile eines Ganzen zu begreifen. Mit diesem Anliegen verbindet sich dann ganz praktisch, dass sich Kindergärten und Schulen abstimmen, Eltern am Lernen ihrer Kinder teilhaben, Ganztagschulen Kooperationen mit Sportvereinen und der Musikschule eingehen, Lehrkräfte mit ihren Schülerinnen und Schülern die Museen und Archive als außerschulische Lernorte entdecken, Unternehmen den Lernort Betrieb für Praktika bereitstellen, Erwachsene in der Volkshochschule weiterlernen und Menschen in der beruflichen und nachberuflichen Phase durch Verantwortungsübernahme im Ehrenamt das Lernen in der Stadt fördern. Denn erst durch die Abstimmung der Akteure und das Zusammenwirken von Institutionen und Bürgerschaft qualifiziert sich die Vernetzung. Das Miteinander in gegenseitiger Anerkennung der Bürgerinnen und Bürger und das engagierte Mitwirken tragen die solidarische Stadtgesellschaft und bewirken, dass das Recht auf Bildung gelebt wird und die Kultur des Lernens ihren Ort hat.

Einleitung

Bildungsberichterstattung hat als Aufgabe die kontinuierliche, indikatorengestützte Information der Öffentlichkeit über die Rahmenbedingungen und Grundlagen des Bildungswesens, über Prozessmerkmale und Prozessqualitäten sowie über Ressourcen, die erzielten Ergebnisse und über Wirkungen. Sie bildet das Bildungsgeschehen hinsichtlich einer Bezugsgröße, etwa eines Landes, einer Region oder einer Stadt, ab, regt die Reflexion der pädagogischen Prozesse an und liefert datengestützte Grundlagen für bildungspolitische Diskussionen und Entscheidungen.

Der vorliegende Bildungsbericht präsentiert einen überschaubaren, systematischen und regelmäßig aktualisierbaren Satz statistischer Kennziffern (Indikatoren) zur Bildung in Nürnberg, die jeweils für ein zentrales Merkmal von Bildungsprozessen bzw. einen aussagekräftigen Aspekt von Bildungsqualität stehen. Ihm liegt ein an der Bildungsbiografie orientierter Bildungsbegriff zugrunde, der das Lernen im gesamten Lebenslauf in den Blick fasst. Eingeführt werden nicht nur Indikatoren für die formale Bildung, d. h. das Lernen in organisierten Ausbildungsgängen zur Erlangung von zertifizierten Bildungsabschlüssen. Vielmehr bietet der Bericht auch statistische Kennziffern an, die sich auf non-formale Bildungsangebote, also auf das Lernen außerhalb von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen und ohne das Ziel anerkannter Abschlüsse, sowie auf das informelle Lernen als das nicht didaktisch organisierte und oftmals auch nichtintentionale Lernen in alltäglichen Lebenszusammenhängen beziehen. Dabei belässt er es nicht bei einer Beschreibung, sondern kommentiert und offeriert der Politik sowie den Leserinnen und Lesern Handlungsempfehlungen.

Schließlich bietet er ein Verweissystem mit Glossar, das methodische Erläuterungen **M** und Definitionen **D** wiedergibt und verwendete Abkürzungen erklärt.

In **Kapitel A** werden die wichtigsten Rahmenbedingungen für Bildung diskutiert, da sie wesentlichen Einfluss auf Bildungsziele und -prozesse haben. In **Kapitel B** werden – ausgehend von einer allgemeinen Definition von Bildung – das in Nürnberg anzutreffende Bildungssystem, die Indikatoren für Bildungsstand und Bildungsbeteiligung sowie die aktuellen städtischen Bildungsausgaben und Zuschüsse dargestellt. Die folgenden Kapitel widmen sich nacheinander der Binnenstruktur des Bildungswesens mit den Bereichen Frühkindliche Bildung (**C**), Allgemeinbildende Schulen (**D1**) und Non-formale Lernwelten im Schulalter (**D2**) sowie Berufliche Bildung (**E**). Durchgängig legt der Bericht einen besonderen Fokus auf Indikatoren, die das Thema Bildungsgerechtigkeit berühren. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Befunde, verschiedene Anhänge und das Glossar runden die Darstellung ab.

Die Präsentation dieser Indikatoren und Ausführungen in Buchform darf nicht darüber hin-

wegtäuschen, dass es sich bei diesem Bildungsbericht um einen Werkstattbericht handelt. Zwar befasst sich die vorliegende Darstellung in Analogie zu anderen Bildungsberichten mit allen für junge Menschen relevanten Bildungsbereichen. Wichtige Felder wie die Weiterbildung und das Lernen im Erwachsenenalter, das Lernen an den Hochschulen Nürnbergs sowie das kulturelle Lernen sind, was die datengestützte Darstellung mittels Indikatoren und Kennziffern angeht, für nahezu jeden Bildungsbericht Neuland. Aus pragmatischen Gründen wird deshalb eine vertiefte Behandlung zurückgestellt, diese ist aber für den Folgebericht vorgesehen. Eine wichtige Differenzierung, die Verteilung nach Geschlechtern, wird durchgehend behandelt, aber nur dort kenntlich gemacht, wo es merkliche Abweichungen zwischen den Merkmalen „männlich“ und „weiblich“ gibt.

Die Berichterstattung hatte sich zudem einer Fülle von methodischen Herausforderungen zu stellen. So mussten gelegentlich unterschiedliche Bezugsjahre akzeptiert werden, die sich aus variierenden Erhebungszeiträumen, differierenden Erhebungsmethoden und abweichenden Definitionen für die zugelieferten Daten ergeben. Ein Mangel bleibt, dass das wichtige Merkmal Migrationshintergrund, soweit überhaupt verwendet, sogar in amtlichen Statistiken unterschiedlich angewandt wird. Nicht alle Daten, die für die öffentlichen Schulen vorliegen, werden vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und dem Kultusministerium für die privaten Schulen verfügbar gemacht. Aber auch die Daten aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik weichen wie die der amtlichen Schulstatistik immer wieder von den Werten der städtischen Geschäftsbereiche ab, da aufgrund oft nur in Kleinigkeiten abgewandelter Erfassungsparameter die Zahlenwerte doch – wenn auch meist nur geringfügig – differieren. Schließlich liegen den praktischen Interessen verfolgenden Geschäftsstatistiken unterschiedliche Grundgesamtheiten zugrunde, so dass intensive Nachfragen und neue Verabredungen für ein abgestimmtes Vorgehen teilweise notwendig sind und bereits angegangen werden.

Der vorliegende Bildungsbericht nimmt in diesen methodischen Fragen grundsätzlich eine „konservative“ Haltung ein und notfalls Lücken in Kauf: Er stützt sich in aller Regel auf amtliche Daten und zieht es vor, auf die Darstellung eines Indikators zu verzichten, wenn das verfügbare Datenmaterial sich nicht eindeutig auf den ausgewiesenen Indikatorenkatalog beziehen lässt. Es muss hier aber erwähnt werden, dass der sich gleichsam im Hintergrund vollziehende Verständigungsprozess über Erhebungsverfahren und Aussagekraft von Datenbeständen von eminenter Wichtigkeit ist. In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, den Statistischen Landesämtern im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ und dem Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, aber auch mit städtischen Dienststellen, werden Klärungsprozesse initiiert und durchgeführt. So können in wichtigen Punkten Vereinbarungen erzielt werden, die den Grad an Übereinstimmung erhöhen und die künftige Arbeit aller Partner erleichtern. Dabei fördert die zielorientierte und aufgeschlossene Diskussion der methodischen Probleme die innerstädtische, inter-

institutionelle und interdisziplinäre Zusammenarbeit und festigt bereits bestehende Kooperationen. Bildungsberichterstattung selbst ist damit ein Lernprozess, der an mehr als einem Ort stattfindet.

Der vorliegende Bericht ist in regem Gedankenaustausch mit den Bildungsexpertinnen und -experten des Nürnberger Bildungsbeirats sowie den Programmpartnern im Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ entstanden. Für die kollegialen Aussprachen gibt es einen guten Grund: Um ein so ambitioniertes Unterfangen wie einen kommunalen Bildungsbericht zu schultern, bedarf es vielfältiger Unterstützung und fundierter Auseinandersetzung mit – sollen doch den Daten Taten folgen – dem Ziel möglichst hoher Akzeptanz. Allen, die diesen Bericht im Entstehungsprozess kritisch begleitet und gefördert haben, gilt deshalb ein ganz herzlicher Dank.

Ein erster Dank richtet sich an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das mit seinem Programm „Lernen vor Ort“ die Bildungsberichterstattung in Nürnberg angestoßen hat sowie finanziell und ideell unterstützt, und an den Programmträger Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) für die inhaltliche Begleitung in den Programmforen und kompetente formale Abwicklung des Programms „Lernen vor Ort“. Großer Dank gebührt aber auch dem städtischen Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth für die interessierte Zusammenarbeit und kollegiale Unterstützung. Dem Vorhaben aufgeschlossen begegnet sind das Statistische Bundesamt, das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung sowie die Agentur für Arbeit, die zahlreiche Anfragen zügig beantwortet haben. Auch die Geschäftsbereiche und Dienststellen der Stadt Nürnberg waren mit Datenlieferungen und erschöpfenden Auskünften intensiv an der Erstellung des Berichts beteiligt. Koordiniert wurden die Abstimmungen innerhalb der Stadtverwaltung im Arbeitskreis „Bildungsberichterstattung“, den Mitgliedern aus allen mit Bildung befassten Geschäftsbereichen sei für ihre Mitarbeit herzlich gedankt. Stellvertretend für die zahlreichen nichtstädtischen Partner, die in großer Zahl zum Erfolg dieses Unterfangens „Bildungsbericht“ beigetragen haben, sei den freien Kindertheatern „Mummpitz“ und „Pfütze“, dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt (KJR) sowie dem Staatstheater Nürnberg gedankt. Sie, wie auch die nicht einzeln Genannten, haben Geschäftsstatistiken und andere Informationen freigiebig zur Verfügung gestellt und unsere Nachfragen mit freundlicher Kompetenz beantwortet.

Einen besonderen Dank gilt es den Mitgliedern des Bildungsbeirats der Stadt Nürnberg für ihre überaus wichtigen Beiträge auszusprechen. Diese Bildungsexpertinnen und -experten der Stadtgesellschaft haben die Entstehung des Bildungsberichts begleitet, die ihnen vorgelegten Einzelkapitel kommentiert, ihr Fachwissen und ihr Urteil eingebracht und mit zahlreichen konstruktiven Hinweisen und Vorschlägen wesentlich zum Gelingen beigetragen.



A

**BILDUNG
IM SPANNUNGSFELD
AKTUELLER
RAHMENBEDINGUNGEN**

1. Thematische Einführung

Bildungspolitisch steht Nürnberg vor großen Herausforderungen. Dies zeigt der hier vorliegende, indikatoren gestützte Bericht über Bildung innerhalb der Stadt (für eine begriffliche Klärung von Bildung und Bildungssystem siehe Kap. B2.1). In vergleichender Perspektive macht diese Untersuchung zum einen deutlich, dass Nürnberg in Hinblick auf die Bildungsergebnisse in vieler Hinsicht hinter den Ergebnissen anderer Großstädte in Bayern zurückbleibt. Um den Fachkräftebedarf in der Stadt decken zu können, werden im Bildungssektor zukünftig zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen sein. Zum anderen verdeutlicht der Bericht, dass es eine Gerechtigkeitslücke gibt, d. h. dass insgesamt gesehen die Kinder bestimmter Bevölkerungsgruppen überdurchschnittliche oder unterdurchschnittliche Chancen haben, einen höherwertigen Bildungsabschluss zu erlangen.

Bei allen Bildungsprozessen in der Stadt geht es um Ausgestaltung gesetzlicher Vorgaben und politischer Rahmensetzungen mit aktuell gültigen Bildungs- und Erziehungskonzepten. Auch allgemeine gesellschaftliche Prozesse spielen dabei eine Rolle, denn die Stadt ist Wohnort, Wirtschaftsstandort und Ort kultureller Begegnung zugleich. Dementsprechend setzen Faktoren wie der demografische Wandel und die globale wirtschaftliche Entwicklung mit ihren Auswirkungen auf Unternehmenspolitiken und den regionalen Arbeitsmarkt die Rahmenbedingungen für Bildungsprozesse in der Stadt. Zudem reagiert das Bildungssystem auf gesellschaftliche Trends wie die Steigerung der individuellen Mobilität, auf den erforderlichen Spagat bei der Vereinbarkeit zwischen Familie und Berufstätigkeit sowie auf ein erweitertes Spektrum an Werten und Zielvorstellungen.

Großstädte sind *per se* „Orte der Integration und Zuwanderung, denn sie bieten offene Arbeitsmärkte und offene Sozialstrukturen“.¹ Auch Nürnberg ist in den vergangenen Jahrzehnten durch Zuwanderung pluralistischer geworden. Lebensentwürfe, Bildungs- und Arbeitsbiografien sind heute vielfältiger, das Miteinander bunter und toleranter. Zugleich müssen wir erkennen, dass die Zahl von Menschen in prekären Lebensverhältnissen gestiegen ist, die kleinräumige Segregation ausgeprägter ausfällt, historisch gewachsene, verwandtschaftlich und räumlich verbundene Nachbarschaften von eher anonymen, entlokalisierten und gleichzeitig grobmaschigen Netzwerken abgelöst werden.

Die angedeuteten Rahmenbedingungen und die dynamischen Entwicklungen bestimmen die Bildungsinteressen der Menschen in unserer Stadt mit. In diesem Kapitel werden die wichtigsten Daten zu den Bereichen Wirtschaft und Arbeit präsentiert. Ein Augenmerk liegt auf den in Nürnberg erkennbaren Stärken, es soll aber auch deutlich gemacht werden, welche Bedarfe sich für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und Arbeitsmarktes abzeichnen und welche Ressourcen zu deren Deckung zur Verfügung stehen.

2. Zentrale Befunde

2.1 Demografische Entwicklung

2.1.1 Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur

Während in vielen Regionen und Städten Deutschlands eine schrumpfende Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen ist, kann Nürnberg insgesamt auf einen positiven Trend verweisen (**Abb. A-1**). Die Zahl der mit Hauptwohnsitz gemeldeten Einwohnerinnen und Einwohner ist zwischen 2000 und 2010 von 482 099 auf 497 949 (Stichtag jeweils 31.12.) und damit um 3,3% gestiegen.²

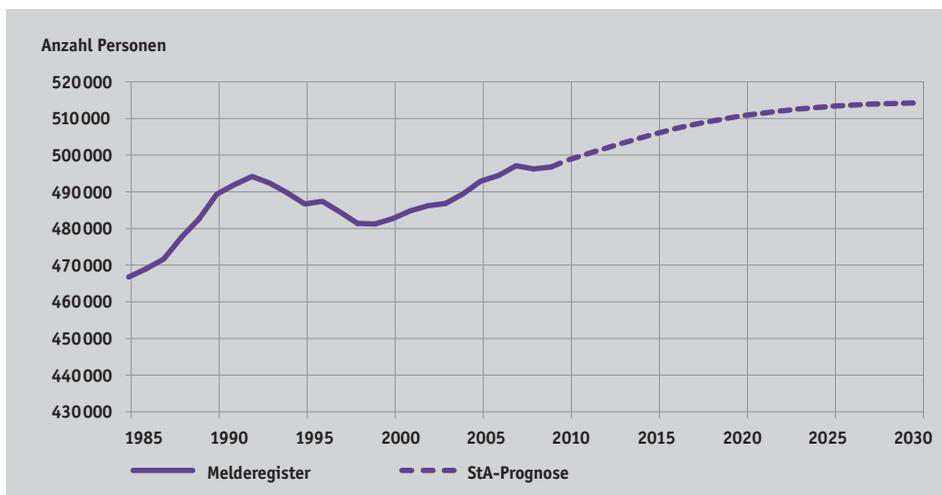


Abb. A-1: Bevölkerungsentwicklung in Nürnberg 1985 bis 2009 und Prognose bis 2030

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Einwohnermelderegister und SIKURS

Die positive Entwicklung der Einwohnerzahl ist vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen (**Abb. A-2**): Erstens geht seit einigen Jahren die Abwanderung junger Familien ins Umland zurück. Offenbar wirkt sich hier die Politik der Stadt aus, günstigeres Bauland zur Verfügung zu stellen. Zweitens ist eine „gestiegene Zuwanderung von jungen Menschen“, die in Nürn-

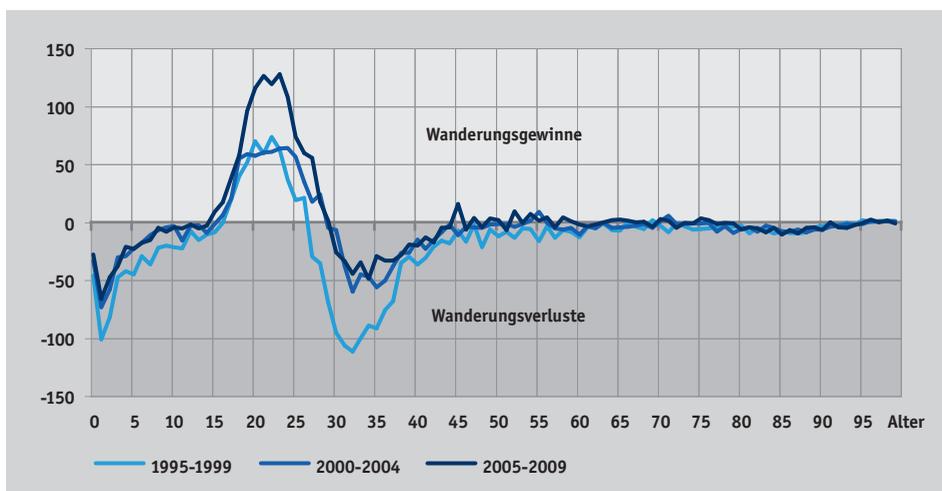


Abb. A-2: Wanderungssalden der Stadt Nürnberg gegenüber der Industrieregion Mittelfranken nach Alter, 1995 bis 2009

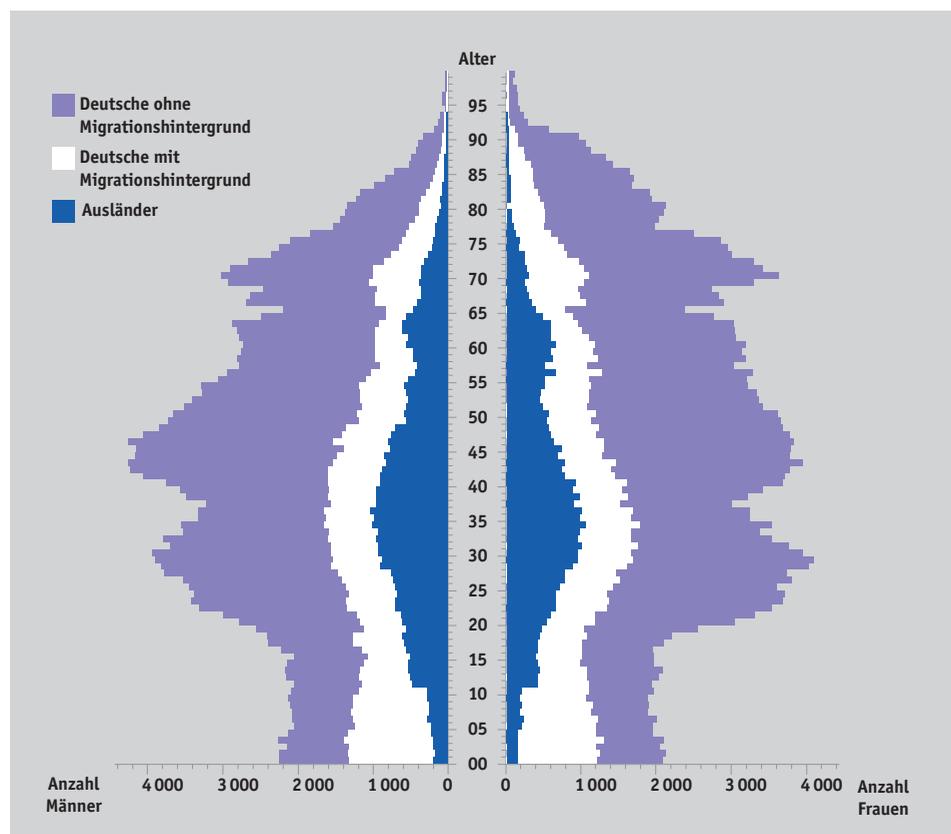
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

berg ihre Ausbildung verfolgen oder ins Erwerbsleben eintreten, ausschlaggebend. Drittens ist auf den Faktor Zuwanderung und dabei nach 1990 insbesondere Zuwanderung durch Spätaussiedler **D** zu verweisen.

Bei einem prognostizierten Gesamtzuwachs von 2,2% bis 2025 wird sich der angesprochene Trend vermutlich über die nächsten eineinhalb Jahrzehnte fortsetzen. Damit kann die Einwohnerentwicklung Nürnbergs im Vergleich zu Bayern auch für die Zukunft als etwas günstiger und in Relation zur bundesdeutschen Prognose als deutlich positiver eingeschätzt werden. Das auch in Nürnberg – zuletzt geringer werdende – aber weiterhin bestehende Geburtendefizit³ wird durch eine für die Stadt positive Wanderungsbilanz zumindest bis 2030 mehr als ausgeglichen.⁴

Eine Betrachtung der Einwohnerinnen und Einwohner nach Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund **D** (**Abb. A-3**) verdeutlicht, dass sich trotz der beschriebenen positiven Prognosen die großen Trends des demografischen Wandels – niedrige Geburtenraten und deutliche Zunahme der älteren Menschen – auch in Nürnberg niederschlagen werden: Die sogenannte Bevölkerungspyramide ist nicht mehr länger eine Pyramide, sondern stellt sich aktuell als Pilz dar. Deutlich wird auch die höhere Lebenserwartung der Frauen in den Altersgruppen ab 75 Jahren. Markant sind zudem der hohe Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung unter 10 Jahren (vgl. Kap. C 1) sowie der starke Anstieg in der Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen, der auf ein positives Wanderungssaldo

Abb. A-3:
Einwohner mit Hauptwohnsitz
Nürnberg nach Geschlecht,
Migrationshintergrund und
Alter, 2010



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Einwohnermelderegister und MigraPro .

zurückgeführt werden kann (vgl. Kap. E 1). Ursachen und damit verbundene Herausforderungen werden in den Kapiteln C und E eingehender betrachtet. Es wird sich erweisen, inwieweit die relativ hohe Zahl der Ausländer im Alter zwischen 30 und 40 Jahren ein zusätzliches Einbürgerungspotenzial darstellt.

Den Vorausrechnungen der Wohnbevölkerung Nürnbergs ist auch zu entnehmen, dass in den nächsten zwei Jahrzehnten von stabilen Schülerzahlen auszugehen ist. Auf den ersten Blick handelt es sich dabei um ein Paradoxon, denn nach der koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung des Bundes und der Länder wird die Zahl junger Menschen bis 25 Jahren (die Hauptadressaten der Bildungsmaßnahmen) in Nürnberg langfristig leicht zurückgehen – wenn auch in geringerem Maße als in Bayern oder im Bund (**Abb. A-4**). Stellt man in Rechnung, dass der Trend eindeutig in Richtung einer höheren schulischen Qualifizierung und Hochschulzugangsberechtigung geht, nimmt bei einer konstanten Zahl junger Menschen im Schulalter die gesamte Beschulungszeit aller und damit die Schülerzahl zu. Mit anderen Worten: Der leichte Rückgang an Menschen im Alter bis 25 Jahren dürfte in Nürnberg durch einen längeren Verbleib an den Schulen aufgehoben werden.

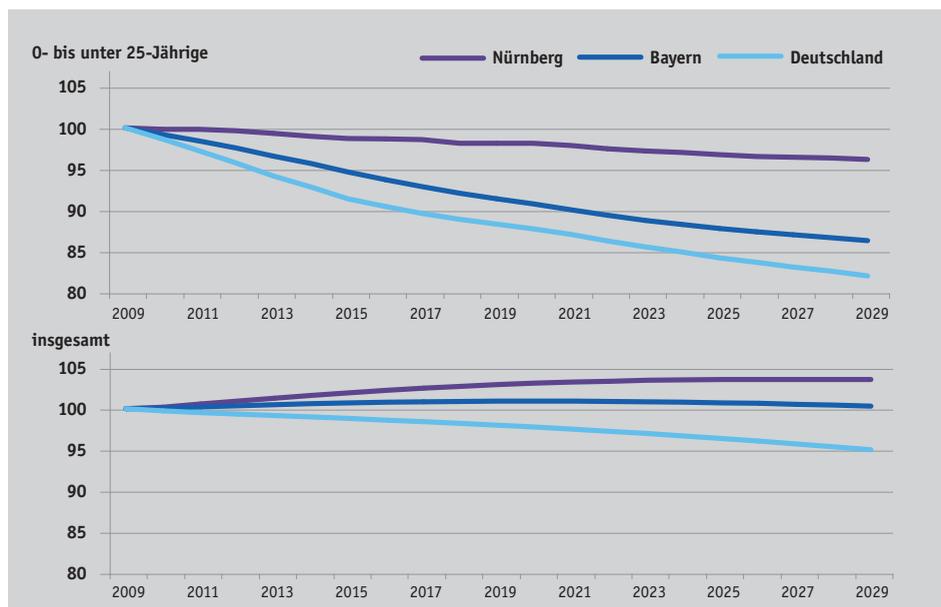


Abb. A-4:
Bevölkerungsprognose
für Nürnberg, Bayern und
Deutschland, 2009 bis 2029
(Index 2009 = 100)

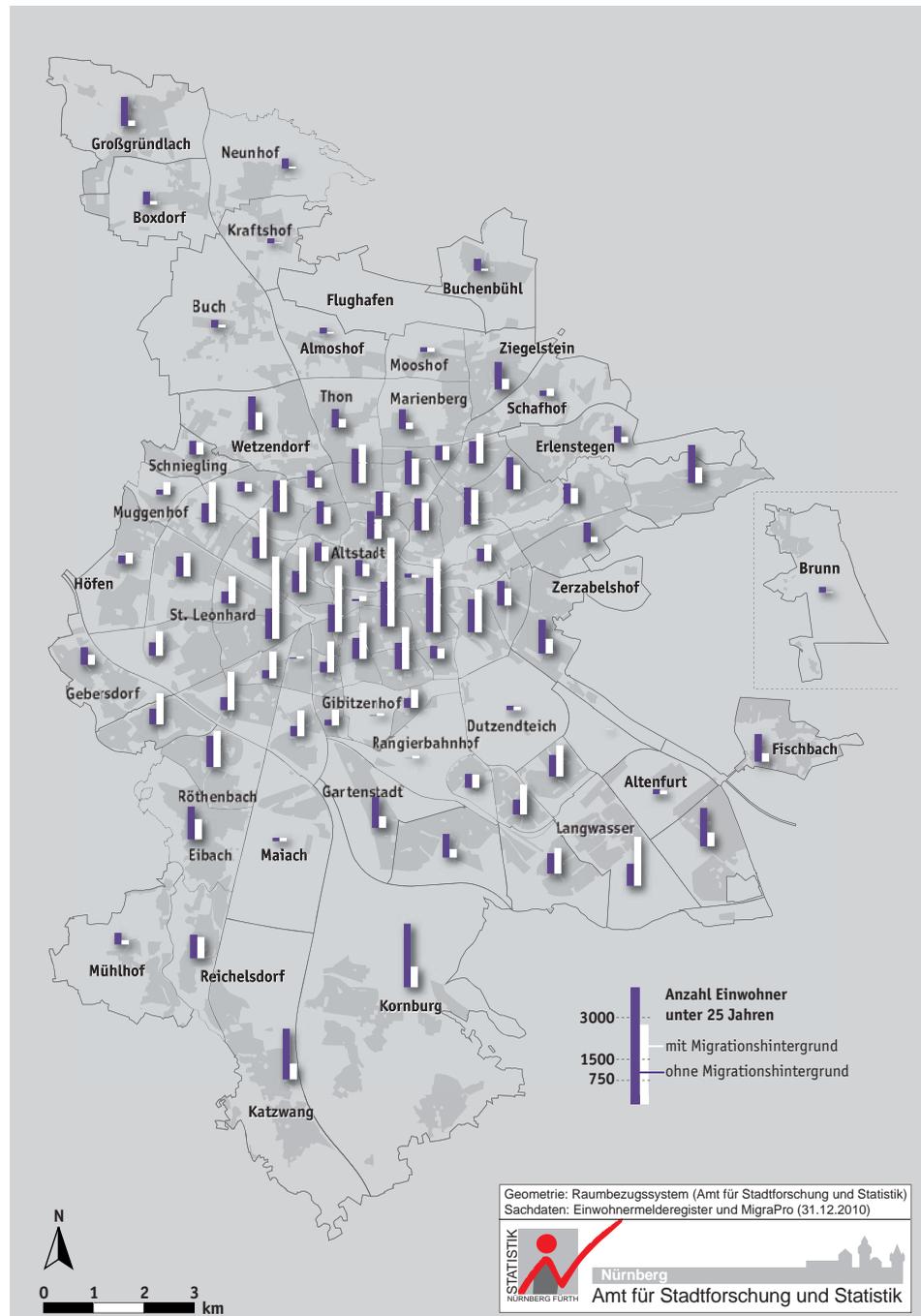
Quelle: Deutschland:
12. Koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung des Bundes und der Länder; Nürnberg, Bayern: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Wird bei den Schülerzahlprognosen nach den einzelnen bildungsrelevanten Altersgruppen unterschieden, so erweist sich der Datenwert für Kinder im Elementar- und Primarbereich – also im Vorschul- und Grundschulalter – als gleichbleibend. Ähnliches gilt für den Sekundarbereich, also der Altersgruppe der Zehn- bis unter 16-Jährigen. Hier wird ebenfalls ein nur geringfügiger, für die Planung eher zu vernachlässigender Rückgang prognostiziert. Im Sekundarbereich II der 16- bis unter 19-Jährigen sind etwas stärkere Rückgänge zu erwarten, die allerdings wiederum deutlich geringere Werte annehmen als im Landes- bzw. Bundesdurchschnitt.

2.1.2 Internationalisierung der städtischen Gesellschaft

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die ökonomische und kulturelle Produktivität eines Gemeinwesens durch qualifizierte Zuwanderung generell steigt.⁵ Insofern ist ein wachsender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ein Kennzeichen für eine lebendige und attraktive Großstadt. Nürnberg zählt zu den Zentren mit einem der höchsten

Abb. A-5:
Einwohner unter 25 Jahren
nach Migrationshintergrund in
Nürnberg, 31.12.2010



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth.

Bevölkerungsanteile von Einwohnern mit Migrationshintergrund in Deutschland. Etwa ein Drittel aller Einwohner hat eine eigene oder familiäre Migrationserfahrung. Das Verfahren MigraPro **M** lässt es seit einigen Jahren zu, neben der ausländischen auch die deutsche Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund zahlenmäßig zu erfassen.

Der Bericht des Einwohneramtes über Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund in Nürnberg⁶ gibt zum Stichtag 31.12.2010 eine Zahl von 85 928 Ausländerinnen und Ausländern an, die mit Hauptwohnsitz in Nürnberg gemeldet sind. Die größte Ausländergruppe bilden türkische Staatsangehörige mit 19 425 Personen. Es folgen griechische Staatsangehörige mit 8 228 und italienische mit 5 856 Personen. Bürgerinnen und Bürger aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, die noch über einen Pass des ehemaligen Staates Serbien-Montenegro verfügen, bilden zusammen mit den Staatsangehörigen der beiden Republiken Serbien-Kosovo und Montenegro in Nürnberg momentan eine Gruppe von ca. 5 400 Menschen.

Die Zuwanderung von Spätaussiedlern in den neunziger Jahren hat zu einer starken Zunahme deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund **D** geführt. Mit der Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts und des Geburtsortsprinzips ist außerdem der Anteil ausländischer Kinder in der Altersgruppe bis zu zehn Jahren gesunken und der Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe entsprechend deutlich gestiegen.⁷ Außerdem wurden seit dem Jahr 2005 insgesamt 9 157 Menschen eingebürgert.

Menschen mit Migrationshintergrund sind in Nürnberg nicht gleichmäßig über alle Wohngebiete der Stadt verteilt. Und wie andernorts existieren im Stadtgebiet Quartiere mit unterschiedlicher sozialräumlicher Struktur **M** (siehe **Abbildung A-1A** im Anhang), denen sich verschiedene Merkmale wie Haushaltseinkommen, Altersstruktur, Lebensstil oder ethnische Zugehörigkeit zuordnen lassen. Allerdings gilt es zu beachten, dass solche Merkmale häufig korrespondieren und nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Maßgeblich für die Wahl des Wohnviertels sind Miet- und Immobilienpreise im Stadtteil und auch weitere Faktoren wirken sich auf die Entscheidung aus: Wie gut ist der Arbeitsplatz zu erreichen, gibt es ein passendes Angebot an Bildung und Kultur, existieren im Wohnviertel bereits verwandtschaftliche, freundschaftliche oder auch kulturelle Verbindungen.⁸ **Abbildung A-5** lässt im Stadtraum Nürnberg kleinräumige Konzentrationen von Menschen mit Migrationshintergrund erkennen. Junge Menschen mit Migrationshintergrund oder Nachkommen von Personen mit Migrationshintergrund (unter 25 Jahren) leben verstärkt in den nördlichen, westlichen und südlichen Innenstadtrandgebieten sowie in den südwestlichen Gebieten um St. Leonhard/Schweinau, aber auch in Röthenbach und Langwasser. Dabei handelt es sich überwiegend um Wohnviertel mit hoher Bevölkerungsdichte, Blockbebauung bzw. hohem Altbaubestand.

2.2 Wirtschaft und Arbeit

2.2.1 Wirtschaftsstruktur und -entwicklung

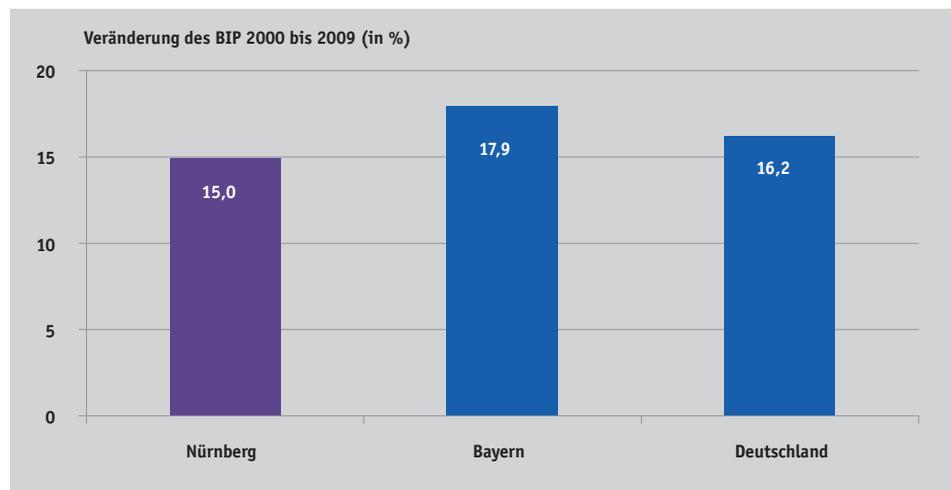
Die wirtschaftliche Situation einer Kommune wirkt sich auf das Bildungsniveau der Erwerbstätigen aus und steckt den Rahmen für finanzielle Spielräume in der Bildungspolitik ab. Mittlerweile entkoppeln sich Wirtschaft und Wirtschaftsentwicklung zunehmend von räumlichen Zusammenhängen. Insbesondere die Globalisierung bringt – vor dem Hintergrund der neuen gesellschaftlichen Prioritäten z. B. im Umweltschutz, in der Energiewirtschaft und in Bezug

auf innovative Technologien – Veränderungen mit sich, die sich in der Region ökonomisch auswirken. Für wettbewerbsorientierte Unternehmen verändern sich die Standortfaktoren permanent. Die Bildungspotenziale an einem Standort erlangen unter diesen Bedingungen mehr und mehr an Gewicht, aber auch die vorherrschende Lebensqualität spielt hier eine Rolle, weil sie hoch qualifizierte Arbeitskräfte anzieht und bindet. Dazu zählen u. a. Bildungs- und Weiterbildungsangebote, Dichte und Vielfalt des kulturellen Lebens sowie Maßnahmen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen.⁹

Der Wirtschaftsstandort Nürnberg steht – wie andere Kommunen auch – in einer großen Veränderungsdynamik im Zuge globaler und nationaler Trends und konzentriert sich deshalb unter anderem auf den nachhaltigen Ausbau dienstleistungs- und wissensorientierter Wirtschaftszweige. Trotz zusätzlicher Belastungen wie z. B. die Insolvenz des ortsansässigen großen Arbeitgebers Arcandor (ehem. Karstadt-Quelle) mit wirtschaftlichen Konsequenzen für eine Vielzahl an Zulieferbetrieben vor Ort, konnte die Stadt ihre Position im Gefüge der großen deutschen Wirtschaftsstandorte halten.¹⁰ Nach der Einschätzung großer Unternehmen profitiert Nürnberg aktuell von der Erholung der Industrieproduktion im Besonderen und dem konjunkturellen Aufschwung im Allgemeinen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP M) misst die gesamte Produktion von Waren und Dienstleistungen nach Abzug der Vorleistungen und kann, bezogen auf eine Region, als Indikator für die wirtschaftliche Leistung gelten, die aus der regionalen Produktivität resultiert. Das BIP in Nürnberg ist seit 2000 um 15 Prozentpunkte gestiegen. Dies liegt 1,2 Prozentpunkte unter dem gesamtdeutschen Wert und 2,9 Prozentpunkte unter dem bayerischen Landesdurchschnitt (**Abb. A-6**).

Abb. A-6:
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2000 bis 2009



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Für die Darstellung der Wirtschaftsleistung in Relation zur Einwohnerzahl ergibt sich ein durchschnittliches BIP je Einwohner, das als Wohlstandsindikator für eine Stadt oder eine Region interpretiert werden kann. Hier ergibt sich für Nürnberg ein Wert von über 45 000 € pro Kopf (**Abb. A-7**), der damit deutlich über den bayerischen (33 897 im Jahr 2009) und bundesdeutschen (29 278 im Jahr 2009) Vergleichszahlen liegt. Einschränkend muss angemerkt werden, dass überdurchschnittliche Werte typisch sind für Ballungszentren mit hohen Einpendlerzahlen, die in Nürnberg bei über 50% liegen.

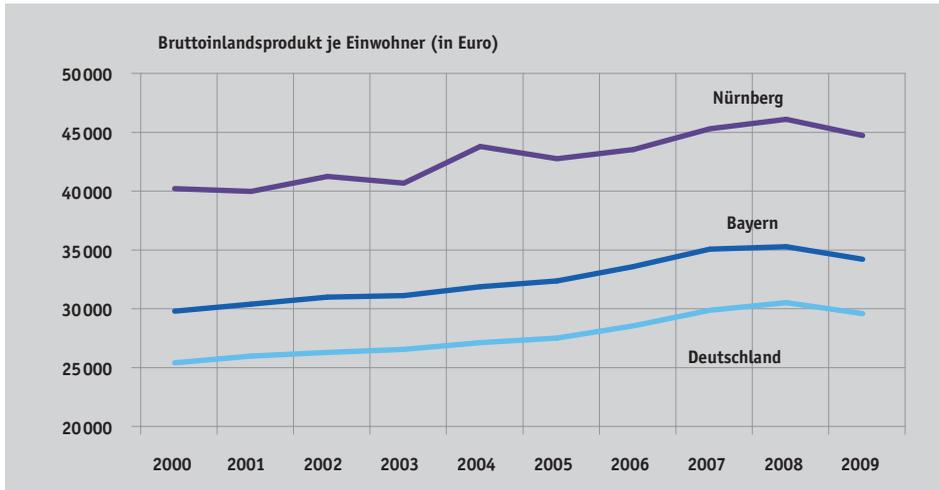


Abb. A-7: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2000 bis 2009

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

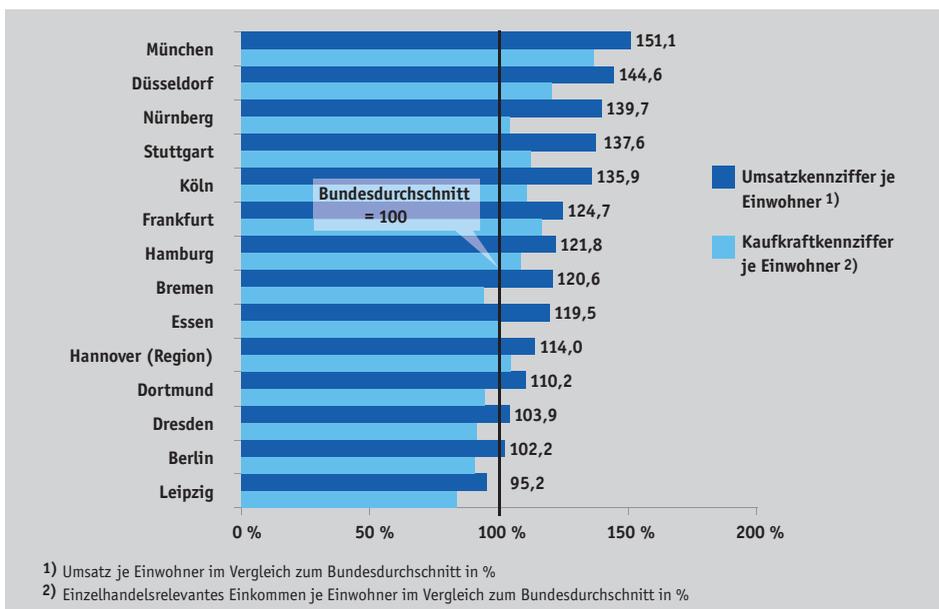


Abb. A-8: Einkaufszentralität im Städtevergleich, 2011

Quelle: GfK Basiszahlen.

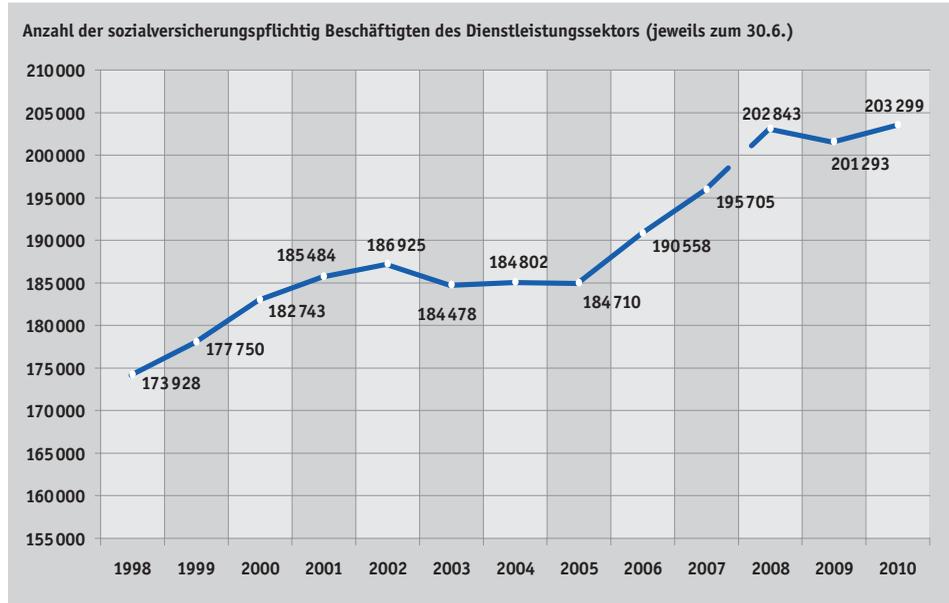
Die von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ermittelten Einzelhandelsumsatzkennziffern zeigen im Vergleich bundesdeutscher Großstädte die hohe Bedeutung, die Nürnberg als Oberzentrum in Nordbayern genießt. Der Umsatz je Einwohner liegt erheblich über dem Bundesdurchschnitt und ist um 36 Prozentpunkte höher als die Kaufkraft pro Einwohner (Abb. A-8). Sie sprechen für den Stellenwert Nürnbergs als Handelszentrum in der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN) und zeugen vom Potenzial der Stadt auf dem Gebiet des Handels und der Dienstleistungen.

Insgesamt hat die Beschäftigung im Dienstleistungssektor bis zuletzt weiter zugenommen und ist gegenüber 1998 um 29 366 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gewachsen (Abb. A-9). Im Jahr 2010 umfassen die Dienstleistungen in Nürnberg 203 294 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Dabei verlieren die produktionsbezogenen Berufe an

Abb. A-9:
Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigtenzahlen in Nürnberg, 1998 bis 2010

Anmerkung: Ab 2008 liegt der Abbildung die „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)“ zugrunde. Durch die Umstellung ergaben sich zum Teil erhebliche Änderungen bei der Zusammensetzung der WZ-Abschnitte. Daher sind die Werte ab 2008 nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.



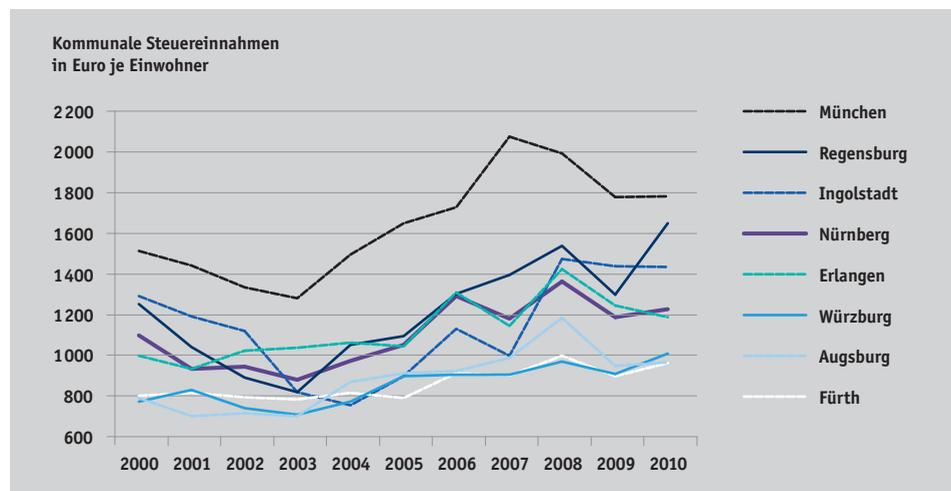
Bedeutung, während vor allem in den sekundären Dienstleistungsberufen mit weiteren Beschäftigungsgewinnen zu rechnen ist. Die Metropolregion Nürnberg ist besonders aktiv im Gesundheits- sowie Sozialwesen und zeichnet sich auch durch einen hohen Anteil an Betrieben im Bereich Erziehung und Unterricht aus. Als Folge steigt der Bedarf an Personen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulausbildung weiter an, während für Ungelernte die Arbeitsmarktchancen schwinden.¹¹

2.2.2 Steuereinnahmen

Die kommunalen Steuereinnahmen beeinflussen die Handlungsspielräume des städtischen Haushalts, in dem auch Ausgaben für Bildung enthalten sind. Sie geben im Vergleich von Städten und Regionen einen Eindruck von der Finanzstärke einer Kommune und sind eine

Abb. A-10:
Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner und Jahr im bayerischen Großstadtvergleich, 2000 bis 2010

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.



bedeutende Kennzahl, die bei Entscheidungen in der kommunalen Bildungsplanung zu berücksichtigen sind. **Abbildung A-10** zeigt die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen der bayerischen Großstädte seit dem Jahr 2000 und verdeutlicht, dass aufgrund der seit 2004 günstigeren Wirtschaftsentwicklung die Steuereinnahmen je Einwohner in allen Städten zunächst stark anstiegen. Dann aber bewirkte die globale Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007/2008 vorübergehend eine Stagnation oder sogar einen Einbruch der kommunalen Haushaltseinnahmen. Dies gilt besonders für München, dessen Pro-Kopf-Einnahmen trotz Einbußen aber immer noch deutlich über anderen bayerischen Großstädten liegen. Die Steuereinnahmen entwickelten sich in Nürnberg bis 2006 relativ günstig, schwankten jedoch in den Folgejahren aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Daten für 2010 weisen für die Stadt Nürnberg wieder eine leichte Verbesserung aus.

2.2.3 Beschäftigungs- und Qualifikationsstrukturen

Eine der zentralen Anforderungen an das Bildungssystem besteht darin, dass es den Zukunftsanforderungen, die sich aus der Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts ergeben, gerecht wird. Es muss auf Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und in der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten reagieren und zugleich vorausschauen, welche Erwerbsstrukturen und damit verbundene Qualitätsanforderungen an die Beschäftigten in Zukunft zu erwarten sind.¹²

Der Anteil der Nürnberger sozialversicherungspflichtig Beschäftigten **D** (ohne Beamte, freie Berufe und Selbständige) in höheren Qualifikationsstufen (Fachhoch- und Hochschulniveau) ist in den letzten zehn Jahren um etwa 3 Prozentpunkte gestiegen; diese Entwicklung ist damit etwas besser als in Bayern und Deutschland insgesamt verlaufen. Angesichts des steigenden Bedarfs an hochqualifizierten und qualifizierten Fachkräften, der, wie zuvor beschrieben, auch in Nürnberg anhalten wird, muss die Weiterentwicklung dieser Gruppen verstärkt vorangetrieben werden.

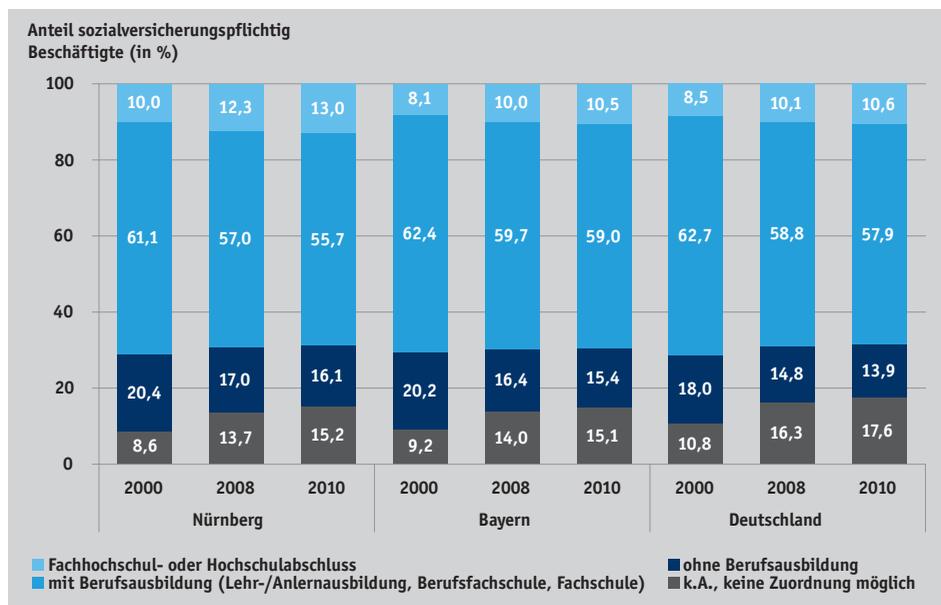


Abb. A-11: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) nach Berufsausbildung in Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2000 bis 2010 (jeweils 30.6.)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Alle verfügbaren Daten weisen darauf hin, dass sich der Strukturwandel hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft in der ehemaligen Industrieregion Nürnberg stetig und dynamisch vollzieht. Für diesen Trend sprechen vor allem die Zuwachsraten bei den mit einem Viertel aller Beschäftigten besonders stark vertretenen unternehmensbezogenen Dienstleistungen sowie den sonstigen und privaten Dienstleistungen. Der Beschäftigungssektor Öffentlicher Dienst konnte auch in den Jahren 2008 bis 2010 weiter zulegen.

Tab. A-1:
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) nach Wirtschaftsabschnitten in Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2008 und 2010 (jeweils 30.6.)

Wirtschaftsabschnitt	Nürnberg			Bayern			Deutschland		
	2008	2010	Veränderung 2010 gegenüber 2008 (in %)	2008	2010	Veränderung 2010 gegenüber 2008 (in %)	2008	2010	Veränderung 2010 gegenüber 2008 (in %)
Land- und Forstwirtschaft; Bergbau (A, B)	810	901	+11,2	31 309	31 936	+2,0	312 202	310 866	-0,4
Produzierendes Gewerbe (C - F)	64 341	60 310	-6,3	1 627 937	1 571 496	-3,5	8 550 625	8 324 289	-2,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr (G - I)	64 886	62 048	-4,4	1 007 733	1 014 238	+0,6	6 248 666	6 256 932	+0,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe (K)	17 125	16 845	-1,6	182 102	184 014	+1,0	990 439	998 424	+0,8
Unternehmensbezogene Dienstleistungen (J, L, M, N)	64 449	65 090	+1,0	651 348	683 892	+5,0	4 358 048	4 444 467	+2,0
Öffentliche Verwaltung (O, U)	16 756	17 032	+1,6	227 909	231 056	+1,4	1 668 254	1 703 825	+2,1
Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen (P - T)	39 627	42 284	+6,7	789 294	850 987	+7,8	5 321 622	5 668 189	+6,5
Insgesamt	268 000	264 515	-1,3	4 518 801	4 567 987	+1,1	27 457 715	27 710 487	+0,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

2.2.4 Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote ist ein wichtiger Indikator für die Arbeitsmarktsituation einer Region **M**. Im Zeitverlauf stellt sie ein Abbild der konjunkturellen Schwankungen dar und sagt etwas über strukturelle wirtschaftliche Stärken und Schwächen einer Region aus.

Die Situation am Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Attraktivität einer Region sind zwei Hauptgründe für den Zuzug oder die Abwanderung von Menschen aus einer Stadt. Nürnberg weist im Vergleich zu Bayern und anderen Bundesländern seit Jahren eine positive Wanderungsbilanz auf (siehe oben) und konnte daher strukturelle Defizite auf dem Arbeitsmarkt zum Teil ausgleichen. Die Arbeitslosenquoten Nürnbergs lagen jedoch knapp über dem Bundesdurchschnitt und im Niveau etwa doppelt so hoch wie in Bayern.

Dies ist typisch für Ballungsräume. Im Jahr 2010 befand sich Nürnberg mit 8,5% im unteren Mittelfeld der Großstädte und wies eine geringere Quote aus als Berlin (13,6%), Dortmund (13%), Bremen (11,1%), Köln (10,1%) und Düsseldorf (9,5%), aber eine höhere Quote als Hamburg (8,2%), Frankfurt a. M. (7,9%), Stuttgart (6,4%) und München (5,6%).¹³

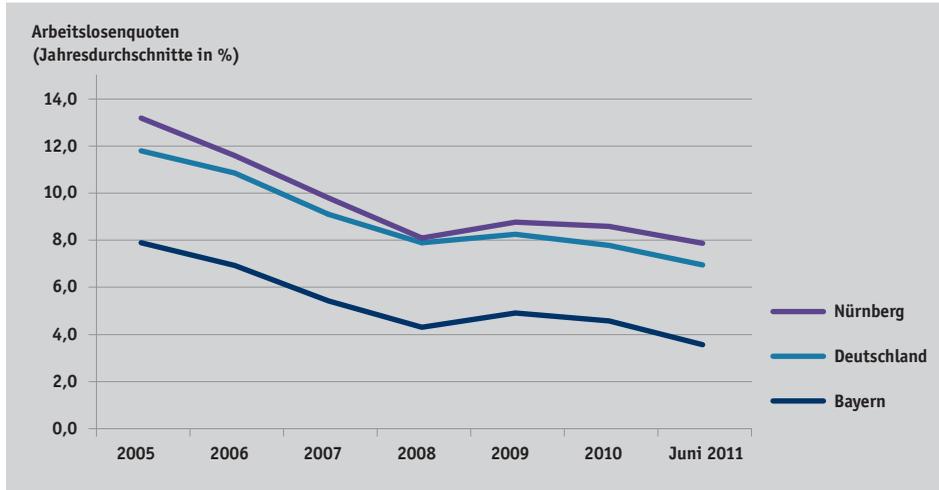


Abb. A-12:
Arbeitslosenquote in Nürnberg,
Bayern und Deutschland,
2005 bis 2011

Quelle: Bundesagentur für
Arbeit.

Der Vergleich der Arbeitslosenquoten in Nürnberg, Bayern und im Bund zeigt, dass die Stadt nach dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 dem positiven Trend der relativ günstigen Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland und im Freistaat nur unterproportional folgen konnte. Nach einem stetigen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Jahren bis 2008 betrug die Arbeitslosenquote in der Stadt Nürnberg im Juni 2011 7,8% und war damit gegenüber dem durchschnittlichen Jahreswert 2008 um 0,2 Prozentpunkte gesunken. In der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt wird ergänzend zur Arbeitslosigkeit auch die weiter gefasste Unterbeschäftigung dargestellt. In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) gelten, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsförderung teilnehmen oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus sind.¹⁴ Die gesamte Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) lag in der Stadt Nürnberg im Juni 2011 bei 10,9%.¹⁵ Die Arbeitsmarktregion Nürnberg sieht sich also immer noch strukturellen Herausforderungen gegenüber, wie an der um 4,3 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote abzulesen ist. Dies trifft auf alle, aber insbesondere auf die hier besonders interessierende Bevölkerungsgruppe junger Menschen unter 25 Jahren zu. Das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit hängt nicht nur ab von der Situation am Arbeits- und Ausbildungsmarkt sowie von den wirtschafts- und sozialstrukturellen Gegebenheiten einer Region, sondern wird maßgeblich auch vom Qualifikationsniveau junger Menschen bestimmt. Unter den Arbeitslosen unter 25 Jahren in Nürnberg finden sich überproportional viele ohne Hauptschul- oder Ausbildungsabschluss (ca. 60%). Sowohl ausländische Jugendliche als auch die SGB II-Leistungsberechtigten („Hartz IV-Empfänger“) sind in dieser Gruppe überdurchschnittlich stark vertreten. Zwei Drittel der Arbeitslosen unter 25 Jahren in Nürnberg sind SGB II-Empfänger, d. h. in der Regel längerfristig arbeitslos und schwieriger zu vermitteln. Im zwischenstädtischen Vergleich lag Nürnberg 2010 mit 8,5% auch bei diesem Wert im Mittelfeld der Großstädte: Berlin (13,8%), Dortmund (12,1%), Bremen (19,4%) und Köln (8,7%) hatten höhere, Frankfurt a. M. (7,5%), Hamburg (7,1%), Düsseldorf (6,6%), Stuttgart (4,3%) und München (4,2%) niedrigere Prozentsätze zu verzeichnen.¹⁶

Allgemeine Beschäftigungsentwicklung

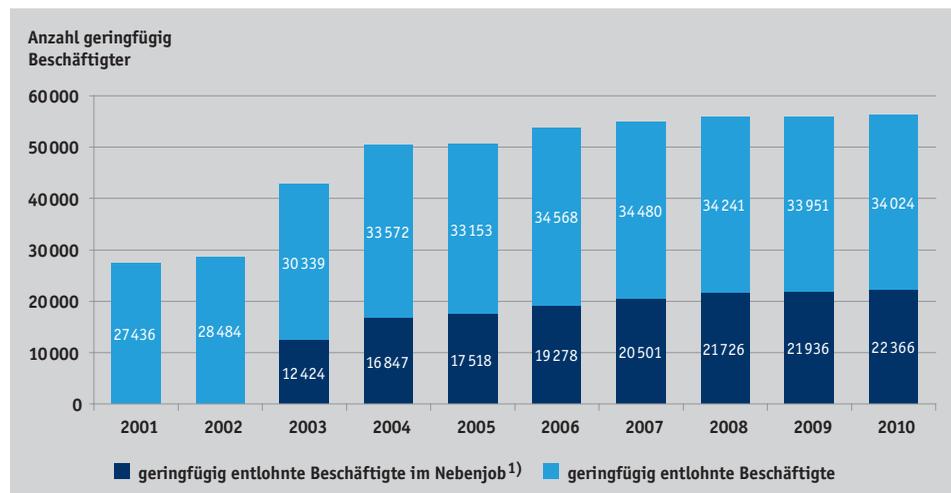
Der Anteil der Nürnberger Beschäftigten (ohne Beamte, freie Berufe und Selbstständige) in höheren Qualifikationsstufen (Fachhoch- und Hochschulniveau) ist in den letzten zehn Jahren um etwa drei Prozentpunkte gestiegen. Verglichen mit Bayern und Deutschland fällt dieser Wert positiv aus, liegt im Verhältnis zu anderen Metropolen und Ballungsräumen jedoch unter dem Durchschnitt. Nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird bis 2020 bei den höheren Qualifikationen ein Plus von mindestens sechs Prozentpunkten notwendig sein, um den Bedarf zu decken.¹⁷ Diese Herausforderung muss im Lichte der bereits beschriebenen demografischen Entwicklung gesehen werden. Allein aufgrund der absehbaren Abnahme in der Erwerbsbevölkerung ist der Ersatzbedarf an qualifizierten Personen in Nürnberg als hoch einzuschätzen.

Weiterer Handlungsdruck entsteht dadurch, dass die Arbeitslosigkeit in Nürnberg mit verfestigten Strukturen bei schlecht ausgebildeten Langzeitarbeitslosen, einer auch andernorts zu beobachtenden abnehmenden Arbeitsplatzsicherheit und einer Zunahme geringfügig entlohnter Beschäftigter einhergeht.

Abb. A-13:
Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte in Nürnberg, 2001 bis 2010 (jeweils 30.6.)

¹⁾ Wird erst ab 2003 von der Bundesagentur für Arbeit erfasst.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.



2.3 Wandel der Familienformen und Lebenslagen

2.3.1 Familien- und Lebensformen

Die Formen des privaten Zusammenlebens wandeln sich, werden vielfältiger und lösen das traditionelle Modell von Ehe und Familie mehr und mehr ab. Familien sind Gemeinschaften von Männern und Frauen, Männern und Männern, Frauen und Frauen, die gemeinsam oder alleine mit Kindern leben. Sie sind eigenständige Bildungsorte, in denen wesentliche Erziehungs-, Sozialisations- und Bildungsprozesse ablaufen. Auch in Nürnberg haben sich die Lebens- und Familienformen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, in den letzten Jahrzehnten verändert. Mehr und mehr Kinder und Jugendliche wachsen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, bei Alleinerziehenden oder in sogenannten Patchwork-Familien auf. Abzulesen sind diese Entwicklungen an veränderten Haushaltsgrößen und -strukturen, an hohen Ehescheidungszahlen und der damit verbundenen Zunahme der Zahl der Alleinerzie-

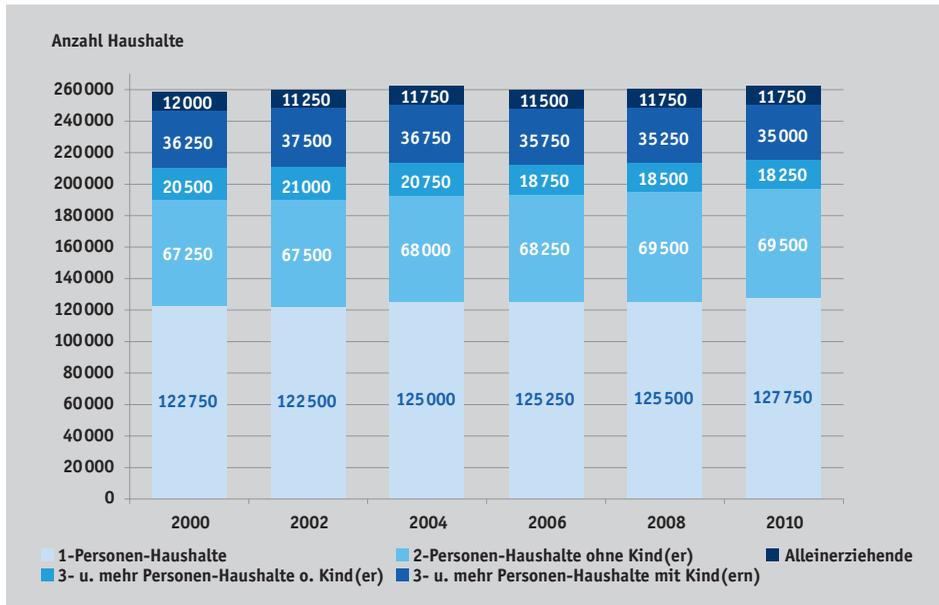


Abb. A-14:
Entwicklung der Nürnberger Haushalte nach Haushaltstypen, 2000 bis 2010

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik; Einwohnermeleregister und HHGEN

henden, an der gesunkenen Geschwisterzahl oder an dem jetzt höheren Alter der Erstelternschaft.¹⁸

Trotz gleichbleibender Einwohnerzahl ist die Anzahl der Haushalte in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Knapp die Hälfte der 262 250 Haushalte sind Single-Haushalte, weitere 87 250 sind Zwei- und mehr Personenhaushalte ohne Kinder. Die Zahl der Drei- und mehr Personen-Haushalte mit Kindern ist seit dem Jahr 2000 um 1 250 auf 35 000 gesunken und die Zahl der Haushalte von Alleinerziehenden beträgt knapp 12 000. Im Jahr 2010 lebten nur noch in 17,8% der Nürnberger Haushalte Kinder. Auch wenn sich diese Entwicklung vermutlich nicht mit der Geschwindigkeit der letzten vier Jahrzehnte fortsetzt, ist eine Umkehrung ebenso wenig zu erwarten. Sowohl die zunehmende Zahl älterer (und überwiegend in Ein- oder Zwei-Personen-Haushalten lebenden) Menschen als auch die Individualisierungstendenzen nachwachsender Generationen sprechen für eine Fortsetzung dieses Trends.

Die Startposition der Kinder wird jedoch nicht nur von der Familienstruktur, sondern auch von den sozioökonomischen Verhältnissen der Familien bestimmt. Die damit verbundenen Chancen und Risiken bestimmen das Maß an Unterstützung, das die Eltern den Kindern mitgeben können.

2.3.2 Lebens- und Risikolagen

Risiken, existenzielle Sorgen und Stresssituationen häufen sich bei Menschen mit geringen Ressourcen. Familien mit Kindern, insbesondere Alleinerziehende, sind in Nürnberg wie in Deutschland insgesamt in höherem Maße von Armut betroffen als Einzelpersonen oder Paare ohne Kinder.

Haushalte, die Leistungen nach SGB II beziehen, und somit auch die in ihnen lebenden Kinder, werden als arm definiert. Darüber hinaus gelten diejenigen Haushalte als einkommensarm, deren Einkommenshöhe weniger als 60% des Medianeinkommens aller Haushalte in

Deutschland ausmacht. Das Armutsrisiko steigt mit der Anzahl der Kinder im Haushalt und sinkt mit zunehmendem Alter des jeweils jüngsten Kindes.¹⁹ Das Armutsrisiko für Kinder steigt außerdem, wenn sie in Haushalten von Alleinerziehenden leben, ihre Eltern einen Migrationshintergrund haben, über niedrige Bildungsabschlüsse verfügen und bzw. oder unzureichend oder auch gar nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind. Für diese Kinder gilt, dass zwar ihre Grundbedürfnisse über die verschiedenen Transferleistungen abgedeckt werden können, im Bereich sozialer und kultureller Teilhabe jedoch Defizite bestehen,²⁰ die sie in ihren persönlichen Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten einschränken und die häufig mangels ausreichenden „materiellen, sozialen, kulturellen und symbolischen Kapitals“²¹ der Eltern durch diese nicht ausgeglichen werden können.

Tab. A-2:
Quoten der Versorgung mit
SGB II-Leistungen bezogen
auf Haushalte und Einwohner
in Nürnberg, 2006 bis 2010
(jeweils 31.12.)

Jahr	Quoten (Anteile der ... an ...)						
	Bed.-gem. an den Haushalten insg.	Bed.-gem. mit Kind(ern) an HH mit Kind(ern)	Personen in Bed.-gem. an den Einw. insg.	Alleinerz. ELB an den ELB insg.	Alleinerz. ELB an allen Alleinerz.- HH	ELB 15-<25 J. an den Einw. 15-<25 J. -Männer-	ELB 15-<25 J. an den Einw. 15-<25 J. -Frauen-
2006	10,8	18,8	10,9	11,8	39,9	11,8	12,8
2007	10,2	18,1	10,3	12,5	39,3	11,0	12,2
2008	9,7	17,1	9,5	14,6	42,5	9,5	11,6
2009	10,3	17,9	10,1	13,8	42,7	10,8	12,0
2010	10,1	17,3	9,8	14,2	41,9	10,1	11,6

Abkürzungen:
Bed.-gem. =
Bedarfsgemeinschaft;
ELB = erwerbsfähige
Leistungsberechtigte,
HH = Haushalt

Quelle: Bundesagentur für
Arbeit; Einwohnermelde-
register und HHGEN .

Die Situation von Menschen, die nach SGB II leistungsberechtigt sind, lässt sich (zum Stand Dezember 2010) folgendermaßen skizzieren: Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 und der damit verbundenen gestiegenen Arbeitslosigkeit ist die in **Tab. A-2** aufgeführte Quote der SGB II-Leistungsberechtigten im Jahr 2009 gestiegen und nach der Entspannung am Arbeitsmarkt 2010 wieder geringfügig zurückgegangen. Der Anteil der leistungsberechtigten Bedarfsgemeinschaften **D** mit Kindern, bezogen auf alle Haushalte mit Kindern in Nürnberg, betrug 17,3% (2006: 18,8%). Nahezu jeder fünfte Haushalt mit Kindern in Nürnberg war auf Grundsicherungsleistungen nach SGB II angewiesen und damit einem Armutsrisiko ausgesetzt. Dabei waren Alleinerziehende besonders stark betroffen.²² Die SGB II-Quote ist bei den 15- bis 25-jährigen Nürnbergern und Nürnbergerinnen ebenfalls vergleichsweise hoch. Sie beträgt bei Männern 10,1%, bei Frauen 11,6%.

Aber auch Familien, deren Einkommen nur knapp über der Grenze für einen SGB II-Bezug liegt, gelten als armutsgefährdet. Der Bezug von Kinderzuschlag und Wohngeld gibt Auskunft über die Anzahl dieser Haushalte. Den Kinderzuschlag erhalten Eltern ohne Anspruch auf SGB II-Leistungen für Kinder, für die sie Kindergeld beziehen, solange eine bestimmte Höchstgrenze des Familieneinkommens nicht überschritten wird, die Kinder unverheiratet sowie unter 25 Jahre alt sind und im elterlichen Haushalt wohnen. Außerdem darf das Einkommen und Vermögen der Eltern eine bestimmte Höchstgrenze nicht überschreiten.

Der Bedarf der Familie muss ferner zusammen mit dem Kinderzuschlag und ggf. dem Wohngeld gedeckt sein. Einkommen und Vermögen der Kinder werden auf den Kinderzuschlag angerechnet.²³ Im August 2010 erhielten im Familienkassenbezirk Nürnberg²⁴ 881 Familien Kinderzuschlag.²⁵ Seit dem Jahr 2009 nahm die Anzahl der Kinderzuschlagsberechtigten²⁶ von 743 auf 881 zu. Wohngeld bezogen in Nürnberg Ende Januar 2010 insgesamt 6 382 Haushalte, darunter 2 812 Haushalte mit mindestens einem Kind.²⁷

Für die Bundesrepublik ist im Vergleich mit anderen OECD-Staaten ein besonders deutlicher Zusammenhang zwischen der Sozialschichtzugehörigkeit der Familien und dem von ihren Kindern erreichten Lernstand in den Basiskompetenzen nachgewiesen. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, in welchem hohem Maße die kulturelle und kommunikative Praxis in den Familien von der Sozialschichtzugehörigkeit abhängt.²⁸

- ¹ Hartmut Häußermann, Walter Siebel, Stadtsoziologie, Frankfurt a. M. 2004, S. 194.
- ² Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Einwohnermelderegister.
- ³ Zuletzt betrug das Geburtendefizit in Nürnberg jährlich 812 Personen. Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth, Statistischer Monatsbericht, Juni 2010, ersch. 08/2010.
- ⁴ Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth, Statistischer Monatsbericht, Dezember 2010, ersch. 01/2011.
- ⁵ Grundsätzlich dazu der Bericht zum Kongress „Zuwanderer in der Stadt – Perspektiven sozialräumlicher Integration“ vom 28./29. September 2006 in Nürnberg, veröffentlicht als Schader-Stiftung u. a. (Hg.), Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“, Darmstadt 2007.
- ⁶ Quelle aller folgenden Zahlen: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund in Nürnberg. Bericht des Einwohneramtes in der Kommission für Integration am 14.7.2011, S. 5-25.
- ⁷ Der Anteil von Menschen mit dem Status Ausländer betrug 2010 17,3%, der Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund lag bei 22,2%. Quelle: Stadt Nürnberg, Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund in Nürnberg, S. 22.
- ⁸ Häußermann, Siebel, Stadtsoziologie, S. 157-161.
- ⁹ Dietrich Fürst, Regional Governance, in: Arthur Benz (Hg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden 2004, S. 47; Stadt Nürnberg, Bericht zur „Kultur- und Kreativwirtschaft in der Europäischen Metropolregion Nürnberg“, Nürnberg 2010.
- ¹⁰ Stadt Nürnberg (Hg.), Wirtschaftsbericht 2009, S. 3, http://www.nuernberg.de/imperia/md/wirtschaft/dokumente/wiv/stadt_nuernberg_wirtschaftsbericht_2009_fuer_web.pdf#page=9.
- ¹¹ Markus Hummel, Angela Thein, Gerd Zika, Der Arbeitskräftebedarf nach Wirtschaftszweigen, Berufen und Qualifikationen bis 2025 * Modellrechnungen des IAB, in: Robert Helmrich, Gerd Zika (Hg.), Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025 (= Berichte zur beruflichen Bildung), Bielefeld 2010, S. 81-102.
- ¹² Lutz Bellmann u. a., Betriebliche Aus- und Weiterbildung in den süddeutschen Metropolregionen, IAB-Forschungsbericht 12/2010, Nürnberg 2010.
- ¹³ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2010.
- ¹⁴ Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Weiterentwicklung des Messkonzepts der Unterbeschäftigung, Nürnberg 2011. Mit dem Konzept der Unterbeschäftigung soll zum einen ein möglichst umfassendes Bild vom Defizit an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft gegeben werden. Zum anderen sollen dadurch realwirtschaftlich (insbesondere konjunkturell) bedingte Einflüsse auf den Arbeitsmarkt besser erkannt werden.
- ¹⁵ Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Kreisreport Juni 2011.
- ¹⁶ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2010.
- ¹⁷ Holger Bonin u. a., Zukunft von Bildung und Arbeit, IZA Research Report No. 9/2007.
- ¹⁸ Vgl. Stadt Nürnberg, Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth, Bevölkerungsprognose 2005, in: Statistische Nachrichten für Nürnberg und Fürth, Heft 1/2005, Nürnberg 2005, S. 3.
- ¹⁹ Markus M. Grabka, Joachim R. Frick, Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr.7/2010, S. 7f.
- ²⁰ Thorsten Lietzmann u. a., Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände. Grundsicherung und Einkommensarmut, IAB Kurzbericht 6/2011, S. 2.
- ²¹ Die Kategorisierung bezieht sich auf Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Heike Solga, Justin Powell, Peter A. Berger (Hg.), Soziale Ungleichheit, Frankfurt 2009, S. 111-126.
- ²² Über 40% der Alleinerziehenden-Haushalte sind auf die Unterstützung nach SGB II angewiesen; diese Quote hat sich auch in den letzten fünf Jahren kaum verändert. Unter allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Nürnberg, das sind etwa 35 000 Menschen, ist jeder/jede Siebte/r ein/e Alleinerziehende/r (14,2%). Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Einwohnermelderegister.
- ²³ Die Höhe des Kinderzuschlages ist variabel. Er berechnet sich nach dem Einkommen und Vermögen der Eltern und der Kinder und beträgt höchstens 140 Euro pro Monat für jedes Kind. Für alle Kinder mit Anspruch auf Kinderzuschlag im August des jeweiligen Jahres erhalten die Eltern außerdem seit dem Jahr 2009 jährlich eine zusätzliche Leistung für Schulausgaben in Höhe von 100 Euro. Voraussetzung dafür ist, dass das jeweilige Kind eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besucht und keinen Anspruch auf Ausbildungsvergütung hat.
- ²⁴ Der Familienkassenbezirk Nürnberg umfasst neben Nürnberg auch noch die folgenden Orte: Altdorf, Wundelstein, Feucht, Eckental, Burgthann, Heroldsberg, Kalchreuth, Schwarzenbruck, Winkelhaid, Gabermühle und Minderleinsmühle.

²⁵ Eine Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit für Deutschland aus dem Jahr 2007 ergab, dass der Hauptanteil (85,7 %) dieses Zuschlags für Kinder bis zu 14 Jahren gezahlt wurde; mit jeweils mehr als 6 % lag der Schwerpunkt dabei auf den Jahrgängen der Zwei- bis Neun-Jährigen, also im Wesentlichen auf dem Kindergarten- und Grundschulalter. Quelle: Unveröffentlichte Auswertung der Bundesagentur für Arbeit Familienkasse – Direktion, 2007.

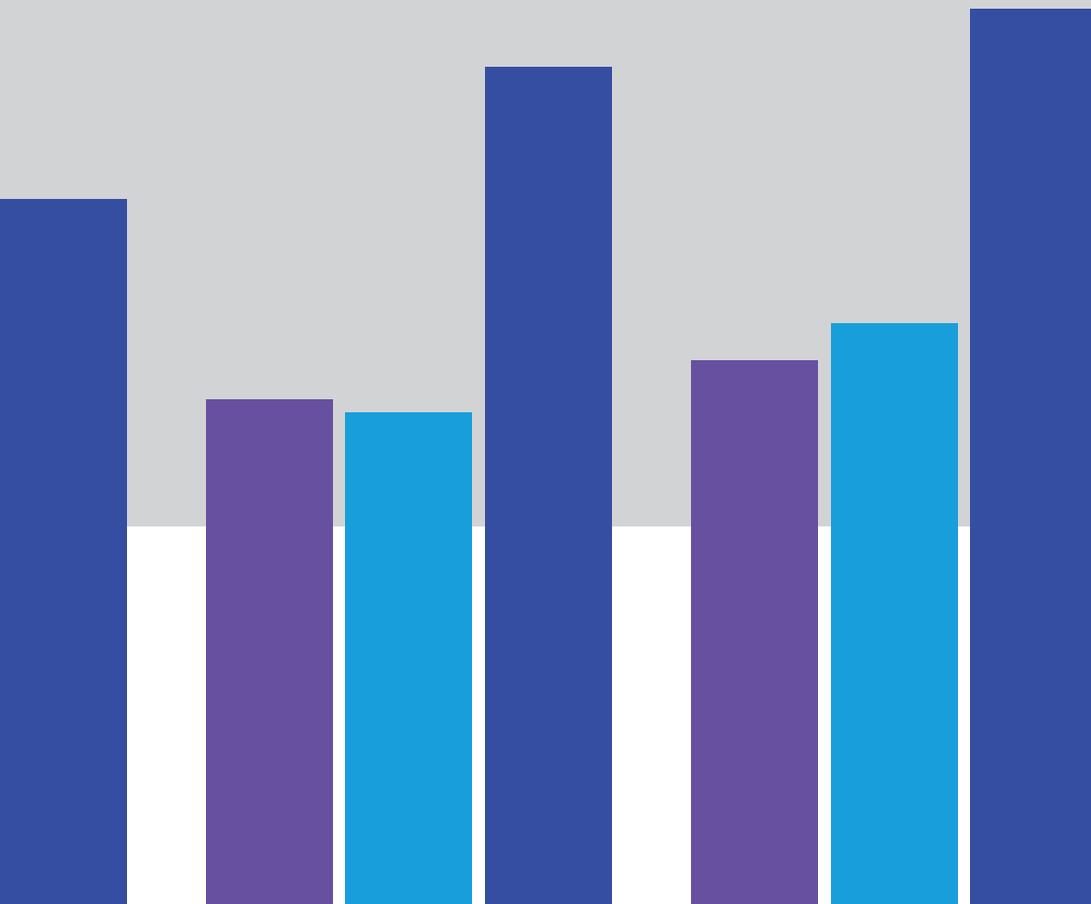
²⁶ Kinderzuschlagsberechtigte sind die Eltern beziehungsweise Elternteile, in deren Haushalt die Kinder leben.

²⁷ Quelle: Eigene Berechnungen der Stadt Nürnberg, schriftliche Mitteilung des Amtes für Wohnen und Stadterneuerung vom 23.8.2010.

²⁸ Jürgen Baumert, Petra Stanat, Rainer Watermann (Hg.), Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000, Wiesbaden 2006; Werner Georg (Hg.), Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Eine theoretisch-empirische Bestandsaufnahme, Konstanz 2006.

B

GRUNDINFORMATIONEN ZUR BILDUNG IN NÜRNBERG



1. Thematische Einführung

In diesem Kapitel werden analog zum Nationalen Bildungsbericht¹ Sachverhalte dargestellt, die bereichsübergreifend für das Bildungswesen relevant sind oder das Bildungswesen als Ganzes betreffen. Nach einer Einordnung des „Bildungssystems vor Ort“ widmet sich das Kapitel den Indikatoren Bildungsstand und Bildungsbeteiligung in Nürnberg. Im Abschnitt Bildungsausgaben werden erstmals die Bildungsausgaben der Stadt Nürnberg anhand von zwei Kategorien dargestellt: Bildungsausgaben im engeren Sinne umfassen die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte **D**), Schulen, Hochschulen sowie Aus- und Fortbildung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, während Bildungsausgaben im weiteren Sinne die Ausgaben für das Bildungszentrum **D**, die Stadtbibliothek, kulturelle Einrichtungen (insbesondere die städtischen Museen, das KunstKulturQuartier, die Theater, die Kulturläden und die städtische Musikschule) sowie Kinder- und Jugendhäuser einbeziehen.

2. Allgemeine Bildungsziele

Bildung kann einen Prozess, ein Resultat, ein Ziel oder einen Zustand bezeichnen. Sie kann aktiv, passiv und reflexiv, individuell und kollektiv bezogen sein. In seiner Sitzung vom 18. Dezember 2009 hat der Bildungsbeirat der Stadt Nürnberg mit Blick auf den zu erstellenden Bildungsbericht für Klarheit gesorgt und als Ausgangspunkt für eine Begriffsbestimmung das Recht auf Bildung und das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben der Gemeinschaft nach Artikel 26 und Artikel 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gewählt.²

In Anlehnung an diese Festlegung wird im Zusammenhang mit der Nürnberger Bildungsberichterstattung unter Bildung als Ziel Folgendes verstanden:

- Die Entwicklung einer lernenden Persönlichkeit, die ihr Verhalten und ihr Verhältnis zur Umwelt und die eigene Biografie in einer Gemeinschaft selbstständig und verantwortlich zu gestalten versteht.
- Die Vermittlung von Fähigkeiten zur vollen gesellschaftlichen Teilhabe, politischen Mündigkeit und größtmöglichen Wahrnehmung von Freiheit.
- Die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit und Entfaltungsmöglichkeiten, d. h. die Eröffnung von Zugängen zu formalen und non-formalen Bildungsangeboten unabhängig von Herkunft, Geschlecht, körperlichen oder geistigen Lernvoraussetzungen, Nationalität sowie sozialer und wirtschaftlicher Situation.
- Die Vermittlung von Kompetenzen, die eine wirtschaftliche Selbstständigkeit der Individuen und der Gesellschaft(en) ermöglichen. Diese sollen den Bildungsteilnehmenden eine Erwerbsfähigkeit unter menschlichen und existenzsichernden Bedingungen gewährleisten und müssen daneben auf die Wettbewerbsfähigkeit des regionalen Arbeitsmarkts und die wirtschaftliche Attraktivität der (Stadt-)Gesellschaft in der Metropolregion abgestimmt sein.

Aus den Zielsetzungen Bildungsgerechtigkeit, Sicherung der Teilhabe an Gesellschaft und Kultur sowie lebenslanges Lernen ergibt sich, dass ein Bildungssystem mehr umfasst als die

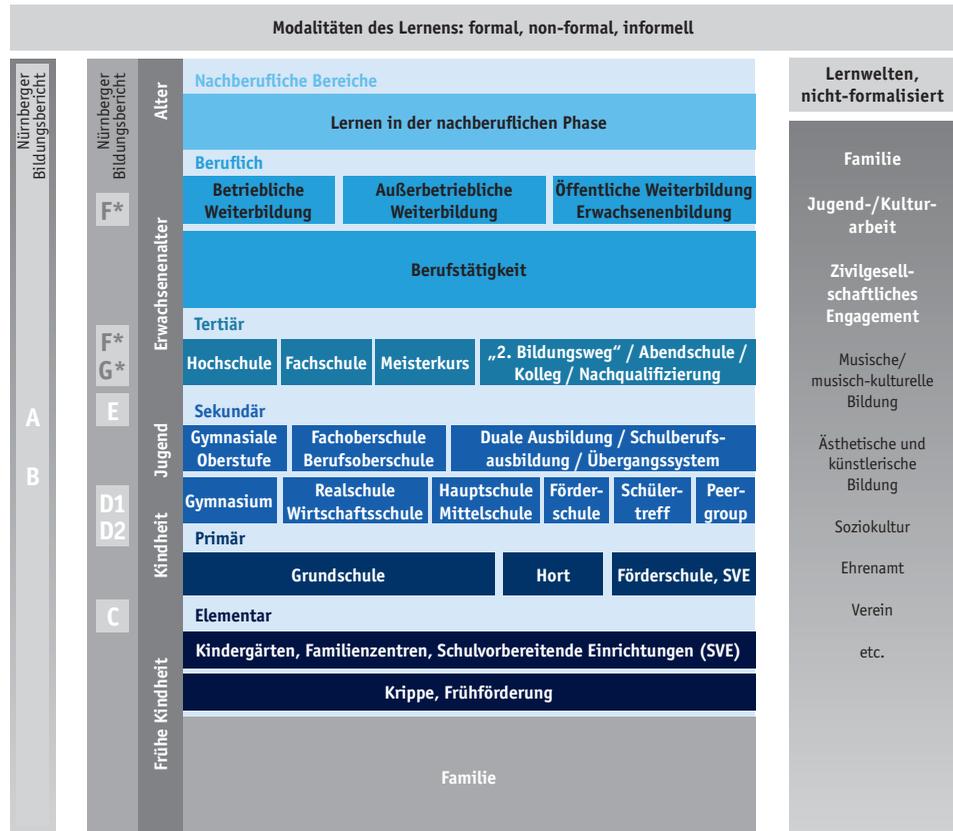
gesetzlich geregelte Schulpflicht, die für deren Umsetzung vorgesehenen Institutionen und vermittelten Lehrinhalte. Es erstreckt sich vielmehr auf alle „Lerngelegenheiten des vor-, außer- und nachschulischen Lernens in organisierten und nichtorganisierten Zusammenhängen“ und auf den gesamten Lebenslauf der/des Lernenden.³

3. Struktur des Bildungssystems

Um von einem Bildungssystem sprechen zu können, muss eine gemeinsame Zielstellung, eine Abgrenzung gegenüber anderen gesellschaftlichen Systemen und ein Minimum an innerer Abstimmung der Teilsysteme gegeben sein.⁴ Die bildungspolitischen Zielsetzungen definieren das gewünschte Ergebnis (output) und die angestrebte Qualität des Bildungsprozesses. Die Abgrenzung gegenüber anderen gesellschaftlichen Systemen bestimmt, welche Funktionen dem Bildungssystem zugerechnet werden und welche nicht. Die Forderung nach innerer Abstimmung impliziert die Ermittlung des aktuellen Zustands (input und Prozessqualität) auf der Grundlage systematischer Beobachtung und eine vorhandene Steuerung, die die unterschiedlichen Segmente aufeinander bezieht und zu einem kohärenten Ganzen integriert.⁵ Kommunale Steuerung kann dazu beitragen, örtliche Probleme frühzeitig zu erkennen und regionalspezifische und im Rahmen bestehender oder noch zu schaffender Strukturen bedarfsgerechte Lösungsstrategien zu entwickeln. Sie muss in Abstimmung mit anderen Systemen (z. B. Soziales, Wirtschaft) erfolgen und hat veränderte gesellschaftliche Anforderungen und Bedingungen zu berücksichtigen. Unter dem Begriff Bildungssystem wird hier somit die Gesamtheit von Einrichtungen und Möglichkeiten verstanden, die unter einer vorgegebenen Zielsetzung die Funktion einer Vermittlung von Kompetenzen als zentrale und verbindende Aufgabe übernehmen. Damit hebt sich der Begriff Bildungssystem ab von der Bezeichnung Bildungslandschaft, die nicht so sehr auf die Funktion, sondern auf Institutionen innerhalb eines regionalen Zusammenhangs abstellt.⁶

Mit der begrifflichen Ausweitung wachsen die Anforderungen an eine systematisierende Darstellung, die Teilbereiche übersichtlich zu ordnen. Selbstredend kann ein zweidimensionales Schema das vielschichte Bildungssystem nur annähernd wiedergeben. Formales Lernen etwa kann gleichzeitig mit informellem Lernen einhergehen und das Lernen in der Familie setzt sich lebenslang fort. Das folgende Schaubild (**Abb. B-1**) orientiert sich an der Gliederung des vorliegenden Bildungsberichts. Es bildet die wichtigsten Bildungsorte und Lernwelten ab, aber nicht alle denkbaren und möglichen. Dem Gesamtsystem Bildung und seinen Rahmenbedingungen (Kap. A u. B) gehören nach dem Schulsystem als dem formal am stärksten ausdifferenzierten Subsystem (Kap. D1) eine Vielzahl anderer Bildungsmöglichkeiten an. Sie reichen bei den Stätten frühkindlicher Bildung von der Kinderkrippe über die Frühförderung bis hin zum Kindergarten und zur Elternbildung (Kap. C); in der schulischen Bildung von den Schultypen bis zu den Ganztagsangeboten und Horten (Kap. D1); in der non-formalen, also außerhalb von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen stattfindenden, und der informellen, d. h. nicht didaktisch organisierten und in alltäglichen Lebenszusammenhängen stattfindenden Bildung im Schulalter von den Jugendtreffs sowie Kinder- und Jugendhäusern bis zu den Kindertheatern (Kap. D2); und in der beruflichen Bildung von der dualen Ausbildung über die Schulberufsausbildung bis zu den Angeboten des Übergangssystems (Kap. E).

Abb. B-1:
Das Bildungssystem in
Nürnberg



* für den Bericht 2013 vorgesehene, zusätzliche Kapitel

Die Lerngelegenheiten werden hier über ihre Institutionen als funktionale Teile eines komplexen Ganzen behandelt. Dieser Bericht thematisiert aber auch die angesprochenen anderen Formen des Lernens außerhalb von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, die zu einem anerkannten Abschluss führen.

Mit der Erweiterung des Begriffs Bildung über die „Schulbildung“ hinaus in Richtung einer „Bildung im Lebenslauf“ vergrößert sich nicht nur das Spektrum der Bildungsangebote und der Akteure. Auch die Position der Kommune ändert sich, die – ohne dass dies unter dem Begriff Bildung geschieht – bereits auf vielen dieser Felder aktiv ist.⁷ Beispielsweise sind Kinderschutz, Gesundheitsvorsorge und frühkindliche Erziehung und Betreuung sowie Fragen der Qualitätssicherung seit langem kommunale Themen. Auf dem Feld der schulischen Bildung ist die Stadt Nürnberg Sachaufwandsträgerin und Trägerin städtischer allgemeinbildender und beruflicher Schulen. Im Bereich der außerschulischen Jugendbildung betätigt sich die Kommune im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags der Jugendhilfe und ergänzt das Angebot privater Träger. Auf dem Feld der kulturellen Bildung arbeitet die Kommune mit privaten und staatlichen Anbietern zusammen. Die Kommune ist verantwortlich für die Grund-sicherung und in diesem Zusammenhang mitverantwortlich für Maßnahmen der beruflichen Integration. Das städtische Bildungszentrum ist auf dem Feld der Weiterbildung und in der Seniorenbildung aktiv. Schließlich steht die Kommune im Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern und fördert das zivilgesellschaftliche Engagement auf dem Gebiet der Bildung.⁸

Die Kommune ist im „Mehrebenensystem Bildung“⁹ neben Bund und Land der weitere maßgebliche Akteur, der mit der Verantwortung für die frühkindliche Bildung und das städtische Schulwesen weitreichende bildungspolitische Entscheidungen zu treffen hat. Vorbereitet durch Gremien wie den Bildungsbeirat entscheiden die gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Stadtrat über ihr Handeln und finanzielles Engagement.¹⁰ Im Anschluss an eine Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums kann man feststellen, dass die Kommune als bürgernäheste staatliche Instanz und wesentlicher Akteur dafür prädestiniert ist, die „vielfältigen Anstöße und kontinuierlichen Impulse unterschiedlicher politischer, administrativ tätiger und wissenschaftlich-beratender Akteure“ aufzugreifen und „angesichts gestufter politischer Zuständigkeiten, einer Pluralität von Trägern und fachlichen Konzepten sowie der Heterogenität von Zielgruppen und Anforderungen“ für eine Weiterentwicklung des Erziehungs- und Bildungssystems zu nutzen.¹¹

Um diese Integration zu gewährleisten, hat der Stadtrat am 10. Dezember 2008 die Einrichtung eines **Bildungsrates** und eines Bildungsbüros beschlossen und damit ein vielschichtiges und reflexives Steuerungsinstrument geschaffen. Aufgabe des Bildungsrates ist es, möglichst viele auf dem Gebiet der Bildung agierende Personen und die von ihnen repräsentierten Organisationen in den kommunalen Abstimmungs- und Zielfindungsprozess einzubinden. Der Bildungsrat besteht aus Bildungskonferenz und Bildungsbeirat.

Der aus rund fünfzig Fachleuten zusammengesetzte **Bildungsbeirat** wird vom Oberbürgermeister zu Beginn einer Ratsperiode einberufen. Vertreten sind die wichtigsten Bildungsinstitutionen der Stadtgesellschaft, Angehörige der Stadtratsfraktionen sowie die Regierung von Mittelfranken und das Kultusministerium (Ministerialbeauftragte). Der Bildungsbeirat spricht in öffentlichen Sitzungen Empfehlungen für die kommunale Bildungsarbeit aus, die im Stadtrat oder in den Ausschüssen zu behandeln bzw. an die Landesregierung weiterzureichen sind.¹²



Abb. B-2:
Bildungsmanagement in
Nürnberg

Die **Bildungskonferenz** tagt ebenfalls öffentlich und will den Dialog mit einer breiten Öffentlichkeit herstellen. Sie soll aktuelle und übergeordnete Bildungsthemen aufgreifen, die Öffentlichkeit fachlich informieren und in ihr eine breite Diskussion über Strategien und Maßnahmen anregen, mit denen die Bildungssituation in Nürnberg verbessert werden kann.

Das **Bildungsbüro** hat die Geschäftsführung des Bildungsrates inne. Es organisiert die Sitzungen des Bildungsbeirates und die Bildungskonferenz und bezieht die anderen städtischen Dienststellen und die verschiedenen Akteure in der Stadt in seine Arbeit ein. Weitere Kernaufgaben des Bildungsbüros sind der Aufbau eines Bildungsmonitorings, die Erstellung des Nürnberger Bildungsberichts, die Entwicklung eines Konzepts für das Bildungsmanagement und die Abstimmungsprozesse mit den Geschäftsbereichen der Stadtverwaltung. Darüber hinaus betreut es die über Drittmittel finanzierten Programme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Perspektive Berufsabschluss – Regionales Übergangsmanagement Nürnberg“ und „Lernen vor Ort Nürnberg“ und pflegt den Austausch mit anderen Standorten bis hin zum Transfer von best practice. Beide Programme werden vom Europäischen Sozialfonds (ESF) mitgetragen.

4. Bildungsstand, Bildungsabschlüsse und Bildungsbeteiligung

Ein Indikator für die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems ist der Bildungsstand der Bevölkerung, der hier an dem höchsten erreichten allgemeinbildenden oder beruflichen Bildungsabschluss der Erwerbstätigen gemessen wird. Er dient als Maß für den Bestand der gesamten Kenntnisse und Fähigkeiten, die dem einzelnen Menschen eine berufliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglichen (sogenanntes „Humankapital“¹³). Formale Bildungsabschlüsse geben Aufschluss darüber, ob das Ziel der Sicherung der Humanressourcen erreicht werden kann, und sind auch im Hinblick auf überregionale und internationale Vergleiche der formalen Qualifikation der Bevölkerung relevant. Aus einem Vergleich verschiedener Altersgruppen lässt sich erkennen, wie sich der Bildungsstand der Bevölkerung im Laufe der Zeit verändert hat.

Abb. B-3 zeigt den Anteil der Erwerbstätigen mit Hauptschulabschluss und den Anteil der Erwerbstätigen mit Fachhochschul- und Hochschulreife an allen in Nürnberg, Augsburg und München gemeldeten Erwerbstätigen in den Jahren 2003, 2006 und 2009.¹⁴ Von den Nürnberger Erwerbstätigen (im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) hatten 2009 37,6% einen Hauptschulabschluss und ihr Anteil ist seit 2003 lediglich um 1,7 Prozentpunkte gesunken. München verzeichnete mit 20,8% einen deutlich geringeren Anteil an Hauptschülerinnen und Hauptschülern.

Ein Drittel der Erwerbstätigen in Nürnberg besitzt die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Zwar hat sich diese Quote seit 2003 um fünf Prozentpunkte verbessert, jedoch weit weniger stark als in München, wo 2009 nicht weniger als 54% der Erwerbstätigen eine solche Qualifikation besaßen.

Bei den beruflichen Bildungsabschlüssen der Erwerbstätigen zeigt sich ein ähnliches Bild (**Abb. B-4**). Die Hälfte der in Nürnberg wohnenden Erwerbstätigen verfügt über einen Be-

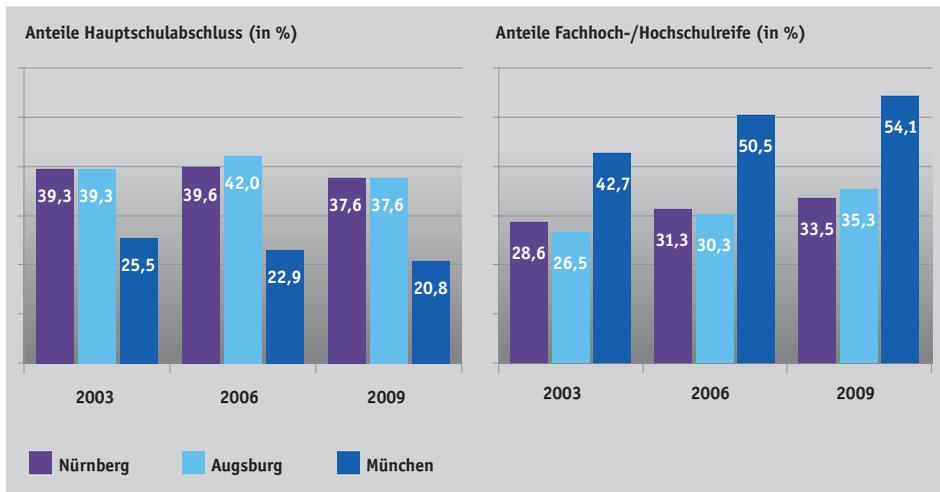


Abb. B-3: Allgemeine Schulabschlüsse der Erwerbstätigen¹⁾ in Nürnberg, Augsburg und München, 2003, 2006 und 2009

¹⁾ Erwerbstätige am Wohnort

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Mikrozensus.

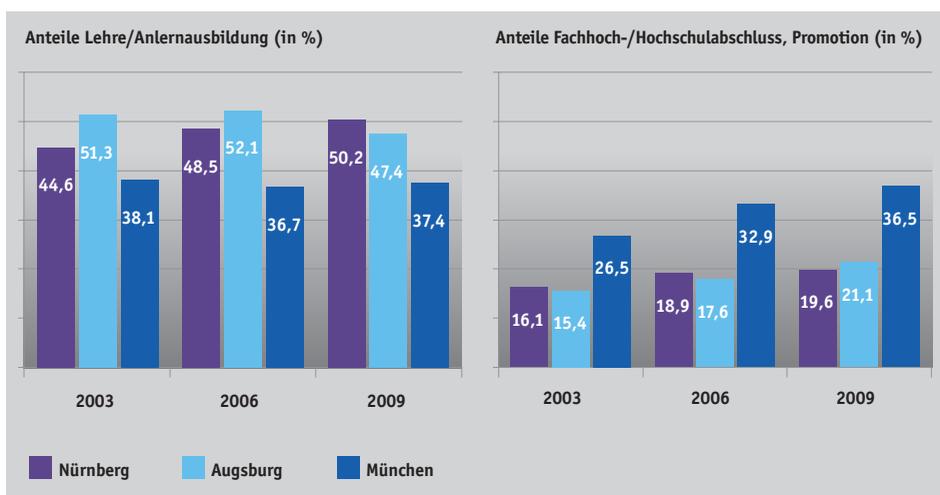


Abb. B-4: Berufsbildungsabschlüsse der Erwerbstätigen¹⁾ in Nürnberg, Augsburg und München, 2003, 2006 und 2009

¹⁾ Erwerbstätige am Wohnort

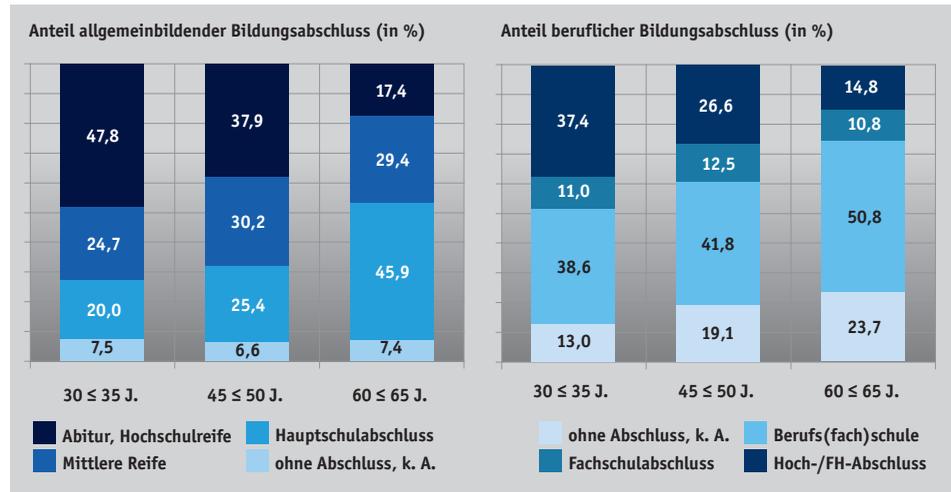
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Mikrozensus.

rufsbildungsabschluss auf dem Niveau der Lehr-/Anlernausbildung. Bei Fachhochschul- und Hochschulabschlüssen kann Nürnberg nicht ganz den Stand von Augsburg erreichen. Die Quote der Hochschulabsolventen unter den Erwerbstätigen liegt in München mit über 36% mehr als 15 Prozentpunkte höher als in Nürnberg und Augsburg. Zwar ist in Nürnberg bei den Hochschulabschlüssen seit 2003 eine Verbesserung festzustellen, Augsburg und München zeigen aber deutlich positivere Trends. In allen drei Kommunen wird der Fachkräftebedarf innerhalb der Stadt auf absehbare Zeit durch Einpendler aus dem Umland mit abgedeckt werden müssen.

Die Notwendigkeit, heranwachsende Generationen besser zu qualifizieren, wird auch aus einem Generationenvergleich der Qualifikationsstrukturen aller (sozialversicherungspflichtig) Beschäftigten am Arbeitsort Nürnberg ersichtlich.

Der Vergleich der höchsten erreichten Bildungsabschlüsse bei drei Altersgruppen zwischen 30 bis unter 65 Jahren zeigt starke Veränderungen im Zeitverlauf. Mangels anderer amtli-

Abb. B-5:
Allgemeinbildende und berufliche Bildungsabschlüsse der Nürnberger Bevölkerung nach Altersgruppen, 2009



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Wohnungs- und Haushaltserhebung.

cher Daten wurden für diese Darstellung die Ergebnisse der vom Amt für Stadtforschung und Statistik durchgeführten Wohnungs- und Haushaltserhebung 2009 herangezogen (**Abb. B-5**).

Der Kohortenvergleich macht deutlich, dass die jüngeren Altersgruppen ein höheres formales Bildungsniveau erreicht haben als die Gruppe der 60- bis 65-Jährigen. Dies gilt sowohl für die allgemeinbildenden als auch für die beruflichen Bildungsabschlüsse. Bei den über 60-Jährigen stellten jene, die den Hauptschulabschluss oder keinen Abschluss erreicht hatten, die Mehrheit (45,9% mit Hauptschul- und 7,4% ohne Abschluss). In der Generation der 30- bis 35-Jährigen verfügte hingegen fast die Hälfte über die Hochschulreife oder vergleichbare Abschlüsse. Im Kohortenvergleich hat sich der Anteil der Hochqualifizierten mehr als verdoppelt. Weil aber durch den demografischen Rückgang weniger junge Menschen nachwachsen, kommt der Effekt, dass ein größerer Teil von ihnen höhere formale Bildungsabschlüsse erreicht als es den älteren Generationen möglich war, nicht voll zum Tragen.

Bildungsbeteiligung

Der Indikator Bildungsbeteiligung beschreibt die Teilnahme einzelner Altersgruppen an Bildungsangeboten. Er liefert Informationen darüber, in welchem Alter fast alle Kinder und Jugendlichen und ab welchem Alter nur noch Teile von ihnen ins Bildungssystem integriert sind. Die Höhe der Bildungsbeteiligung lässt auf das Ausbildungsniveau in einer Region schließen und gibt Auskunft über die zu erwartende Qualifikation künftiger Absolventen, von der die wirtschaftliche Zukunft einer Region maßgeblich abhängt.

Eine detaillierte Betrachtung der Besuchs- und Beteiligungsquoten von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Altersstufen findet sich in den entsprechenden Kapiteln dieses Bildungsberichtes. An dieser Stelle erfolgen lediglich einige ausgewählte Hinweise.

Im Elementarbereich liegt die Beteiligungsquote bei den unter dreijährigen Kindern bei 12,9%. In der Altersgruppe der Drei- bis unter Sechs-Jährigen liegt die Bildungsbeteiligung der Kinder in formalen Bildungseinrichtungen bei knapp 90%, einem Wert, der in etwa dem gesamtdeutschen Durchschnitt entspricht (vgl. Kap. C 2.3.2).

Im Primar- und Sekundarbereich werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur Teilnehmende an den allgemeinbildenden Bildungsgängen aller Nürnberger Schuleinrichtungen (also der staatlichen, städtischen und privaten Schulen) betrachtet. Aufgrund der Schulpflicht besuchen nahezu alle Kinder dieser Altersstufen Bildungseinrichtungen. Die Statistik weist Beteiligungsquoten von 100% für den Primarbereich (sechs bis unter zehn Jahre) und für die Sekundarstufe I **D** (zehn bis unter 16 Jahre) aus, wobei diese Werte durch das komplizierte Wechselspiel von Schülerinnen und Schülern am Wohnort sowie einpendelnden und auspendelnden Gastschülerinnen und -schülern zustande kommen (vgl. Kap. D1 2.2).

Als weiteres Kennzeichen für die Bildungsbeteiligung der regionalen Bevölkerung kann die auf die Einwohnerzahl der Region bezogene Quote der Studierenden an den Fachhochschulen der Region herangezogen werden. Anders als Universitäten, die oft einen überregionalen Einzugsbereich haben, sind Fachhochschulen aufgrund ihrer Praxisnähe und vielfältigen Beziehungen zur regionalen Bevölkerung und Wirtschaft besser geeignet, das Qualifikationspotenzial der ansässigen Bevölkerung einzuschätzen. **Abb. B-6** zeigt, dass Nürnberg in dieser Hinsicht gut aufgestellt ist. Nürnberg belegt im Großstadtvergleich hinter Köln einen Spitzenplatz, den man als Beleg für die dynamische und bedarfsgerechte Entwicklung der Nürnberger Fachhochschulen und für die Bildungsbereitschaft der jungen Bevölkerung im Ballungsraum anführen kann.

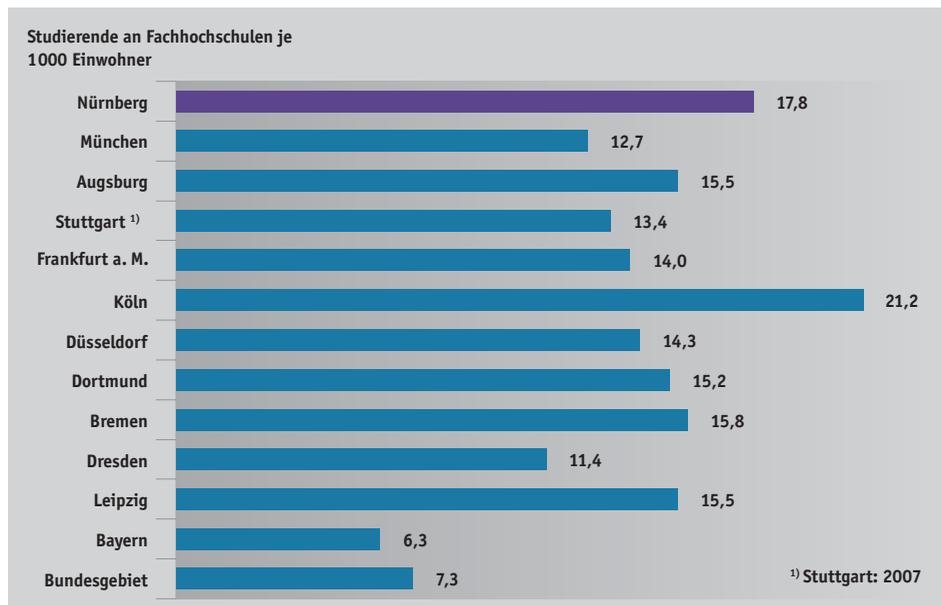


Abb. B-6:
Studierende an Fachhochschulen im Großstadtvergleich je 1000 Einwohner, 2008

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; INKAR 2010.

5. Bildungsausgaben

Laut Nationalem Bildungsbericht sind die „Bildungsausgaben (...) ein Indikator für die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen. An ihrer Höhe lässt sich der Stellenwert ablesen, welcher der Bildung in einer Gesellschaft beigemessen wird. (...) Die Verbesserung der Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und deren Finanzierung durch Bund, Länder, Gemeinden

und den privaten Bereich sind daher wichtige Aspekte in der bildungspolitischen Diskussion.“¹⁵

In diesem Kapitel werden erstmalig die Bildungsausgaben der Stadt Nürnberg dargestellt, wobei aufgrund fehlender Daten nur die Bildungsausgaben der Kommune erfasst werden können. Umfassende Daten aus dem Privatbereich (z. B. Ausgaben für Fort- und Weiterbildung) und vom Land (hier insbesondere die Ausgaben im Schulbereich) liegen der Stadt Nürnberg nicht vor.

Die Definition dieser Ausgaben kann aufgrund der Datenlage nur in Anlehnung an die im Bildungsfinanzbericht und im Nationalen Bildungsbericht verwendeten Konzepte eines Bildungsbudgets **D** erfolgen, die wiederum ihrerseits methodische Unterschiede aufweisen.

Zusammengefasst betrachtet danach das Bildungsbudget Bildungsausgaben in international kompatibler Abgrenzung (Kategorie A) sowie zusätzliche bildungsrelevante Bereiche in nationaler Abgrenzung (Kategorie B). Während sich die Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung auf das formale Bildungssystem (z. B. Ausgaben für Schulen, Kindergärten, Hochschulen, betriebliche Aus- und Weiterbildung) beziehen, umfasst das nationale Bildungsbudget zusätzlich auch die Ausgaben non-formaler Bildungseinrichtungen. Dort werden u. a. die Ausgaben für Kinderkrippen, Horte, Volkshochschulen, Weiterbildung oder Einrichtungen der Jugendarbeit dargestellt.¹⁶

In Anlehnung an diese Definitionen werden die Bildungsausgaben der Stadt Nürnberg im Folgenden nach Bildungsbereichen in zwei Kategorien aufgeteilt:

Bildungsausgaben im engeren Sinne (Kategorie A) umfassen die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte), Schulen, Hochschulen sowie Aus- und Fortbildung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bildungsausgaben im weiteren Sinne (Kategorie B) betrachten zusätzlich die Ausgaben für das Bildungszentrum, Stadtbibliothek, kulturelle Einrichtungen (insbesondere Museen, KunstKulturQuartier, Theater, Kulturläden, Musikschule) sowie Kinder- und Jugendhäuser.

Alleine die Summe der Kategorien A und B lässt sich so mit den Bildungsausgaben in nationaler Abgrenzung vergleichen, denn in einzelnen Bildungsbereichen wie z. B. bei Krippen und Horten werden Ausgaben auf verschiedenen Verwaltungsebenen unterschiedlich zugeordnet.¹⁷

Weitere Angebote, die zumindest teilweise einen Bildungsauftrag erfüllen, werden bei den nationalen und internationalen Bildungsbudgetbetrachtungen unterschiedlich einbezogen, so dass sie hier nur exemplarisch genannt werden sollen, aber nicht in Vergleiche einbezogen werden können. Beispiele für solche Bildungsangebote, die hier unter Kategorie C dargestellt werden, sind Ausgaben im Bereich von Gesundheits- und Umweltbildung sowie Ausgaben für das Stadtarchiv, Spielplätze/-höfe, Sportangebote und den Tiergarten.

Im Folgenden werden die Bildungsausgaben der Stadt Nürnberg entsprechend der vorgenommenen Kategorisierung sowie aufgeteilt nach investiven **D** und konsumtiven **D** Ausgaben dargestellt.

Tab. B-1 zeigt die im Mittelfristigen Investitionsprogramm 2011-2014 (MIP) ausgewiesenen investiven Ausgaben für die Jahre 2010 bis 2014. Der Gesamtansatz stellt die Summe der geplanten Investitionsausgaben für die jeweilige Maßnahme dar. Zweckgebundene Einnahmen

sind Mittel, die die Stadt Nürnberg insbesondere vom Freistaat Bayern für die entsprechende Investition erhält. Städtische Mittel sind damit die Gelder, die allein von der Stadt Nürnberg zu tragen sind.

2010-14	Gesamt- ansatz	Zweck- gebundene Einnahmen	Städtische Mittel
A: Bildungsausgaben im engeren Sinn			
1. Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte) ²⁾	122,6	42,8	79,8
2. Allgemeinbildende Schulen ³⁾	107,1	43,1	64,0
3. Berufliche Schulen	23,3	7,5	15,8
4. Pauschalen für allgemeinbildende und berufliche Schulen ⁴⁾	10,5	1,9	8,6
5. Hochschulen ⁵⁾	15,3	0,0	15,3
Gesamt A	278,8	95,3	183,5
B: Bildungsausgaben im weiteren Sinn			
1. Kinder- und Jugendhäuser	5,2	2,0	3,2
2. Kulturelle Einrichtungen ⁶⁾	60,6	21,9	38,7
Gesamt B	65,8	23,9	41,9
Gesamt A und B	344,6	119,2	225,4
C: Weitere Bildungsangebote			
1. Sportanlagen	2,7	0,2	2,5
2. Spielplätze/-höfe	3,5	0,3	3,1
3. Tiergarten	20,1	1,3	18,7
Gesamt C	26,2	1,8	24,4

Tab. B-1:
Geplante Investitionsausgaben
der Stadt Nürnberg im Bereich
Bildung, Ansatz 2010 bis 2014,
in Mio. Euro¹⁾

Quelle: Mittelfristiges Investi-
tionsprogramm 2011-2014 der
Stadt Nürnberg.

¹⁾ Im MIP sind neben investiven Ausgaben auch konsumtive Ausgaben ausgewiesen, die direkt mit der jeweiligen Investition in Verbindung stehen. Hier werden die Gesamtsummen dargestellt.

²⁾ Einschließlich Mammut-Gelände Heerwagen-/Ludwig-Feuerbach-Straße, welches neben Kindertageseinrichtungen auch ein Kinder- und Jugendhaus, ein Familienzentrum, eine Erziehungsberatung sowie einen betreuten Spielplatz umfasst.

³⁾ Einschließlich Horte, die in den Ausgaben für die dazugehörigen Schulbauten enthalten sind und nicht getrennt ausgewiesen werden können.

⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Pauschalen, die sowohl für allgemeinbildende als auch für berufliche Schulen gelten.

⁵⁾ Unter diesen Titel fallen die Mittel für die Generalsanierung der Hochschule für Musik, die früher kommunal und inzwischen staatlich ist. Für sie besteht eine Vereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern und der Stadt Nürnberg, nach der die Kosten für die Generalsanierung der Hochschule für Musik von der Stadt Nürnberg zu finanzieren sind. Dafür wurden städtische Mittel in Höhe von 25 Mio. Euro eingeplant, von denen rund 10 Mio. Euro erst im Zeitraum nach 2014 anfallen werden.

⁶⁾ Bildungsausgaben für „kulturelle Einrichtungen“ umfassen insbesondere jene Kosten für den Umbau der Stadtbibliothek, des Schauspielhauses und die Einrichtung des Memoriums Nürnberger Prozesse, die im Zeitraum 2010 bis 2014 anfallen werden.

Tab. B-2:
Konsumtive Bildungsausgaben
und -einnahmen der Stadt
Nürnberg in Mio. Euro im
Haushaltsjahr 2009

	Personal- ausgaben	Sach- aus- gaben	Korrespon- dierende Einnahmen	Städtische Mittel
A: Bildungsausgaben im engeren Sinn				
1. Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte) ¹⁾	33,0	66,0	46,0	53,0
2. Allgemeinbildende Schulen ²⁾	36,9	40,9	26,0	51,8
3. Berufliche Schulen ²⁾	50,5	17,6	46,3	21,8
4. Overheadkosten Schulverwaltung ³⁾	5,0	0,9	0,2	5,7
5. Jugendsozialarbeit an Schulen	2,3	0,1	0,4	2,0
6. Ausbildungsförderung ⁴⁾	0,4	0,1	0,0	0,5
7. Fort-/Ausbildung für städtische Mitarbeiter ⁵⁾	4,5	1,6	0,8	5,3
Gesamt A	132,6	127,2	119,7	140,1
B: Bildungsausgaben im weiteren Sinn				
1. Kinder- und Jugendhäuser	5,6	2,1	0,4	7,3
2. Kulturelle Einrichtungen				
2.1 Bildungscampus ⁶⁾	14,4	4,3	6,3	12,4
2.2 Städtische Museen	3,3	3,2	2,1	4,4
2.3 Amt für Kultur und Freizeit ⁷⁾	6,9	2,3	3,6	5,6
2.4 Kunst- und KulturQuartier	2,4	2,3	1,3	3,4
2.5 Meistersingerhalle ⁸⁾	0,8	1,4	1,7	0,5
Gesamt B	33,4	15,6	15,4	33,6
Gesamt A und B	166,0	142,8	135,1	173,7

Quelle: Stadt Nürnberg
(Amt für Kultur und Freizeit;
Jugendamt; Stadtkämmerei;
3. Bürgermeister/Geschäftsbe-
reich Schule).

¹⁾ Inkl. Kindertagespflege und Schülertreffs; die Sachausgaben beinhalten auch Zuschüsse an freie Träger und Beiträge der wirtschaftlichen Jugendhilfe für Kindertageseinrichtungen.

Von den Sachausgaben für Kindertageseinrichtungen sind rund 3,3 Mio. Euro Zuschüsse an freie Träger für den Betrieb von Horten sowie etwa 48,5 Mio. Euro Zuschüsse an freie Träger für den Betrieb von Kinderkrippen und Kindergärten einschl. der Vergütung der Tagespflegepersonen.

²⁾ Die Sachausgaben beinhalten auch Zuschüsse für private Schulen und Ausgaben zur Schülerbeförderung.

³⁾ Pädagogisches Institut und Schulpsychologie der Stadt Nürnberg (SPI).

⁴⁾ Das Amt für Ausbildungsförderung des Jugendamtes ist für die Entgegennahme und Bearbeitung der Anträge auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) und dem Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetz (BayAföG) zuständig.

⁵⁾ Inkl. Bezüge und Vergütungen der Auszubildenden, der Beamtinnen und -anwärter, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung „Personalentwicklung“ des Personalamtes sowie der Ausgaben für das städtische Fortbildungsprogramm.

⁶⁾ Der Bildungscampus umfasst die Stadtbibliothek und das Bildungszentrum. Das Bildungszentrum ist die städtische Volkshochschule.

⁷⁾ Inkl. städtische Musikschule.

⁸⁾ Veranstaltungsort für kulturelle Angebote.

Die Bildungsausgaben der Kategorien A und B im Zeitraum 2010 bis 2014 machen gut 36% des MIP-Gesamtvolumens aus. Für Investitionen im Bildungswesen (Kategorien A und B) sind pro Jahr im Durchschnitt rund 69 Mio. Euro vorgesehen worden.

Die allein von der Stadt Nürnberg zu tragenden Bildungsausgaben der Kategorien A und B im Zeitraum 2010 bis 2014 machen ebenfalls rund 36% des allein von der Stadt zu tragenden MIP-Volumens aus.

Die konsumtiven Ausgaben der Stadt im Bildungswesen werden im Folgenden ebenfalls gemäß der oben beschriebenen Kategorien dargestellt (**Tab. B-2**). Hierbei werden die Ausgaben in Personal- und Sachausgaben unterteilt. Außerdem werden die jeweils dazugehörigen Einnahmen, wie z. B. Zuschüsse des Landes, Gebühren und Beiträge, aufgeführt. Um auch hier eine Vergleichbarkeit mit der Definition in nationaler Abgrenzung zu ermöglichen, werden die zahlungswirksamen Werte, also Ausgaben und Einnahmen, und nicht Aufwendungen und Erträge ausgewiesen. Abschreibungen sind in den konsumtiven Ausgaben beispielsweise nicht enthalten.

	Personal- ausgaben	Sach- aus- gaben	Korrespon- dierende Einnahmen	Städtische Mittel
C: Beispiele weiterer Angebote, die zumindest teilweise einen Bildungsauftrag erfüllen				
1. Stadtarchiv ¹⁾	2,3	1,4	0,5	3,2
2. Zuschüsse an externe Vereine im Kulturbereich	0,0	3,2	0,0	3,2
3. Gesundheitsbildung ²⁾	0,1	0,03	0,04	0,09
4. Umweltbildung ³⁾	0,8	0,2	0,2	0,8
5. Sportangebote	0,5	0,8	0,1	1,2
6. Spielplätze/-höfe	0,1	0,1	0,0	0,2
7. Tiergarten	4,8	3,8	6,7	1,9
Gesamt C	8,6	9,53	7,54	10,59

¹⁾ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Stadtarchiv neben dem Bildungsauftrag einen Dokumentations- und Archivierungsauftrag erfüllt.

²⁾ Dies umfasst die Projekte Sexualpädagogik sowie Rücken- und Bewegungsschule des Gesundheitsamtes.

³⁾ Ausgewertet wurde die Kostenstelle der gesamten Biometropole Nürnberg. Insbesondere sind hier die Biobrotboxaktion (für Schulkinder) und die Bioerlebnistage („Messe“ für Bioessen) zu erwähnen.

Tab. B-3:
Beispiele weiterer Angebote, die zumindest teilweise einen Bildungsauftrag erfüllen: Konsumtive Bildungsausgaben und -einnahmen der Stadt Nürnberg in Mio. Euro im Haushaltsjahr 2009

Quelle: Stadt Nürnberg
(Amt für Kultur und Freizeit;
Stadtkämmerei).

¹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland, Bielefeld 2006.

² Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, abgedruckt in: K. Peter Fritzsche, Menschenrechte, 2. Aufl., Paderborn 2009, S. 231-236.

³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2009, S. 95f.

⁴ Manfred Eckert, Neue Steuerungselemente in der beruflichen Bildung, in: Ute Lange u.a. (Hg.), Steuerungsprobleme im Bildungswesen, Wiesbaden 2009, S. 268.

⁵ Peter Dreweck, Bildungssystem international, in: Heinz-Elmar Tenorth, Rudolf Tippelt (Hg.), Lexikon Pädagogik, Weinheim und Basel 2007, S. 113.

⁶ Vgl. Rolf Wernstedt, Zehn Punkte, in: Rolf Wernstedt, Marei John-Ohnesorg (Hg.), Beginnt die Bildungsrepublik vor Ort? Die Stärken lokaler Bildungsnetzwerke, Berlin 2010, S. 3-13; Wolfgang Mack, Lokale Verantwortung für Bildung – Begründungen und Konturen des Konzepts Bildungslandschaften, in: Wernstedt, John-Ohnesorg (Hg.), Bildungsrepublik, S. 18-22; Wolfgang W. Weiß, Kommunale Bildungspolitik – Entwicklungen, Begrifflichkeiten, Perspektiven, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DFK) 48, Heft 1 (2009), S.32ff.

⁷ Vgl. z. B. Weiß, Bildungspolitik, S. 11ff.

⁸ Jürgen Kussau, Thomas Brüsemeister, Educational Governance, in: Herbert Altrichter, Thomas Brüsemeister, Jochen Wissinger (Hg.), Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem, Wiesbaden 2007, S. 19.

⁹ Vgl. Kussau, Brüsemeister, Educational Government, S. 31-37.

¹⁰ Renate Mayntz, Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung, Frankfurt a. M. 2009, S. 18, 21, 35; Sandra Seubert, Das Konzept des Sozialkapitals. Eine demokratietheoretische Analyse, Frankfurt a. M. 2009, S. 26-29, 42, 71; Ulrich Brand, Governance, in: Ulrich Bröckling, Susanne Krasemann, Thomas Lemke (Hg.), Glossar der Gegenwart, Frankfurt a. M., S. 111-117; Yannis Papadopoulos, Governance und Demokratie, in: Arthur Benz (Hg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden 2004, S. 219-22; Dietrich Fürst, Regional Governance, in: Benz (Hg.), Governance, S. 59.

¹¹ Bundesjugendkuratorium, Zukunftsfähigkeit von Kindertagesstätten, München 2008, S. 40-43.

¹² Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro: Bildung im Blick, Nr. 1, Nürnberg 2010.

¹³ Eine Diskussion dieses Begriffs findet sich bei Erich Ribolits, Humanressource – Humankapital, in: Agnieszka Dzierzbicka, Alfred Schirlbauer (Hg.), Pädagogisches Glossar der Gegenwart, Wien 2006, S. 135-145.

¹⁴ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, amtlicher Mikrozensus.

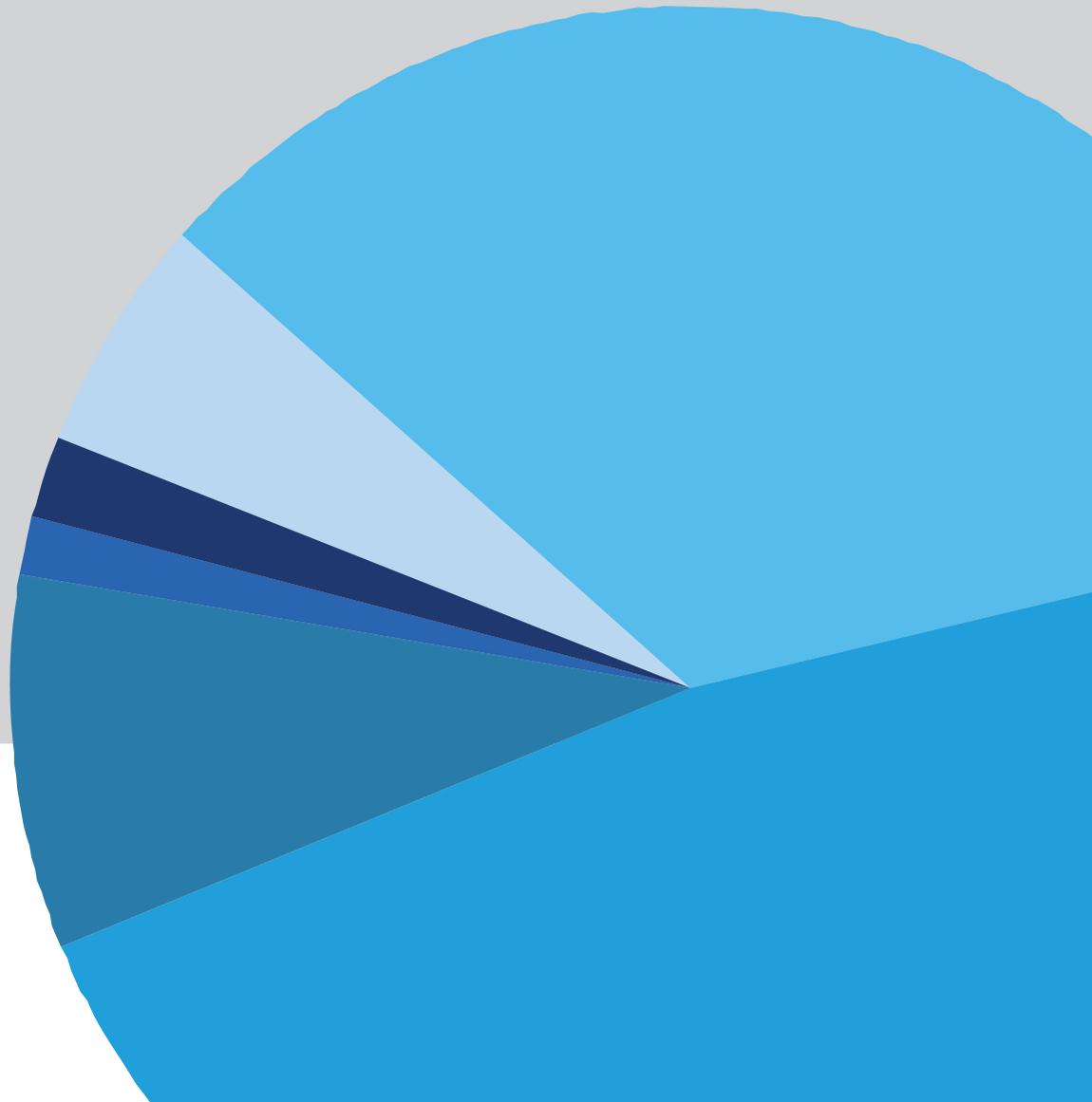
¹⁵ Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland, Bielefeld 2010, S. 30.

¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.), Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2007/2008, Wiesbaden 2010.

¹⁷ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland, Bielefeld 2010, S. 222.

C

FRÜHKINDLICHE BILDUNG



1. Thematische Einführung

Frühkindlicher Bildung wird heute in Wissenschaft und Politik gleichermaßen eine zentrale Rolle für die gesamte Bildungsbiografie zugesprochen. Die ersten drei Lebensjahre des Kindes gelten als sensible Phase insbesondere für die kognitive und die sozio-emotionale Entwicklung. Ergebnisse aus der internationalen Bildungsforschung, der Neuropsychologie sowie der Entwicklungs-, Lern- und Neuropsychologie bilden die Grundlagen für die bildungspolitischen Diskussionen in diesem Bereich sowie für verstärkte Anstrengungen zum Ausbau und zur Verbesserung der institutionellen frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung. Dabei rückt zunehmend auch die Frage nach geeigneten Unterstützungs- und Bildungsangeboten für Eltern zur Förderung ihrer Erziehungskompetenz in den Mittelpunkt des Interesses.

Der Zusammenhang zwischen frühkindlicher Bildung und Schulerfolg ist insbesondere in den USA in verschiedenen Langzeitstudien erforscht worden. Die Ergebnisse sind allerdings – insbesondere im Detail – nicht ohne Weiteres auf die Situation in Deutschland übertragbar. Insgesamt wird einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung aber eine Verbesserung der Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder bescheinigt. Die Frage bleibt indes, was unter einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung zu verstehen ist bzw. was die Voraussetzungen dafür sind. Diese Frage stellt sich umso dringlicher, da in der aktuellen politischen Diskussion „an den Ausbau der Elementaren Bildung geradezu illusionäre Hoffnungen geknüpft werden, als könnte(n) dort den meisten Problemen im Sozial- und Bildungswesen erfolgreich begegnet werden ...“¹.

Einige Forschungsansätze bemühen sich, die gesellschaftlichen Kosten frühkindlicher Bildung den möglichen Folgekosten bzw. Verlusten einer nicht erfolgten frühkindlichen Bildung gegenüberzustellen. Während eine Bertelsmann-Studie² versucht, den monetären Gewinn zu quantifizieren, der durch Investitionen in die frühkindliche Bildung und eine daraus folgende individuelle erfolgreiche Bildungskarriere resultiert, befassen sich andere Richtungen mit den veranschlagten gesellschaftlichen Gewinnen und verweisen darauf, „dass über frühe Bildungsinvestitionen die überaus deutlichen Bildungsdisparitäten zwischen den Sozialschichten und nach dem Migrationsstatus verringert werden können“³.

In Bayern existiert, wie in anderen Bundesländern auch, ein den aktuellen Stand der Forschung berücksichtigender Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) als verpflichtende Grundlage für alle anerkannten Kindertageseinrichtungen. Der BEP definiert Bildungs- und Erziehungsziele und führt Beobachtungs- und Dokumentationspflichten ein. Er stellt aber auch hohe Anforderungen an das Personal in Kindertageseinrichtungen, die teilweise weit über die „Arbeit am Kind“ hinausgehen: Elternpartnerschaft, Zusammenarbeit mit der Grundschule, Vernetzung im sozialen Nahraum, Suche nach Sponsoren usw. Die Bildungs- und Erziehungsziele des BEP sollen eine solide Grundlage für den Übertritt in die Schule legen und die Kinder befähigen, den Übergang in diese neue Institution gut zu bewältigen und seinen Herausforderungen gewachsen zu sein. Darüber hinaus hat aber frühkindliche Bildung das Ziel, Kinder insgesamt kognitiv, sozial und emotional zu stärken und zu fördern.

Während der Kindergarten in Deutschland eine seit Jahrzehnten sowohl von Eltern als auch insgesamt von der Gesellschaft akzeptierte Einrichtungsform ist, hemmen starke Vorbehalte

bis vor Kurzem insbesondere in den „alten Bundesländern“ den Ausbau der institutionellen Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Auch in der Ausbildung und Fortbildung von Fachkräften spielte das Thema „Krippenpädagogik“ eine untergeordnete Rolle. Erst unter dem Druck veränderter Rollenverständnisse von Mann und Frau, der demografischen Entwicklung und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie der daraus resultierenden Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für den Ausbau von Einrichtungen für Kinder bis zu drei Jahren geschaffen und – neben dem zahlenmäßigen Ausbau der Plätze für diese Altersgruppe – eine gezielte Weiterentwicklung der pädagogischen Konzepte und Ansätze eingeleitet.

Wie andere Kommunen betreibt auch die Stadt Nürnberg energisch den Ausbau der Plätze im Krippen-, Kindergarten- und Hortbereich. Insbesondere die Zahl der Plätze für Kinder unter drei Jahren hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, so dass die von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2007 anlässlich eines „Krippengipfels“ für das Jahr 2013 ins Auge gefasste Versorgungsquote von 35% für diese Altersgruppe (einschließlich der Betreuung durch Tagespflegepersonen) in Nürnberg bis Ende 2013 erreicht werden dürfte.

Im Folgenden werden anhand der verfügbaren Daten die wesentlichen Aspekte der frühkindlichen Bildung in Nürnberg dargestellt. Im Fokus liegen dabei die zahlenmäßige Entwicklung und die soziale Lage der Kinder dieser Altersgruppe sowie ihrer Familien und die Angebotsstruktur der Einrichtungen sowie die Beteiligungsquoten. Eingehender untersucht werden zudem die Qualität der Kindertagesbetreuung, die Eltern- und Familienbildung sowie der Übergang in die Grundschule.

2. Zentrale Befunde

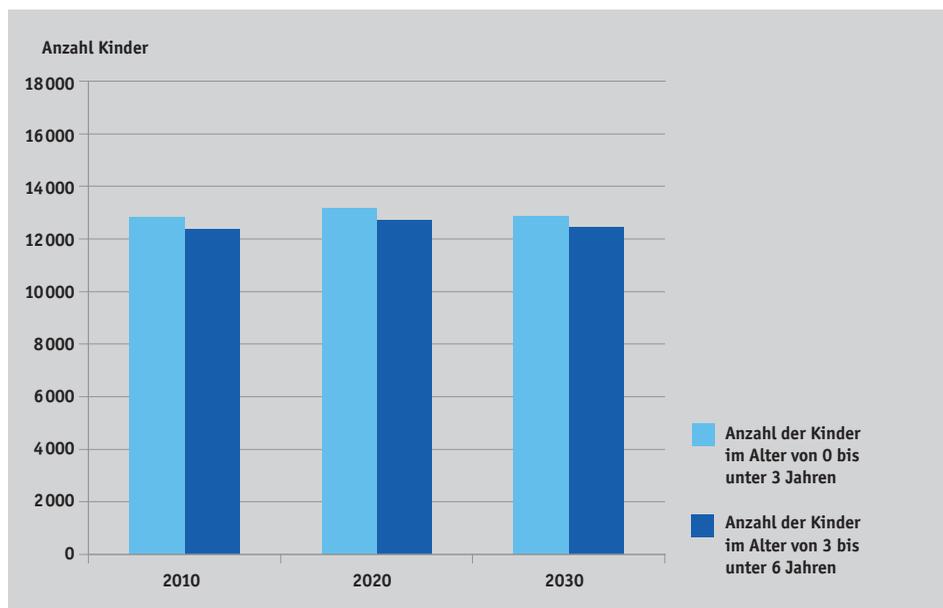
2.1 Kinder unter sechs Jahren in Nürnberg

In Nürnberg wurden im vergangenen Jahrzehnt jährlich durchschnittlich etwa 4 300 Kinder geboren. Die Zahl der unter sechsjährigen Kinder, die für den Besuch von Kindertageseinrichtungen und für die Betreuung durch Tagespflegepersonen in Frage kommen, liegt damit bei etwa 25 000 Kindern. Die Prognose zeigt, dass bis 2030 keine entscheidenden Veränderungen bei den Kinderzahlen zu erwarten sind (**Abb. C-1**).

Für Kinder bis zu drei Jahren müssen bis Ende des Jahres 2013 bei einer angestrebten Versorgungsquote von 35% in Krippen und der Tagespflege ca. 4 500 Plätze zur Verfügung stehen. Die Statistiken für Nürnberg weisen aus, dass von Tagespflegepersonen fast ausschließlich Kinder im Alter bis zu drei Jahren betreut werden, so dass für alle älteren Kinder Plätze in Kindertageseinrichtungen vorgehalten werden müssen. Um bis 2013 ein hundertprozentiges Platzangebot für die dreieinhalb Jahrgänge vor der Einschulung⁴ zu erreichen, wären ca. 15 000 Plätze erforderlich.

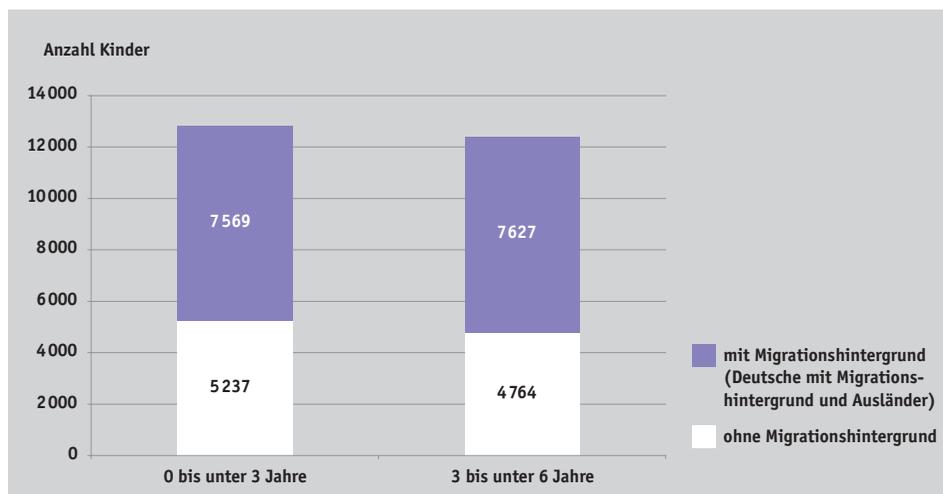
Stark verändert hat sich die Zusammensetzung der Kinder in den letzten Jahren: Seit dem Jahr 2000 sinkt der Anteil ausländischer Kinder, da ein großer Teil von ihnen seit der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes als Optionsdeutsche **D** in der Statistik nicht mehr als Ausländer sondern als Kinder mit Migrationshintergrund **D** erfasst werden. Auch ein Teil der Kinder von Spätaussiedlern fällt unter die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund (**Abb. C-2**).

Abb. C-1:
Kinder im Vorschulalter in
Nürnberg im Jahr 2010 und
Prognose bis 2030



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Einwohnermelderegister und SIKURS

Abb. C-2:
Kinder im Alter von
unter sechs Jahren nach
Migrationshintergrund in
Nürnberg, 2010



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Einwohnermelderegister und MigraPro

Die Abbildung zeigt, dass die Auswirkungen des im Jahr 2000 verabschiedeten Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) dazu führen, dass mehr als die Hälfte aller Kinder in der betrachteten Altersgruppe einen Migrationshintergrund haben – mit steigender Tendenz. Auch wenn beide Elternteile **nicht** die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, erwirbt ein Kind seit dem 1.1.2000 nach dem sogenannten Optionsmodell die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält und im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Niederlassungserlaubnis ist.⁵

Außerdem waren in den 1990er Jahren hohe Zuwanderungszahlen von Spätaussiedlern zu verzeichnen, von denen viele nach der Konsolidierung ihrer Lebensperspektive in die Fa-

miliengründungsphase eingetreten sind. Spätaussiedler sowie Kinder, die nach der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes eine doppelte Staatsangehörigkeit haben, werden in der Statistik den Kindern mit Migrationshintergrund zugerechnet.

2.2 Kinderarmut

Von den Kindern im Vorschulalter, also den Kindern vor Vollendung des siebten Lebensjahrs, lebten im Jahr 2010 ca. 7 000 in Bedarfsgemeinschaften **D** (Abb. C-3). Etwa ein Viertel aller Kinder eines Jahrgangs in Nürnberg ist demnach auf SGB II-Leistungen angewiesen.

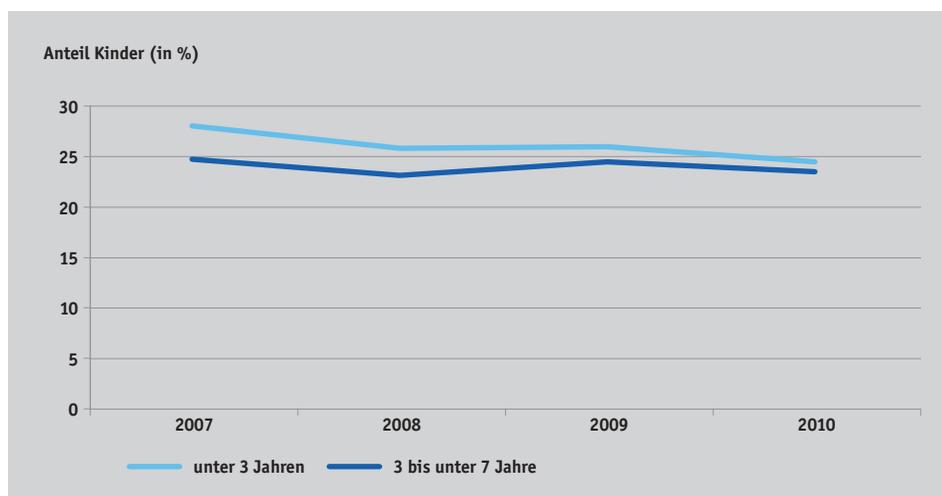


Abb. C-3: Anteil von Kindern¹⁾ unter sieben Jahren in Bedarfsgemeinschaften an allen Kindern dieser Altersgruppe in Nürnberg, 2007 bis 2010

¹⁾ Nicht erwerbsfähige Leistungsbezieher.

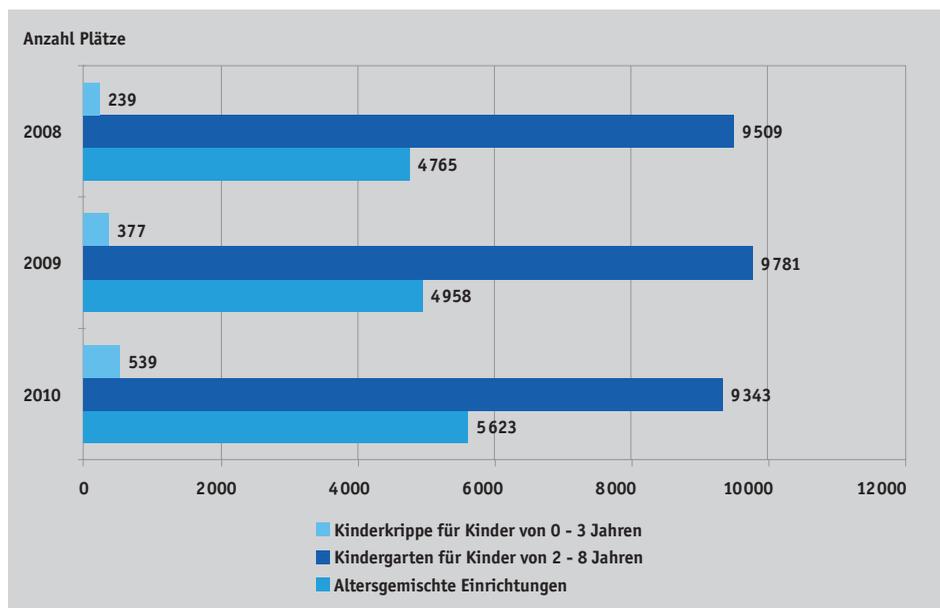
Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth; Bundesagentur für Arbeit.

Sowohl die OECD- als auch die PISA-Studien stellen für Deutschland einen besonders engen Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft fest. Betrachtet man die hohe Zahl armer Vorschulkinder vor diesem Hintergrund, so wird deutlich, dass große Anstrengungen erforderlich sind, um den damit verbundenen, herkunftsbedingten Nachteilen entgegenzuwirken. Frühkindliche Bildung kann dazu wesentlich beitragen. Eine Voraussetzung dafür ist eine ausreichende Anzahl von bezahlbaren Plätzen in den Kindertageseinrichtungen. In gleichem Maße erforderlich sind eine gute Qualität der pädagogischen Arbeit sowie flankierende Maßnahmen zur Unterstützung von Eltern.

2.3 Bildungsbeteiligung in den Einrichtungen frühkindlicher Bildung und der Tagespflege

Zum Stichtag 1.3.2010 gab es in Nürnberg 317 Einrichtungen mit 15 505 Plätzen⁶ und 14 051 Kindern⁷. Die klassische Aufteilung der Kindertageseinrichtungen nach den Altersgruppen der unter Drei-Jährigen („Krippenkinder“), der „Vorschulkinder“ im Alter bis zur Einschulung (in der Regel bis zu sechs Jahren) und der „Hortkinder“ (Schulkinder, in der Regel im Grundschulalter) wird zunehmend durch altersübergreifende Einrichtungen und Gruppen ergänzt. Sie bestehen aus alterseinheitlichen und/oder altersgemischten Gruppen. Etwas mehr als ein Drittel aller Plätze wird bereits in altersübergreifenden Tageseinrichtungen angeboten (Abb. C-4). 459 Kinder unter sechs Jahren wurden von Tagespflegepersonen betreut (Abb. C-6).

Abb. C-4:
Plätze in Nürnberger Kindertageseinrichtungen (ohne Horte) nach Einrichtungsart, 2010

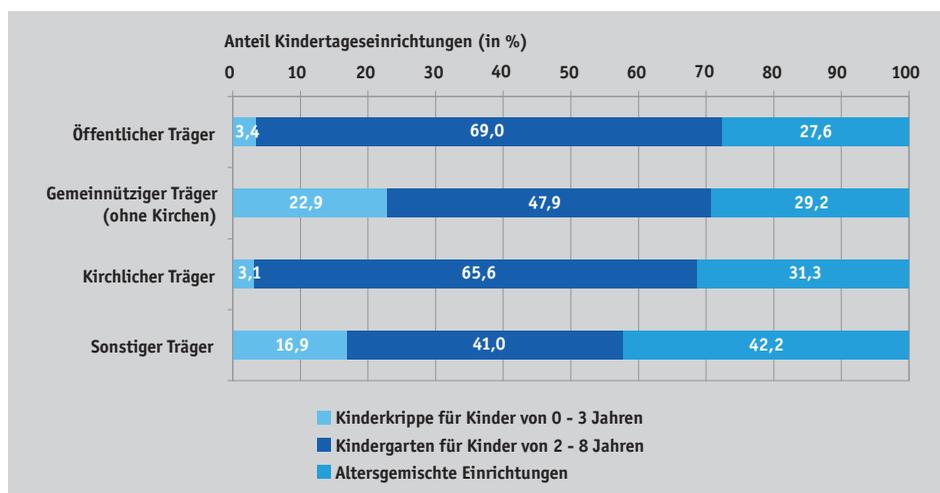


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder- und Jugendhilfestatistik.

2.3.1 Angebotsstruktur

Traditionell betreiben die Kirchengemeinden und die großen Träger der freien Wohlfahrtspflege mehr Kindertageseinrichtungen als die Kommunen. Das Subsidiaritätsprinzip tritt in diesem Bereich der Jugendhilfe besonders deutlich zutage. Auch in Nürnberg ist dies der Fall. Daneben haben sich seit den sechziger Jahren – überwiegend kleinere – Einrichtungen von Elterninitiativen etabliert, die sich in den 1990er Jahren zum lokalen Dachverband Soke e.V. zusammengeschlossen haben. Mit der Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) ^D treten seit 2005 zudem neue Anbieter auf, die entweder privat, als Verein, als bisher in Nürnberg nicht vertretene große Träger oder als überregional agierende kommerzielle Unternehmen Kindertageseinrichtungen betreiben. Ihre Schwerpunkte liegen im Krippenbereich und bei den altersübergreifenden Einrichtungen (Abb. C-5).

Abb. C-5:
Kindertageseinrichtungen in Nürnberg nach Einrichtungsart und Trägerschaft, 2010



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Besonders stark engagieren sich die freien Träger in den letzten Jahren beim Ausbau der Krippen, also den Einrichtungen, die Kinder bis zum dritten Lebensjahr aufnehmen. Insgesamt hat sich die Platzzahl zwischen 2007 und 2011 (1. Quartal) von 611 auf 1270 mehr als verdoppelt. Von diesem Zuwachs wurden 114 Plätze in städtischer Trägerschaft errichtet.⁸

Im Jahr 2010 gab es in Nürnberg zwar nur 539 Krippenplätze, es besuchten jedoch insgesamt 1651 Kinder unter drei Jahren Kindertageseinrichtungen. Mehr als 1000 dieser Kinder waren also entweder in altersübergreifenden Einrichtungen oder besuchten bereits einen Kindergarten.⁹

2.3.2 Betreuungs- und Besuchsquoten

Im Jahr 2010 besuchten von den 12828 Kindern unter drei Jahren in Nürnberg insgesamt 12,9% eine Kindertageseinrichtung (**Tab. C-1**). Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um 2,5 Prozentpunkte. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass Kinder im ersten Lebensjahr kaum außerhalb der Familie betreut werden (2,5% einschließlich der Tagespflege), während der Anteil von Kindern im dritten Lebensjahr in Tageseinrichtungen bereits bei 23,2% (einschließlich der Tagespflege bei 28,2%) liegt. Die Quote steigt mit dem Alter stetig an und beträgt bei den Fünf-Jährigen 93,9%. Da von den Sechs-Jährigen bereits der größere Teil die Schule besucht, sind nur noch 38,6%¹⁰ von ihnen in einer Kindertageseinrichtung.

Alter des Kindes	Betreute Kinder insgesamt	Kinder in Nürnberg insgesamt	Besuchsquote (in %)
0 Jahre	79	4 220	1,9
1 Jahr	557	4 230	13,2
2 Jahre	1015	4 378	23,2
0 bis unter 3 Jahre	1 651	12 828	12,9
3 Jahre	3 285	4 090	80,3
4 Jahre	3 744	4 010	93,4
5 Jahre	3 840	4 089	93,9
3 bis unter 6 Jahre	10 869	12 189	89,2
6 Jahre	1 514	3 927	38,6

Tab. C-1: Besuchsquoten¹⁾ der Kindertageseinrichtungen in Nürnberg nach Alter des Kindes (ohne Kindertagespflege, ohne Schulkinder), 2010

¹⁾ Bei der Berechnung der altersspezifischen Besuchsquoten wird die Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen vom 1.3.2010 auf die altersentsprechende Bevölkerung am 31.12.2009 bezogen.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder- und Jugendhilfestatistik; Einwohnermelde-register.

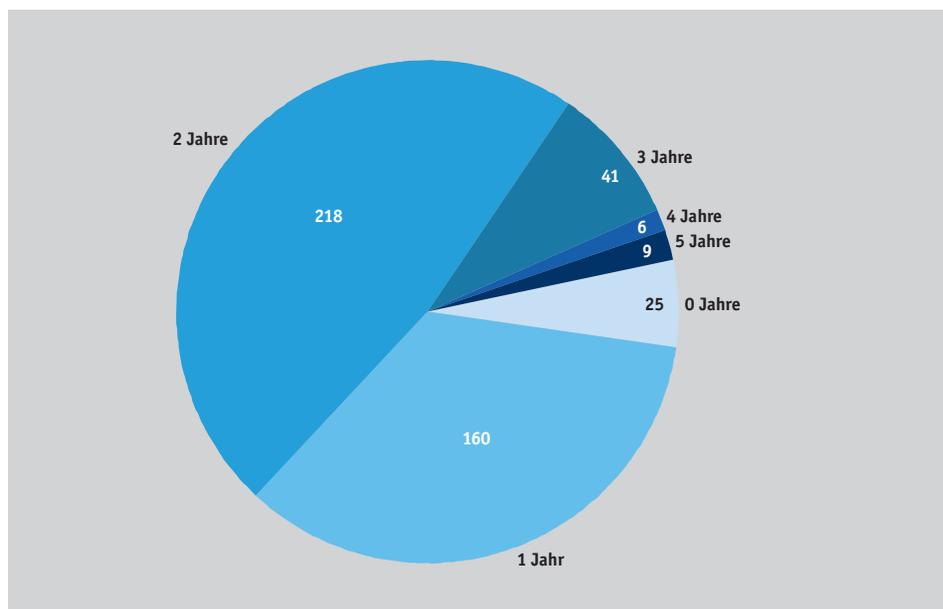
Im Vergleich zu den Nachbarstädten in der Metropolregion Nürnberg (Erlangen, Fürth und Schwabach) hat Nürnberg allerdings noch immer einen Nachholbedarf, insbesondere bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren (**Abb. C-1A**).

2.3.3 Tagespflege

Die Kindertagespflege stellt nach dem BayKiBiG ein gleichrangiges Angebot zu den Kindertageseinrichtungen dar. Am 1.3.2010 wurden in Nürnberg 459 Kinder unter sechs Jahren von einer Tagespflegeperson betreut. Die folgende Grafik zeigt, dass der Anteil der unter Drei-Jährigen mit 87,8% am höchsten ist, und Kinder bis zu einem Jahr eine eher untergeordnete Rolle spielen (**Abb. C-6**). Dies dürfte sich daraus erklären, dass fast immer El-

ternzeit in Anspruch genommen wird. Allerdings nehmen ganz überwiegend Frauen eine Elternzeit im Umfang von zwölf Monaten in Anspruch; Männer dagegen beanspruchen in der Regel nur einen oder zwei Monate.¹¹

Abb. C-6:
Kinder unter sechs Jahren in
Tagespflege nach Alter und
Geschlecht in Nürnberg, 2010



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Im Kindergarten- und Schulalter wird in der Regel die Tagespflege nur dann in Anspruch genommen, wenn eine Randzeitenbetreuung notwendig ist, die die Institutionen zeitlich nicht abdecken können.

2.3.4 Institutionelle Betreuung von Kindern bis zur Einschulung

In Kindergärten, die in der Regel Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung aufnehmen, standen im Jahr 2010 insgesamt 9343 Plätze zur Verfügung. Dazu kamen Plätze in den verschiedenen Formen altersübergreifender Einrichtungen, die für einzelne Jahrgänge oder Altersgruppen nicht quantifizierbar sind. Der Auslastungsgrad lag bei 96,4% in Kindergärten und 98,7% bei den Kinderkrippen. Zur Unterschreitung der 100%-Marke kommt es aus verschiedenen Gründen: Stadtrandlagen oder Überalterung eines Wohnquartiers können längerfristig zu einer Unterbelegung von Einrichtungen führen; bei Umbaumaßnahmen und Neueröffnungen kommt es häufig zu einer kurz- bis mittelfristigen Unterbelegung. Die Schuleingangsuntersuchung für das Schuljahr 2008/09 zeigt aber, dass in Nürnberg nur vereinzelt Kinder **nie** eine Kindertageseinrichtung besucht hatten. Allerdings sind regionale Unterschiede bei der Anzahl der Jahre zu verzeichnen, die Kinder in einer Tageseinrichtung verbringen. Bezogen auf die Daten aus dem Einwohnermelderegister (**Abb. C-2A**) scheint es, als würden Kinder mit Migrationshintergrund in etwas höherem Alter in die Kindertagesbetreuung eintreten als Kinder ohne Migrationshintergrund.

57,8% aller Kinder in den Nürnberger Kindergärten haben einen Migrationshintergrund. Sie verteilen sich aber nicht gleichmäßig auf die Einrichtungen der verschiedenen Trägergruppen (**Abb. C-7**). In den Einrichtungen des Jugendamtes liegt ihr Anteil um 11,9

Prozentpunkte und in denen der gemeinnützigen Träger um 8,0 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Insbesondere die sonstigen Träger betreuen deutlich niedrigere Anteile dieser Kinder in ihren Einrichtungen, spielen bisher allerdings mit nur 10,6% aller Kindergartenplätze noch keine besonders große Rolle.

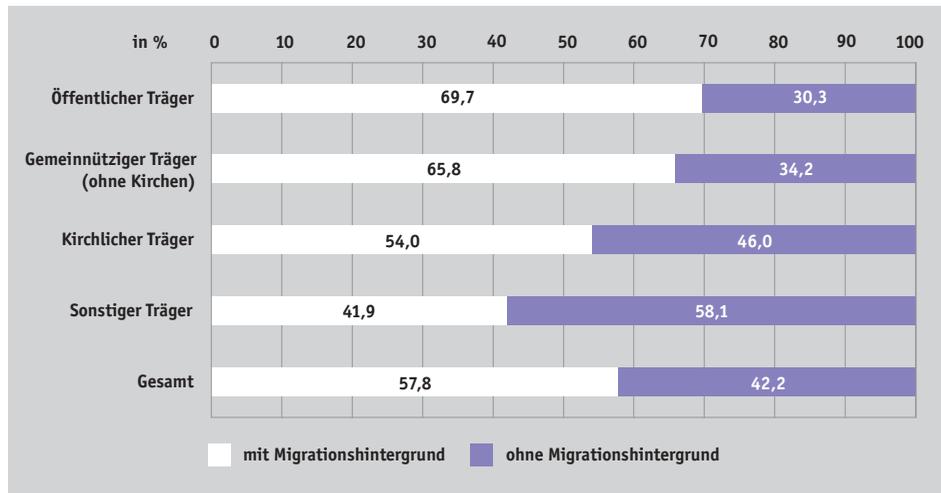


Abb. C-7: Kinder in Kindergärten (ohne Schulkinder) nach Trägerschaft der Einrichtung und Migrationshintergrund¹⁾, 2010

¹⁾ Der Migrationshintergrund ist hier definiert nach Familiensprache nicht-deutsch und/oder mind. ein Elternteil nicht-deutsch.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Nur im „klassischen“ Kindergarten sind Kinder mit Migrationshintergrund in etwa ihrem Anteil an der Altersgruppe entsprechend vertreten, in altersgemischten **D** Einrichtungen hingegen schwächer und in Kinderkrippen stark unterrepräsentiert (**Abb. C-8**).

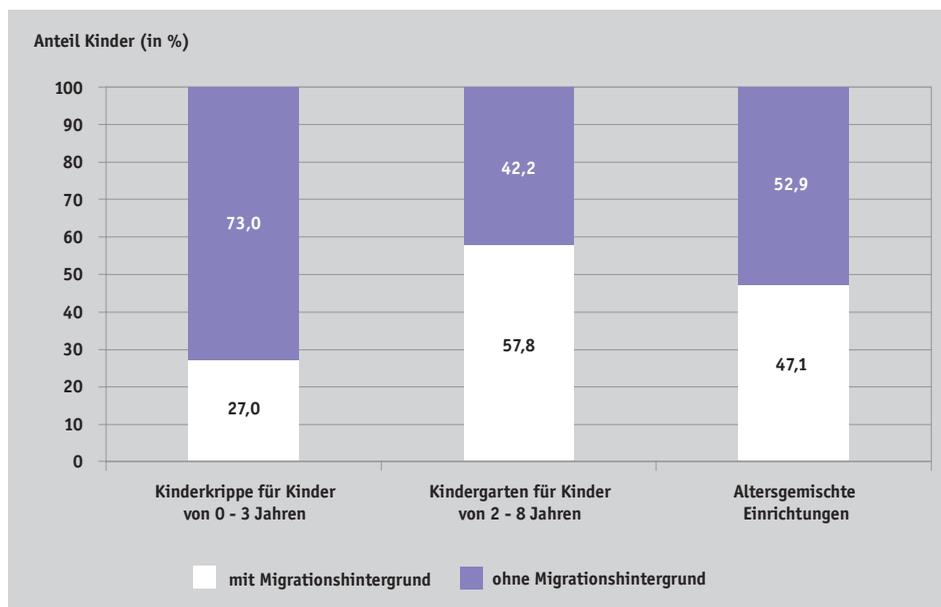


Abb. C-8: Anteil der Kinder in Kindertageseinrichtungen (ohne Schulkinder) nach Migrationshintergrund¹⁾, 2010

¹⁾ Der Migrationshintergrund ist hier definiert nach Familiensprache nicht-deutsch und/oder mind. ein Elternteil nicht-deutsch.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Dagegen liegt ihre tägliche Aufenthaltsdauer in der jeweiligen Einrichtung höher als die der Kinder ohne Migrationshintergrund (**Tab. C-2**). Bei einer Betreuungszeit von bis zu fünf

Stunden täglich gibt es nur einen geringen Unterschied zwischen beiden Gruppen. Eine über siebenstündige Betreuungszeit dagegen haben knapp 60% aller Kinder mit Migrationshintergrund gegenüber etwa 50% der anderen Kinder.

Tab. C-2:
Betreute Kinder in Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund¹⁾ und Betreuungszeiten (ohne Horte, ohne Schulkinder), 2010

¹⁾ Der Migrationshintergrund ist hier definiert nach Familiensprache nicht-deutsch und/oder mind. ein Elternteil nicht-deutsch.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Migrationshintergrund		Betreuungszeiten von ...			Gesamt
		... bis zu 5 Stunden	... mehr als 5 bis zu 7 Stunden	... mehr als 7 Stunden	
mit	Anzahl	932	2 062	4 474	7 468
	in %	12,5	27,6	59,9	100,0
ohne	Anzahl	894	2 466	3 223	6 583
	in %	13,6	37,5	49,0	100,0
Gesamt	Anzahl	1 826	4 528	7 697	14 051
	in %	13,0	32,2	54,8	100,0

Eine aktuelle Veröffentlichung des Deutschen Jugendinstituts München (DJI) zu den Ergebnissen des Projekts „Regionale Unterschiede im Bedarf und Ausbauniveau der Kinderbetreuung“ weist für Nürnberg einen hohen Segregationsgrad für Kinder mit Migrationshintergrund in den Tageseinrichtungen aus: Mehr als 50% der Kinder mit Migrationshintergrund besuchen im Jugendamtsbezirk Nürnberg Einrichtungen, in denen mindestens 50% der Besucher nicht Deutsch als Familiensprache benutzen¹². Diese Zahl spiegelt nach Meinung der Verfasserin das Wohnumfeld in Großstädten wider. Einen vergleichbar hohen Segregationsgrad gibt es in Bayern nur noch in Ingolstadt und München. Allerdings vermerkt die Autorin: „Durch die Möglichkeit, die Kindertagesstätte frei zu wählen einerseits sowie Aufnahmekriterien, wie z. B. eine Festlegung des Anteils von Kindern der Gemeinde in kirchlichen Einrichtungen, und höheren Elternbeiträgen in privaten Einrichtungen andererseits, fallen die Segregationstendenzen teilweise sogar noch stärker aus, als es das Wohnumfeld erwarten ließe.“¹³

2.3.5 Inklusion

Die UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2006 fordert unter dem „Kernbegriff“ der Inklusion einen Wandel der Gesellschaft hin zur selbstverständlichen Zugehörigkeit und vollen Teilhabe aller.¹⁴ Mit der Ratifizierung und dem Inkrafttreten am 26.3.2009 verpflichtet sich die Bundesrepublik zu entsprechenden Maßnahmen im Bereich des Bildungswesens. Das in dieser Konvention postulierte Recht auf „inklusive Bildung“ setzt Bildung von Menschen mit Behinderungen unter das Vorzeichen „Diversität“, verlangt also die Achtung und Beachtung der Unterschiedlichkeit von Individuen.

Damit sind weitreichende Fragen verbunden, wie die in Deutschland sehr differenzierte, hoch qualifizierte und spezialisierte Förderlandschaft auszurichten ist, damit die bisher weitgehend in Sondereinrichtungen betreuten behinderten Kinder in die Regelsysteme in-

kludiert werden können. Es wird daher künftig um die Frage gehen, wie und in welchem Ausmaß sich die Regelsysteme verändern müssen, um Kindern und Eltern das Recht auf inklusive Bildung zu garantieren und dem Anspruch auf bedarfsgerechte, qualifizierte Förderung aller Kinder gerecht zu werden.¹⁵

Leistungen für behinderte Kinder werden auf der Grundlage verschiedener Gesetze gewährt, mit der Konsequenz, dass Beantragung, Gewährung und Durchführung bei unterschiedlichen Stellen angesiedelt sind. Leistungsträger sind z. B. die Gesetzliche Krankenversicherung nach SGB V für bestimmte Therapien, die Jugendämter nach SGB VIII für Hilfen zur Erziehung und der überörtliche Sozialhilfeträger nach SGB XII für Eingliederungshilfen, Frühförderung und Heilpädagogische Tagesstätten. Schulvorbereitende Einrichtungen und die Mobilen Sonderpädagogischen Hilfen sind dem Schulbereich zugeordnet und werden als schulische Maßnahmen aus Landesmitteln finanziert. Diese Aufsplitterung führt dazu, dass keine zentrale Stelle existiert, die eine belastbare Übersicht liefern kann, in der die relevanten Daten zusammengeführt sind.

Zahlen der Frühförderung und des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes liegen nicht vor. Eine vom Bildungsbüro durchgeführte Befragung ergab im Jahr 2009, dass für Kinder im Vorschulalter ca. 290 Plätze in Schulvorbereitende Einrichtungen, 71 Plätze in Heilpädagogische Tagesstätten und 73 Plätze in integrativen Kindertageseinrichtungen zur Verfügung standen. Andere Daten sind zurzeit nicht verfügbar.

Im Jahr 2000 beschloss der Jugendhilfeausschuss, dass in den Nürnberger Kindergärten die so genannte Einzelintegration für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder¹⁶ unter dem Gesichtspunkt einer wohnortnahen Versorgung angestrebt werden soll. 119 Kinder im Alter bis einschließlich fünf Jahren sowie 32 Kinder im Alter von sechs Jahren erhielten am 1.3.2009¹⁷ Eingliederungshilfen nach SGB XII in Regeleinrichtungen.

3. Qualität der Kindertagesbetreuung

Die Frage, ob der frühe Eintritt und/oder die Länge des Besuches einer Kindertageseinrichtung Auswirkungen auf einen späteren Schulerfolg haben, wird in der Fachliteratur unterschiedlich beantwortet. Während z. B. die bereits aufgeführte Bertelsmann-Studie zu der Bewertung kommt, dass sich im Wesentlichen der Besuch von Kindertageseinrichtungen in den ersten drei Lebensjahren auf den späteren Bildungserfolg (hier: Übertritt ins Gymnasium) auswirkt¹⁸, argumentieren andere Studien, dass auch ein späterer Einstieg in die institutionelle frühkindliche Betreuung zu einem besseren Bildungserfolg, z. B. höherwertigen Abschlüssen, führt.¹⁹ Übereinstimmend gelangen alle Untersuchungen zu dem Schluss, dass insbesondere Kinder aus benachteiligten Familien vom Besuch einer Kindertageseinrichtung profitieren. Nachdrücklich wird darauf hingewiesen, dass der Besuch einer solchen Einrichtung nicht automatisch zu einem besseren Bildungserfolg führt, sondern dazu vor allem qualitative Voraussetzungen erfüllt sein müssen.

Als wichtiger Indikator für die Qualität frühkindlicher Bildung gilt im Nationalen Bildungsbericht der kindbezogene Personalschlüssel pro Gruppe. Er drückt das Fachkraft-Kind-Verhältnis in der Weise aus, dass das Vollzeitbeschäftigungsäquivalent des pädagogischen Personals ins Verhältnis zu den Ganztagsanspruchnahmenäquivalenten der Kinder gesetzt wird.

Dieser Personalschlüssel ist nicht identisch mit dem Anstellungsschlüssel nach dem BayKiBiG, der eine Gewichtung von Kindern unter drei Jahren, Schulkindern, Kindern mit Behinderungen und Kindern mit Migrationshintergrund berücksichtigt. Daneben spielen dort Gruppen und Gruppengrößen keine Rolle mehr. Die Vergleichbarkeit mit den Angaben im Nationalen Bildungsbericht ist deshalb nicht gegeben. Der Anstellungsschlüssel nach dem BayKiBiG lag im Betriebsjahr 2008/09 in städtischen Einrichtungen in Kindergärten bei 1:10,8, in Kinderkrippen bei 1:7,9, in Einrichtungen mit altersgemischten Gruppen bei 1:10,6 und in altersgemischten Einrichtungen mit altershomogenen Gruppen bei 1:10,9.²⁰ Als ein weiterer bedeutsamer Indikator für die Qualität frühkindlicher Bildung wird das Ausbildungsniveau des pädagogischen Personals angesehen. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern ist die Ausbildung des Personals für den frühkindlichen Bereich in Deutschland nicht auf der akademischen Ebene angesiedelt, sondern wird von Berufsfachschulen geleistet, die einen mittleren Schulabschluss voraussetzen. Änderungen werden zwar seit Jahren diskutiert, aber auch im Zuge des Bologna-Prozesses wurden bislang keine entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen. Mit einem Personalanteil von 4,6%, derer, die über einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss verfügten, lag Nürnberg (**Tab. C-1A**) unter dem Bundesdurchschnitt von 5,9%²¹. Mittlerweile bieten Fachhochschulen, in erster Linie als Zusatzausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, Bachelor-Studiengänge an. Das für den Erziehungsdienst einschlägige Tarifvertrags-Gefüge für den öffentlichen Dienst sieht eine Anstellung von Fachhochschul-Absolventen im frühkindlichen Bereich allerdings nicht vor.

Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) und die dazugehörige Ausführungsverordnung (AvBayKiBiG) definieren die Grundsätze für Betrieb und Finanzierung der Kindertageseinrichtungen. Es stellt sich indes die Frage, ob die Ansprüche des BEP an die Qualität der Arbeit unter den Bedingungen des BayKiBiG und der bayerischen Finanzierungsrichtlinien tatsächlich umsetzbar sind. Für Nürnberg gilt, dass der Anteil des pädagogischen Personals mit einer akademischen oder mindestens dreijährigen einschlägigen Fachschulausbildung im Jahr 2009 mit 61,6%²² deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert aus dem Jahr 2009 mit 80,5%²³ bleibt. Dagegen lag der Anteil an Kinderpflegerinnen und -pflegern am gesamten pädagogischen Personal in Nürnberg mit 35,7% um mehr als das Doppelte höher als im Bundesdurchschnitt. Die Kinder- und Jugendhilfestatistik **M** weist für das Jahr 2010 keine Veränderungen aus (**Tab. C-1A**). Das Staatsinstitut für Frühpädagogik wies bereits nach Auswertung der Modellphase der Jahre 2003/04 zur Umsetzung des BEP²⁴ bilanzierend darauf hin, dass die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung des BEP unter anderem für folgende Aufgaben zusätzliche Zeitkontingente erforderlich machen: für die Erstellung und Auswertung von Beobachtungen, Elterngespräche, regelmäßigen fachlichen Austausch im Team und mit Fachdiensten usw. Außerdem wird die Freistellung der Leitungspersonen von einer Einrichtungsgröße ab 75 Kindern empfohlen, um diesen für die Aufgaben der Qualitätsentwicklung, -prüfung und -sicherung ausreichend Zeit einzuräumen. Dies ermöglicht das BayKiBiG jedoch nur zu Lasten der Träger oder der Eltern. Auch die beiden Empfehlungen, hauswirtschaftliches Personal zur Entlastung des pädagogischen Personals von fachfremden Tätigkeiten einzustellen und über Honorare externe Fachkräfte zu beschäftigen, werden bei der Finanzierung der Arbeit der Kindertageseinrichtungen bis heute letztendlich nicht berücksichtigt.

Der aktuelle Ländervergleich der Bertelsmann-Stiftung vergleicht die Nettoausgaben der öffentlichen Hand pro Kind unter sechs Jahren. Dabei rangiert Bayern mit 2 338 € auf der Liste ganz unten; nur das Bundesland Schleswig-Holstein liegt mit 2 180 € noch darunter.²⁵

4. Eltern- und Familienbildung

Die neuere Sozialisationsforschung ist sich darin einig, dass der Einfluss der Eltern auf die Entwicklung ihrer Kinder von großer Bedeutung ist. Uwe Tietze etwa veranschlagt den Effekt auf das Zwei- bis Dreifache gegenüber den Kindertagesstätten.²⁶ Das Konzept für die Eltern- und Familienbildung in Nürnberg schließt sich der Einschätzung im 7. Familienbericht der Bundesregierung an: „Für die kindliche Entwicklung ist Familie nach wie vor die wichtigste Erziehungs- und Bildungsinstanz. In ihr wird das Fundament für die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes gelegt und die Basis für psychosoziale Stabilität und Leistungsfähigkeit geschaffen. Die Kinder erwerben in ihren Familien die meisten psychomotorischen, sozialen, emotionalen und sprachlichen Kompetenzen.“²⁷

Um Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu fördern und zu unterstützen, besteht in Nürnberg ein breit gefächertes Angebot. Unterschiedliche Träger bieten vom Miniclub bis hin zu komplexen Programmen und Trainings ein breites inhaltliches Spektrum sowohl in zentralen Einrichtungen als auch dezentral an. Ein Teil dieser Arbeit wird mit kommunalen Zuschüssen gefördert. Ein Runder Tisch, bestehend aus dem geschäftsführenden Jugendamt und den freien Trägern, koordiniert die Angebote. Das dort gemeinsam erarbeitete Konzept „Familienbildung in Nürnberg“ bietet neben einem Überblick über das aktuelle Spektrum eine Beschreibung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Familienbildung und zeigt Perspektiven und Handlungsansätze auf. Es verweist, wie auch dieser Bericht, auf den Armuts- und Bildungsdiskurs, erweitert um Fragestellungen aus dem Familien- und Generationen- sowie dem Erziehungsdiskurs. Das Jugendamt wird dieses Konzept im Zusammenhang der Durchführung des zweijährigen Programms „Familienstützpunkte“²⁸ des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen weiterentwickeln.

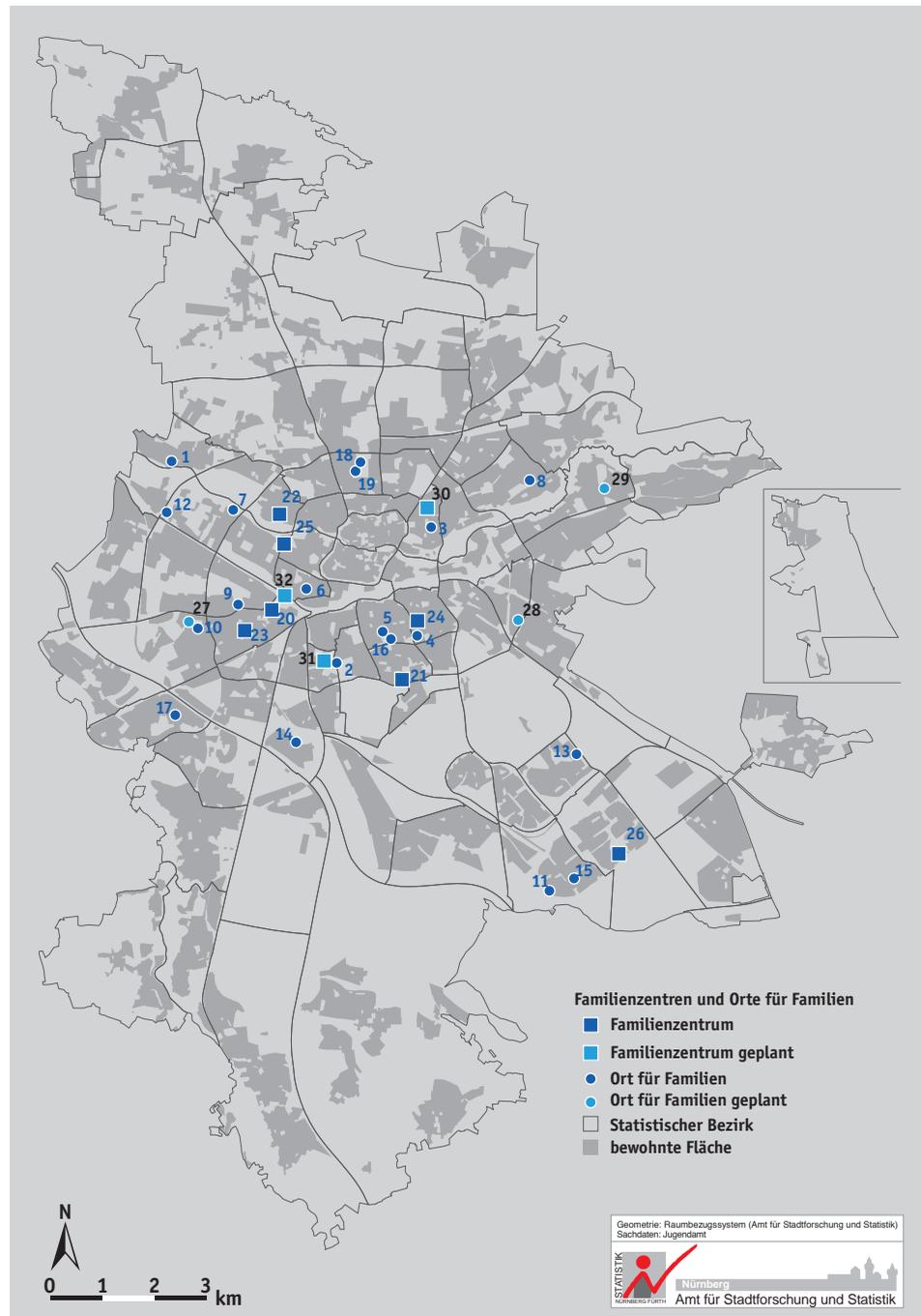
Nicht alle Familien werden gleichermaßen von den Angeboten der Eltern- und Familienbildung erreicht. Insbesondere für arme Familien, Familien mit multiplen Problemstellungen und Familien mit Migrationshintergrund sind die Zugangsschwellen häufig zu hoch. Für Familien, die zu diesen Strukturen keinen Zugang finden, übernehmen hier mittlerweile die Kindertagesstätten eine wichtige Rolle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genießen in der Regel das Vertrauen der Eltern und haben somit eine bedeutsame Türöffner- und Brückenfunktion inne. Allerdings berücksichtigte die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, die bereits im Berufsleben stehen, diese Themen nur am Rande. Daher legen alle Träger in ihren Fortbildungsprogrammen einen besonderen Schwerpunkt auf geeignete Formen der Zusammenarbeit mit Eltern in ihren Einrichtungen.

Die Stadt Nürnberg stellt seit 2007 zusätzliche finanzielle Mittel für den qualitativen Ausbau der Kindertageseinrichtungen zur Verfügung. Davon geht ein großer Teil in den Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu „Orte für Familien“ und zu Familienzentren – sowohl für eigene Einrichtungen als auch die freier Träger.²⁹ Diesen Einrichtungen stehen sowohl Mittel für eine bessere Personalausstattung als auch für Angebote der Elternbildung zur Verfügung. Mit dieser zusätzlichen Förderung starteten im Jahr 2007 fünf Familienzentren nach einer

mehrfährigen Konzeptentwicklung und Vorbereitung mit einem Personal- und Organisationsentwicklungsprozess, um die Neuorientierung ihrer Einrichtungen hin zu einer hochwertigen Elternbildungsarbeit zu unterstützen. Im Juli 2011 existieren sieben Familienzentren und 19 Orte für Familien; bis zum Jahr 2013 werden jeweils drei dazukommen (**Abb. C-9**).

Abb. C-9:
Familienzentren/Orte
für Familien in Nürnbergs
Statistischen Bezirken

Eine namentliche Übersicht zu den Einrichtungen findet sich im Anhang (**Tab. C-2A**).



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

„Orte für Familien“ und Familienzentren öffnen sich – in unterschiedlichem Ausmaß – mit ihren Angeboten für alle Eltern in ihrem Stadtteil. Neben der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern bieten sie zielgruppenspezifische, niedrighschwellige Treffpunkte, Beratung, Kurse usw. für Eltern, z. T. auch für Großeltern, an. Dazu arbeiten sie mit vielen externen Partnern zusammen: Von Ehrenamtlichen, die einen Sportkurs für Eltern und Kinder anbieten, bis zu psychologischen Fachkräften der Erziehungsberatung reicht das Spektrum. Dabei bauen sie auf das bereits vorhandene Vertrauen der Eltern „ihrer“ Kinder und gewinnen zusätzlich junge Eltern, deren Kinder die Einrichtung noch nicht besuchen.

Spezielle Bildungsangebote für Familien mit Migrationshintergrund werden in größerem Umfang vor allem von der Arbeiterwohlfahrt (AWO), daneben auch vom Kinderschutzbund und der Evangelischen Familienbildungsstätte organisiert. Während die Familienbildungsstätte besonderen Wert auf muttersprachliche Gesprächs- und Bildungsangebote sowie niedrighschwellig angelegte Treffpunkte legt, bietet der Kinderschutzbund die zuerst in deutscher Sprache bundesweit erprobte Seminar- und Trainingsreihe „Starke Eltern – Starke Kinder“ in verschiedenen Sprachen an. Die AWO hat die drei international evaluierten Elternbildungsprogramme HIPPIY, Opstapje und „PAT – Mit Eltern lernen“³⁰ für Nürnberg adaptiert. Neben Gruppentreffen beinhalten sie auch praktische Übungen, zu denen die Eltern in Hausbesuchen angeleitet werden.

5. Übergang in die Grundschule

Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule bedeutet für Kinder und Eltern einen „Systemwechsel“, von dessen Gelingen der weitere Bildungsweg des Kindes stark beeinflusst wird. Für die Grundschulen legt das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG), für die Kindertageseinrichtungen das BayKiBiG mit dem BEP die Grundlagen für die Zusammenarbeit der beiden Institutionen an dieser Schwelle. In Nürnberg werden Konzepte einer besseren Zusammenarbeit entwickelt und in exemplarischen Kooperationsprojekten erprobt. Im Staatlichen Schulamt wurden dafür Koordinationsbeauftragte eingesetzt; in der Fachstelle BEP des Jugendamts ist eine Mitarbeiterin (zeitlich befristet) mit diesem Arbeitsbereich befasst.

Die Quote von rund 94% für Fünf-Jährige belegt, dass nahezu alle Kinder in Nürnberg im letzten Jahr vor dem Eintritt in die Grundschule eine Kindertagesstätte besucht haben (siehe oben **Tab. C-1**). Die meisten dieser Kinder (87%) werden regulär eingeschult, 12% ein Jahr zurückgestellt, 1% wird vorzeitig eingeschult (siehe Kapitel D 4.1). Trotzdem werden in Nürnberg mit rund 3% etwa doppelt so viele Kinder wie in Bayern (1,5%) in den ersten beiden Jahrgangsstufen der Grundschule nicht versetzt. Bei Kindern mit Migrationshintergrund liegt die Wiederholerquote **M** in Nürnberg bei 4,7%.

Die Gründe für die relativ hohe Wiederholerquote in den ersten beiden Jahrgangsstufen der Nürnberger Grundschulen sind noch nicht erforscht. Angesichts der erhöhten Zahl an Kindern mit Migrationshintergrund mögen fehlende Deutschkenntnisse ein Grund sein. Damit Kinder, deren Familiensprache nicht Deutsch ist, über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, um dem Unterricht folgen zu können, wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen der „Vorkurs Deutsch 240“ eingerichtet. Er beginnt eineinhalb Jahre vor der geplanten Einschulung und wird je zur Hälfte in der Kindertageseinrichtung und in der zuständigen Grundschule durchgeführt. Im Schul- bzw. Betriebsjahr 2009/10 besuchten in Nürnberg 1856 Kindern diesen Vorkurs in 232 Gruppen. Eine ausführliche Evaluation der Wirksamkeit dieses Programms wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus bisher nicht veröffentlicht.

6. Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen

Die Stadt Nürnberg hat dem Ausbau der frühkindlichen Betreuungsangebote hohe Priorität eingeräumt. Wegen der legitimen Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie und des zentralen Beitrags der frühkindlichen Bildung zur Bildungsgerechtigkeit ist der quantitative und qualitative Ausbau unverzichtbar. Diese Richtungsentscheidung zog und zieht erhebliche finanzielle Belastungen sowie vielfältige Planungs- und Steuerungsaufgaben nach sich. Die Ergebnisse des Bildungsberichts unterstreichen noch einmal die enorme Bedeutung dieser Richtungsentscheidung und führen darüber hinaus zu folgenden Handlungsempfehlungen:

- ▶ Die Ursachen für die auffällig niedrige Besuchsquote von Kindern mit Migrationshintergrund bis zu drei Jahren in Kinderkrippen sollten untersucht und bewertet werden, ebenso die überdurchschnittlich lange Betreuungszeit pro Tag von Kindern mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen. Im Rahmen von Verbesserungen hinsichtlich Information und Ansprache könnte mit Hilfe einer Imagekampagne versucht werden, Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund vom Nutzen einer frühzeitigen Betreuung zu überzeugen.
- ▶ Das Angebot an Familienzentren und „Orte für Familien“ zur niedrigschwelligen Elternansprache wird von der Zielgruppe gut angenommen und sollte deshalb weiter ausgebaut werden. Bei der Einrichtung neuer Familienzentren wären Standorte in Wohnquartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf zu bevorzugen.
- ▶ Stadtteile, in denen überdurchschnittlich viele Kinder in den ersten zwei Jahrgangsstufen der Grundschule nicht versetzt werden, sollten auf die sozialräumlichen Charakteristika hin untersucht werden. Den besonderen Gegebenheiten und Anforderungen entsprechend sind verstärkte Anstrengungen für einen verbesserten Übergang von Kindertagesstätte in die Schule und gegebenenfalls eine besondere Förderung der Kindertagesstätten in diesen Stadtteilen vorzusehen.
- ▶ Weitere Erkenntnisse für eine noch zielgenauere Förderung könnten sich aus einer sozialräumlich orientierten Auswertung der Schuleingangsuntersuchungen, die vom Gesundheitsamt durchgeführt werden, ergeben.
- ▶ Die Auswertung des „Vorkurses Deutsch 240“ durch das Bayerische Kultusministerium muss veröffentlicht werden, um daraus Folgerungen für eine bessere Integration von Kindern mit Migrationshintergrund ableiten zu können.
- ▶ Zurzeit stehen Daten zur Förderung von Menschen mit Behinderungen in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung. Wegen der verschiedenen, beteiligten Rechtskreise ist es der Kommune derzeit auch kaum möglich, eine systematische und fortschreibungsfähige

Darstellung der lokalen Situation vorzunehmen. Die Stadt Nürnberg sollte über die kommunalen Vertretungsgremien dieses Problem an geeigneter Stelle zur Sprache bringen. Für ein vollständiges Bildungsmonitoring ist im Hinblick auf die Einlösung der UN-Behindertenrechtskonvention die Entwicklung verbindlicher Indikatoren und Richtlinien für eine vollständige Datensammlung und den erforderlichen Datentransfer erforderlich.

- ▶ Die Qualität der Ausbildung des pädagogischen Personals der Kindertagesstätten muss durch die Bereitstellung von Schulungsprogrammen und berufsbegleitenden Qualifizierungsangeboten verbessert werden. Angesichts des hohen Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund in Nürnberg ist ein besonderes Gewicht auf cultural mainstreaming sowie auf eine Personalplanung unter Berücksichtigung von Fachkräften mit Migrationshintergrund zu legen. Es gilt darauf zu dringen, dass das Land die erforderlichen Ressourcen für die im BEP postulierten hohen Qualitätsanforderungen zur Verfügung stellt.

¹ Ursula Rabe-Kleberg, Bildungsarmut von Anfang an? Über den Beitrag des Kindergartens im Prozess der Reproduktion sozialer Ungleichheit, in: Rolf Becker u. a., Bildungsungleichheit revisited: Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule, Wiesbaden 2010, S. 53.

² Bertelsmann Stiftung (Hg.), Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern, Gütersloh 2008.

³ Rolf Becker, Bildungseffekte vorschulischer Erziehung und Elementarbildung – Bessere Bildungschancen für Arbeiter und Migrantenkinder? in: Rolf Becker u. a., Bildung als Privileg, Wiesbaden 2010, S. 154.

⁴ Beschluss des Nürnberger Jugendhilfeausschusses vom 5.7.2007.

⁵ § 4 StAG.

⁶ Beide Zahlen ohne Horte.

⁷ Ohne Schulkinder. Da hier auch altersübergreifende Einrichtungen inbegriffen sind, wurden aus der Gesamtzahl von 15 079 Kindern die Schulkinder herausgerechnet.

⁸ Interner Quartalsbericht des Jugendamts für das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

⁹ Viele Kindergärten nehmen mittlerweile auch Kinder vor Vollendung des dritten Lebensjahrs auf.

¹⁰ Ohne Schulkinder.

¹¹ Zentrum Bayern, Familie und Soziales, schriftliche Mitteilung vom 25.1.2010.

¹² Katrin Hüskens, Kita vor Ort. Betreuungsatlas auf Ebene der Jugendamtsbezirke, Deutsches Jugendinstitut – Wissenschaftliche Texte, München 2010, S. 88.

¹³ Hüskens, Kita, S. 43.

¹⁴ Heiner Bielefeldt, Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention, Essay Nr. 5 des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin, 3. erweiterte Auflage 2009, S. 11.

¹⁵ Gleichzeitig verweist die Konvention auf die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Dialogs über das Verständnis von Behinderung als normalem Bestandteil des Lebens und der Gesellschaft und als Ausdruck von „Diversity“. Darüber einen gesellschaftlichen Konsens anzustreben, wird in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe sein.

¹⁶ Eine Behinderung im Sinne des BayKiBiG liegt vor, wenn für ein Kind der Anspruch auf Eingliederungshilfe gemäß § 53 SGB XII festgestellt ist mit der Notwendigkeit der teilstationären Unterbringung in einer integrativen Einrichtung oder einer Einrichtung mit Einzelintegration. Für die Anerkennung des Anspruchs auf Eingliederungshilfe nach § 53 SGB XII und deren Finanzierung ist der Bezirk Mittelfranken zuständig. Angebote zur individuellen Entfaltung- und Fördermöglichkeit sollen sowohl die behinderten als auch die nicht behinderten Kinder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, ihrem Selbstbewusstsein und in eigenständigem Handeln unterstützen. Wird ein Kind in Einzelintegration in einer Regeleinrichtung aufgenommen, so wird nach dem BayKiBiG dem höheren Betreuungsaufwand dadurch Rechnung getragen, dass es bei der Berechnung der Buchungszeiten mit dem Faktor von 4,5 gewichtet wird.

¹⁷ Stichtag der Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009.

¹⁸ Bertelsmann Stiftung (Hg.), Nutzen, S. 58f.

¹⁹ Z. B. EPPE-Projekt, in: Hans-Günther Roßbach u. a., Erfahrungen aus internationalen Längsschnittuntersuchungen, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), Kindliche Kompetenzen im Elementarbereich: Förderbarkeit, Bedeutung und Messung, Berlin 2008, S. 20 ff., S. 85.

²⁰ Das BayKiBiG sieht für Kindergärten einen Mindestanstellungsschlüssel von 1:11,5 als Voraussetzung für die Förderfähigkeit vor, empfiehlt jedoch einen Schlüssel von 1:10. Dieser Anstellungsschlüssel errechnet sich aus den gewichteten Buchungszeiten der Kinder und den Wochenarbeitsstunden des pädagogischen Personals. Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder mit Behinderungen bzw. von Behinderung bedrohte Kinder sowie Kinder unter drei Jahren und Schulkinder werden stärker „gewichtet“ als andere Kinder; d. h., sie gehen mit einem höheren Faktor als 1 in die Berechnung des Anstellungsschlüssels ein. Schriftliche Mitteilung des Jugendamtes, Bereich Kindertageseinrichtungen, Häuser für Familien und Tagespflege vom 18.3.2010. Eine Auswertung des Anstellungsschlüssels der freien Träger ist dem Jugendamt derzeit nicht möglich.

²¹ Diese Gruppe wird im Nationalen Bildungsplan unter den Bezeichnungen „Professionalisierungsgrad“ und „Akademisierungsgrad“ geführt. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 241.

²² Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, Auswertung der Kinder- und Jugendhilfestatistik 2010.

²³ Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010, S. 241.

²⁴ Magdalena Hellfritsch, Dagmar Winterhalter-Salvatore, Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan. Erfahrungen aus der direkten Zusammenarbeit mit den Modelleinrichtungen. <http://www.ifp.bayern.de/veroeffentlichungen/infodienst/infodienst-erfahrungen-BEP.html>. Letzer Zugriff am 21.7.2010.

²⁵ Bertelsmann Stiftung, Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2011 – Indikatoren. Handlungsfeld Investitionen wirkungsvoll einsetzen, Gütersloh 2011, S. 3. Über das Vorgehen bei der Errechnung dieser Zahlen geben die Methodischen Erläuterungen Auskunft: „Auf Basis verfügbarer Statistiken des Statistischen Bundesamtes sind die reinen Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte (Land und Kommunen) für FBBE der Jahre 2005 bis 2008 errechnet worden. Um Werte zu erhalten, die zwischen den Bundesländern vergleichbar sind, wurde die Summe der Nettoausgaben anschließend durch die Anzahl der Kinder unter sechs Jahren in der Bevölkerung dividiert. Diese Werte ermöglichen keine Aussagen zu bestimmten Zielgrößen, beispielsweise den Ausgaben für einen Kindergartenplatz.“ (ebd., S. 1).

²⁶ Wolfgang Tietze, Sozialisation in Krippe und Kindergarten, in: Klaus Hurrelmann, Matthias Grundmann, Sabine Walper (Hg.), Handbuch Sozialisationsforschung, Weinheim 2008, S. 274-289.

²⁷ „Familienbildung in Nürnberg. Eltern- und Familienbildungskonzept der Stadt Nürnberg“, Bericht und Beschluss im Jugendhilfeausschuss der Stadt Nürnberg am 29.7.2010, S. 6.

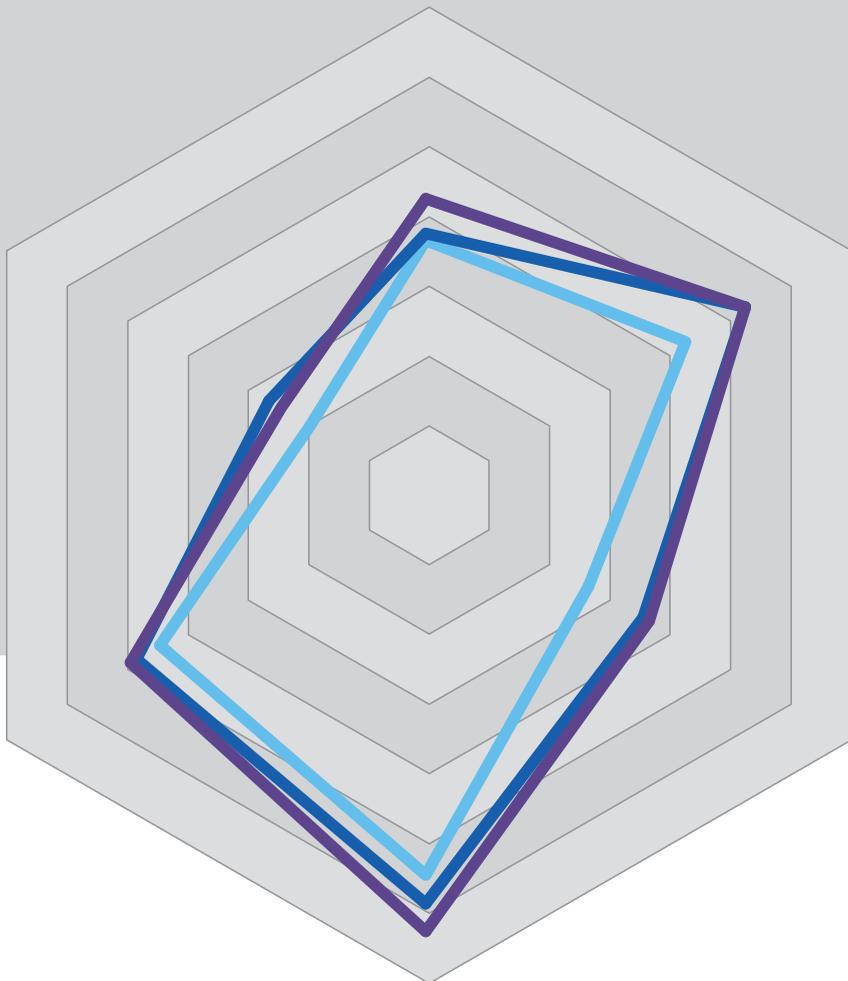
²⁸ „Familienstützpunkte sind Anlauf- und Kontaktstellen, die konkrete Angebote der Eltern- und Familienbildung in einer Kommune vorhalten und mit anderen Einrichtungen gut vernetzt sind. Sie bieten für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Familien je nach Alter des Kindes und Familiensituation geeignete, passgenaue Hilfen an. Familienstützpunkte sollen an bestehende Einrichtungen vor Ort, z. B. Mütterzentren, Erziehungsberatungsstellen, Familienbildungsstätten, aber auch an Kindertagesstätten oder Mehrgenerationenhäuser angegliedert werden.“, <http://www.stmas.bayern.de/familie/bildung/stuetzpunkt.htm>. Letzter Zugriff am 21.7.2010.

²⁹ Stadt Nürnberg, Bündnis für Familie, Konzeption Kindertageseinrichtungen als Familienzentren. Integrierte Familienarbeit in Kindertageseinrichtungen, Nürnberg 2008; Stadt Nürnberg, Bündnis für Familie, Konzeption Kindertageseinrichtungen als Orte für Familien. Integrierte Familienarbeit in Kindertageseinrichtungen, Nürnberg 2008.

³⁰ HIPPI „Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters“ aus Israel, „Opstapje“ aus den Niederlanden, PAT „Parents as Teachers“ aus den USA.

D1

ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN



1. Thematische Einführung

Der schulischen Bildung kommt in der Entwicklung der Bildungsbiografie eine Schlüsselstellung zu. Mit der verfassungsrechtlichen Verankerung einer Schulpflicht greift der Gesetzgeber in das Selbstbestimmungsrecht der Familie ein. So will er die individuelle Entwicklung durch die Vermittlung von Kompetenzen fördern und durch Bildung die Grundlagen für die gesellschaftliche Teilhabe der jungen Menschen legen. Als Auftrag der Schule kann – im Anschluss an Roger Fauroux und Heinz-Elmar Tenorth – die „Vermittlung grundlegender Kompetenzen“ gelten „und zwar von ihrem Beginn bis zum Ende der Schulzeit. Die Orientierung daran sollte den Unterricht in allen Fächern bestimmen, denn es handelt sich um **fachübergreifende Kompetenzen**, die als Werkzeuge des Lernens zur Bewältigung des Lebens in allen modernen Gesellschaften unentbehrlich sind.“ Übereinstimmend zählen sie dazu:

- „Lesen-, Schreiben- und Sprechen-Können“
- „Mathematische Fähigkeiten und Fertigkeiten“
- „Ein beginnendes konzeptuelles Verständnis von Phänomenen der belebten und unbelebten Natur und ihrer technischen Veränderung sowie ein elementares Verständnis von Raum und Zeit“
- „Die Fähigkeit zur systematischen, fragegeleiteten Beobachtung und die Verfügung über dazugehörige Praktiken sowie elementare Fähigkeiten der experimentellen Manipulation“
- „Die Erziehung des Körpers, seiner Geschicklichkeit, der Sinne, der Sensibilität und Ausdrucksfähigkeit“
- „Die Regeln und Werte des zivilisierten Umgangs miteinander“
- Den Erwerb von „Lernmethoden, Arbeitstechniken und Arbeitsorganisation“¹

Ziel von Schule muss sein, die Individualität aller Schülerinnen und Schüler anzuerkennen und bestmöglich zu fördern. Sie soll absolute und relative Bildungsarmut verhindern, also Zertifikats- und Kompetenzarmut. Dazu muss die Schule die jungen Menschen mindestens zu einem Hauptschulabschluss führen und ein Kompetenzniveau vermitteln, das ihnen die selbständige Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

Über Bildung im Sinne einer Vermittlung zertifizierbarer Kompetenzen hinaus werden der Schule immer mehr die Aufgaben zugesprochen, die gesellschaftliche Orientierung der jungen Menschen zu unterstützen und ihnen behilflich zu sein, ihre räumliche Lebenswelt zu erschließen. Der zunehmenden Bedeutung non-formaler und informeller Lernwelten im Schulalter widmet sich das Kapitel D2.

Das Kapitel „D1: Allgemeinbildende Schulen“ befasst sich mit kontextrelevanten und schulbezogenen Grundinformationen: Übergänge, Abschlüsse, ganztägige Bildung und Betreuung sowie pädagogische Unterstützungsangebote. Um das Anliegen der ganztägigen Bildung zu unterstreichen, werden in diesem Zusammenhang auch die Kindertageseinrichtungen (Horte und Schülertreffs **D**) behandelt. Das sind Angebote der Jugendhilfe nach dem SGB VIII.

Die Darstellung stützt sich sowohl auf Daten der allgemeinbildenden Schulen als auch jener beruflichen Schulen, die primär einen allgemeinbildenden Schulabschluss vermitteln.² Es werden dabei die öffentlichen – d. h. kommunale und staatliche – Schulen und die Privatschulen betrachtet, wobei der Stadt für Letztere nicht alle Daten zur Verfügung standen. Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass die erhebenden Institutionen das Kennzeichen „Migrationshintergrund“ **D** unterschiedlich definieren.

2. Kontextrelevante Grundinformationen

Am 31.12.2010 waren in Nürnberg 15949 Kinder im Alter von sechs bis unter zehn Jahren und 24415 Kinder im Alter von zehn bis unter 16 Jahren mit Hauptwohnsitz in Nürnberg gemeldet. Von den Kindern im typischen Grundschulalter von sechs bis unter zehn Jahren hatten deutlich mehr als die Hälfte, nämlich 9580 (= 60,1%), einen Migrationshintergrund³, von den Schulkindern im typischen Alter der Sekundarstufe I **D** waren es 13181 (= 54,0%). Die Anzahl der 16- bis unter 19-Jährigen, die in aller Regel die Sekundarstufe II **D** besuchen, betrug zum genannten Stichtag 13192, darunter 6739 Jugendliche (= 51,1%) mit Migrationshintergrund.⁴

2.1 Schülerprognosen

2.1.1 Grundschulen

Prognosen für die Einschulung

Modellrechnungen des Amtes für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth sowie des Amtes für Allgemeinbildende Schulen der Stadt Nürnberg zufolge wird die Zahl der Kinder im Einschulungsalter vom Schuljahr 2009/10 bis zum Schuljahr 2018/19 leicht abnehmen.

Prognosen für Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren an Grundschulen

Das schrittweise vorgerückte Einschulungsalter und die seit dem Schuljahr 2009/10 wirksame Stichtagsregelung **D** schlagen sich auch in den Werten und Prognosen zu Schülerinnen und Schülern an den Grundschulen nieder. Die leichte Abnahme bis zum Schuljahr 2013/14 ist als Anpassung im Rahmen der Stichtagsregelung zu deuten. Danach pendeln sich die Werte der Vorausschätzung zufolge bis zum Schuljahr 2016/17 auf einem stabilen Niveau ein.⁵ Die Langzeitprognose legt für die Zeit danach eine schwache Abnahme der Schülerzahlen nahe.

Klassenbildungen sind abhängig von Schülerzahlen, bildungspolitischen Entscheidungen wie die Teilung der Klassen ab einer bestimmten Schülerzahl und pädagogischen Erwägungen. Insofern handelt es sich bei einer Prognose um einen rein rechnerischen Wert auf der Grundlage der aktuell geltenden Bestimmungen. Die Absenkung des Teilers für Klassen mit einem hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund führte in den letzten Jahren dazu, dass die Klassenzahlen zunahmten und deshalb mehr Räume benötigt wurden.⁶ Eine weitere Absenkung des Klassenteilers erscheint unter bildungspolitischen oder pädagogischen Gesichtspunkten durchaus erwägenswert. Kommt es nicht dazu, wird sich die Anzahl der Klassen auf bestehendem Niveau bewegen.

2.1.2 Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien

Auf Grundlage der bis zum Schuljahr 2010/11 beobachteten tatsächlichen Schülerentwicklung in Nürnberg wurden für den Bereich der öffentlichen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien Modellrechnungen bis zum Schuljahr 2021/22 erstellt (**Abb. D1-1**).

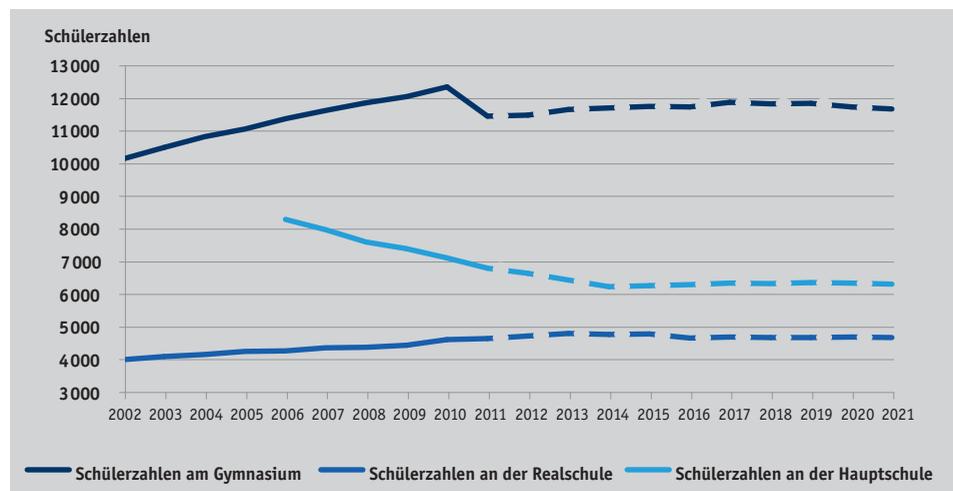
Der Übergang zwischen öffentlichen Grundschulen einerseits und den öffentlichen weiterführenden Schulen andererseits lässt sich anhand der Anzahl der Grundschulabgänger (im Oktober) der 4. Jahrgangsstufe und der Schülerinnen und Schüler, die im Oktober die 5. Jahrgangsstufe der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasium besuchen, abbilden (**Tab. D1-1A**). Da Übertritte in Privatschulen sowie Schulformwechsel (inkl. Wiederholungen) bei diesem Abgleich unberücksichtigt bleiben, ist diese Wiedergabe nicht identisch mit der sogenannten Übergangsquote an weiterführende Schulen, wie sie in **Abb. D1-6** wiedergegeben wird. Gleichwohl erfassen die errechneten Quoten alle Übertritte an die öffentlichen weiterführenden Schulen und damit den weitaus überwiegenden Teil aller Übertritte. Sie liefern damit eine solide Grundlage für Aussagen über die Kapazitätserfordernisse der öffentlichen Schulen.

Die vom Amt für Allgemeinbildende Schulen der Stadt Nürnberg erstellte Vorausschätzung bis zum Schuljahr 2021/22 geht aus von einem weiteren Anstieg der Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2010/11 und wahrscheinlich darüber hinaus. Dem widerspricht auch die Vorhersage einer einmaligen Absenkung der Schülerzahlen im Schuljahr 2011/12 nicht, da es sich dabei im Grunde nur um eine dem Auslaufen der neunjährigen Form des Gymnasiums in Bayern geschuldete Minderung handelt. Diese wird aber nicht zu einer räumlichen Entspannung an den Gymnasien führen.

In der Sitzung des Schulausschusses vom 12.12.2008 wurde als Grundlage für die weitere Schulraumentwicklungsplanung die mit den bildungspolitischen Zielsetzungen der Stadt im Einklang stehende höhere Prognosevariante (Quote 45% an Gymnasien und 19% an Realschulen bezogen jeweils auf den Übertritt von der 4. Jahrgangsstufe Grundschule in die 5. Jahrgangsstufe der weiterführenden Schulen) gewählt. Sie orientiert sich – unter Berücksichtigung des acht Jahrgangsstufen umfassenden Gymnasiums (G8) **D** und eines in Wendelstein geplanten Gymnasiums – am in den letzten Jahren beobachteten Trend zur

Abb. D1-1:
Prognosen¹⁾ für Schülerzahlen an öffentlichen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Nürnberg bis zum Schuljahr 2021/22

¹⁾ Prognosewerte ab Schuljahr 2011/12.



Quelle: Amt für Allgemeinbildende Schulen der Stadt Nürnberg.

höheren Bildung. Wie sich hingegen die Einführung der Mittelschulverbünde und die neue Nürnberger Realschule auswirken werden, wurde bei der Prognose nicht berücksichtigt. Für die Vorausschätzung wird eine Übergangsquote an die Hauptschule von 37,5% veranschlagt. Die bildungspolitischen Zielsetzungen, sollten regelmäßig überprüft und das Ergebnis dem Schulausschuss zur Behandlung vorgelegt werden.

Die Schülerzahl an den öffentlichen Hauptschulen ging in den vergangenen Jahren stetig zurück: seit dem Schuljahr 2006/07 um etwa 15%. Es wird erwartet, dass die Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2014/15 weiter sinken und sich danach auf einem in etwa gleichbleibenden Niveau einpendeln (**Abb. D1-1**).

An den öffentlichen Realschulen in Nürnberg nahm die Anzahl der Schülerinnen und Schüler vom Schuljahr 2004/05 bis 2010/11 um ca. 8% zu, wobei sich der seit 2002 beobachtbare Anstieg zumindest bis zum Schuljahr 2015/16 fortsetzen wird.

Seit dem Schuljahr 2004/05 hatten auch die Gymnasien einen stetigen Schülerzuwachs von knapp 9% zu verzeichnen. Mit Auslaufen des G9 **D** wird die Schülerzahl an Gymnasien im kommenden Schuljahr einmalig geringer ausfallen, danach aber bis 2017 wieder kontinuierlich ansteigen.

Aufgrund unmittelbar anstehender gesetzlicher Neuregelungen zur Förderung von Inklusion erscheinen Vorausschätzungen für die Förderschule derzeit wenig sinnvoll. Die Regierung von Mittelfranken hat sich deshalb entschlossen, zunächst keine Prognosen zu erstellen.

2.2 Schülerwanderungen über Gemeindegrenzen

Sogenannte Einpendler

Gastschülerinnen und -schüler, die von außerhalb Nürnbergs einpendeln und für die Nürnberg Gastschulbeiträge erhebt, machen einen beträchtlichen Anteil der Schülerinnen und Schüler von weiterführenden allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aus. Der Besuch einer Schule wird zum einen durch die staatlich definierte Sprengelpflicht **D** bestimmt und richtet sich zum anderen nach dem Angebot. Bei den Real- und Wirtschaftsschulen sowie den Gymnasien ist in der Regel das Angebot bzw. das Profil (z. B. musisches Gymnasium, humanistisches Gymnasium, Realschule mit verpflichtendem Ganztagsbetrieb) ausschlaggebend. Davon abgesehen ziehen Gymnasien oder Realschulen im Stadtrandgebiet häufig Schülerinnen und Schüler an, die zwar jenseits der Stadtgrenze, zugleich aber in relativer Nähe der Schule wohnen. Während die Anzahl der Einpendler an den öffentlichen Nürnberger Gymnasien zwischen den Schuljahren 2004/05 und 2009/10 um 2,4% zunahm, verringerte sich diese Quote an den öffentlichen Realschulen um 5,3%.⁷ Einen erheblichen Anteil an auswärtigen Schülerinnen und Schülern melden die beruflichen Schulen, die auf eine Hochschulzugangsberechtigung hinführen. Vom Schuljahr 2004/05 zum Schuljahr 2009/10 stieg die Anzahl der Gastschülerinnen und -schüler an den Nürnberger Berufsoberschulen (BOS) um knapp 20% und an den Fachoberschulen (FOS) um knapp 55% (**Abb. D1-1A**).

Sogenannte Auspendler

Einer großen Anzahl Einpendlern stehen weniger Bildungsauspendler gegenüber. Lediglich bei Real- und Wirtschaftsschulen ist der Wanderungssaldo ausgeglichen. Der verhältnismä-

ßig hohe Anteil an Besucherinnen und Besuchern von Gymnasien und Realschulen dürfte ebenfalls der wohnortnahen Lage der jeweils gewählten Schulen geschuldet sein.⁸

2.3 Haushalte mit Kindern und SGB II-Bezug

Der Bezug von SGB II-Leistungen gilt als Indikator für prekäre Lebenslagen. Am 31.12.2010 gab es in Nürnberg insgesamt 26 278 Bedarfsgemeinschaften **D**. In 34,1% dieser Bedarfsgemeinschaften (= 8 953) lebten Kinder. Dagegen beträgt der Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Nürnberger Haushalten nur 17,8%. Haushalte mit Kindern sind also deutlich stärker vom SGB II-Bezug betroffen als Haushalte ohne Kinder. Ganz besonders stark vertreten sind jedoch Alleinerziehende, da sie 19,3% **aller** Haushalte mit SGB II-Leistungen stellen, während ihr Anteil an allen Haushalten nur 4,5% ausmacht.⁹

Im Schulalter zwischen sechs und 18 Jahren lebten Ende 2010 insgesamt 8 777 Kinder und Jugendliche in Bedarfsgemeinschaften mit Anspruch auf SGB II-Leistungen. Das sind 369 Kinder weniger als im Jahr zuvor.¹⁰

Um über Kinder im Schulalter Aussagen machen zu können, wird im Folgenden untersucht, wie sich der Anteil von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Alter von sechs bis unter zehn Jahren (Grundschulalter) bzw. im Alter von zehn bis unter 18 Jahren an allen Haushalten mit Kindern der entsprechenden Altersgruppe im Stadtgebiet auf die verschiedenen Schulsprengel verteilt.¹¹

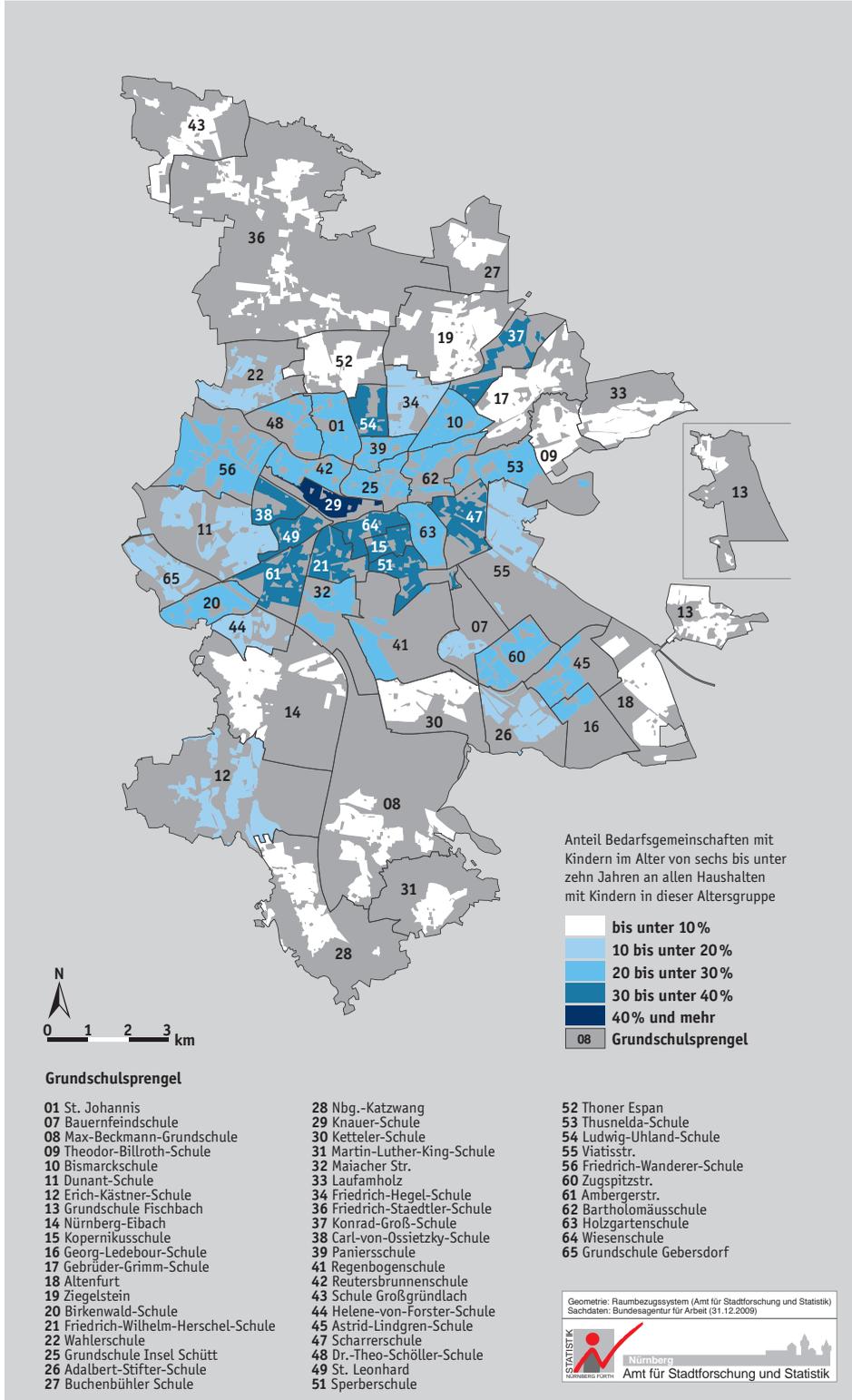
Familien im SGB II-Bezug mit Kindern im Grundschulalter

Der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Alter von sechs bis unter zehn Jahren an allen Haushalten mit Kindern in dieser Altersgruppe betrug 2009 21,8% auf Gesamtstadtebene. Auf Grundschulsprengelenebene zeigt sich, dass sich besonders hohe Anteile in den Sprengeln der Knauer-Schule, der Friedrich-Wilhelm-Herschel-Schule, der Volksschule St. Leonhard, der Ludwig-Uhland-Schule, der Kopernikusschule, der Scharrerschule, der Konrad-Groß-Schule, der Carl-von-Ossietzky-Schule, der Wiesenschule, der Sperberschule und der Georg-Paul-Amberger-Schule finden. Der Anteil von Haushalten mit Kindern zwischen sechs und unter zehn Jahren mit SGB II-Bezug an allen Haushalten mit Kindern dieser Altersgruppe liegt dort bei über 30% (**Abb. D1-2**).

Familien im SGB II-Bezug mit Kindern im Alter von zehn bis unter 18 Jahren

Für die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Alter von zehn bis unter 18 Jahren liegt der Anteilswert mit 16,9% für die gesamte Stadt etwas niedriger. In drei Hauptschulsprengeln liegt der Anteil bei über 30%. Dabei handelt es sich um die Hauptschulsprengel der Volksschule St. Leonhard, der Friedrich-Wilhelm-Herschel-Schule sowie der Hauptschule Hummelsteiner Weg.¹²

Abb. D1-2:
Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern von sechs bis unter zehn Jahren an allen Haushalten mit Kindern in dieser Altersgruppe nach Grundschulsprenkeln in Nürnberg, 2009



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

3. Schulische Rahmeninformationen

3.1 Schulen

Im Schuljahr 2009/10 gab es in Nürnberg 131 allgemeinbildende Schulen (**Abb. D1-2A, Abb. D1-3A, Abb. D1-4A**) und elf berufliche Schulen, die zu allgemeinbildenden Abschlüssen führen (**Tab. D1-1**). Von den allgemeinbildenden Schulen befanden sich 95 in Trägerschaft des Freistaates Bayern, elf in städtischer und 25 in privater Trägerschaft. Die elf beruflichen Schulen mit allgemeinbildenden Abschlüssen wurden in drei Fällen vom Freistaat, in vier von der Stadt und in weiteren vier von freien Trägern unterhalten.

Tab. D1-1:
Anzahl der Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss nach Schulart und Trägerschaft¹⁾ in Nürnberg, Schuljahr 2009/10

¹⁾ Die hier vorgenommene Einteilung in staatliche, städtische und private Trägerschaft für allgemeinbildende Schulen erfolgt gemäß dem Verzeichnis des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung. Schulen mit organisatorischer Einheit von z. B. Grund- und Hauptschulen werden jeweils zu den einzelnen Schularten gezählt.

Schulart	Schulen insgesamt	davon:		
		staatlich	städtisch	privat
Grundschule	57	51	-	6
Hauptschule	29	24	-	5
Förderschule	15	10	-	5
Realschule	10	2	4	4
Wirtschaftsschule	4	1	1	2
Gymnasium	15	8	5	2
Freie Waldorfschule	1	-	-	1
Griechisches Lyzeum	1	-	-	1
Abendrealschule	1	-	1	-
Abendgymnasium	1	-	-	1
Kolleg	1	-	1	-
Fachoberschule	4	1	1	2
Berufsoberschule	3	1	2	-
Insgesamt	142	98	15	29

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

Vom Schuljahr 2011/12 an gibt es sieben Mittelschulverbünde, d. h. Zusammenschlüsse von meist benachbarten Hauptschulen. Diese Verbünde werden eingerichtet, um ein erweitertes Lehrangebot sicherzustellen. Dabei liegt besonderes Gewicht auf vertiefter Berufsorientierung, Ganztagsunterricht und der Möglichkeit, die mittlere Reife zu erwerben.¹³

3.2 Klassen

Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Jahrgangsstufe werden i. d. R. im Klassenverband unterrichtet. Je nach Schulart **D** bestehen unterschiedliche gesetzliche Vorgaben oder Empfehlungen für die jeweilige Klassenhöchstgrenze **D**. Im Schuljahr 2009/10 variierte die durchschnittliche Anzahl der Schülerinnen und Schüler je Klasse nach Schulform zum Teil erheblich (**Tab. D1-2**).

Schulart	Nürnberg			Bayern
	Anzahl Klassen	Anzahl Schüler	Schüler je Klasse ²⁾	Schüler je Klasse ²⁾
Grundschule ¹⁾	711	15 863	22,3	22,5
Hauptschule ¹⁾	395	8 281	21,0	20,5
Förderschule	270	3 065	11,4	11,1
Realschule	220	5 892	26,8	27,5
Gymnasium	363	13 717	26,9	27,2
Wirtschaftsschule	61	1 534	25,1	25,4
Freie Waldorfschule	30	902	30,1	25,2
Griechisches Lyzeum	9	179	19,9	18,8
Abendrealschule	7	157	22,4	20,8
Abendgymnasium	13	681	35,0	31,4
Kolleg	6	286	28,5	21,7
Fachoberschule	85	2 239	26,3	25,6
Berufsoberschule	43	1 132	26,3	24,7
Insgesamt	2 213	53 928	-	-

Tab. D1-2:
Schülerinnen und Schüler
je Klasse nach Schulart in
Nürnberg und Bayern,
Schuljahr 2009/10

¹⁾ Inkl. jahrgangsübergreifende Klassen.

²⁾ Ohne Berücksichtigung der Kursgruppen der Kollegstufe bzw. der Qualifikationsphase an Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs. Enthalten sind auch die Schülerinnen und Schüler an privaten Schulen.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

In Nürnberg werden darüber hinaus in den verschiedenen Schulformen neben den Regelklassen besondere Formen der Klassenbildung praktiziert, die meist pädagogisch begründet werden. Dazu zählen 15 Übergangsklassen **D**, Mittlere-Reife-Klassen **D** an Hauptschulen und drei Mittlere-Reife-Klassen an Förderzentren mit den Schwerpunkten Hören und Sehen, zwei Praxisklassen **D**, jeweils eine Einführungsklasse **D** an drei Gymnasien sowie Gelenkklassen **D** in 5. Jahrgangsstufen. Zudem existieren sechs Kooperationsklassen **D** sowie sonderpädagogische Stütz- und Förderklassen **D** am Förderzentrum Merseburger Straße. Etwas pauschalisierend lässt sich diese Vielzahl an besonderen Formen der Klassenbildung zwei gedanklichen Zugängen zuordnen. Es handelt sich zum einen um Klassen, die der Diagnose „besonderer Förderbedarf“ – oft bei Lernschwächen – Rechnung tragen (z. B. Stütz- und Förderklassen, Praxisklassen) und zum anderen um Beschulungsformen, die dem dreigliedrigen Schulsystem eine höhere Durchlässigkeit verleihen sollen (z. B. Einführungsklassen an Gymnasien, Mittlere-Reife-Klassen an Hauptschulen). Über die pädagogische Angemessenheit und bildungspolitische Rationalität solcher besonderer Klassenformen ist an dieser Stelle nicht zu entscheiden. Die Debatte, welche dieser vielen Varianten angemessen sind, wird noch zu führen sein, weil sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention Anforderungen an eine inklusive Schule ergeben. Sie soll stärker auf individualisierende Förderung mit dem Ziel der persönlichen Entfaltung setzen.

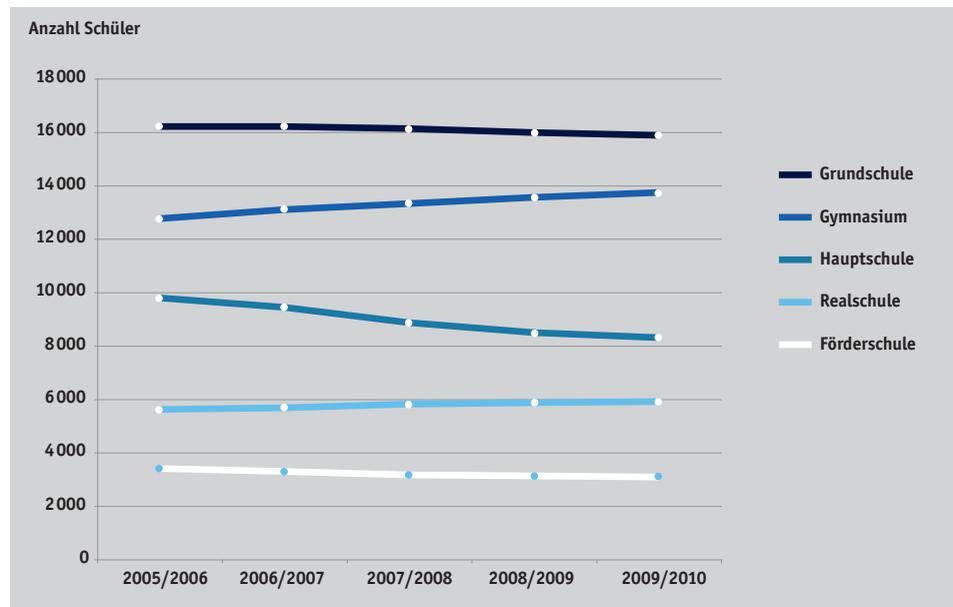
3.3 Schülerzahlen

3.3.1 Allgemeinbildende und berufliche Schulen mit allgemeinbildenden Abschlüssen

Im Schuljahr 2009/10 wurden in Nürnberg an allgemeinbildenden Schulen 49023 Schülerinnen und Schüler sowie an beruflichen Schulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss vermitteln, 4905 Jugendliche und junge Erwachsene unterrichtet.¹⁴

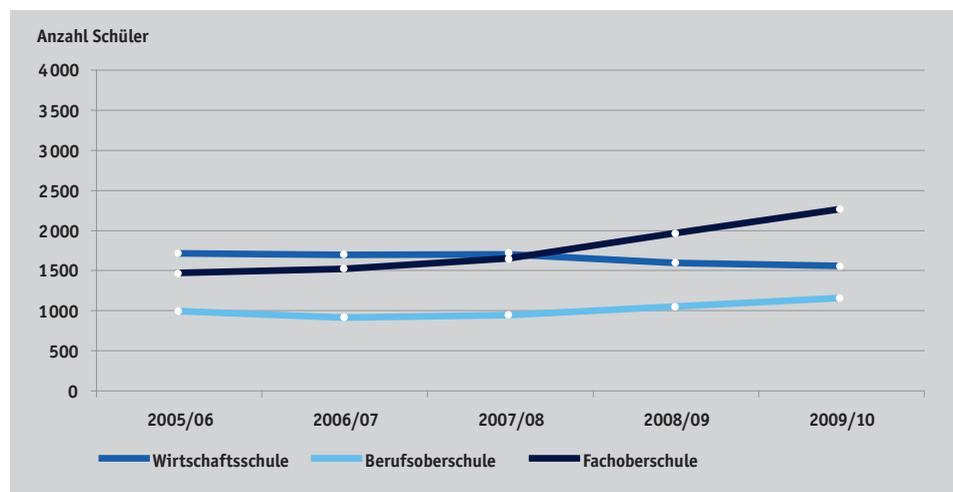
Von 2005/06 bis 2009/10 stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien um 7,7% und an Realschulen um 5,2%. Demgegenüber fielen die Zahlen im gleichen Zeitraum an Hauptschulen um 15,3% und an Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung um 9,6% (**Abb. D1-3**).

Abb. D1-3:
Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen in Nürnberg, Schuljahre 2005/06 bis 2009/10



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

Abb. D1-4:
Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss verleihen, in Nürnberg, Schuljahre 2005/06 bis 2009/10



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

Eine um 9,2% geringere Anzahl an Schülerinnen und Schüler mussten die Wirtschaftsschulen hinnehmen – wahrscheinlich eine langfristige Folge der Einführung der sechsstufigen Realschule. Die Berufsoberschulen konnten dagegen mit einer Steigerung von 16,6%, die Fachoberschulen mit einem Zuwachs von 54,9% Schülerinnen und Schüler in erheblichem Umfang gewinnen (**Abb. D1-4**).

3.3.2 Allgemeinbildende Förderschulen

Bei Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird unterschieden zwischen sinnesbehinderten, körperlich beeinträchtigten oder geistig behinderten sowie zwischen Schülerinnen und Schülern, die wegen emotionaler und sozialer Probleme oder Lern- und Sprachstörungen im Verlauf der Schulzeit als sonderpädagogisch förderbedürftig eingestuft werden.¹⁵ 963 Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen (33,3%) und 509 junge Menschen (17,6%) mit der Diagnose „Kein (einzelner) Förderschwerpunkt zugeordnet“ wurden im Schuljahr 2009/2010 in den Jahrgangsstufen 1 bis einschließlich 9 an den Förderzentren Nürnbergs unterrichtet. Für 190 Schülerinnen und Schüler (6,6%) wurde ein besonderer Förderbedarf in der emotionalen und sozialen Entwicklung diagnostiziert. Die übrigen erhalten Unterricht in den in **Tab. D1-3** genannten Förderschwerpunkten. Bezieht man die Zahl aller in Förderschulen unterrichteten Kinder und Jugendlichen der 1. bis 9. Jahrgangsstufe auf alle in diesen Jahrgangsstufen unterrichteten Kinder und Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft, so ergibt sich eine Förderschulbesuchsquote \bar{M} von 7%.

Förderschwerpunkt	Schüleranzahl	Förderschulbesuchsquote (in %)
Lernen	963	2,3
Sehen	184	0,4
Hören	165	0,4
Sprache	257	0,6
Körperliche und motorische Entwicklung	134	0,3
Geistige Entwicklung	316	0,8
Emotionale und soziale Entwicklung	190	0,5
Keinem Förderschwerpunkt zugeordnet	509	1,2
Kranke	172	0,4
Insgesamt	2 890	7,0

Tab. D1-3:
Schüleranzahl in der Jahrgangsstufe 1 bis 9 an Förderschulen und Förderschulbesuchsquote¹⁾ nach Förderschwerpunkten in Nürnberg, Schuljahr 2009/10

¹⁾ Die Förderschulbesuchsquote entspricht dem Anteil der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen an den Schülern mit Vollzeitschulpflicht (Jahrgangsstufe 1 bis 9 und Förderschulen). Zur genauen Berechnung der Förderschulbesuchsquote siehe methodische Erläuterungen.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

3.4 Lehrkräfte nach Schulart, Alter und Migrationshintergrund

Verteilung der Lehrkräfte nach Schulart

Im Schuljahr 2009/10 waren insgesamt 3906 Lehrkräfte an Nürnberger Schulen beschäftigt, die zu einem allgemeinbildenden Abschluss führen. Der Frauenanteil betrug insgesamt 67,9% und variierte schulartspezifisch erheblich. So arbeiteten lediglich an den Berufs-

und Fachoberschulen mehr Männer als Frauen (**Tab. D1-4**), während die Grundschulen mit 92,3% den größten Frauenanteil an pädagogischem Personal verzeichneten. Generell sind männliche Lehrkräfte häufiger in Schularten tätig, die mit einer höheren Besoldungsstufe einhergehen. Weibliche Lehrkräfte finden sich demgegenüber vor allem im Primarbereich. Wer dort unterrichtet, wird im Vergleich zu den anderen Schulbereichen geringer entlohnt.

Tab. D1-4:
Lehrkräfte nach Schulart und Geschlecht¹⁾ in Nürnberg, Schuljahr 2009/10

¹⁾ Lehrkräfte, die nur an einer dieser Schulen unterrichten oder den größeren Teil ihrer Unterrichtspflichtzeit dort ableisten; inkl. Teilzeitbeschäftigter mit mindestens der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit sowie der mit Dienstbezügen abwesenden Lehrkräfte.

Schulart	männlich		weiblich		insgesamt	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Grundschule	76	7,7	916	92,3	992	25,4
Hauptschule	239	35,9	426	64,1	665	17,0
Förderschule	100	24,0	317	76,0	417	10,7
Realschule	152	39,1	237	60,9	389	10,0
Wirtschaftsschule	51	48,6	54	51,4	105	2,7
Gymnasium	481	47,1	541	52,9	1022	26,2
Freie Waldorfschule	23	36,5	40	63,5	63	1,6
Griechisches Lyzeum	6	27,3	16	72,7	22	0,6
Abendrealschule/-gymnasium	6	60,0	4	40,0	10	0,3
Kolleg	11	44,0	14	56,0	25	0,6
Berufsoberschule	44	56,4	34	43,6	78	2,0
Fachoberschule	63	53,4	55	46,6	118	3,0
Insgesamt	1252	32,1	2654	67,9	3906	100,0

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

Altersstruktur der Lehrkräfte

Im Schuljahr 2009/10 lag der Anteil der Lehrkräfte, die unter 50 Jahre alt sind, in fast allen betrachteten Schularten zwischen 50 und 60%. Mit knapp 63% fiel der entsprechende Anteil am höchsten an Grund- und Hauptschulen aus. Lediglich an der Freien Waldorfschule sowie den Schulen des Zweiten Bildungswegs **D** betrug der Anteil der unter 50-jährigen Lehrkräfte unter 40%. Durchweg ist zu beobachten, dass der Anteil der 50- bis 60-jährigen Lehrkräfte relativ hoch ausfiel, insbesondere gegenüber den 40- bis 50-jährigen Lehrkräften (**Abb. D1-5**).

Lehrkräfte mit Migrationshintergrund

Im Schuljahr 2009/10 verfügten von insgesamt 3906 Lehrkräften in Nürnberg 86 nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Hälfte von ihnen unterrichtete an Grund- und Hauptschulen.¹⁶ Es sollte geklärt werden, welche Gründe für die geringe Anzahl von ausländischen Lehrkräften verantwortlich sind.

Die Zahl der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund steht derzeit nicht zur Verfügung. Es erscheint erforderlich, diese Zahl festzustellen, um entsprechende Handlungsfelder ausweisen zu können.

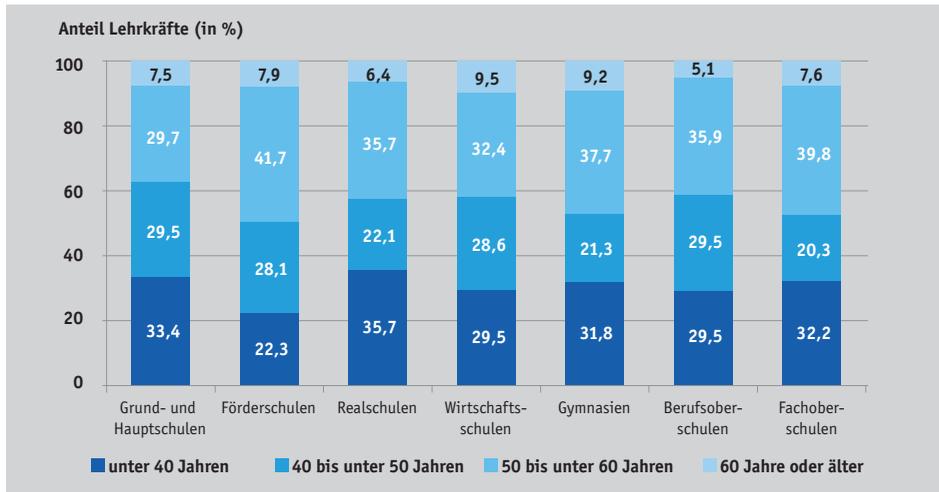


Abb. D1-5:
Lehrkräfte nach Schulart und Altersgruppen in Nürnberg, Schuljahr 2009/10

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

4. Übergänge, Schulartwechsel und Wiederholungen im allgemeinbildenden Schulsystem

4.1 Einschulungen

Im Schuljahr 2009/10 wurden insgesamt 3775 Kinder an öffentlichen Schulen in Nürnberg eingeschult. Davon begannen 3576 Kinder ihre Schulzeit an Grundschulen und 199 Kinder an Förderschulen. Im gleichen Schuljahr besuchten in Nürnberg 303 Kinder die erste Jahrgangsstufe privater Grundschulen; an privaten Förderschulen¹⁷ waren es 54 Kinder.¹⁸

Weniger als 1% (34 Kinder) wurden vorzeitig **D** an öffentlichen Grundschulen eingeschult, 87,3% (3110 Kinder) zum Stichtag und 12,1% (432 Kinder) „verspätet“, da ihre Eltern im vorangegangenen Schuljahr von den bestehenden Rücktrittsregelungen Gebrauch gemacht hatten. Zwischen Jungen und Mädchen zeigen sich hinsichtlich des Einschulungszeitpunkts nahezu keine Unterschiede. Das gilt für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen (**Tab. D1-2A**).

Um dem individuellen Lernstand der Kinder besser Rechnung zu tragen und den Übertritt von einer Kindertagesstätte an die allgemeinbildende Schule zu erleichtern, werden in Nürnberg „flexible Eingangsklassen“ gebildet. In diesen jahrgangsübergreifenden Klassen mit der Klassenbezeichnung 1/2 können Kinder die ersten beiden Grundschulklassen wahlweise in einem, in zwei oder in drei Jahren durchlaufen. Im Schuljahr 2009/10 besuchten 364 Schülerinnen und Schüler „flexible Eingangsklassen“.

Private Grundschulen

Neben den staatlichen Grundschulen gab es in Nürnberg im Schuljahr 2009/10 sechs private Grundschulen: die Volksschule der Republik Griechenland, die Montessori-Schule, die Jenaplan-Schule, die Maria-Ward-Schule, die Wilhelm-Löhe-Schule und die Rudolf-Steiner-Schule. Im Schuljahr 2007/08 wurden an privaten Grundschulen insgesamt 323 Kinder in der ersten Jahrgangsstufe unterrichtet, im Schuljahr 2008/09 waren es 286 Kinder und 2009/10 303 Kinder.¹⁹

Förderschulen

Die Förderschule besuchen Kinder und Jugendliche mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf, der nicht an anderen Schulen erfüllt werden kann. Förderschulen bestehen für die Schwerpunkte Sehen, Hören, körperliche und motorische Entwicklung, geistige Entwicklung, Sprache, Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung.

Insgesamt 199 Kinder wurden im Schuljahr 2009/10 in die Jahrgangsstufe 1 der öffentlichen Förderschulen eingeschult: 16 im Förderschwerpunkt Hören, vier im Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung und elf im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. 18 Kinder wurden in die Schule für Kranke für Nürnberg und Fürth **D** eingeschult und drei Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf im Rahmen der Kooperationsklassen. Hat ein Kind in mehreren Bereichen einen Förderbedarf, von denen keiner eindeutig im Vordergrund steht, so wird ihm kein Förderschwerpunkt zugeordnet. Von diesen Kindern wurden 147 in öffentliche Förderschulen eingeschult.

In der ersten Jahrgangsstufe der privaten Förderschulen hatten sieben Kinder den Förderschwerpunkt Sehen, 26 den Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, zwölf den Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung und neun wurden noch keinem Förderschwerpunkt zugeordnet.²⁰

4.2 Übergang vom Primarbereich zum Sekundarbereich I

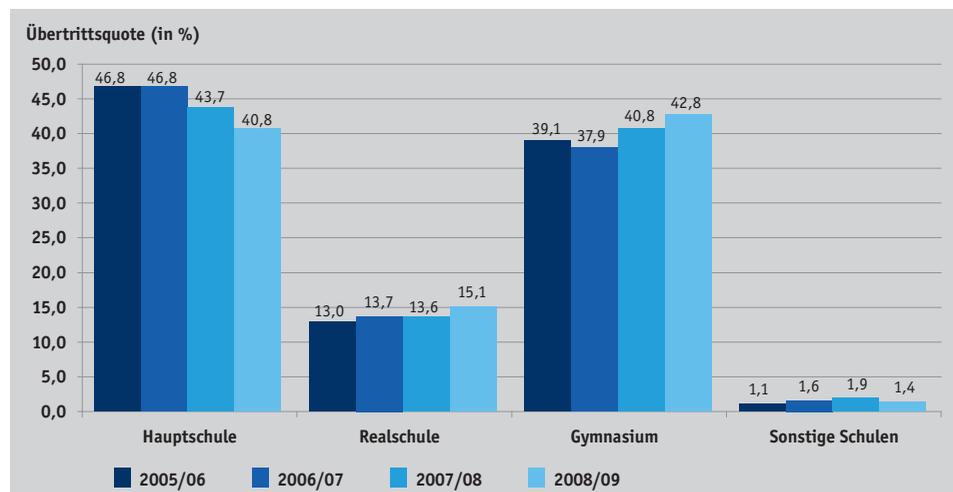
Der Übertritt von der Grundschule auf das Gymnasium, die Realschule und die Hauptschule ist Regelungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus unterworfen. Bisher war die Möglichkeit eines Übertritts an die jeweilige Schulart an eine Empfehlung der Grundschule gebunden. Die Regelungen sahen weiter vor, dass die Gesamtdurchschnittsnote

Abb. D1-6: Übergangsquoten¹⁾ aus der 4. Jahrgangsstufe öffentlicher Grundschulen auf weiterführende Schulen am Ende des Schuljahres in Nürnberg, Schuljahre 2005/06 bis 2008/09

1) Für die Berechnung der Übergangsquoten wurden die Abgängerzahlen aus der 4. Jahrgangsstufe zugrunde gelegt. Bei Schulen, die die Schularten Grund- und Hauptschule beinhalten, wurde von der Schülerzahl zu Beginn des Schuljahres ausgegangen.

Anmerkung: Sonstige Schulen umfassen z. B. Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.



aus den Fächern Deutsch, Mathematik sowie Heimat- und Sachunterricht der 4. Jahrgangsstufe die Grundlage für die Empfehlung bildet. Für den Übertritt auf das Gymnasium war bisher eine Durchschnittsnote von mindestens 2,33, für den Übertritt an die Realschule von mindestens 2,66 festgeschrieben. Die Vorschrift sah alternativ die Teilnahme an einem Pro-

beunterrichtet vor, bei dem die aufnehmende Schule die Eignung feststellen konnte. Aktuell werden die bestehenden Regelungen überdacht und wurden bereits modifiziert.

Die Übergangsquote **M** von der öffentlichen Grundschule auf die öffentlichen weiterführenden Schulen gibt Aufschluss darüber, wie viele Grundschülerinnen und -schüler der 4. Jahrgangsstufe zum folgenden Schuljahr an eine weiterführende Schule der jeweiligen Schulart gewechselt ist. Am Ende des Schuljahres 2008/09 traten insgesamt 3702 Schülerinnen und Schüler aus der 4. Jahrgangsstufe öffentlicher Nürnberger Grundschulen an weiterführende Schulen über (**Abb. D1-6**). Dabei lag die Übergangsquote an Gymnasien bei Mädchen (44,1%) 2,6 Prozentpunkte über der von Jungen (41,5%) (**Tab. D1-3A**). Die Differenz untermauert die in der Wissenschaft mehrfach getroffene Beobachtung vom größeren Schulerfolg von Mädchen. Die in einer Zeitreihe dargestellte Entwicklung der Übertritte belegt des Weiteren einen generellen Trend hin zum Besuch von höher qualifizierenden Schularten. Während in den letzten Jahren die Übertritte an Gymnasien und Realschulen stiegen, fiel die Eintrittsquote in die Hauptschule.

Abb. D1-7 zeigt die Übergangsquoten an Gymnasien und Realschulen in verschiedenen bayerischen Städten für das Schuljahr 2008/09. Gegenüber dem gesamt-bayerischen Durchschnittswert von 63,6% ist die Nürnberger Übergangsquote von 57,8% unterdurchschnittlich.

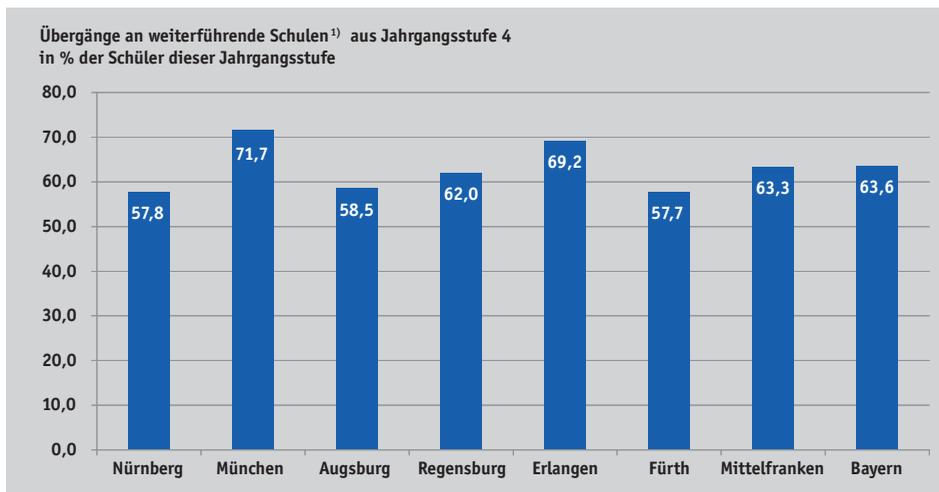


Abb. D1-7:
Übergänge aus der Grundschule (Jahrgangsstufe 4) an weiterführende Schulen¹⁾ im bayerischen Vergleich, Schuljahr 2008/09

¹⁾ Übergänge aus der 4. Jahrgangsstufe der Grundschulen an Realschulen, Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Gymnasien, Freie Waldorfschulen, Schulen besonderer Art, ausländische oder internationale Schulen.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

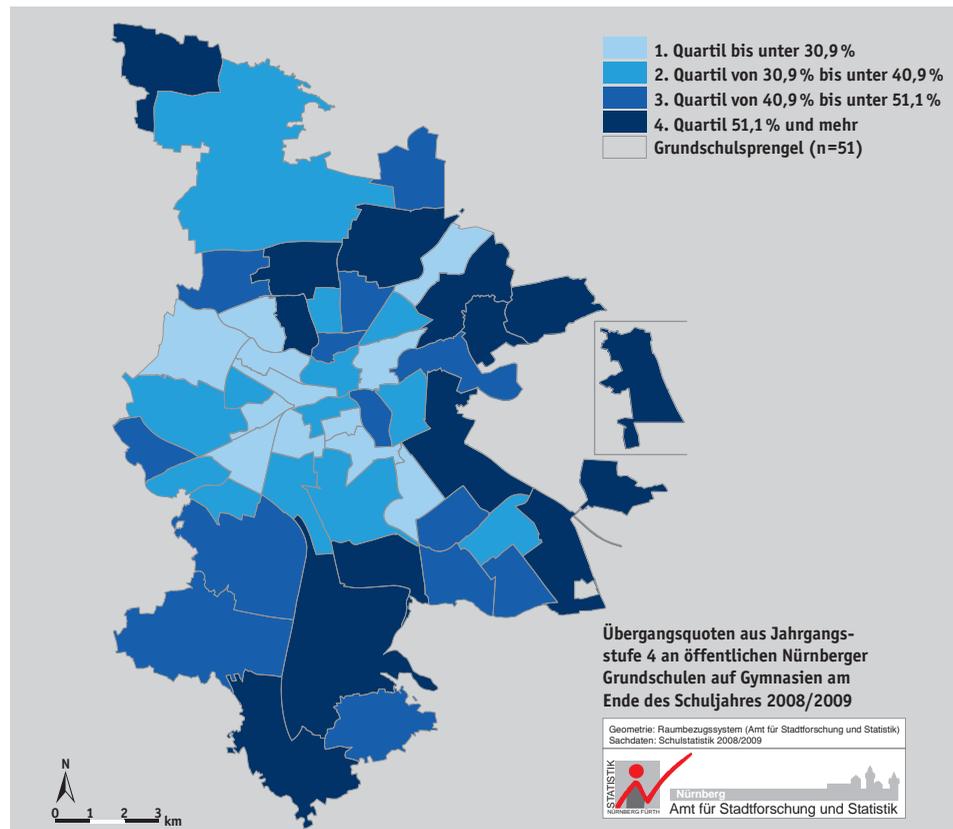
Werden darüber hinaus nicht nur die Übergänge aus der 4. Jahrgangsstufe (Grundschule) auf Gymnasien und Realschulen, sondern auch die aus den 5. und 6. Jahrgangsstufen von der Hauptschule auf andere weiterführende Schulen mit den Werten anderer bayerischer Städte und Bayern im Schuljahr 2008/09 verglichen, dann liegt Nürnberg mit 11,3% in der 5. Jahrgangsstufe und 6,0% in der 6. Jahrgangsstufe im mittleren Bereich (München 17,6% und 5,5%; Augsburg 11,3% und 4,2%; Fürth 14,5% und 5,7%; Bayern 14,9% und 5,8%), so dass man nicht von „Aufholen“ sprechen kann.²¹

4.3 Kleinräumige Betrachtung des Übergangsgeschehens

Eine kleinräumige Betrachtung des Übergangsgeschehens zeigt eine starke Spreizung der Übergangsquoten über das Stadtgebiet hinweg (**Abb. D1-8**). Die Übergangsquote an Gymnasien übersteigt in fünf von insgesamt 51 Grundschulsprenkeln den Wert 70%, in zwölf Grundschulsprenkeln liegt sie unter der Marke 30%. Gleichzeitig verdeutlicht die Einbeziehung der vom Amt für Stadtforschung und Statistik erarbeiteten Sozialraumtypisierung **M** (siehe auch **Abb. A-1A** im Anhang), dass die Übergangsquoten in aller Regel mit sozialen Merkmalen korrelieren (**Abb. D1-2**). Unterdurchschnittliche Übergangsquoten sind vor allem in Innenstadtrandgebieten mit Verkehrsachsen, geringer Wohnbindung, hoher ökonomischer Belastung und aufgrund niedrigerer Mieten sozial schwächeren Familien mit einem hohen Anteil von Familien mit Migrationshintergrund anzutreffen. Überdurchschnittliche Übergangsquoten erzielen Schulen, die in der Regel eher in aufgelockerten städtischen Randgebieten liegen, mit z.T. hochwertiger Wohnlage, stärkerer Wohnbindung, geringer ökonomischer Belastung, einer Dominanz von Familien ohne Migrationshintergrund und einem geringen Anteil wohlhabender Familien mit Migrationshintergrund. Dies weist auch für Nürnberg auf einen starken Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg hin, der dem Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit (vgl. Kapitel B) zuwiderläuft.

Abb. D1-8:
Verteilung der Übergangsquoten¹⁾ nach Quartilen **M** in Nürnberger Grundschulsprenkeln, Ende des Schuljahres 2008/09

¹⁾ Für die Berechnung der Übergangsquoten wurden die Abgängerzahlen aus der 4. Jahrgangsstufe zugrunde gelegt. Bei Schulen, die die Schularten Grund- und Hauptschule beinhalten, wurde von der Schülerzahl zu Beginn des Schuljahres ausgegangen.



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

4.4 Schularthwechel **M** innerhalb des Sekundarbereichs I

Die vergleichsweise frühe Entscheidung für eine der drei Schularten des bayerischen Schulsystems bedingt häufig nachträgliche Schularthwechel. Schülerinnen und Schüler können innerhalb des Sekundarbereichs I **D** sowohl von der Hauptschule an Realschule und Wirtschaftsschule als auch an das Gymnasium übertreten. Sie können ebenso von der Realschule auf ein Gymnasium wecheln. Entsprechende Wecheln sind auch in der jeweils umgekehrten Richtung zu verzeichnen.

Im Jahr 2009 fanden insgesamt 819 Schularthwechel an öffentlichen Regelschulen in der Sekundarstufe I statt (2006: 948). Davon sind knapp 60% Aufstiege und über 40% Abstiege (**Abb. D1-9**), deren Binnendifferenzierung näherer Beleuchtung bedarf.

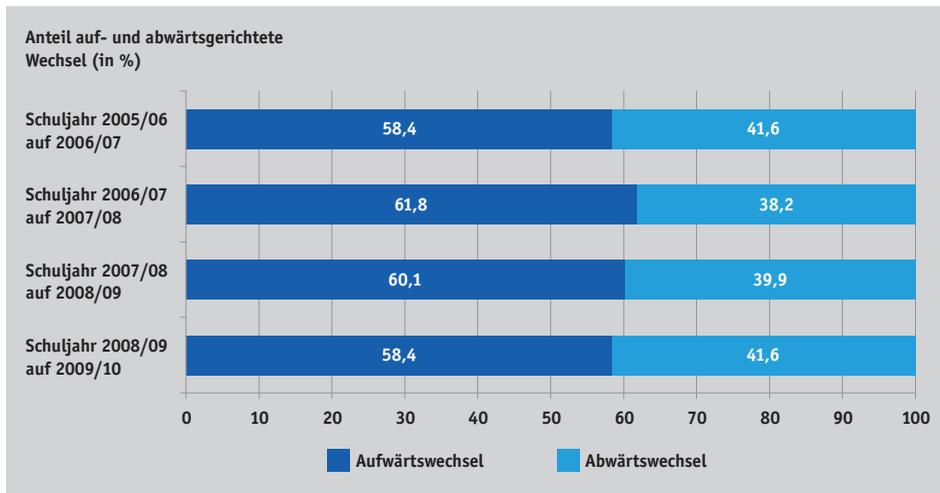


Abb. D1-9: Schularthwechel¹⁾ an öffentlichen Schulen in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 in Nürnberg, 2006 bis 2009

¹⁾ In die Auswertung werden die Wecheln zwischen den Schularten Hauptschule (HS), Realschule (RS), Wirtschaftsschule (WS) und Gymnasium (GYM) einbezogen.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

Aufstiege

Im Jahr 2009 fanden 478 (= 100%) aufwärtsgerichtete Schularthwechel statt (2006: 554). Die verzeichneten Aufstiege bezogen sich größtenteils auf einen Wecheln zwischen Haupt-

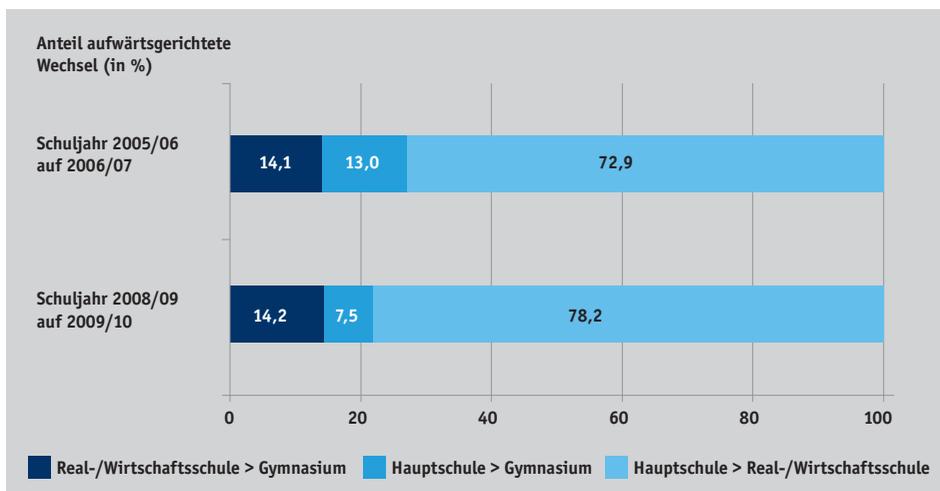


Abb. D1-10: Aufwärtsgerichtete Schularthwechel¹⁾ an öffentlichen Schulen in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 in Nürnberg, 2006 und 2009

¹⁾ In die Auswertung werden die Wecheln zwischen den Schularten Hauptschule (HS), Realschule (RS), Wirtschaftsschule (WS) und Gymnasium (GYM) einbezogen.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

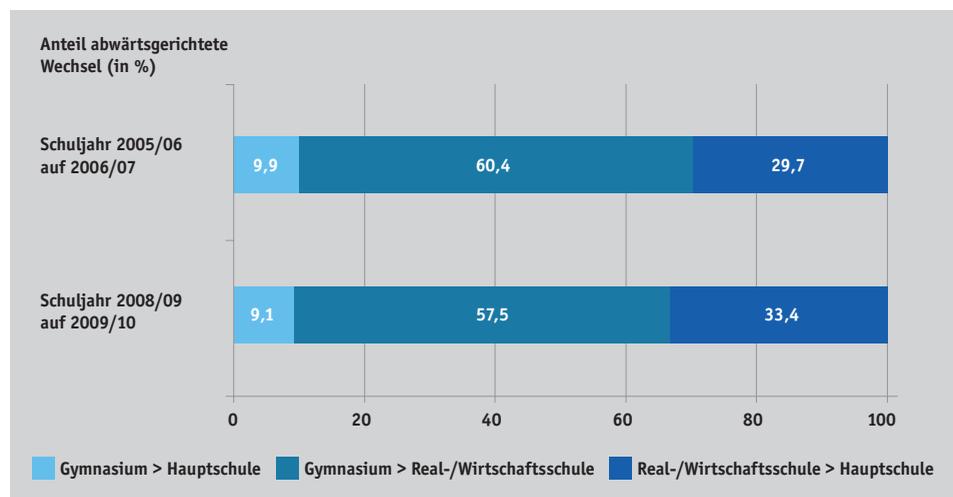
und Real-/Wirtschaftsschule (= 78,2%). 21,7% der Aufwärtsmobilität im Jahr 2009 fand in das Gymnasium statt. Im Jahr 2006 waren dies noch 27,1% (**Abb. D1-10**).

Abstiege

Im Jahr 2009 fanden insgesamt 341 abwärtsgerichtete Schulartwechsel in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 statt (2006: 394). Zu etwa 60% waren es sowohl 2009 als auch 2006 Abstiege vom Gymnasium in die Real-/Wirtschaftsschule. Ungefähr 30% der Wechsel fanden von der Real-/Wirtschaftsschule in die Hauptschule statt (**Abb. D1-11**).

Abb. D1-11:
Abwärtsgerichtete Schulartwechsel¹⁾ an öffentlichen Schulen in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 in Nürnberg, 2006 und 2009

¹⁾ In die Auswertung werden die Wechsel zwischen den Schularten Hauptschule, Realschule, Wirtschaftsschule und Gymnasium einbezogen.



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

4.5 Übergang vom Sekundarbereich I in den Sekundarbereich II (Gymnasium/Fachoberschule, 11. Jahrgangsstufe)

Die Übergangsquote auf die gymnasiale Oberstufe und – ganz allgemein – die Sekundarstufe II der allgemeinbildenden Schulen und beruflichen Schulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss verleihen, liefert Aufschluss über die Bildungsorientierung von Schülerinnen und Schülern, die ein Hochschulstudium anstreben. Je höher die Übergangsquote ist, desto mehr junge Menschen besuchen nach der 10. Jahrgangsstufe die Sekundarstufe II mit dem Ziel, eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben.

Die Datenlage lässt es zurzeit nicht zu, Übergangentscheidungen bzw. den Verbleib von Nürnberger Schülerinnen und Schülern an der Schwelle von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II vollständig darzustellen. Dies wäre nur möglich, wenn sich deren Bildungsbiografien individuell abbilden ließen und die nach Schulart differenzierten Werte für Ein- und Auspendler berücksichtigt werden würden.

4.6 Wechsel an und aus Förderschulen

138 Schülerinnen und Schüler sind im Schuljahr 2008/09 aus Regelvolksschulen in staatliche Förderschulen gewechselt (36 aus Grund-, 102 aus Hauptschulen). Knapp der Hälfte dieser Wechsler (61) wurde der Förderschwerpunkt Lernen zugeordnet. Die Mehrheit der Wechsler von Grund- und Hauptschulen ist mit jeweils über 60% männlich.²² Etwa ein Drittel der Wechsler aus der Grund- und Hauptschule an eine Förderschule hat einen Migrationshintergrund²³.

Im Schuljahr 2008/09 sind von den staatlichen Förderschulen in Nürnberg (ohne Schule für Kranke) insgesamt 75 Schülerinnen und Schüler in eine Regelvolksschule gewechselt. Davon waren 66,7% männlich und 21,3% hatten einen Migrationshintergrund. Nur 12% dieser Schülerinnen und Schüler mussten die Jahrgangsstufe in der Regelschule wiederholen.

Die Übergangsquote \bar{M} von öffentlichen allgemeinbildenden Schulen an öffentliche Förderschulen in Nürnberg betrug für Grundschulen 7,0%; für die Jahrgangsstufen 5 bis einschließlich 10 ergab sich ein Wert von 5,8%. Festzuhalten ist demgegenüber: Die Übergangsquoten von Förderschulen in allgemeinbildende Schulen sind geringer, das heißt, die Reintegration in den Regelbetrieb gelingt nicht im gleichen Maße. Im Primarbereich beträgt die Übergangsquote hier 3,8%, im Sekundarbereich I 3,0%.²⁴

4.7 Klassenwiederholungen

Das BayEUG Art. 53 sieht ein Vorrücken von Schülerinnen und Schülern in die nächsthöhere Jahrgangsstufe vor, wenn während des laufenden Schuljahres „die erforderlichen Leistungsnachweise erbracht“ wurden und „den Anforderungen genügt“ wurde. Anderenfalls wird ein Vorrücken versagt und die bisher besuchte Jahrgangsstufe muss wiederholt werden.

Darüber hinaus wiederholt in Nürnberg eine substantielle Zahl von Schülerinnen und Schülern an öffentlichen Schulen eine Jahrgangsstufe, obwohl ein Versetzungszeugnis vorliegt. Dies ist besonders häufig der Fall, wenn sie in eine höher qualifizierende Schulart wechseln und dabei an der neuen Schule in die vorher bereits bestandene Jahrgangsstufe eingeschult werden. Man kann diese Wiederholungen als notwendige Begleiterscheinung eines schulischen Aufstiegs und damit als Indikator für die Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems sehen. Sie können aber auch als Umwege interpretiert werden, die das relativ stark segmentierte dreigliedrige Schulsystem zwangsläufig nach sich zieht. Auf jeden Fall ergeben sich aus diesen Klassenwiederholungen erhebliche zeitliche und finanzielle Belastungen für die Gesellschaft. Zudem können sie sich für die betroffenen Schülerinnen und Schüler und ihre Familien negativ auswirken.

Im Schuljahr 2009/10 fanden insgesamt 2391 Klassenwiederholungen an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (ohne Förderschulen) und beruflichen Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss in Nürnberg statt. Klassenwiederholungen an Förderschulen werden aufgrund geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen. Zu Wiederholern an privaten Schulen liegen der Stadt keine Daten vor. Der Anteil der männlichen Wiederholer an allen Klassenwiederholern in allen Schularten außer der Grundschule lag bei über 50%. An den Hauptschulen, an denen junge Menschen besonders häufig die 9. Jahrgangsstufe mit dem Ziel der Notenverbesserung wiederholen, waren männliche Jugendliche mit 62,8% in hohem Maße betroffen (**Tab. D1-5**).

Tab. D1-5:
Klassenwiederholungen
an öffentlichen allgemein-
bildenden Schulen¹⁾ nach
Geschlecht in Nürnberg,
Schuljahr 2009/10

¹⁾ Ohne Förderschulen, ohne
Vorklasse BOS, inkl. öffent-
liche berufliche Schulen mit
allgemeinbildendem Abschluss.

Anmerkung: Das Amt für
Stadtforschung und Statistik
für Nürnberg und Fürth erhält
für die Privatschulen keine
Angaben zu Klassenwiederho-
lungen aus der Schulstatistik
des Bayerischen Landesamtes
für Statistik und Datenverar-
beitung.

Quelle: Amt für Stadtforschung
und Statistik für Nürnberg und
Fürth; Schulstatistik.

Schulart	Schülerinnen und Schüler		Klassenwiederholungen an öffentlichen Schulen		
	insgesamt	darunter männlich (in %)	insgesamt		darunter männlich (in %)
			Anzahl	in %	
Grundschulen	14 904	51,7	321	2,2	48,0
Hauptschulen	7 338	52,9	527	7,2	62,8
Realschulen	4 384	55,2	527	12	56,4
Wirtschaftsschulen	763	44,7	135	17,7	57,0
Gymnasien	11 996	49,5	550	4,6	55,8
Fachoberschulen	2 144	45,8	238	11,1	51,3
Berufsoberschulen	827	55,7	93	11,2	54,8

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an allen Wiederholern lag an Grundschulen bei 67,6% und an Hauptschulen bei 71,2% (**Tab. D1-6**). Bei den übrigen dargestellten weiterführenden Schulen variiert dieser Wert zwischen 23 und 30%. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den Schularten unterschiedlich ist. Werden die Anteile nach Schularten betrachtet, so ergibt sich für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund folgendes Bild: Die Quoten an Grund- und Hauptschulen sind stark, die an Realschulen nur leicht erhöht. Bei Wirtschaftsschulen liegen sie leicht unter den allgemeinen Wiederholerquoten **M**. Bei den Gymnasien, Fach- und Berufsoberschulen **D** liegen sie deutlich darüber.

Tab. D1-6:
Klassenwiederholungen
an öffentlichen allgemein-
bildenden Schulen¹⁾ nach
Migrationshintergrund in
Nürnberg, Schuljahr 2009/10

¹⁾ Ohne Förderschulen, ohne
Vorklasse BOS, inkl. öffent-
liche berufliche Schulen mit
allgemeinbildendem Abschluss.

Schulart	Schülerinnen und Schüler insgesamt	Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund (in %)	Anteil der Wiederholer mit Migrations- hintergrund an allen Wiederholern (in %)
Grundschulen	14 904	42,9	67,6
Hauptschulen	7 338	55,9	71,2
Realschulen	4 384	27,8	30,2
Wirtschaftsschulen	763	25,4	23,0
Gymnasien	11 996	18,2	27,8
Fachoberschulen	2 144	18,9	27,3
Berufsoberschulen	827	15,0	25,8

Anmerkung: Der Migrationshintergrund bei den Grund- und Hauptschulen, den Real- und Wirtschaftsschulen sowie den Gymnasien ist hier definiert als Staatsangehörigkeit nicht-deutsch und/oder Familiensprache nicht-deutsch und/oder Geburt im Ausland. Bei den Berufsoberschulen und den Fachoberschulen wird der Migrationshintergrund definiert als Staatsangehörigkeit nicht-deutsch und/oder Geburt im Ausland.

Quelle: Amt für Stadtforschung
und Statistik für Nürnberg und
Fürth; Schulstatistik.

Im Nationalen Bildungsbericht entspricht die Wiederholerquote dem Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im vorangegangenen Schuljahr dieselbe Jahrgangsstufe besucht haben (inkl. „freiwillige“ Wiederholungen, Zuzüge aus dem Ausland und sonstige Seiteneinsteiger). Durch die differenzierte Betrachtung nach Jahrgängen können sowohl die durch Schulartwechsel begründeten Wiederholungen (z. B. von der Hauptschule auf die Realschule) als auch besonders problematische Jahrgangsstufen identifiziert werden. Zu berücksichtigen ist dabei, dass Schulartwechsel als Wiederholungen nur der aufnehmenden und nicht der abgebenden Einrichtung gezählt werden.²⁵ Um die Wiederholungen möglichst differenziert darzustellen, wird zusätzlich der Wiederholungsgrund „Nichtversetzung“ ausgewiesen.

Werden die Wiederholerquoten der einzelnen Schularten in den Fokus genommen, werden verschiedene Auffälligkeiten erkennbar²⁶:

Öffentliche Grundschulen

Die Wiederholerquoten in der Jahrgangsstufe 1 und 2 lagen bei etwa 3%. Insgesamt fanden knapp drei Viertel aller Wiederholungen an Grundschulen in diesen Jahrgangsstufen statt. Auffällig ist der hohe Anteil von ca. 64% an Wiederholern mit Migrationshintergrund in diesen Jahrgangsstufen, der einer näheren Untersuchung bedarf (**Tab. D1-7**).

Jahrgangsstufe	Anzahl Schülerinnen und Schüler insgesamt	Anzahl der Klassenwiederholungen		Anteil der Wiederholungen (in %)	
		insgesamt	davon aufgrund von Nichtversetzung	insgesamt	davon aufgrund von Nichtversetzung
Jahrgangsstufe 1	3 699	123	107	3,3	2,9
Jahrgangsstufe 2	3 791	111	75	2,9	2,0
Jahrgangsstufe 3	3 677	49	25	1,3	0,7
Jahrgangsstufe 4	3 737	38	22	1,0	0,6
Gesamt	14 904	321	229	2,2	1,5

Tab. D1-7:
Klassenwiederholungen an den öffentlichen Grundschulen, Schuljahr 2009/10

Anmerkung: In Jahrgangsstufe 1 und 2 wurden die Wiederholungen in den „flexiblen Eingangsklassen“ mit berücksichtigt.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

Öffentliche Hauptschulen

Der Anteil der Wiederholer in der Hauptschule war mit 20,6% in der 9. Jahrgangsstufe am größten: Von diesen Schülerinnen und Schülern entschieden sich 300 (= 86,7% aller Wiederholer dieser Jahrgangsstufe) zur Klassenwiederholung, weil sie entweder ihre Noten verbessern wollten oder keinen Ausbildungsplatz hatten.

Öffentliche Realschulen und Wirtschaftsschulen

Der Anteil der Wiederholer ist in der 5. Jahrgangsstufe der Realschule mit einem Wert von 29,3% besonders hoch. Dabei gelten 150 Schülerinnen und Schüler (= 77,8% aller Wiederholer dieser Jahrgangsstufe) formal deshalb als Wiederholer des Schultyps, weil sie aus einer 5. Hauptschulklasse an die Realschule wechselten. Die Jahrgangsstufe 8 stellt offenbar eine besondere Hürde dar. Der hohe Wert der Jahrgangsstufe 10 setzt sich zusammen aus 36

Schülerinnen und Schüler, die das Klassenziel nicht erreicht haben, und wiederum aus 58, die die Jahrgangsstufe mit dem Ziel der Notenverbesserung wiederholen.

In der 7. und 8. Jahrgangsstufe der Wirtschaftsschule ist jeweils mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler Wiederholer. Auch hier kommen in der 7. Jahrgangsstufe 30 (= 85,7% aller Wiederholer dieser Jahrgangsstufe) und in der Jahrgangsstufe 8 insgesamt 26 Schülerinnen und Schüler (= 37,7% aller Wiederholer dieser Jahrgangsstufe) aus der Hauptschule und streben einen höheren Schulabschluss an. Sie werden jedoch formal als Wiederholer des Schultyps gezählt. Dies erklärt zum Teil, wie auch in der Realschule, den vergleichsweise höheren Wert der Wiederholerquote in der Wirtschaftsschule.

Öffentliche Gymnasien

Knapp die Hälfte der Wiederholer der 5. Jahrgangsstufe des Gymnasiums (32 Schülerinnen und Schüler) kommt aus der Hauptschule und hat einen Bildungsaufstieg vollzogen. In der 10. Jahrgangsstufe des Gymnasiums ist die Wiederholerquote mit 8,8% am höchsten, gefolgt von einer Wiederholerquote von 6,0% in Jahrgangsstufe 12 und 5,2% in Jahrgangsstufe 8. 69 Wiederholer der 8. Jahrgangsstufe des Gymnasiums haben die Erlaubnis zum Vorrücken nicht erhalten, das sind 93,2% der Wiederholer dieser Jahrgangsstufe. 50,9% aller Wiederholer in der 10. Jahrgangsstufe des Gymnasiums (58 Schülerinnen und Schüler) kommen aus der Realschule und werden in den Einführungsklassen **D** des Peter-Vischer-Gymnasiums, des Johannes-Scharrer-Gymnasiums und des Sigmund-Schuckert-Gymnasiums auf den weiteren Schulbesuch in der gymnasialen Sekundarstufe II vorbereitet. Alle 75 Wiederholer der 12. Jahrgangsstufe der Gymnasien waren sogenannte „freiwillige“ Wiederholer, da im G9 durch dieses Verfahren ein Wechsel der Leistungskurse möglich wurde sowie bei einem schlechten Punkteergebnis eine Verbesserung angestrebt werden konnte.

Öffentliche Fachoberschulen und Berufsoberschulen

13,5% der Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule wiederholten die 12. Jahrgangsstufe. Von diesen hatten 97 (= 78,2% aller Wiederholer dieser Jahrgangsstufe) die Erlaubnis zum Vorrücken nicht erhalten, 26 (= 21,0%) wiederholten „freiwillig“. An der Berufsoberschule wiederholten 12,0% der Schülerinnen und Schüler die 12. Jahrgangsstufe. Von diesen hatten 52 (= 67,5% aller Wiederholer dieser Jahrgangsstufe) die Erlaubnis zum Vorrücken nicht erhalten.

Insgesamt gilt es festzuhalten, dass die Wiederholerquoten aufgrund von Nichtversetzung in Nürnberg im Schuljahr 2007/08 für alle betrachteten Schularten (Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Wirtschaftsschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen) über dem bayerischen Durchschnitt lagen (**Abb. D1-12**).

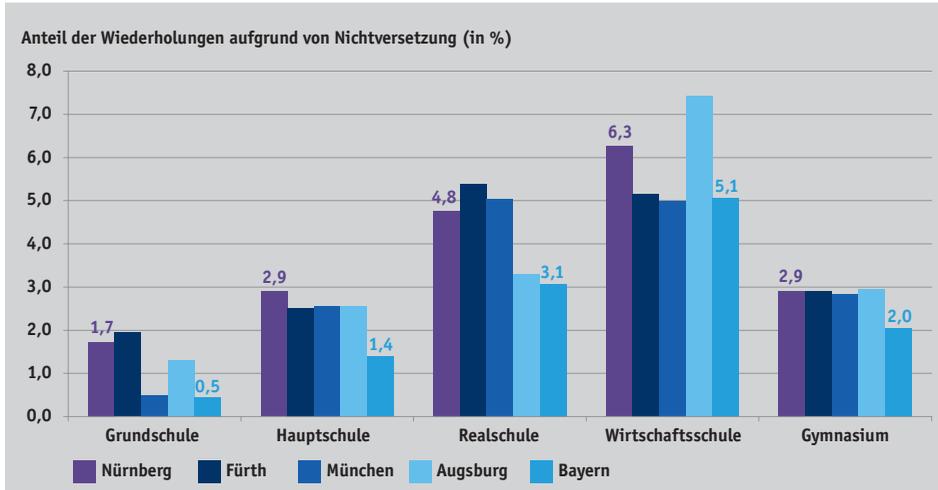


Abb. D1-12: Wiederholerquoten aufgrund von Nichtversetzung¹⁾ nach Schulart im bayerischen Städtevergleich, Schuljahr 2007/08

¹⁾ Wiederholen aufgrund von Nichtversetzung an der eigenen Schulart. Realschule einschl. Realschule zur sonderpädagogischen Förderung. Bei den Gymnasien werden die Jahrgangsstufen 5 bis 11 betrachtet. BOS ohne Vorklasse (Vollzeitangebot).

Quelle: Bildungsbericht Bayern 2009 – Kreisdaten; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

5. Schulabschlüsse und Schulleistungsuntersuchungen

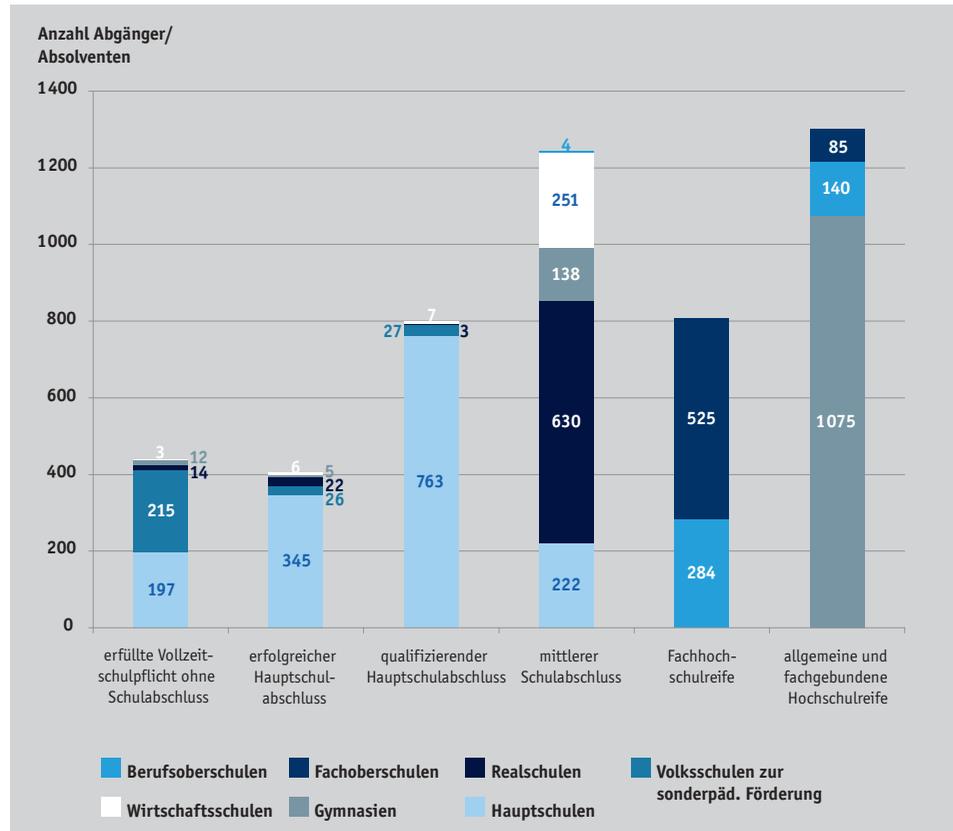
5.1 Abgänger und Absolventen **D** nach erreichten Schulabschlüssen

Insgesamt 5 000 Schülerinnen und Schüler gingen im Schuljahr 2008/09 von einer öffentlichen allgemeinbildenden oder einer öffentlichen beruflichen Schule in Nürnberg, die einen allgemeinbildenden Schulabschluss vermittelt, ab (**Abb. D1-13**). 404 Schülerinnen und Schüler verließen die Schule mit einem erfolgreichen Hauptschulabschluss, 801 mit einem qualifizierenden Hauptschulabschluss; einen mittleren Schulabschluss erlangten 1 245 junge Menschen. 1 195 Schülerinnen und Schüler verließen die Schule mit einer allgemeinen Hochschulreife **D**. 105 Schülerinnen und Schüler absolvierten die Schule mit einer fachgebundenen Hochschulreife **D** und 809 erwarben die Fachhochschulreife **D**.

Dabei ergibt die Addition von allgemeinbildenden Abschlüssen an den allgemeinbildenden Schulen und an beruflichen Schulen lediglich Aufschluss über die „an Nürnberger Schulen erworbenen Qualifikationen“. Denn während die Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in der Regel auch in Nürnberg wohnhaft sind und sich der Anteil der Ein- und Auspendler wie etwa bei den Realschulen nahezu die Waage hält, streben an den Nürnberger beruflichen Schulen neben in Nürnberg Wohnhaften auch viele Gastschülerinnen und -schüler einen allgemeinbildenden Abschluss an (vgl. Kapitel D1 2.1). Eine nach Wohnort differenzierte Darstellung der in Nürnberg an beruflichen Schulen erreichten Abschlüsse ist derzeit nicht möglich. Die Zahl der an beruflichen Schulen Nürnbergs erworbenen allgemeinbildenden Abschlüsse lässt somit keinen direkten Rückschluss auf den Qualifizierungszuwachs von jungen Menschen zu, die in Nürnberg ihren Wohnsitz haben.

Abb. D1-13: Abgänger/Absolventen¹⁾ von öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und beruflichen Schulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss vermitteln, nach erfüllter Vollzeitschulpflicht und nach Abschluss (nach KMK-Definition **D**) in Nürnberg, Schuljahr 2008/09

¹⁾ Einschließlich Nichtschüler **D**.



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

5.2 Abgänger und Absolventen von öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und öffentlichen Wirtschaftsschulen

Will man Aufschluss darüber erlangen, mit welchen Bildungszertifikaten in Nürnberg wohnhafte Jugendliche und junge Erwachsene die Schule abschließen, muss wegen der Datenlage der Fokus auf die allgemeinbildenden öffentlichen Schulen (Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen, Förderschulen) und die öffentlichen Wirtschaftsschulen begrenzt werden.

Schulabgänger von öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und öffentlichen Wirtschaftsschulen ohne und mit Abschluss **D**

Im Schuljahr 2008/09²⁷ verließen insgesamt 3 962 Schülerinnen und Schüler nach erfüllter Vollzeitschulpflicht die öffentlichen²⁸ Haupt-, Förder-, Wirtschafts- und Realschulen sowie Gymnasien.

441 Schülerinnen und Schüler (**Abb. D1-14**) (= 11,1% aller Abgänger und Absolventen) beendeten diese Schulen ohne anerkannten Schulabschluss.²⁹ Mit 64,9% sind vor allem junge Männer betroffen.

404 Schülerinnen und Schüler (**Abb. D1-14**) (= 10,2% aller Abgänger und Absolventen) beendeten diese Schulen mit dem erfolgreichen Hauptschulabschluss. Mit einem Anteil von 51,7% sind eher junge Männer betroffen.

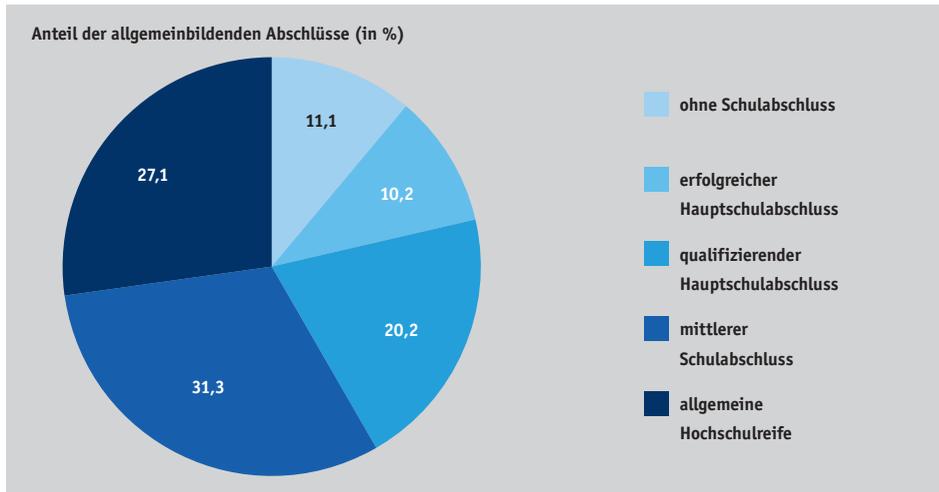


Abb. D1-14: Anteil der an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und Wirtschaftsschulen erworbenen allgemeinbildenden Abschlüsse¹⁾ (nach KMK-Definition) in Nürnberg, Schuljahr 2008/09

¹⁾ Einschließlich Abschlüsse von Nichtschülern.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

801 Schülerinnen und Schüler (**Abb. D1-14**) (= 20,2% aller Abgänger und Absolventen) beendeten diese Schulen mit dem qualifizierenden Hauptschulabschluss. Mit 55,6% überwiegen männliche Jugendliche.

1241 Schülerinnen und Schüler (**Abb. D1-14**) (= 31,3% aller Abgänger und Absolventen) beendeten diese Schulen mit der Mittleren Reife. Der Anteil männlicher Jugendlicher liegt hier bei 50,2%.

1075 Schülerinnen und Schüler (**Abb. D1-14**) (= 27,1% aller Abgänger und Absolventen) beendeten diese Schulen mit der allgemeinen oder fachgebundene Hochschulreife. Mit 53,7% überwiegen weibliche Jugendliche.

Abgänger und Absolventen von öffentlichen Förderschulen

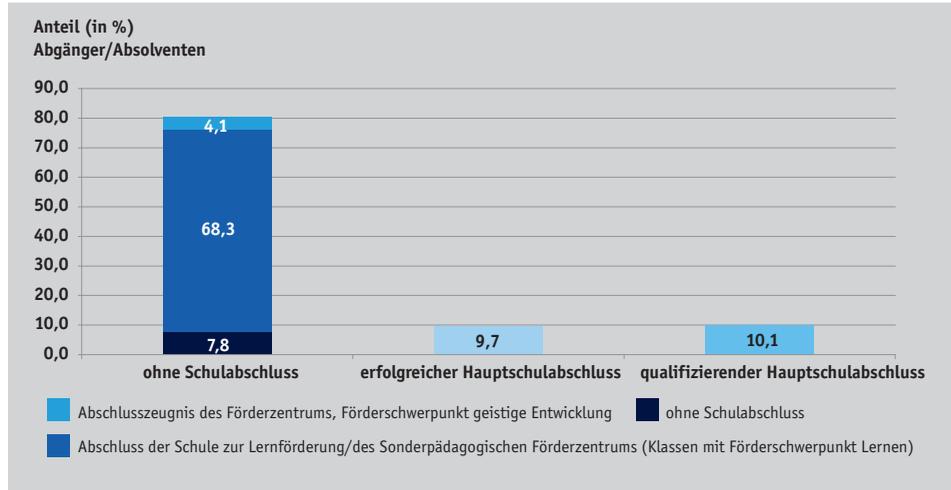
Im Schuljahr 2008/09 verließen in Nürnberg nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht 268 Schülerinnen und Schüler öffentliche Förderschulen mit und ohne Abschluss³⁰.

Ob Schülerinnen und Schüler als Abgänger oder als Absolventen aus der Förderschule entlassen werden, hängt maßgeblich von der bildungspolitischen Entscheidung des Landes ab, den Förderschulbesuch mit einer Bescheinigung oder mit einem bundesweit anerkannten Abschlusszeugnis zu bestätigen. Derzeit wird in Bayern die Förderschule noch mit einer Bescheinigung verlassen. Die Alternative eines bundesweit anerkannten Zeugnisses wird diskutiert.

Mit einem erfolgreichen Hauptschul- oder einem qualifizierenden Hauptschulabschluss verlassen etwa 20% der Absolventen die öffentlichen Förderschulen. Rund zwei Drittel der Abgänger von öffentlichen Förderschulen mit erfüllter Vollzeitschulpflicht beenden die Förderschule mit einem Abschluss der Schule zur Lernförderung. Ein Abschlusszeugnis des Förderzentrums mit Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ halten etwa 4% der Abgänger nach Abschluss in ihren Händen. Da die Abschlüsse der Förderzentren mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „geistige Entwicklung“ schulrechtlich nicht als allgemeinbildende Qualifikation anerkannt werden, haben faktisch über 80% der Förderschulabgänger nach erfüllter Vollzeitschulpflicht keinen Schulabschluss vorzuweisen (**Abb. D1-15**).

Abb. D1-15: Abgänger/Absolventen ¹⁾ von öffentlichen Förderschulen mit erfüllter Vollzeitschulpflicht, nach Abschlussart (nach KMK-Definition) in Nürnberg, Schuljahr 2008/09

¹⁾ Einschließlich Nichtschüler.



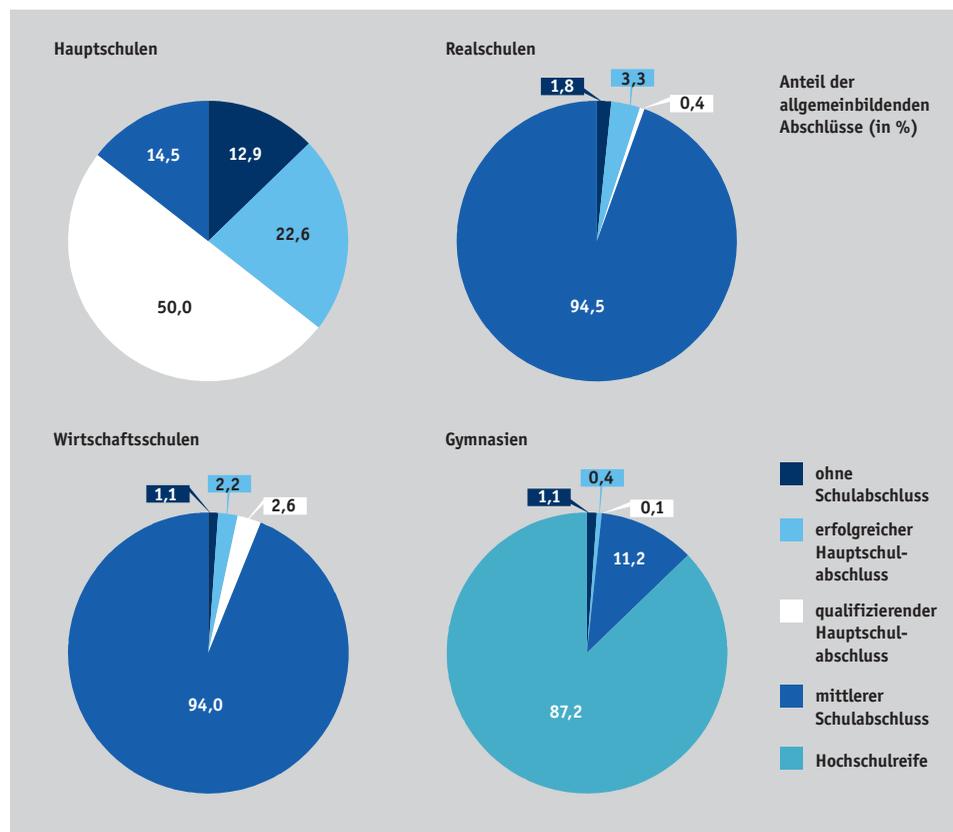
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Abgänger und Absolventen von öffentlichen Hauptschulen

Die Hälfte (= 50,0%) der Hauptschulabsolventen hat im Jahr 2009 einen qualifizierenden Hauptschulabschluss erworben. 22,6% der Absolventen erlangten einen erfolgreichen Hauptschulabschluss. 14,5% der Absolventen verließen die Hauptschule mit einem mittleren Schulabschluss. Ohne einen anerkannten Schulabschluss verließen 12,9% der Schüler

Abb. D1-16: Anteil der an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und Wirtschaftsschulen erworbenen allgemeinbildenden Abschlüsse ¹⁾ (nach KMK-Definition) in Nürnberg, Schuljahr 2008/09

¹⁾ Einschließlich Nichtschüler.



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

die Hauptschule nach erfüllter Vollzeitschulpflicht (**Abb. D1-16**).

Abgänger und Absolventen von öffentlichen Real- und Wirtschaftsschulen

Die Realschule verließen die meisten Schülerinnen und Schüler (= 94,5%) mit einem mittleren Schulabschluss, 3,7% mit einem erfolgreichen oder qualifizierenden Hauptschulabschluss. 1,8% der Absolventen beendeten die Schule ohne einen anerkannten Abschluss. Die Wirtschaftsschule schlossen 94,0% mit der Mittleren Reife ab. 1,1% erreichten dort keinen anerkannten Schulabschluss (**Abb. D1-16**).

Abgänger und Absolventen von öffentlichen Gymnasien

Das Gymnasium absolvierten 87,2% der Schülerinnen und Schüler mit der Hochschulreife, 11,2% ohne zusätzliche Prüfung nach der 10. Klasse mit der Mittleren Reife, 0,4% mit dem erfolgreichen Hauptschulabschluss und 1,1% ohne anerkannten Schulabschluss (**Abb. D1-16**).

5.3 Abgänger und Absolventen von öffentlichen beruflichen Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss

Allgemeinbildende Schulabschlüsse werden in Nürnberg auch an beruflichen Schulen verliehen. Mit Ausnahme der Fachoberschulen und der Berufsoberschulen werden alle weiteren beruflichen Schulen ausführlich im Kapitel E dieses Bildungsberichts dargestellt.

Im Schuljahr 2008/09 erwarben 525 Schülerinnen und Schüler an den öffentlichen Fachoberschulen in Nürnberg die Fachhochschulreife, 41 die fachgebundene Hochschulreife und 44 die allgemeine Hochschulreife. Im gleichen Schuljahr erlangten 284 Schülerinnen und Schüler an den öffentlichen Berufsoberschulen in Nürnberg die Fachhochschulreife, 64 die fachgebundene Hochschulreife und 76 die allgemeine Hochschulreife (**Abb. D1-13**). 185 Berufsoberschülerinnen und -schüler sowie 242 Fachoberschülerinnen und -schüler gingen ohne den Erwerb eines zusätzlichen Schulabschlusses von den jeweiligen Schulen ab.

5.4 Schulleistungsuntersuchungen

Zentrale Leistungserhebungen dienen dazu, Kompetenzen und Leistungsniveau der Schüler zu einem bestimmten Zeitpunkt festzustellen. In zentral gestellten Vergleichsarbeiten werden Kompetenzen überprüft, die in den von der Kultusministerkonferenz (KMK) definierten Bildungsstandards enthalten sind.³¹ Im Unterschied zu Schulleistungstests wie PISA oder IGLU dienen Vergleichsarbeiten in erster Linie der landesweiten, jahrgangsbezogenen Untersuchung des Leistungsstandes aller Schulen und Klassen. Vergleichsarbeiten sind an Bildungsstandards, d. h. an verbindliche Leistungserwartungen gekoppelt. Diese werden testbereichs- und jahrgangs- bzw. abschlusspezifisch von der KMK beschlossen. Die Testbereiche der Vergleichsarbeiten in Bayern sind Mathematik, Deutsch (Lesen, Rechtschreiben, Sprachgebrauch, Schreiben) und Englisch (Lesen). Jedoch werden nicht alle Bereiche in allen Jahrgangsstufen abgefragt.³²

Seit dem Schuljahr 2007/08 beteiligen sich alle 16 Bundesländer an VERA, einem Projekt zur Lernstandserhebung in der Schule im Ländervergleich, das von der Universität Koblenz-Landau koordiniert wird.³³ Im Schuljahr 2007/08 wurden in den Jahrgangsstufen 2

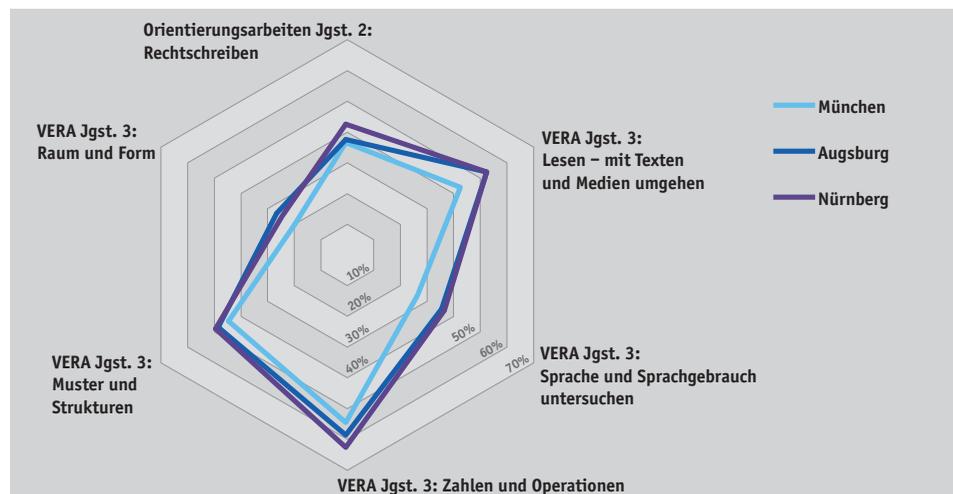
und 3 Orientierungs- und Vergleichsarbeiten in den Bereichen „Deutsch-Rechtschreiben“, „Lesen – mit Texten und Medien umgehen“, „Sprache und Sprachgebrauch untersuchen“ sowie „Mathematik“ („Zahlen und Operationen“, „Muster und Strukturen“, „Raum und Form“) durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in ein sogenanntes Kompetenzstufenmodell eingeordnet:

- Unter Fähigkeitsniveau 1: kein hinreichender Nachweis für grundlegende Fähigkeiten
- Fähigkeitsniveau 1: grundlegende Fähigkeiten
- Fähigkeitsniveau 2: erweiterte Fähigkeiten
- Fähigkeitsniveau 3: fortgeschrittene Fähigkeiten

Der im Jahr 2011 vom Nürnberger Bildungsbüro erstellte Teilbericht „Allgemeinbildende Schulen“³⁴ zeigt, dass Nürnberger Schülerinnen und Schüler in allen getesteten Leistungsbereichen sowohl hinter dem bayerischen als auch dem Münchner Durchschnitt deutlich zurückliegen. Im Vergleich mit Augsburg und Fürth schneiden sie dagegen gleich ab. Diese unterschiedlichen Ergebnisse deuten einmal mehr darauf hin, dass schulische Leistungen bei einer vergleichbaren Sozialstruktur ähnlich ausfallen und bestätigen die bereits oben zitierte These eines Wirkungszusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

Zur Verdeutlichung des Befundes sind in **Abb. D1-17** die Prozentwerte für die Leistungsbe-
reiche mit maximal Fähigkeitsniveau 1 für Nürnberg, Augsburg und München als Hexagon
aufgetragen. Die farbigen Linien verbinden die Prozentwerte der Schülerinnen und Schüler,
die maximal das Leistungsniveau „grundlegende Fähigkeiten“ erreicht haben. Idealerweise
wäre die Ausdehnung dieses umgrenzten Raums möglichst gering.

Abb. D1-17:
Anteil der Schülerinnen und
Schüler (in %), die maximal
das „Fähigkeitsniveau 1“
erreichen, in Nürnberg,
Augsburg und München,
Jahrgangsstufen 2 und 3,
Schuljahr 2007/08



Quelle: Staatsinstitut für
Schulqualität und Bildungs-
forschung: Orientierungs-
arbeiten und VERA 3.

Es gilt an dieser Stelle daran zu erinnern, dass die in Deutschland seit 2003 ausgetragene
Debatte über Mindeststandards im Schulbereich zwei bildungspolitische Grundfragen be-
inhaltet, die im Zusammenhang dieser Darstellung relevant sind: Gibt sich, erstens, die
Gesellschaft mit dem Fähigkeitsniveau 1: „Grundlegende Fähigkeiten“ zufrieden bzw. müss-
te nicht, um der Forderung nach Bildungsgerechtigkeit und Befähigung zur vollen gesell-
schaftlichen Teilhabe zu genügen, Fähigkeitsniveau 2 „Erweiterte Fähigkeiten“ als wün-

schenswerter Standard gelten?³⁵ Und zweitens: Mit welcher Verbindlichkeit und mit welchen zusätzlichen Ressourcen wird die Einlösung dieser Standards betrieben? Die Ergebnisse der Orientierungs- und Vergleichsarbeiten VERA für die Klassenstufen 2 und 3 bedürfen der Interpretation und müssen Ausgangspunkt für pädagogisches Handeln sein. Für die Stadt Nürnberg als Ballungszentrum ergibt sich aus den festgestellten Auffälligkeiten das Erfordernis einer sozialraumorientierten Förderung durch Bund und Land. Die Forderung nach systematisch ansetzender Förderung drängt sich durch die Ergebnisse der Orientierungs- und Vergleichsarbeiten an Nürnberger Grundschulen geradezu auf. Die Wirkung des Bildungs- und Teilhabepakets bleibt abzuwarten. Es alleine dürfte zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit indes kaum ausreichen.

6. Inklusion

Die UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2006 erklärt mit dem „Kernbegriff“ der Inklusion den „Wandel hin zu einer selbstverständlichen Zugehörigkeit“³⁶ aller Menschen zum wichtigsten Ziel. Mit der Ratifizierung und dem Inkrafttreten am 26. März 2009 verpflichtete sich die Bundesrepublik auch zu entsprechenden Maßnahmen im Bereich des Schulwesens.

Konkret fordert Artikel 24 der UN-Konvention ein inklusives Bildungssystem, in dem behinderte Kinder im Regelfall gemeinsam mit nicht behinderten Kindern an allgemeinen Schulen unterrichtet werden sollen. Dies wird besonders für das allgemeinbildende Schulsystem in Deutschland zu einschneidenden Veränderungen führen, da Deutschland unter den EU-Staaten das Land mit der höchsten Quote von Kindern und Jugendlichen ist, die in Förderschulen unterrichtet werden und zugleich bei den integrativ Beschulerten mit besonderem Förderbedarf im EU-Vergleich auf den letzten Plätzen rangiert.³⁷

Welche Form der Förderung jungen Menschen mit Behinderungen den größten Gewinn bringt, wird zurzeit heftig diskutiert. Aktuell sieht Art. 19 BayEuG vor, dass Kinder und Jugendliche, deren Behinderung eine „aktive Teilnahme“ am Unterricht nicht zulässt, nach der Erstellung eines sonderpädagogischen Fördergutachtens und einer Entscheidung des Staatlichen Schulamts in der gesonderten Schulart Förderschule beschult werden. Es wird davon ausgegangen, dass neben Kindern mit den Förderschwerpunkten „Sehen“, „Hören“, „körperliche und motorische Entwicklung“, „geistige Entwicklung“ und „Sprache“ auch Kinder mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ sowie „emotionale und soziale Entwicklung“ in Kleingruppen oder kleinen Klassen besser lernen, weil sie in den gesonderten Einrichtungen vor dem Leistungsdruck der Regelschule sowie vor Überforderung, Misserfolgen und Versagensangst bewahrt werden. Bildungsforscher, die demgegenüber den Inklusionsansatz vertreten, beurteilen die getrennte Beschulung insbesondere von leistungsschwachen und entwicklungsverzögerten Kindern kritisch. Sie argumentieren, dass Heterogenität – und das heißt in diesem Zusammenhang Vielfalt an Begabungen – stimulierend wirke, während die gesonderte Beschulung Stigmatisierungseffekte hervorrufe und das Selbstbewusstsein und die Lernmotivation der jungen Menschen beeinträchtige. Sie verweisen darüber hinaus auf empirische Befunde, die eine „Disproportionalität der Schichtenverteilung in der Förderschule“ für Lernbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder feststellen. Schließlich he-

ben sie hervor, dass das gemeinsame Lernen von Kindern ohne und mit Behinderungen die kognitiven und sozialen Kompetenzen aller am Lernprozess Beteiligten stärke. An Stelle der Förderschule plädieren die Experten deshalb für eine inklusive Schule, die, mit allen erforderlichen materiellen und pädagogischen Mitteln (z. B. Teamteaching unter Beteiligung von Lehrkräften für Sonderpädagogik) ausgestattet, die gemeinsame Erziehung und Bildung von Menschen ohne und mit Behinderung als „Menschenrecht und Menschenpflicht“ begreift und praktiziert.³⁸

Für das Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat die Bertelsmann-Stiftung in ihrer Studie „Sonderweg Förderschulen: Hoher Einsatz, wenig Perspektiven“ berechnet, dass sich im Schuljahr 2006/07 ein Anteil von 15,7% der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in einer allgemeinen Schule befanden. In Bayern war der Wert mit 12,5% etwas niedriger.³⁹ Anhand von Zahlen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 1.6.2010 lassen sich für den Bezirk Mittelfranken und die Stadt Nürnberg Vergleichszahlen errechnen, auch wenn sich die Kategorien der Datenerhebung unterscheiden. Im Unterschied zur von der Kultusministerkonferenz getroffenen Zweiteilung der Schultypen nach Förderschulen und Allgemeinen Schulen, erfasst das Bayerische Kultusministerium Förderschülerinnen und -schüler in drei Schultypen: in Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung, in Regelschulen und zusätzlich in sogenannte Außenklassen an Regelschulen. In Mittelfranken besuchten demnach im Schuljahr 2009/10 etwa 6% aller Schüler und Schülerinnen mit Förderbedarf eine Regelschule.⁴⁰ Im selben Jahr waren dies in der Stadt Nürnberg weniger als 5%.⁴¹ In Nürnberg gab es zum Schuljahr 2008/2009 sieben Förderschulklassen als sogenannte Außenklassen in drei Regelschulen mit einer regelmäßigen gemeinsamen Unterrichtszeit von sechs bis zwölf Wochenstunden. Würden die Außenklassen in diesem Kontext berücksichtigt, erhöhte sich in Nürnberg die Quote der Förderschülerinnen und -schüler an Regelschulen auf 7,7%.

7. Besondere Unterrichtsangebote und Förderung

7.1 Besondere Unterrichtsangebote

Spezielle Schul- und Unterrichtsangebote werden im Regelbetrieb in Nürnberger Schulen zur Förderung von Benachteiligten, zur Stärkung von Diversität und zudem zur Profilbildung einzelner Schulen durchgeführt.

Zu Beginn des Schuljahres 2002/03 wurden in Nürnberg als Förderangebot für Schülerinnen und Schüler mit fehlenden oder sehr geringen Deutschkenntnissen Sprachlernklassen eingerichtet. Diese Fördermaßnahme wird seit dem Schuljahr 2007/08 als Deutschförderklasse bezeichnet. In einer Deutschförderklasse werden Kinder, die keine oder sehr geringe Deutschkenntnisse haben, in einer Regelklasse unterrichtet, die zum Zweck der intensiven Sprachschulung in Gruppen aufgeteilt wird. Solche Klassen werden für einen Zeitraum von bis zu zwei Schuljahren eingerichtet. Im Schuljahr 2010/11 gibt es 43 Deutschförderklassen in Jahrgangsstufe 1, 37 in Jahrgangsstufe 2 und zwei in Jahrgangsstufe 9, die von etwa 990 Schülerinnen und Schülern besucht werden.

Der „Islamische Unterricht“ in deutscher Sprache ist ein auf fünf Jahre angelegter Modellversuch und findet seit dem Schuljahr 2009/10 statt. Gemäß einer Regelung des Kultusmi-

nisteriums löst der Unterricht die „Islamische Unterweisung“, den „Islamischen Religionsunterricht“ und ähnliche Unterrichtsangebote ab. Im aktuellen Schuljahr 2010/11 wird der „Islamische Unterricht“ an neun staatlichen Grundschulen in Nürnberg angeboten und von 1049 Schülerinnen und Schülern besucht. Zusätzlich findet er am Dürer-Gymnasium (ca. 50 Schülerinnen und Schüler) und der Geschwister-Scholl-Realschule (ca. 170 Schülerinnen und Schüler) statt.

Im Frühjahr 2008 wurde in Nürnberg das städtische Programm „Mehr Schulerfolg an Realschulen und Gymnasien“ (MSRG) entwickelt, dessen 21 Maßnahmen seit dem Schuljahr 2008/09 umgesetzt, von Fortbildungen begleitet und von der Universität Erlangen-Nürnberg evaluiert werden. Für das Programm wurden vom Stadtrat zehn überplanmäßige Lehrerstellen bewilligt, acht für besondere Fördermaßnahmen und zwei zur Reduzierung von Unterrichtsausfall. Die acht Lehrerstellen entsprechen 196 Lehrerwochenstunden, die sich auf ca. 130 Lehrkräfte verteilen.⁴²

7.2 Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)

Im Sommer 2009 wurde die Jugendsozialarbeit an Schulen (als Abteilung J/B2-2) innerhalb des Bereiches Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit an Schulen, Familienbildung, Erziehungsberatung (J/B2) des Jugendamtes der Stadt Nürnberg eingerichtet.⁴³ Auf 43,5 unbefristeten Stellen arbeiten 55 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an 47 Standorten. An allen 23 Hauptschulen und den sechs Förderzentren sind Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit unterschiedlichen Stundenkontingenten eingesetzt, die sich nach der Schüleranzahl und dem Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund richten. Darüber hinaus wird Jugendsozialarbeit derzeit an sechs Grundschulen, vier Realschulen, einem Gymnasium und sieben Berufsschulen angeboten.

7.3 Pädagogisches Institut und Schulpsychologie (SPI)

Fortbildungen

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 2939 Personen Fortbildungsveranstaltungen des Pädagogischen Instituts (SPI) der Stadt Nürnberg, davon kamen 1771 aus Nürnberg.⁴⁴ Insgesamt wurden 5921 Teilnahmen registriert, aus der Stadt Nürnberg 2303, davon von städtischen Schulen 1217. Im gleichen Schuljahr wurden 267 Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Die am häufigsten wahrgenommenen Veranstaltungsformate waren Seminare und Workshops. Fortbildungen zum Programm MSRG verzeichneten im genannten Schuljahr 215 Teilnahmen. Bei den acht Führungskräfte-seminaren, die das SPI zusammen mit dem Personalamt durchführt, wurden 102 Teilnahmen registriert.

Schulpsychologie

Die städtische Schulpsychologie ist schulartübergreifend für alle Nürnberger Schulen tätig. Sie verfügte 2009 über insgesamt sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Kalenderjahr 2009 wurden insgesamt 834 Personen von der städtischen Schulpsychologie betreut, davon waren 638 Neuanmeldungen. In knapp 90% der Fälle (750) waren die Klienten Schülerinnen

und Schüler, 10% der Beratenden waren pädagogische Fachkräfte. Die Schülerinnen und Schüler von Gymnasien (28,3%), Realschulen (25,5%) und Grundschulen (23,3%) stellten den größten Teil der Personen, die das Angebot wahrnahmen. Das restliche Viertel verteilt sich auf die Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen, Förderschulen, beruflichen sowie privaten Schulen. Von den Lehrkräften, die die Beratung in Anspruch nahmen, unterrichteten ca. zwei Drittel an einem Gymnasium (36,9%) oder an einer beruflichen Schule (33,3%).⁴⁵ Insgesamt kam die Klientel überwiegend aus kommunalen Schulen: 62,2%. Zu den Kooperationspartnern zählen vor allem die Staatliche Schulberatungsstelle für Mittelfranken, die staatlichen Schulpsychologen und die Beratungslehrkräfte an den Schulen.

Medienpädagogik

Das städtische Medienzentrum beliefert die Nürnberger Schulen mit audiovisuellen Medien und führt im Rahmen des SPI Fortbildungen durch. Im Schuljahr 2009/10 wurden den Nürnberger Schulen 12472 Medien zur Verfügung gestellt, davon etwa 1000 auf dem Wege der Onlinedistribution. In ihrer Eigenschaft als staatliche Medienpädagogisch-informations-technische Beraterinnen und Berater (MIB) führen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch Seminare in der Lehrerbildung durch.

Umweltbildung

Das Programm Keep Energy in Mind (KEiM) trägt maßgeblich zur Bewusstseinsbildung, zum Klimaschutz und zu Einsparungen bei den städtischen Energie- und Wasserkosten der Schulen bei. An den Arbeitskreisen nahmen im Schuljahr 2009/10 zwischen 20 und 40 Personen aller Schularten teil, 41 Schulen haben sich aktiv am KEiM-Wettbewerb beteiligt. Insgesamt konnte im Rahmen des Programms eine Energie- und Wasserkosteneinsparung in Höhe von ca. 680000 Euro im Jahr 2009 erreicht werden.⁴⁶

Elternarbeit

Vor allem die Arbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund wurde in den letzten Jahren intensiviert. „Mama-lernt-Deutsch-Kurse“ wurden im Schuljahr 2009/10 an acht Grundschulen durchgeführt, die Integrationskurse „Eltern lernen Deutsch an Schulen ELDS“ an drei Grundschulen, zwei Hauptschulen, einer Realschule mit insgesamt 47 Teilnehmenden. 2009 nahm das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) finanzierte Projekt „NEST - Nürnberger Elternbüro für Schulerfolg und Teilhabe“ die Arbeit auf. Neben einer täglichen Sprechstunde bildet NEST Eltern mit Migrationshintergrund zu Lotsinnen und Lotsen aus und vermittelt sie an ausgewählte interessierte Schulen.

Interkulturelle Öffnung der Schulen

Mit dem Ziel, den Anteil der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit Migrationshintergrund wesentlich zu erhöhen, hat die Stadt 2008 in Kooperation mit dem Kultusministerium und dem BAMF ein bayernweites Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund ins Leben gerufen. Das Netzwerk umfasst derzeit 125 Mitglieder, von den 40 Aktiven sind 15 aus Nürnberg.

7.4 „Die zweite Chance“

Das Programm „Die zweite Chance“ hat das Ziel der Rückführung von Schulverweigerern an die Regelschule. Es besteht in einer individuellen Begleitung, Betreuung und gezielter Förderung der Jugendlichen bzw. Kinder und ihrer Eltern. Im Rahmen des Programms können jeweils 30 Kinder und Jugendliche zwischen zwölf und 15 Jahren mit einem Case-Management betreut werden. Der Hauptanteil der Betreuten (55%) sind männliche Schulpflichtige; ca. 75% der Programmteilnehmerinnen und -nehmer haben einen Migrationshintergrund. Seit Anfang 2007 wurden ca. 80 Schülerinnen und Schüler in das Programm aufgenommen.

8. Ganztägige Bildung und Betreuung

8.1 Ganztagsschule

Der bereits seit Jahrzehnten geforderte Ausbau von Ganztagsschulen wird seit dem Schuljahr 2002/03 in Bayern vorangetrieben. Um Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie angemessene Formen familiärer Arbeitsteilung zu ermöglichen, bieten Ganztagsschulen Betreuung und erzieherische Unterstützung an. Es gibt derzeit zwei Formen der Ganztagsschule: die gebundene und die offene Ganztagsschule **D**.

Gebundene Ganztagsschule

Die gebundene Form der Ganztagsschule ist ein durchgehend strukturiertes Angebot in der Schule und umfasst verpflichtend täglich mehr als sieben Zeitstunden an mindestens vier Unterrichtstagen. Dabei ist der Pflichtunterricht auf Vor- und Nachmittag verteilt. Er wechselt sich mit Übungs- und Studierzeiten, sportlichen, musischen und künstlerisch orientierten Fördermaßnahmen sowie Freizeitaktivitäten ab. Betreut werden die Schülerinnen und Schüler in den gebundenen Ganztagsklassen überwiegend von Lehrkräften. Dabei werden für eine gebundene Ganztagsklasse meist zwölf Lehrerwochenstunden und 6 000 Euro pro Jahr für Honorarkräfte (5 000 Euro aus dem kommunalen Haushalt und 1 000 Euro vom Freistaat Bayern) zur Verfügung gestellt. Zusätzlich entstehen erhebliche Kosten durch die auf den Ganztagsbetrieb abgestimmten räumlichen Anforderungen.

Im Schuljahr 2009/10 gab es an öffentlichen Schulen in Nürnberg insgesamt 54, im Schuljahr 2010/11 91 gebundene Ganztagsklassen (**Tab. D1 -8**).

	2009/10	2010/11
Grundschulen	7	10
Hauptschulen	24	46
Förderzentren	1	3
Gymnasien und Realschulen	22	32
Gesamt	54	91

Tab. D1-8:
Gebundene Ganztagsklassen
an öffentlichen Schulen in
Nürnberg, Schuljahre 2009/10
und 2010/11

Quelle: Amt für Allgemeinbildende Schulen der Stadt Nürnberg.

Offene Ganztagschule

Die offene Ganztagschule ist ein Angebot für die Jahrgangsstufen 5 bis 10, bei dem die Schülerinnen und Schüler in klassenübergreifenden Gruppen nach dem Halbtagsunterricht betreut werden. Im Schuljahr 2009/10 gab es an öffentlichen Schulen in Nürnberg insgesamt 70 offene Gruppen in Ganztagschulen, deren Zahl im darauf folgenden Schuljahr auf 78 stieg (**Tab. D1-9**). Bei etwa 22 Plätzen je Gruppe werden im Schuljahr 2010/11 etwa 2000 Schülerinnen und Schüler betreut.⁴⁷

Tab. D1-9:
Offene Gruppen in Ganztagschulen an öffentlichen Schulen in Nürnberg, Schuljahre 2009/10 und 2010/11

	2009/10	2010/11
Hauptschulen	22	25
Förderzentren	3	3
Gymnasien und Realschulen	43	48
Wirtschaftsschule	2	2
Gesamt	70	78

Quelle: Amt für Allgemeinbildende Schulen der Stadt Nürnberg.

Bei der Peter-Vischer-Schule (2010/11: sechs Gruppen) und der Bertolt-Brecht-Schule (14 Gruppen) liegt die Trägerschaft des Angebots bei der Stadt. In allen anderen Fällen sind die Kooperationspartner meist freie Träger der Jugendhilfe. Darüber hinaus bieten private Schulen und freie Träger offene Ganztagsbetreuung und Formen der gebundenen Ganztagschulen an, zu denen keine vollständigen Informationen vorliegen. Im Schuljahr 2008/09 standen insgesamt 825 Plätze im Rahmen von schulischen Ganztagsmaßnahmen an öffentlichen Realschulen und Gymnasien zur Verfügung.⁴⁸

8.2 Tageseinrichtungen für Schülerinnen und Schüler

Kindertageseinrichtungen (Horte und Schülertreffs) sind als Angebot der Jugendhilfe Einrichtungen nach dem SGB VIII mit außerschulischer non-formaler Bildung, Betreuung und Erziehung.

In Nürnberg boten zum 1.3.2010 insgesamt 164 Kindertageseinrichtungen Betreuungsplätze für Schulkinder an. Davon waren 86 „klassische“ Horte **D** (darunter 63 in städtischer Trägerschaft), also Einrichtungen ausschließlich für Schulkinder. Insgesamt wurden 5025 Schulkinder in den verschiedensten Einrichtungsformen betreut. Mehr als die Hälfte dieser Kinder hatte einen Migrationshintergrund⁴⁹. 3329 sind in den Einrichtungen der Stadt Nürnberg. Insgesamt 3997 Kinder besuchten Horte. Daneben gab es 44 Einrichtungen für Kinder von zwei bis unter 14 Jahren, also für Kinder im Kindergarten- und Schulalter. Von 2899 genehmigten Plätzen wurden 28,3% von Schulkindern genutzt. Mit jeweils 14 Einrichtungen befanden sich die meisten in kirchlicher und städtischer Trägerschaft. Insgesamt 34 Einrichtungen mit insgesamt 2215 genehmigten Plätzen nahmen Kinder zwischen Null und 13 Jahren auf. Nur 9,4% dieser Kinder sind Schulkinder. Die altersgemischten Einrichtungen **D** sind sehr heterogen in der Zusammensetzung der Altersgruppen, und nach wie vor werden die meisten Schulkinder in Horten betreut (**Tab. D1-10**).

Art der Einrichtung	Horte			Einrichtung für Kinder von 2 bis unter 14 Jahren			Einrichtung für Kinder von 0 bis unter 14 Jahren		
	Anzahl der Einrichtungen	Genehmigte Plätze	Anzahl der betreuten Schulkinder	Anzahl der Einrichtungen	Genehmigte Plätze	Anzahl der betreuten Schulkinder	Anzahl der Einrichtungen	Genehmigte Plätze	Anzahl der betreuten Schulkinder
Öffentlicher Träger	63	3 059	2 984	10	705	319	3	170	•
Gemeinnütziger Träger	6	203	202	5	199	72	4	172	•
Kirchlicher Träger	8	411	401	21	1 572	298	17	1 253	133
Sonstiger Träger	9	443	410	8	423	132	10	620	47
Gesamt	86	4 116	3 997	44	2 899	821	34	2 215	207

Tab. D1-10: Einrichtungen, genehmigte Plätze und betreute Schulkinder in Kindertageseinrichtungen für Schulkinder nach Trägerschaft¹⁾, 2010

¹⁾ Gemeinnützige Träger ohne Kirchen. Stichtag: 1.3.2010.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Die Stadt Nürnberg unterhielt im Jahr 2009 an fünf Standorten Schülertreffs als Horte für Hauptschüler mit insgesamt 175 Plätzen. Hauptzielgruppe sind Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Jahrgangsklassen. Als einziger Freier Träger betreibt daneben die Evangelische Jugend einen Schülertreff mit 25 Plätzen.

Die Besuchsquoten **M** von Nürnberger Tageseinrichtungen für Kinder von sechs bis unter elf Jahren und von elf bis unter vierzehn Jahren lagen jeweils deutlich über den bayerischen und mittelfränkischen Durchschnittsquoten. Im Vergleich mit München und Augsburg lag

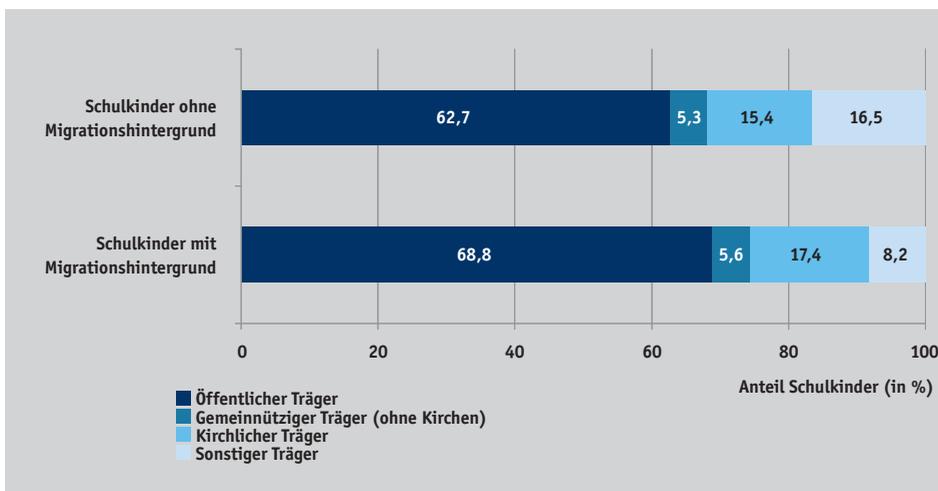


Abb. D1-18: Schulkinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, nach Migrationshintergrund und Einrichtungsträger in Nürnberg, 2010

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder- und Jugendhilfestatistik.

die Besuchsquote der jüngeren Alterskohorte knapp unterhalb der Quote Münchens, aber über der Augsburgs.⁵⁰ Die Tagespflege spielte für Kinder im Schulalter praktisch keine Rolle mehr.

Kinder mit Migrationshintergrund besuchten häufiger als andere Kinder Einrichtungen des Jugendamtes. In den Einrichtungen kirchlicher und anderer gemeinnütziger Träger waren sie in etwa gleichen Anteilen vertreten. In Einrichtungen sonstiger Träger sind Kinder mit Migrationshintergrund deutlich seltener vertreten (**Abb. D1-18**).

8.3 Mittagsbetreuung

Im Schuljahr 1993/94 wurde für Grund-, Haupt- und Förderschulen in Bayern die Mittagsbetreuung für die Zeit zwischen 11.00 und 13.00 bzw. 14.00 Uhr eingerichtet, um so für die Eltern die Betreuung ihrer Kinder während des gesamten Vormittags verlässlich zu gewährleisten. Bis zum Schuljahr 2008/2009 wurde dieses Angebot erheblich ausgeweitet und um die sogenannte verlängerte Mittagsbetreuung bis mindestens 15.30 Uhr erweitert.⁵¹ Dies führt zu zusätzlichen Raumanforderungen.

Mittagsbetreuung kann als Angebot im Anschluss an den Vormittagsunterricht eingerichtet werden. Im Schuljahr 2009/2010 wurde bayernweit in 4588 Gruppen an 1720 Grundschulen und in 139 Gruppen an 80 Förderschulen eine Betreuung nach dem Unterricht für etwa 74000 Kinder angeboten. Davon boten 1918 Gruppen an Grundschulen und 79 Gruppen an Förderschulen eine verlängerte Mittagsbetreuung bis mindestens 15.30 Uhr mit Hausaufgabenbetreuung an.⁵² In Nürnberg gab es im Schuljahr 2009/10 insgesamt 209 Gruppen der Mittagsbetreuung: in 50 der 51 staatlichen Grundschulen in öffentlicher und in drei Grundschulen in privater Trägerschaft, in der Freien Waldorfschule und im Sonderpädagogischen Förderzentrum „An der Bärenschanze“. Von all diesen Angeboten fand knapp ein Drittel in der verlängerten Form statt.⁵³ Im Schuljahr 2009/10 nahmen 3109 Schülerinnen und Schüler an der Mittagsbetreuung teil. Der Anteil aller Grundschülerinnen und -schüler, die eine Mittagsbetreuung an einer Nürnberger Grundschule besuchten, betrug knapp 20%. Die Mittagsbetreuung wird von freien Trägern erbracht. Im Schuljahr 2009/10 wurde sie hauptsächlich von der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) durchgeführt.

9. Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen

Nürnberg's Schülerzahlen steigen den Vorausrechnungen zufolge in den nächsten Jahren. Dies liegt, bei einem konstanten Wert für die Geburten, an der merklichen Tendenz hin zum Besuch höher qualifizierender Schulen. Die Übertritte an Gymnasien und Realschulen sind in den letzten Jahren erheblich angestiegen, wenn auch nicht in dem Maße wie in vergleichbaren Städten in Bayern. Durch diese vermehrten Entscheidungen für höher qualifizierende Schularten verlängert sich die individuelle Schulzeit. Das hat Konsequenzen für die Ressourcen, die Schulen benötigen. Der Bildungsbericht führt zu folgenden Handlungsempfehlungen:

- ▶ Angesichts steigender Schülerinnen- und Schülerzahlen müssen die Stadt und vor allem auch der Freistaat über die Bestandswahrung und Modernisierung hinaus mit erheblichen Mittelanforderungen für den Schulbau rechnen. Zusätzlich werden weitere Mittel durch den vom Bayerischen Landtag beschlossenen Umbau von Schulen in Ganztagschulen sowie die von der Bundesrepublik 2007 unterzeichneten UN-Behindertenrechtskonvention (VN-BRK) erforderlich werden. Das Konnexitätsprinzip gilt es auch an dieser Stelle zu achten.
- ▶ Deutlich wird, dass die Förderschule neben dem sogenannten dreigliedrigen Schulsystem von Hauptschule, Realschule und Gymnasium liegt. Im Rahmen der Umsetzung der Inklusionsvorgaben durch die vom Bund unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention stehen gravierende Veränderungen im Bereich der Förderschulen an. Es wäre angebracht, die kommunalen Spitzenverbände und die Kommunen selbst frühzeitig in Konzeptionen und Planungen einzubeziehen.
- ▶ Die Schulleistungsvergleiche VERA weisen aus, dass im Durchschnitt Nürnberger Grundschülerinnen und -schüler in den getesteten Leistungsbereichen unter dem bayerischen Mittel, aber oftmals auch hinter vergleichbaren bayerischen Städten rangieren. Bedenklich muss darüber hinaus stimmen, dass Nürnberger Schülerinnen und Schüler aller Schulformen im Landes- und Städtevergleich häufiger die Klasse wiederholen. Diese Auffälligkeiten machen deutlich, dass es einer systematischen Förderung von Bildungsbenachteiligten in Nürnberg bedarf.
- ▶ Der Bericht weist für Nürnberg einen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg nach. Auf's Ganze gesehen, spiegelt der Schulerfolg Nürnberger Kinder und Jugendlicher die sozialräumlichen Ungleichheiten in den jeweiligen Stadtteilen, die strukturellen Defizite im Wirtschaftsbereich und die generelle Schwäche des Arbeitsmarktes wider. Schule, Nachbarschaft und Peergroups beziehen sich explizit auf das Quartier als Lernraum. Bildungsplanung, Jugendhilfeplanung und Stadtentwicklung müssen deshalb Hand in Hand gehen.
- ▶ Die sozialräumliche Problematik unterstreicht die Forderung nach dem Ausbau von qualitativ hochwertigen Ganztagschulen. Durch eine mit hinreichenden Personal- und Sachmitteln fundierte rhythmisierte und integrierte Ganztagsbildung – d. h. ein in partnerschaftlicher Kooperation mit der Jugendhilfe und mit den verschiedenen Akteuren im Stadtteil durchgeführter Unterrichtsbetrieb – ist ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung von Chancengerechtigkeit zu erwarten.

¹ Vgl. Bildungscommission der Länder Berlin und Brandenburg. Bildung und Schule in Berlin und Brandenburg – Herausforderungen und gemeinsame Perspektiven, Berlin und Potsdam 2003, S. 104-107; Heinz-Elmar Tenorth, Bildungsarmut als Herausforderung moderner Allgemeinbildung, in: Ute Lange u.a. (Hg.), Steuerungsprobleme im Bildungswesen, Wiesbaden 2009, S. 162-166.

² Dies trifft auf die Wirtschaftsschule, Fachoberschule und Berufsoberschule zu. Alle weiteren beruflichen Schulen werden ausführlich in Berichtsteil E dargestellt.

³ Der Migrationshintergrund wird hier definiert nach Melderegisterauswertungen mit MigraPro.

⁴ Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Einwohnermelderegister und MigraPro.

⁵ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Allgemeinbildende Schulen, basierend auf der Prognose des Amtes für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth nach Schulsprengeln vom 26.10.2009.

⁶ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Allgemeinbildende Schulen, basierend auf der Prognose des Amtes für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth nach Schulsprengeln vom 26.10.2009.

⁷ Im Schuljahr 2009/10 pendelten 62 Schülerinnen und Schüler an öffentliche Volksschulen in Nürnberg und fünf an öffentliche Förderschulen in Nürnberg; Quelle: Amt für Allgemeinbildende Schulen der Stadt Nürnberg.

⁸ Im Schuljahr 2009/10 besuchten 81 Nürnberger Schülerinnen und Schüler Volksschulen und zehn ein Förderzentrum außerhalb Nürnbergs; Quelle: Amt für Allgemeinbildende Schulen der Stadt Nürnberg.

⁹ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2010; Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Einwohnermelderegister und HHGEN.

¹⁰ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2010.

¹¹ Der Rückgriff auf Zahlen des Jahres 2009 ist der Vergleichbarkeit mit den Zahlen der Übertrittsquoten des Jahres 2008/2009 geschuldet.

¹² Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2009; Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

¹³ Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG), Änderung vom 23.7.2010.

¹⁴ Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

¹⁵ Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 71.

¹⁶ Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

¹⁷ Für die Schülerinnen und Schüler an privaten Grund- sowie privaten Förderschulen stehen keine detaillierten Angaben zur Einschulung, sondern nur zur Schülerzahl in der ersten Jahrgangsstufe des entsprechenden Schuljahres zur Verfügung. D. h. Kinder, die diese Jahrgangsstufe wiederholen, können nicht herausgerechnet werden.

¹⁸ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Auswertung der Schulstatistik 2009/2010.

¹⁹ Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Auswertung der Schulstatistik 2009/2010.

²⁰ Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Auswertung der Schulstatistik 2009/2010.

²¹ Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

²² Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Auswertung der Schulstatistik 2009/2010.

²³ Der Migrationshintergrund ist hier definiert als Staatsangehörigkeit nicht-deutsch und/oder Familiensprache nicht deutsch und/oder Geburtsland nicht Deutschland.

²⁴ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Auswertung der Schulstatistik 2009/2010.

²⁵ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2008, Bielefeld 2008, S. 70.

²⁶ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Auswertung der Schulstatistik 2009/2010.

²⁷ Die aktuelle uns vorliegende Schulstatistik vom Schuljahr 2009/10 enthält Daten zu Absolventen und Abgängern des Schuljahres 2008/09.

²⁸ Für die privaten Schulen erhält das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth keine Angaben zu den Abgängern und Absolventen vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Aus diesem Grund beziehen sich die statistischen Werte des gesamten Kapitels auf Abgänger und Absolventen von staatlichen und städtischen Schulen.

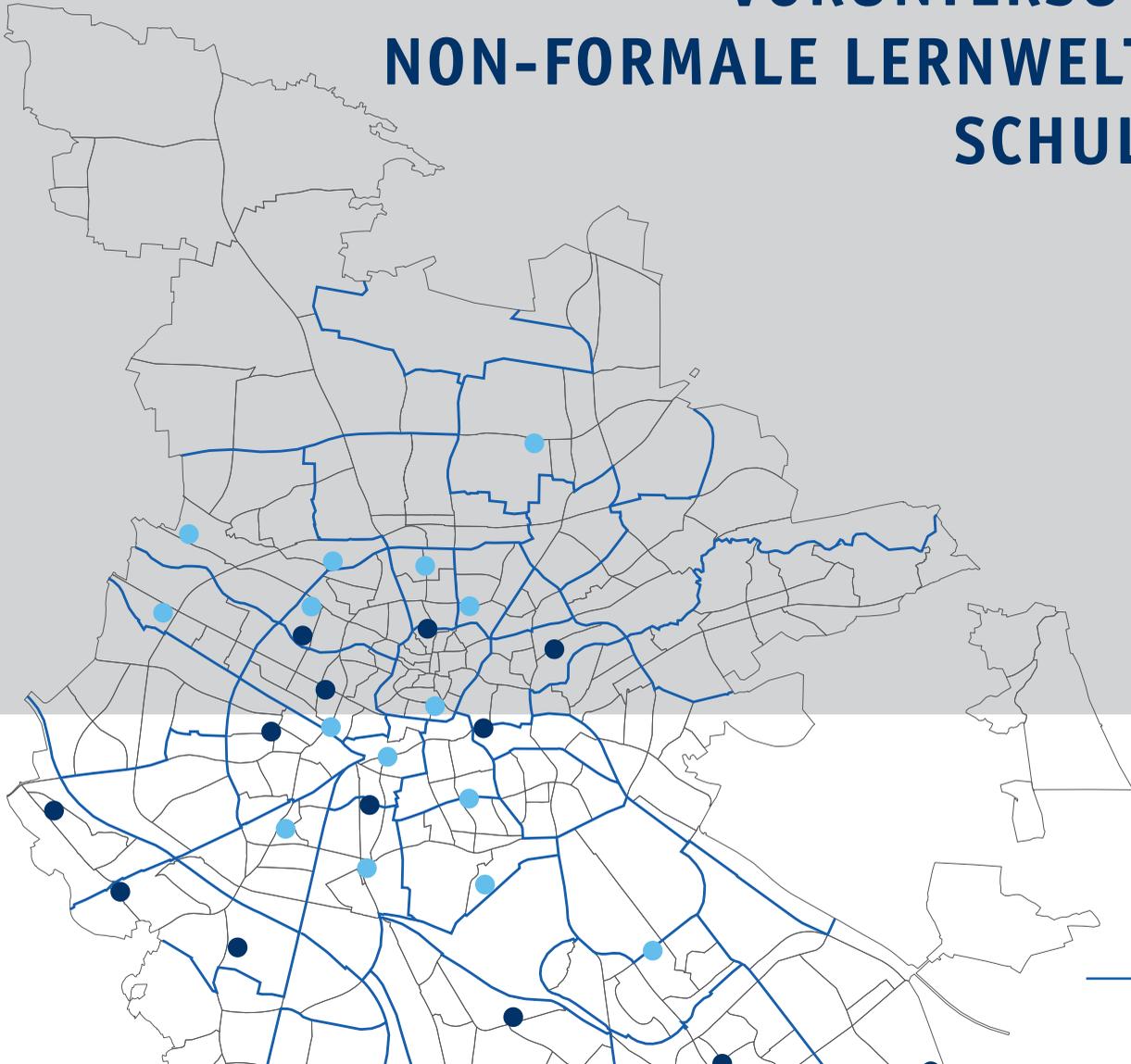
²⁹ Zu den Abgängern ohne Schulabschluss mit erfüllter Vollzeitschulpflicht zählen auch Schülerinnen und Schüler mit den Abschlüssen der Schulen zur Lernförderung/der Sonderpädagogischen Förderzentren (Klassen mit Förderschwerpunkt Lernen) sowie der Förderzentren mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung.

³⁰ Förderschülerinnen und -schüler, die die Schule mit einem spezifischen Abschluss der Förderschule für Lernen bzw. geistige Entwicklung verlassen, gelten per Definition als Schulabgänger ohne Abschluss.

- ³¹ In Bayern werden darüber hinaus auch Jahrgangsstufenarbeiten durchgeführt. Diese geben Auskunft darüber, inwieweit die in den Lehrplänen festgelegten Inhalte und Ziele in einer bestimmten Jahrgangsstufe beherrscht bzw. erreicht werden; Quelle: Bildungsbericht Bayern 2009, S. 171.
- ³² Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (Hg.), Bildungsbericht Bayern 2009, München 2009, S. 171f.
- ³³ Projektgruppe Statistisches Bundesamt, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings, Februar 2011, S. 140.
- ³⁴ Vgl. Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro, Teilbericht D1 Allgemeinbildende Schulen, <http://www.lernenvorort-nuernberg.de/aktuelles/publikationen/bildungsbericht/>, S. 66ff. Letzter Zugriff am 21.7.2011.
- ³⁵ Vgl. Jutta Allmendinger, Stephan Leibfried, Bildungsarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B21-22, 2003, S. 14-17; Tenorth, Bildungsarmut, S. 157; 162ff.
- ³⁶ Heiner Bielefeldt, Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention, Essay Nr. 5 des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Juni 2009, S. 11.
- ³⁷ Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010, S. 70.
- ³⁸ Hans Wocken, Andere Länder, andere Schüler? Vergleichende Untersuchungen von Förderschülern in den Ländern Brandenburg, Hamburg und Niedersachsen (Forschungsbericht), 2005, bes. S. 65f.; Irene Demmer-Dieckmann, Bildungsarmut durch Selektion – Bildungsreichtum durch Integration, in: Bernd Overwien, Annedore Prengel (Hg.), Recht auf Bildung. Zum Besuch des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen in Deutschland, Opladen 2007, S. 191-202.
- ³⁹ Bertelsmann Stiftung (Hg.), Sonderweg Förderschulen: Hoher Einsatz, wenig Perspektiven, Gütersloh 2009, S. 14.
- ⁴⁰ Bayerischer Landtag. 16. Wahlperiode, Drucksache 16/5017 vom 30.6.2010.
- ⁴¹ Quelle: Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 1.6.2010 auf eine schriftliche Anfrage der SPD vom 9.4.2010, Drucksache 16/5017.
- ⁴² MSRG – Mehr Schulerfolg an Realschulen und Gymnasien, Bericht im Schulausschuss der Stadt Nürnberg am 10.12.2010, <http://online-service2.nuernberg.de/eris09/agendaItem.do;jsessionId=E0DB916AB4E92883344EC9D99F0FE392?id=17443>, letzter Zugriff am 27.7.2011.
- ⁴³ Beschluss des Schul- und Jugendhilfeausschusses der Stadt Nürnberg vom 30.6.2009, <http://online-service2.nuernberg.de/eris09/agendaItemForSearch.do;jsessionId=E0DB916AB4E92883344EC9D99F0FE392?id=11754>, letzter Zugriff am 27.7.2011.
- ⁴⁴ Quelle: Pädagogisches Institut und Schulpsychologie der Stadt Nürnberg.
- ⁴⁵ Quelle: Stadt Nürnberg, 3. Bürgermeister, Geschäftsbereich Schule: Schulpsychologie für Nürnberg: Jahresbericht 2009.
- ⁴⁶ Quelle: Stadt Nürnberg, Hochbauamt, Kommunales Energiemanagement (KEM).
- ⁴⁷ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Allgemeinbildende Schulen.
- ⁴⁸ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Allgemeinbildende Schulen.
- ⁴⁹ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, Auswertung der Kinder- und Jugendhilfestatistik 2010.
- ⁵⁰ Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Bayern. Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen, 2010.
- ⁵¹ Mittagsbetreuung und verlängerte Mittagsbetreuung an Volks- und Förderschulen. Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 28.7.2010
Az.: III.5 - 5 S 7369.1- 4.63 218.
- ⁵² Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus. <http://www.km.bayern.de/ministerium/schule-und-ausbildung/mittagsbetreuung.html>, letzter Zugriff am 11.8.2010.
- ⁵³ Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für allgemeinbildende Schulen.

D2

VORUNTERSUCHUNG NON-FORMALE LERNWELTEN IM SCHULALTER



1. Hinführung: Lernen im Schulalter außerhalb der Schule

Non-formales Lernen¹ außerhalb der Schule ist integraler Teil der allgemeinen Bildung Heranwachsender. Im eigenen Engagement, in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Museen, Theatern und Bibliotheken bieten sich Kindern und Jugendlichen – manchmal unsystematisch und häufig jenseits fixierter Curricula – vielfältige Lernanlässe.

Unterschiedliche Angebote der kulturellen und künstlerisch-ästhetischen Bildung, aber auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt und die verschiedenen Gelegenheiten zum eigenen Engagement junger Menschen leisten fraglos einen wichtigen Beitrag zur Bildung und Erziehung im Schulalter und schaffen Möglichkeiten für individuelle Lernerfahrungen und Lernerfolge. Lernen im Schulalter findet im Wechselspiel von schulischen, kulturellen und jugendbildenden Einrichtungen sowie im Umfeld von Familie und Peergroup sowie im Rahmen von Vereins- und Freizeitaktivitäten statt.

Auch im Bereich des non-formalen Lernens stellt sich die Frage nach Bildungsgerechtigkeit. Die Bildungsberichterstattung sollte sich in diesem Kontext mit den Zugangschancen, aber auch der aktuellen Nutzung von Angeboten non-formaler Bildung durch Kinder und Jugendliche auseinandersetzen. Zudem ist der Frage nachzugehen, ob das Angebot in der Stadt ausreicht und den vielfältigen außerschulischen Bildungsinteressen der Kinder und Jugendlichen gerecht wird.

Das Bildungsbüro plant, 2012 im Rahmen der Bildungsberichterstattung non-formales Lernen im Schulalter, aber auch Aspekte der kulturellen Bildung und Weiterbildung Erwachsener in Nürnberg indikatorengestützt ausführlich darzustellen. Damit sollen die vielseitige Nürnberger Kunst- und Kulturlandschaft und die differenzierten Formen non-formaler Bildung² in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen und Lebensphasen dokumentiert werden. Die in der vorliegenden Veröffentlichung kursorisch unternommene Darstellung non-formalen Lernens im Schulalter bietet im Hinblick auf den angekündigten, ausführlichen Bericht eine Vorschau und ist entsprechend als thematisch-methodischer Aufriss zu lesen.

2. Orte, Formen und Zugänge zu non-formaler Bildung in Nürnberg

Non-formales Lernen im Kindes- und Jugendalter findet in unterschiedlichen Zusammenhängen statt.

Als ein Unterscheidungskriterium kann die institutionelle Verortung dienen. So stellen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit (als Angebote der städtischen Kinder- und Jugendhilfe) ebenso wie kulturelle Einrichtungen wichtige Lernorte dar. Sie sind Bestandteil der Bildungsinfrastruktur vor Ort und ihre Verbreitung und Ausstattung prägen die Lernlandschaft in der Kommune wesentlich mit. Als Orte eigenen Engagements junger Menschen und damit als wesentliches weiteres Lernumfeld spielen neben den Einrichtungen der Jugendarbeit auch Jugendverbände, Religionsgemeinschaften, Vereine (etwa in Sport, Kultur, Naturschutz), Initiativen und Gremien der Selbstorganisation (zum Beispiel Schülervertretungen) eine wichtige Rolle.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit des Jugendamtes genießt in Nürnberg hohe Akzeptanz und wird in ihrer Bedeutung als Lern- und Lebensraum für junge Menschen geschätzt, an dem Bildungsprozesse durch aktive Beteiligung und Mitwirkung in Gang gesetzt werden. Dies drückt sich unter anderem in einem kontinuierlichen Ausbau und entsprechend steigenden kommunalen Ausgaben für dieses Handlungsfeld aus – in bewusster Gegenläufigkeit zum bundesweiten Trend zurückgehender Finanzmittel.³

In der kulturellen Bildung spiegelt sich die Vielfalt wider, die insgesamt ein Markenzeichen der Nürnberger Kulturlandschaft und offenen Bildungsarbeit ist: Eine Vielzahl von Einrichtungen, Angeboten und Projekten existiert und spricht unterschiedlichste Zielgruppen an. Die Bandbreite des Themenfeldes kann an dieser Stelle nur in Stichworten umrissen werden: Theater, Museen und Bildungscampus (2011 zusammengeführt aus der Stadtbibliothek und dem Bildungszentrum, der Nürnberger Volkshochschule) werden ergänzt von stadtteilorientierten Kulturläden sowie Bibliotheken. Die Ereigniskultur im öffentlichen Raum verweist mit dem Bardentreffen in Nürnberg auf eine lange Tradition, die mit Blauer Nacht und Klassik Open Air seit dem Stadtjubiläum im Jahr 2000 wirkungsvoll neu belebt wurde. Auch im Bereich der Vernetzung und interdisziplinären Zusammenarbeit von Kulturschaffenden, Kultur- und Lernorten kann Nürnberg auf bewährte Beispiele und aktuelle Vorhaben verweisen: Arbeitsgemeinschaft Kultur im Großraum, Z-Bau, Auf AEG, Kunst- und KulturQuartier sowie der Bildungscampus Nürnberg sind hier zu nennen. Zudem – und hier wird der wichtige Bereich der Pädagogik und Kulturvermittlung angesprochen – bestehen in Nürnberg bei vielen Kulturanbietern Fachabteilungen oder – wie im Fall des Kunst- und Kulturpädagogischen Zentrums – komplette Einrichtungen, die im Kulturbereich non-formales Lernen für Kinder und Jugendliche organisieren.

Die oben kurz skizzierte Angebotsvielfalt wird nicht nur von den Nürnbergerinnen und Nürnbergern wahrgenommen, sondern stößt auch in der Metropolregion Nürnberg und darüber hinaus – wie die vielen auswärtigen Besucherinnen und Besucher der kulturellen Großereignisse zeigen – auf großes Interesse.

Ein anderes Kriterium zur systematischen Betrachtung non-formalen Lernens – insbesondere der kulturellen Bildung – ist die Art des Zugangs. Einige Institutionen nutzen Orte des formalisierten Lernens wie Kindertageseinrichtungen und Schulen und **bringen** kulturelle Bildungsangebote dorthin, wo sich Kinder und Jugendliche regelmäßig aufhalten. Sie integrieren ihre Angebote in den Alltag der Kinder. Sozialräumliche Zugänge greifen die in den Stadtteilen ermittelten Bedarfe auf und wenden sich in Kinder- und Jugendhäusern, Kulturläden und Familienzentren mit passgenauen Angeboten an ihr Publikum. Frei und individuell zugängliche, zentral organisierte und beworbene Angebote der Museen, Theater und Konzertveranstalter setzen auf die Eigeninitiative und Motivation ihrer Zielgruppen und weisen eine **Komm**-Struktur auf. Dabei setzen sie einerseits auf Multiplikatoren (Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher), andererseits sprechen sie die Kinder und Jugendlichen direkt an.

Aussagen darüber, ob, wie stark und in welchen Teilbereichen des non-formalen Bildungsangebotes Nutzergruppen sozial oder räumlich ausgegrenzt werden, setzen die Verfügbarkeit detaillierter Untersuchungen und Daten zur Nutzung und Reichweite voraus.

Die Vielfältigkeit und die ganz unterschiedlichen Organisationsformen des non-formalen Bildungsangebots lassen nur in Teilbereichen eine empirisch-systematische Betrachtung seiner

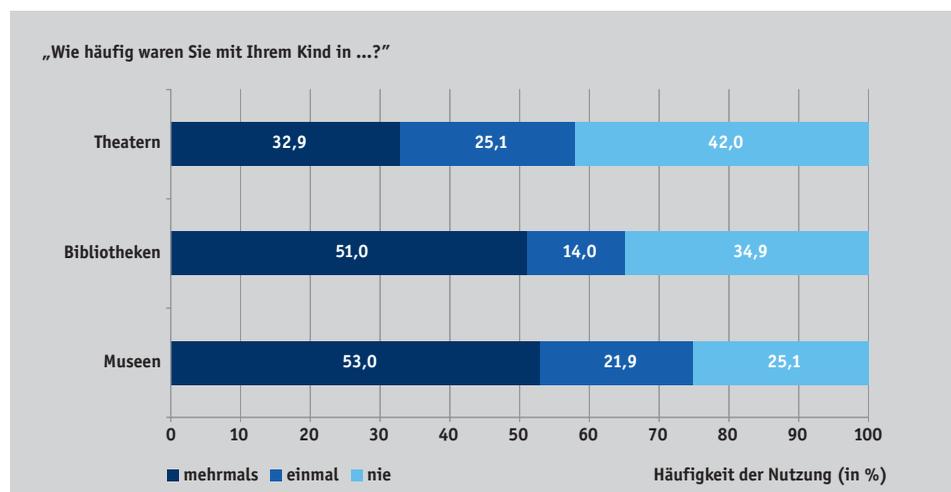
Nutzung zu. Verlässliche und aussagefähige Daten und Erkenntnisse zur non-formalen Bildung an außerschulischen Lernorten stehen nur begrenzt zur Verfügung. Die Einrichtungen und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden vor allem von Kindern und Jugendlichen aus der unmittelbaren Umgebung genutzt, so dass sozialräumliche Typisierungen möglich erscheinen. In diesen Einrichtungen werden Nutzerzahlen nach Geschlecht und (wo möglich) Migrationshintergrund erhoben. Ausleihe- und Teilnehmerstatistiken von Bibliotheken, Volkshochschulen und ähnlichen Einrichtungen enthalten Angaben zum Wohnort ihrer Kunden. Diese Informationsquellen sollen im Rahmen der Bildungsberichterstattung 2012 ausgewertet werden. Geschäftsstatistiken anderer Kultureinrichtungen weisen hingegen in der Regel nur Besucherzahlen aus. Rückschlüsse auf das Einzugsgebiet, die Altersstruktur oder soziale Milieus lassen sich daraus nicht ziehen. Empirische Erkenntnisse darüber, welche Gruppen aus welchen gesellschaftlichen Milieus die reichhaltige Kulturlandschaft nutzen, müssten über Umfragen oder teilnehmende Beobachtung in den meisten Fällen erst noch gewonnen werden.

Einige Hinweise auf die unterschiedliche, stark von der sozialen Herkunft abhängende Nutzung **bestimmter** kultureller Angebote ergab eine Befragung der Eltern von Kindern im Alter von vier bis zwölf Jahren, die in Nürnberg 2009 vom Amt für Stadtforschung und Statistik durchgeführt wurde (**Abb. D2-1 und D2-2**).⁴ Auf die Frage, wie häufig kulturelle und Freizeiteinrichtungen mit dem Kind pro Jahr besucht wurden, antworteten drei Viertel der Eltern, dass sie mit ihrem Kind mindestens einmal in einem Museum waren, knapp zwei Drittel hatten ein- oder mehrmals eine Bibliothek aufgesucht und 58% der befragten Eltern antworteten, dass sie mit ihrem Kind in einem (Kinder-) Theater waren.

Abb. D2-1:
Umfrage¹⁾ über Nutzungshäufigkeit kultureller Einrichtungen in Nürnberg, 2009

¹⁾ Befragt wurden Eltern von Kindern im Alter von vier bis zwölf Jahren.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Wohnungs- und Haushaltserhebung, Elternbefragung.



Die Nutzung der in **Abb. D2-1** genannten kulturellen Einrichtungen von Kindern hängt nach den Ergebnissen dieser Umfrage vom Elternhaus ab – insbesondere vom Bildungsstatus, vom Einkommen und von der Herkunft der Eltern. Besonders stark sind die Unterschiede bei „klassischen“ Kulturstätten wie Museen und Theater. Der Anteil von Eltern mit Hauptschulabschluss, die mit ihrem Kind mehrmals pro Jahr ein Museum besuchten, lag um mehr als 30

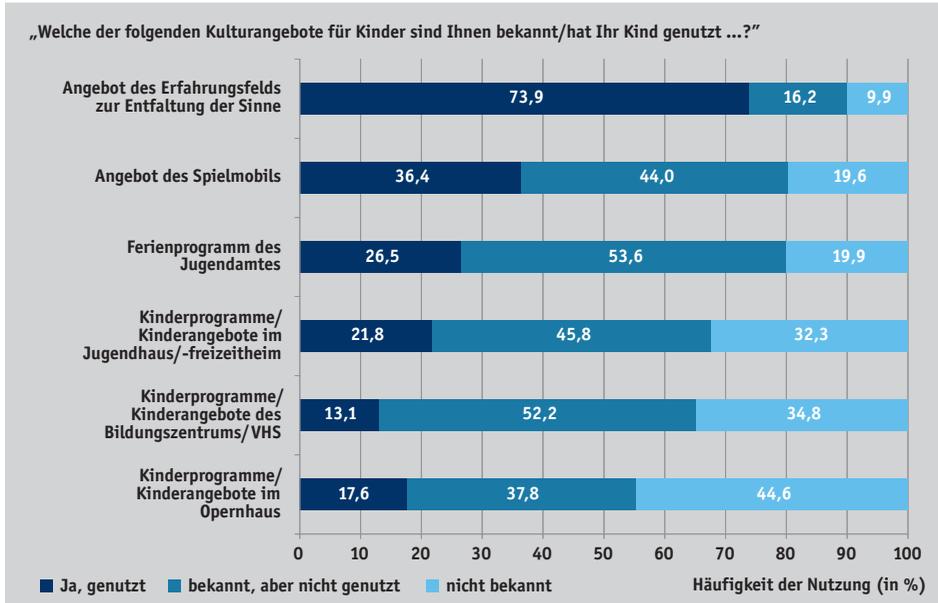


Abb. D2-2: Umfrage¹⁾ über Nutzungsgrad von Kulturangeboten in Nürnberg, 2009

¹⁾ Befragt wurden Eltern von Kindern im Alter von vier bis zwölf Jahren.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Wohnungs- und Haushaltserhebung, Elternbefragung.

Prozentpunkte unter dem Wert für Eltern mit Hochschulreife (**Abb. D2-3**). Je bildungsferner das Elternhaus ist, desto schwieriger sind die Kinder für bestimmte Angebote non-formaler Bildung zu gewinnen. Vergleichbare Befunde förderte die Befragung auch bei Eltern mit niedrigem Einkommen und solchen mit Migrationshintergrund zutage.

Besucher- und Teilnehmerzahlen einiger Kultur- und Bildungsanbieter zeigen im Zeitverlauf, dass bestimmte Angebote attraktiver geworden sind: Die Besuchszahlen in den Kindertheatern sind im letzten Jahrzehnt stetig gestiegen und zeigen, dass die Auseinandersetzung von Kindern mit darstellender Kunst intensiviert werden konnte (siehe dazu die Ausführungen zum Kindertheater unter Punkt 5.3).

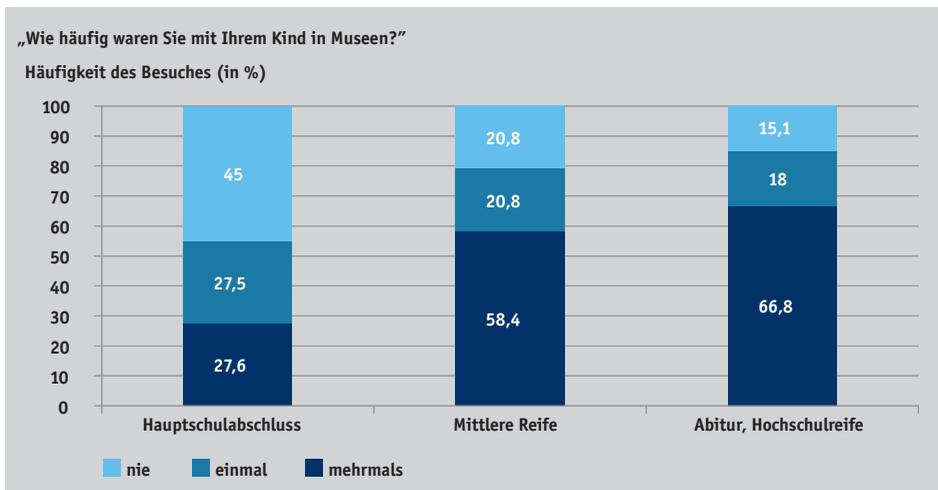


Abb. D2-3: Besuch von Museen mit Kind(ern) zwischen vier und zwölf Jahren, nach Schulabschluss des befragten Elternteils¹⁾, 2009

¹⁾ Befragt wurden Eltern von Kindern im Alter von vier bis zwölf Jahren.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Wohnungs- und Haushaltserhebung, Elternbefragung.

Zur Qualität der non-formalen Kultur- und Bildungsangebote für Kinder im Schulalter in Nürnberg lässt sich nur wenig sagen. Die oben genannte Untersuchung des Nürnberger Amtes für Statistik und Stadtforschung gibt Hinweise auf die Zufriedenheit mit ausgewählten Angeboten, sagt aber nichts über damit angestoßene Lernprozesse aus. Hier spannt sich ein weites Feld auf für wissenschaftliche Untersuchungen von Projekten, Einzelangeboten und Aktivitäten.

Die unter dem Gesichtspunkt von Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zentrale Frage der Teilhabe an Angeboten non-formalen Lernens soll anhand von Daten kultureller Einrichtungen in Nürnberg in Kapitel 5 betrachtet werden.

3. Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit des Jugendamtes der Stadt Nürnberg gründet auf einem dezidierten gesetzlichen Auftrag im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) und auf dem „Leitbild der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“. ⁵ Ihre Einrichtungen und Projekte sind auf der Ebene der Sozialregionen der Stadt Nürnberg zu organisatorischen Einheiten zusammengefasst. Sie liegen über das gesamte Stadtgebiet verteilt und bieten jeweils die Grundversorgung an offenen und unterstützenden Angeboten für ihre Stadtteile bzw. Zuständigkeitsbereiche. Ihre Programme, Methoden und Angebotsformen sind dabei so heterogen wie die Zielgruppen vor Ort.

Auf Basis der elementaren Prinzipien wie Offenheit, Freiwilligkeit, Bedürfnis-, Lebenswelt- und Alltagsorientierung, Partizipation und Flexibilität bieten fünfzehn Kinder- und Jugendhäuser, zwölf Jugendtreffs (Einrichtungen der Straßensozialarbeit), drei Streetworkprojekte und drei mobile Einheiten des Jugendamtes Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen sechs und 25 Jahren ein umfangreiches Angebot.

Die **Abb. D2-4** zeigt eine Konzentration der städtischen Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf die verdichteten Gebiete der Innenstadt. Das geringere Angebot in den Vorstädten und Außenstadtgebieten wird mit schlechterer Erreichbarkeit und einer geringeren Anzahl an Kindern und Jugendlichen begründet.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Stadt haben unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen: Gruppierungen unterscheiden sich oft stark auf Grund nationaler, ethnischer und religiöser Herkunft nach ihren sozialen Lebensbedingungen und nach ihren jugendkulturellen Zugehörigkeiten. Die Besuchsstatistiken der Kinder- und Jugendhäuser und Jugendtreffs (**Abb. D2-5**) zeugen von großer Reichweite – ca. 65 % der Besucherinnen und Besucher haben nach Angaben des Jugendamts einen Migrationshintergrund – und breiter Akzeptanz der städtischen Einrichtungen. Die Wertschätzung der non-formalen Bildungsarbeit von Seiten der Politik und Verwaltung zeigt sich auch an der finanziellen Ausstattung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg. Die städtischen Mittel für Einrichtungen der Jugendarbeit in Nürnberg beliefen sich im Jahr 2009 auf rund 8,5 Millionen Euro.⁶

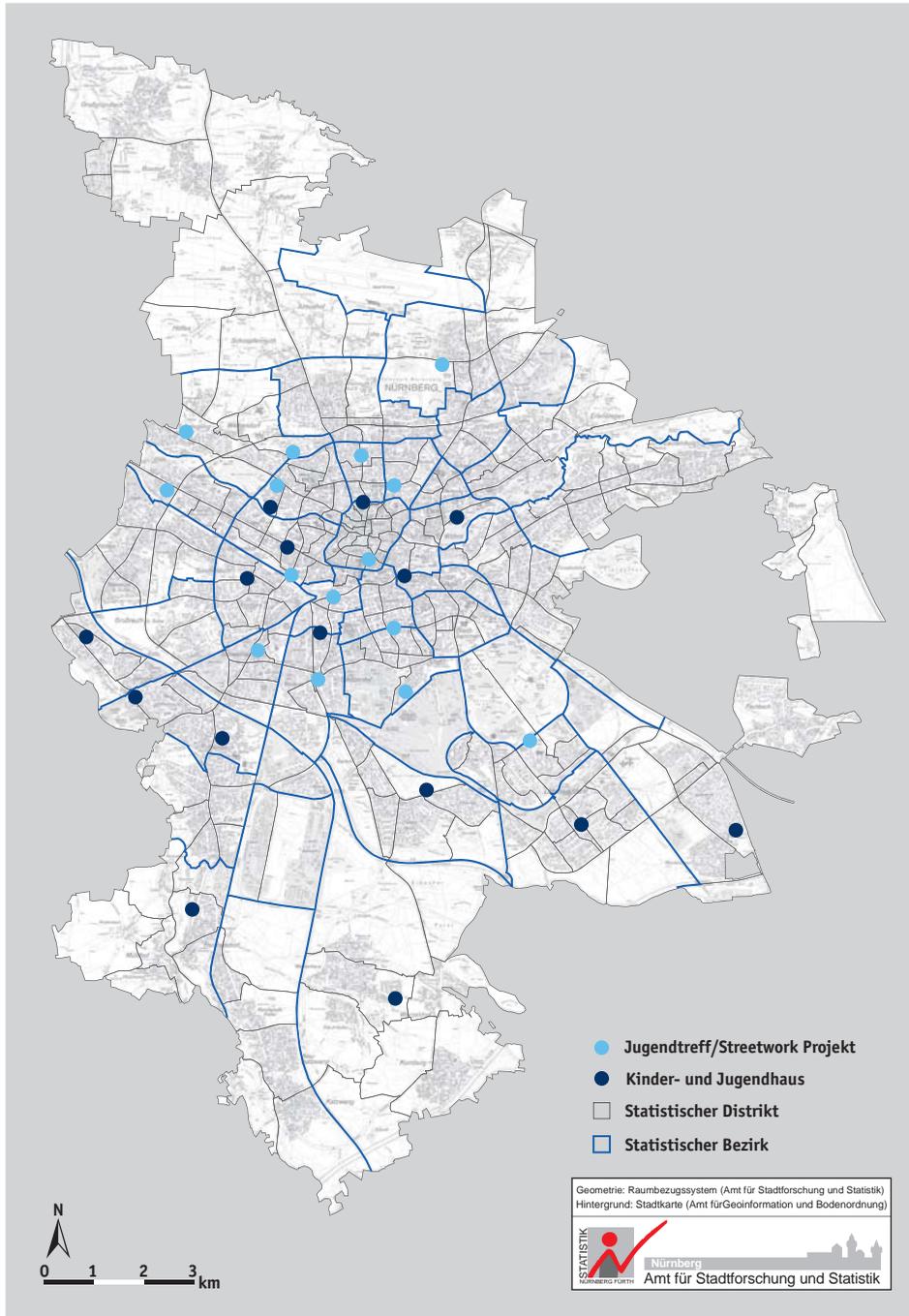
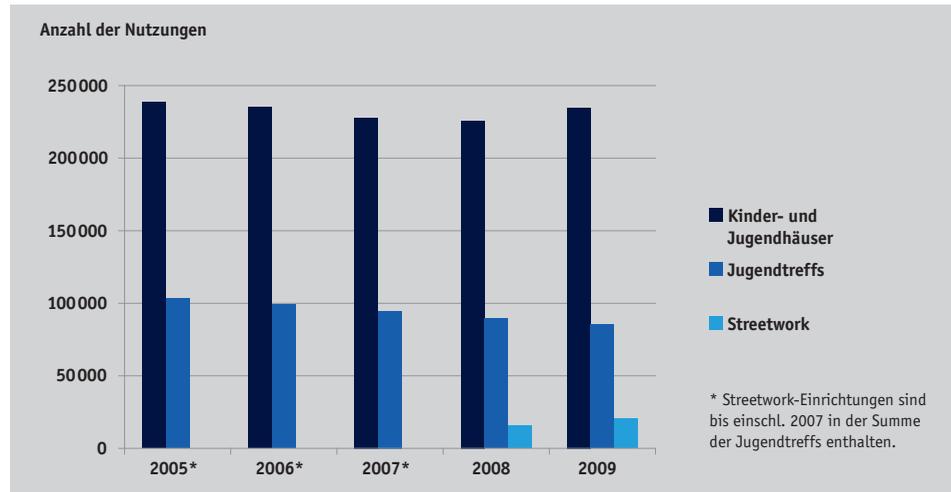


Abb. D2-4:
Angebote der Offenen Kinder-
und Jugendarbeit in Nürnberg

Quelle: Amt für Stadtforschung
und Statistik für Nürnberg und
Fürth.

Abb. D2-5:
Nutzungen der Einrichtungen
der Offenen Kinder- und
Jugendarbeit in Nürnberg,
2005 bis 2009



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg.

Neben den Bildungsangeboten im Alltagsbetrieb der Einrichtungen werden in großem Umfang Projekte durchgeführt und unterstützt, die an den Interessen der jungen Menschen anknüpfen und gleichzeitig Bildungsaspekte beinhalten. Diese Projekte sprechen die Kinder und Jugendlichen nicht nur in ihrem Stadtteil, sondern in besonderen thematisch orientierten Kulturräumen an. Beispielhaft zu nennen sind dabei sportliche Angebote (Nürnberger StreetSoccerCup, Mitternachtssport) sowie Angebote für Kinder und Jugendliche mit Begeisterung für Film und Foto (Kinderfilmfestival, Mittelfränkisches Jugendfilmfestival, Kinderfotopreis), Tanz (Kinder-Dance-Festival, Jugendtanzwettbewerb „Dance Deluxe“) oder bestimmte Musikgenres (Hip-Hop-Musical Alcorapical, Klüpfel-Open-Air).⁷

Neben städtischen sind hier auch Angebote der offenen Jugendarbeit anderer Träger anzuführen. 2009 gab es rund 150 offene Angebote von Jugendverbänden ohne hauptamtliches Personal. Angebote mit hauptamtlichem Personal bieten neben dem Kreisjugendring sieben weitere Jugendverbände an.⁸

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit trägt mit dem Handlungsschwerpunkt außerschulische Bildung maßgeblich dazu bei, Benachteiligung junger Menschen zu verringern oder abzubauen. Sie legt besonderen Wert auf einen freien und niedrigschwiligen Zugang zu den Bildungsangeboten in den Kinder- und Jugendhäusern und Jugendtreffs, der ein Stück Chancengleichheit bedeutet. Die Offenheit und Vielfalt der Kinder- und Jugendarbeit erschwert jedoch eine systematische Berichterstattung über deren Wirkungen, so dass auf dem Feld der empirischen Darstellung dieses Bereiches des non-formalen Lernens noch weiter gemeinsam über geeignete Verfahren nachgedacht werden muss.

4. Jugendverbandsarbeit und bürgerschaftliches Engagement

In der Bildungsbiografie junger Menschen spielt das Zusammenwirken der formalen mit den non-formalen und informellen Lernwelten eine bedeutende Rolle für den Bildungserfolg und für die soziale und kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft. Die Einrichtungen der Of-

fenen Kinder- und Jugendarbeit, die im Kreisjugendring gebündelten Jugendverbände und die Vereine sind mit ihren Angeboten Anlaufstellen, die sich verbindlich für die Belange und Interessen von Kindern und Jugendlichen einsetzen.

1989 waren im Kreisjugendring Nürnberg-Stadt (KJR) 37 Jugendorganisationen vertreten, 2009 bereits 65. Das im KJR organisierte Angebot non-formaler Bildung in Nürnberg ist ausgeweitet und differenzierter geworden. Die 13 heute im Verband organisierten Migrantenorganisationen (1989 gab es nur eine) zeugen überdies davon, dass der KJR den Bevölkerungsmix in Nürnberg zunehmend stärker reflektiert.⁹

Als Lernort der non-formalen Bildung für Kinder, Jugendliche und Jugendverbände, sowie für ehrenamtliche und hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit, betreibt der KJR mit Burg Hoheneck eine Jugendbildungsstätte, die in den letzten zehn Betriebsjahren jährlich regelmäßig über 16 000 Teilnehmertage an Belegungen erzielt. Im Jahr 2010 kamen knapp 7 000 Gäste in ca. 240 Gruppen, weitere 60 Gruppen kamen mit insgesamt 1370 Teilnehmenden zu den eigenen Seminaren der Einrichtung, die seit 1984 dauerhaft von der Stadt Nürnberg überlassen wurde.

Frühzeitige ehrenamtliche Tätigkeit kann für den weiteren Lebensweg von großer Bedeutung sein.

Jugendliche sind in vielen Bereichen die aktivste Gruppe in der Gesellschaft: Sie engagieren sich im Sport, in der Musik, bei schulischen und außerschulischen Aktivitäten, in kirchlichen und anderen Jugendgruppen.¹⁰ Ihr „Bürgerschaftliches Engagement“ wird aus vielerlei Gründen für besonders wichtig gehalten. U. a. ist nachgewiesen, dass sich im Jugendalter Engagierte auch im Erwachsenenalter in signifikant höherem Maße ehrenamtlich betätigen. Der Gewinn an „Selbstwirksamkeit“, der mit dieser Form nicht-formalen Lernens erreicht wird, ist zudem wichtiger sozial-integrativer Teil der Persönlichkeitsentwicklung.

Das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth hat für das Jahr 2006 eine „Ehrenamtsquote“ von knapp 25% in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen ausgewiesen.¹¹

5. Kulturelle Bildung

Um aufzuzeigen, wie die städtische Berichterstattung zur non-formalen Bildungspraxis unter Rückgriff auf vorhandene Daten aussehen könnte, sollen im Folgenden einige Angebote der kulturellen Bildung in Nürnberg exemplarisch behandelt werden, die sich auch über Schulen und Kindertageseinrichtungen an ihre Zielgruppen wenden. Hierzu gehören das Erfahrungsfeld zur Entfaltung der Sinne, die Kindertheater „Mummpitz“ und „Pfütze“, das Staatstheater Nürnberg, das Kunst- und Kulturpädagogische Zentrum sowie DokuPäd, die Pädagogik im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände. Ein Beispiel für die nicht nur institutionenbezogene, vor allem zentral und sozialräumlich aufgestellte Einrichtung kultureller Bildung ist die Stadtbibliothek Nürnberg. Im Rahmen der vorliegenden Voruntersuchung zur ausführlichen Bildungsberichterstattung, die im nächsten Schritt bis 2012 vom Bildungsbüro konzeptioniert und durchgeführt wird, mussten allerdings viele Angebote der kulturellen Bildung in Nürnberg ausgeblendet werden.

5.1 Projekte, Kooperationen und Ganztagschule

Non-formale Lernangebote in Kooperation mit externen Partnern haben schon seit langem Eingang in die Schulen und Kindertagesstätten gefunden und sind dort mit formalen Lernprozessen verschränkt worden. Die Beispiele sind zahlreich und alle Nürnberger Schulen und Kindertagesstätten in irgendeiner Form daran beteiligt. Die Vielfalt der Angebotsstruktur ist aus der Projektdatenbank des Kultur- und Schulservice Nürnberg KS:NUE (<http://www.ks-nue.de>) zu ersehen, mit deren Hilfe sich Kultureinrichtungen, Kulturvermittler, Kulturschaffende und Anbieter kulturpädagogischer Projekte mit Lehrkräften, Erzieherinnen und pädagogischen Fachkräften über ihre Zusammenarbeit austauschen.

Weil in Nürnberg mehr und mehr gebundene Ganztagschulen mit dem voll rhythmisierten Ganztagsunterricht entstehen, bieten sich seit kurzem auch innerhalb des curricularen Schulbetriebes zahlreiche Möglichkeiten, formales und non-formales Lernen zu koppeln. Jugendeinrichtungen, Vereinen, Theatern und Museen bietet sich dort ein neues, reizvolles Aktionsfeld, auf dem sie ausprobieren können, wie sich formale und non-formale Lernwelten effektiv aufeinander abstimmen lassen und verschränkt werden können.

Unabhängig davon leisten Schulen und Kindertagesstätten heute schon einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an non-formaler Bildung außerhalb der eigenen Institution, indem sie über Schulplatzmiete, Exkursionen, Gruppen- und Projektarbeit allen Kindern und Jugendlichen ihrer Einrichtung den Weg zu Angeboten non-formalen Lernens ebnet.

Eine Analyse ausgewählter Geschäftsstatistiken Nürnberger Kultureinrichtungen versucht nachfolgend einige Zusammenhänge aufzuzeigen.

5.2 Erfahrungsfeld zur Entfaltung der Sinne

Das in Nürnberg seit 1989 existierende Erfahrungsfeld zur Entfaltung der Sinne lädt jährlich von Mai bis September rund um die Wöhrder Wiese zum Erkundungsgang von rund 80 „Sinnesstationen“ ein. Von witterungsbedingten Schwankungen abgesehen, hat das Erfahrungsfeld seine Besucherzahl von Jahr zu Jahr steigern können. 64,5% (58 532 von 90 802) der Besucherinnen und Besucher im Jahr 2010 waren laut Geschäftsstatistik des Amtes für Kultur und Freizeit Mitglieder einer Besuchergruppe. Kindergärten und Grundschulen stellen anteilig die meisten Gruppen. Auch Freizeiteinrichtungen, Berufsfachschulen und Einrichtungen für Behinderte waren unter den Gruppen relativ häufig vertreten (**Abb. D2-6**).

5.3 Kindertheater

Im Bereich Kinderkultur waren in Nürnberg in den letzten Jahren viele erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen. Zum klassischen Angebot der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Kindertheater in freier Trägerschaft kamen Projekte und Festivals wie „Nürnberg spielt!“, das im zweijährigen Rhythmus von Jugendamt und Amt für Kultur und Freizeit veranstaltet wird. Mit dem Kachelbau im Stadtteil St. Leonhard, in dem das Kindermuseum und das Theater „Mummpitz“ beheimatet sind, investierte die Stadt Nürnberg auch in Infrastruktur. Seit über 20 Jahren wenden sich die Kindertheater „Mummpitz“, „Pfütze“ (seit 2007 in

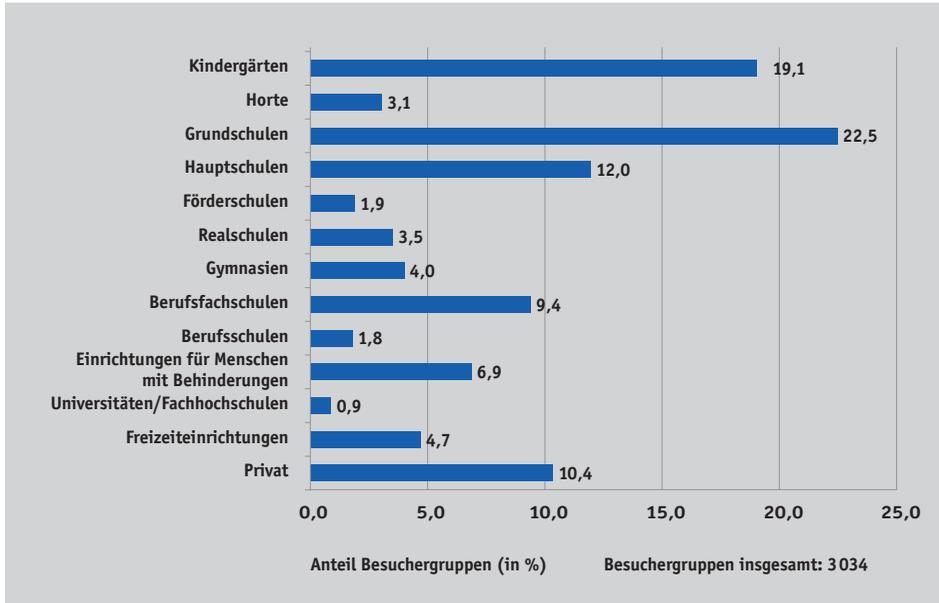


Abb. D2-6:
Anteil der Besuchergruppen
im Erfahrungsfeld zur Entfal-
tung der Sinne, 2010

Quelle: Erfahrungsfeld zur
Entfaltung der Sinne der Stadt
Nürnberg.

bester Innenstadtlage), „Rootslöffel“ und „Salz und Pfeffer“ mit Aufführungen, Workshops und Projekten an Kinder und Jugendliche.

Die Anzahl der Schulaufführungen des Theaters „Mummpitz“ im Kachelbau hat sich von 2004 an stetig erhöht und übertrifft seit 2009 die Anzahl seiner öffentlich angebotenen Aufführungen. Die Zuschauerzahlen sind ein weiterer Beleg für die positive Entwicklung des Kindertheaters: Von 2004 (13 512 Zuschauer) bis 2010 (24 529 Zuschauer) konnte es seine Zuschauerzahlen annähernd verdoppeln (Abb. D2-7).

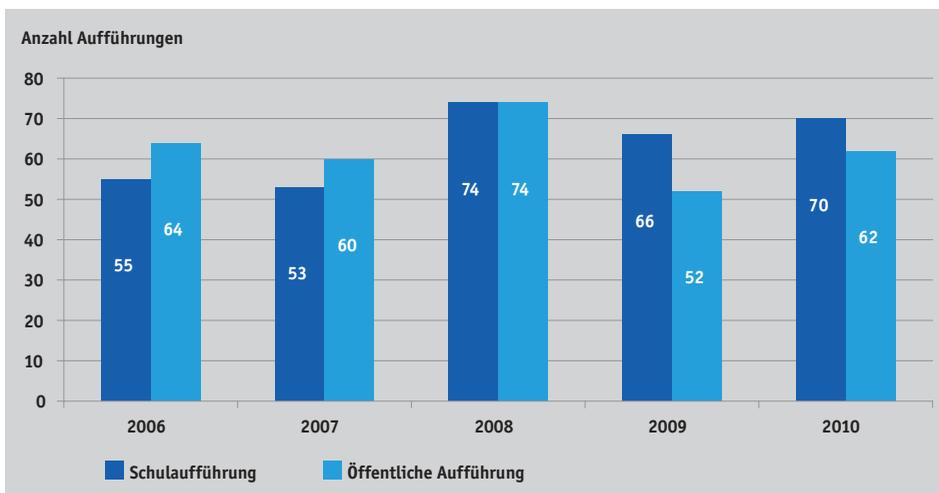
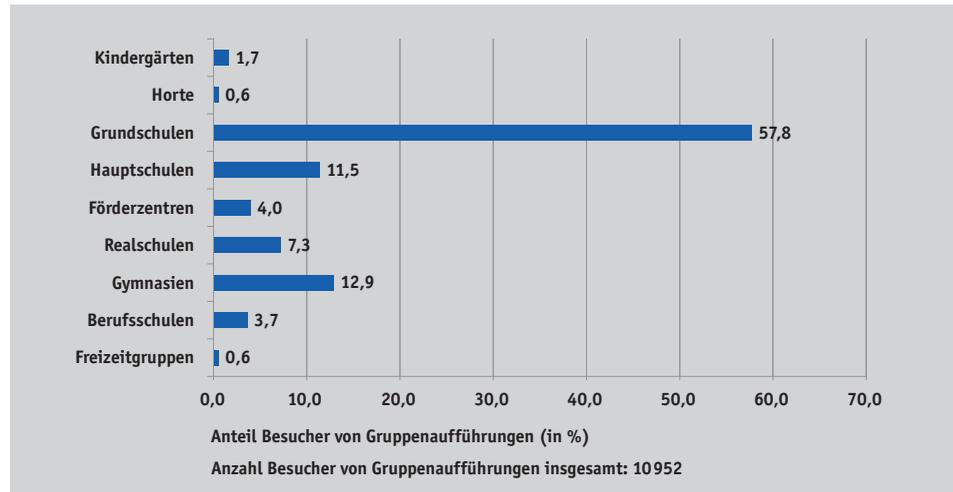


Abb. D2-7:
Aufführungsstatistik
Theater „Mummpitz“: Schul-
aufführungen im Vergleich zu
öffentlichen Aufführungen,
2006 bis 2010

Quelle: Aufführungsstatistik
Theater „Mummpitz“.

Das Theater „Pfütz“ führte im Jahr 2010 63 Gruppenvorstellungen und 73 öffentliche Aufführungen durch. Bei Gruppen unterscheidet das Theater (in der Regel) nach der Schulart der Kinder und Jugendlichen. 58% der Gruppenbesucher gelangten 2010 über Grundschulen vermittelt ins Kindertheater (Abb. D2-8).

Abb. D2-8:
Aufführungsstatistik
Theater „Pfützte“: Anteil
Besucherinnen und Besucher
von Gruppenaufführungen
nach Einrichtung, 2010



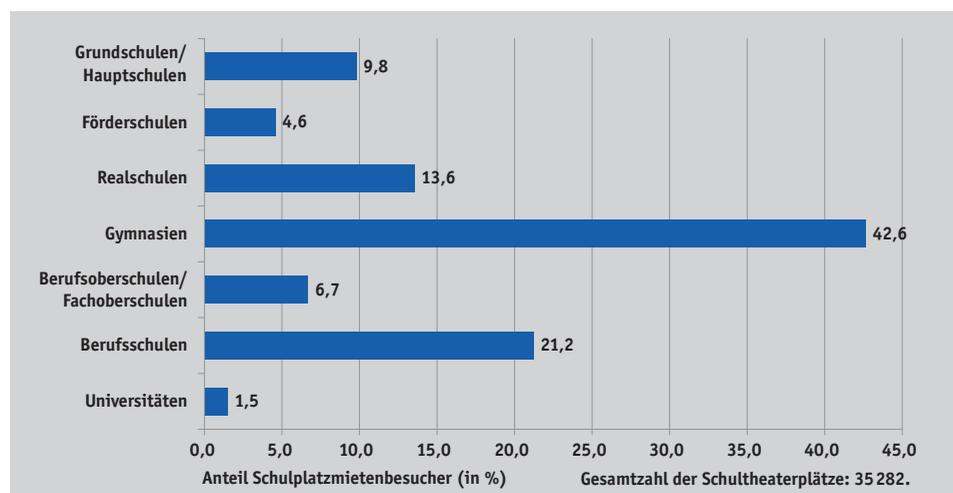
Quelle: Jahresstatistik
Theater „Pfützte“.

5.4 Das Staatstheater – Schulplatzmieten

Auch das Staatstheater Nürnberg, dessen Schauspielhaus am Richard-Wagner-Platz nach Umbauspielzeiten von 2007–2010 seit Frühjahr 2011 wieder frisch renoviert zur Verfügung steht, kann Informationen zum non-formalen Lernen im Schulalter beitragen. Statistisch erfasst werden dort die Zahl der verkauften Schüler- und Studentenkarten, aussagekräftiger dürften jedoch die Angaben des Staatstheaters zu der pro Spielzeit an Schulen vermieteten Plätze (sogenannte Schulplatzmieten) sein (**Abb. D2-9**).

In der letzten regulären Spielzeit vor dem Umbau (2006/07) entfielen 15046 von 35282 Abonnements auf Gymnasien (42,6%). Zusätzlich besuchten in diesem Jahr 12691 Kinder und Jugendliche aus dem Umland Nürnbergs über den fränkischen Besucherring das Staatstheater, deren Bildungsgang in der Statistik jedoch nicht ausgewiesen wird. Insgesamt wurden in der Spielzeit 2006/07 59548 Karten an Schülerinnen und Schüler und Studierende verkauft. Demnach gingen 11575 Karten über den freien Verkauf. Die Bedeutung der Schu-

Abb. D2-9:
Staatstheater: Schulplatz-
mietenbesucherinnen und
-besucher nach Einrichtungs-
art, Spielzeit 2006/07



Quelle: Staatstheater
Nürnberg.

len und der Theaterpädagogin als Kulturvermittler wird aus diesen Zahlen sehr deutlich.

Die relativ geringen Zahlen für die Grund- und Hauptschulen lassen sich mit einem Stadtratsbeschluss aus Mitte der 90er Jahre erklären. Das damals noch städtische Theater hatte den kompletten Bereich Kindertheater an die beiden privaten Träger „Mummpitz“ und „Pfützle“ abzugeben, die zukünftig vorrangig Theaterangebote für Grundschulen machen sollten.

Seitdem geht das Staatstheater neue Wege, um Kinder und Jugendliche anzusprechen. Ein Teil der theaterpädagogischen Angebote (wie etwa die Projekt- und Wissenschaftsseminare zur Studien- und Berufsorientierung), richtet sich an Gymnasialschülerinnen und -schüler. Ein Drittel und damit der größte Anteil der jährlich rund 400 theaterpädagogischen Angebote¹² zielt auf den Bereich Grundschule und Horte.

Nach dem Umbau des Schauspielhauses ist das Staatstheater in der Spielzeit 2010/2011 mit seinen 25 Kinderopern und acht Konzerten auch für Kinder und Jugendliche wieder sehr attraktiv geworden. Erfolg und Akzeptanz dieses Angebots wird die Bildungsberichterstattung 2012 dokumentieren.

5.5 Kunst- und Kulturpädagogisches Zentrum der Museen in Nürnberg

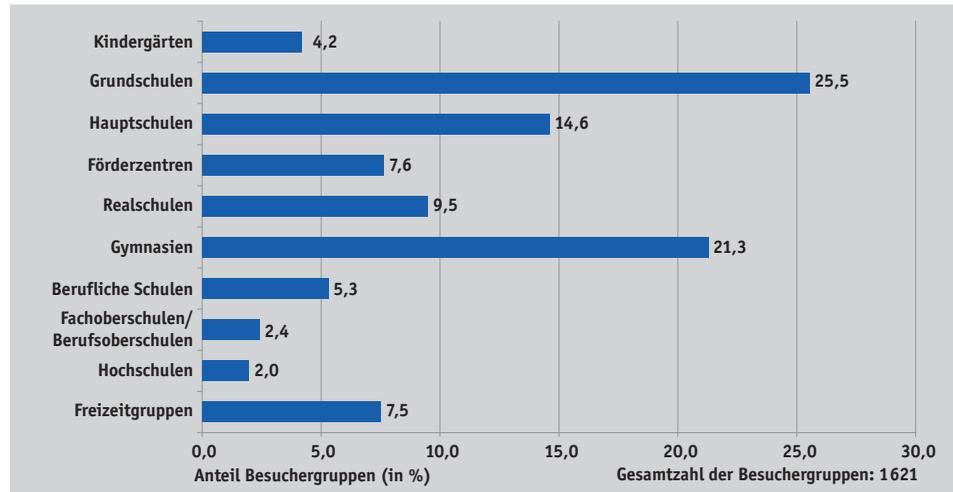
Das Kunst- und Kulturpädagogische Zentrum (KPZ) wurde 1968 als gemeinsame Tochter der Stadt Nürnberg und des Germanischen Nationalmuseums (GNM) gegründet. Es ist für die pädagogische Vermittlung des GNM, der städtischen Museen und des Museums für Kommunikation zuständig. Das KPZ berät die Museen in museumspädagogischen Fragen und steht als Kooperationspartner für Museumsprojekte zur Verfügung.

Die Einrichtung unterhält eine Abteilung „Schulen und Jugendliche“, die Kindertagesstätten, Schulen und Jugendgruppen zielgruppenspezifische Workshops, Rundgänge und Projekte anbietet. Wie das Staatstheater veranstaltet auch das KPZ Projekt- und Wissenschaftsseminare zur Studien- und Berufsorientierung an Gymnasien. So zielgruppenspezifisch das Angebot und die Ansprachestrategien, so differenziert fällt die auf der KPZ-Website (http://www.kpz-nuernberg.de/kpz/_service_downloads.shtml) veröffentlichte Besucherstatistik aus. Mit ihr setzt das KPZ in punkto Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Zugangswege und Reichweite ihrer pädagogischen Arbeit Maßstäbe.

Das KPZ veröffentlicht Jahresstatistiken für die Abteilung I „Schule und Jugendliche“ und die Abteilung II „Erwachsene und Familien“. Durch gezielte Ansprache konnte die Abteilung II die Zahl ihrer Besuchergruppen von etwa 2000 im Jahr 2006 auf über 2400 Gruppen im Jahr 2010 steigern. Unter den 38000 Teilnehmenden im Jahr 2010 waren auch Kinder und Jugendliche (etwa im Rahmen von Angeboten für Familien, Kindergeburtstagen oder Konfirmandentagen), deren Zahl sich aber nicht genau bestimmen lässt.

Die nachfolgende Abbildung (D2-10) betrachtet die institutionelle Herkunft der teilnehmenden Gruppen in der Abteilung I. Eine starke Nachfrage nach den Angeboten des KPZ besteht vor allem von Seiten der Grundschulen und Gymnasien, gefolgt von Hauptschulen, Realschulen und Förderzentren. Das KPZ fördert damit auf vielfältige Weise den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu den Museen der Stadt.

Abb. D2-10:
Besuchergruppen im Kunst-
und Kulturpädagogischen
Zentrum in Nürnberg, 2010



Quelle: Kunst- und Kulturpädagogisches Zentrum in Nürnberg.

5.6 Stadtbibliothek im Bildungscampus Nürnberg

Die Stadtbibliothek im Bildungscampus Nürnberg ist sowohl Kultur- als auch Bildungseinrichtung. Sie besteht aus zentralen und dezentralen Einrichtungen. Stadtteilbibliotheken und die Bücherbusse leisten dezentral die Basisversorgung und legen Schwerpunkte ihrer Arbeit auf die Leseförderung und Freizeitinteressen der Kinder und Jugendlichen. Schulbibliotheken und Bücherbusse richten sich mit ihrem Vormittagsangebot ausschließlich an Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, am Nachmittag versorgen die Bücherbusse die städtischen Randgebiete. Die Zentralbibliothek hat ein ausgebautes Angebot an Medien, das auch die umfassenden Informations- und Freizeitinteressen von Kindern und Jugendlichen abdeckt.

Die Stadtbibliothek Nürnberg verfolgt das Ziel Bildungsgerechtigkeit auf mehreren Wegen: Der Zugang zu Medien und Informationen (auch die Internet-Nutzung) in allen Einrichtungen der Stadtbibliothek ist für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr gebührenfrei. Mit zwei Bücherbussen, sechs Stadtteilbibliotheken, der Zentralbibliothek und vier Schulbibliotheken sorgt sie für ein niederschwelliges, attraktives Medienangebot im unmittelbaren Wohnumfeld ihrer Nutzer. Mit der Villa Leon (2001) und dem südpunkt (2009) wurde der wohnortnahe Bibliothekszugang in zwei Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf erleichtert, lässt aber in einigen Stadtteilen Nürnbergs noch Wünsche offen. Mit ihren umfangreichen Beständen an zweisprachigen und muttersprachlichen Medien und Deutsch-Lern-Materialien hält die Stadtbibliothek für Kinder, die aufgrund ihres Migrationshintergrundes benachteiligt sind, ein spezielles, durch Veranstaltungen zur Leseförderung für Kinder, Eltern und Erzieher ergänztes Angebot bereit. Über eine Zusammenarbeit mit Schulen und Kindertagesstätten (Schulbibliotheken, Vormittagsangebot des Bücherbusses, besondere Dienstleistungen, die „gebucht“ werden können, wie die Bibliothek im Koffer, Klassenführungen und -besuche, Bilderbuchkinos, Vorlesestunden, Lesenächte oder Events wie der Sommerferienleseclub und der Mega-Manga-Tag) erreicht die Stadtbibliothek Kinder unabhängig von ihrem familiären Hintergrund, also auch solche aus bildungsfernen Elternhäusern.

Die Stadtbibliothek hatte 2010 etwa 908 000 Bücher (ohne audiovisuelle Medien) in ihrem Bestand, davon waren ca. 11% Kinder- und Jugendbücher. 65% dieser Kinder- und Jugendbücher waren auf die dezentralen Bibliotheken verteilt. Kinder- und Jugendbücher werden intensiv genutzt, innerhalb der Gesamtentleihungen (2 276 202 für alle Medien) machten sie 2010 mit 604 188 Entleihungen rund ein Viertel aus. Kinder – vor allem aber Jugendliche – nutzen jedoch auch den Medienbestand für Erwachsene. Kinder und Jugendliche gehören zu den aktivsten Nutzern, 2010 lag ihr Anteil an den Gesamtnutzern bei knapp 43%.

2009 fanden in der Stadtbibliothek 1035 Veranstaltungen statt, von denen sich 993 an Kinder und Jugendliche richteten. Aus der Gesamtteilnehmerzahl (23 610) und der durchschnittlichen Gruppengröße von 23 ergibt sich, dass etwa 22 800 Kinder im Schulalter eine Veranstaltung der Bibliothek besucht haben dürften. Im selben Jahr nahmen 504 Schülergruppen mit durchschnittlich 16 Teilnehmenden (8 064 Schülerinnen und Schüler) an einer Führung teil und 493 Schulklassen mit durchschnittlich 19 Schülerinnen und Schülern (9 367 Teilnehmende) besuchten eine Nürnberger Bibliothek im Klassenverband oder hielten ihren Unterricht in der Bibliothek ab. Diese Zahlen – wenn auch hinsichtlich der Herkunft der Gruppen nach Schularart nicht weiter spezifiziert – verdeutlichen die intensiven Bemühungen um diese Zielgruppe und sprechen für eine funktionierende Zusammenarbeit mit Schulen und Horten.

5.7 Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und DoKuPäd

Nürnberg trägt aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung und hat heute als „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ überregionale Bedeutung erlangt.¹³ Seit 2001 informiert das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände über die Geschichte der NS-Parteitage und bietet neben seiner Dauerausstellung Studienprogramme für Schulen und Jugendgruppen an. Mehr als die Hälfte der Gruppen, die das Nürnberger Doku-Zentrum im Jahr 2010 besucht haben, kamen nicht aus der Metropolregion Nürnberg (**Abb. D2-11**).¹⁴

Ähnlich ist die Situation bei dem Angebot von DoKuPäd des Kreisjugendrings Nürnberg. Dort werden rund um das Doku-Zentrum Studien-, Projektstage und Projektwochen vor allem für

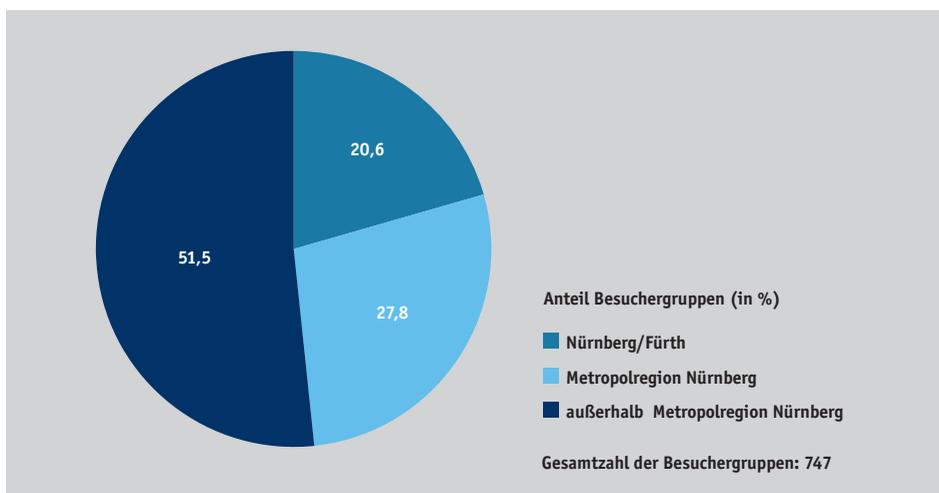


Abb. D2-11:
Regionale Verteilung der Besuchergruppen im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg, 2010

Quelle: Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände der Stadt Nürnberg.

Kinder und Jugendliche angeboten. Von den insgesamt 5 006 Teilnehmern kamen 2010 29 % aus Nürnberg, 22 % aus dem Bezirk Mittelfranken und 39 % aus anderen Regionen Bayerns. Die verbleibenden 10 % der Teilnehmer kamen aus den übrigen Bundesländern (8 %) und dem Ausland (2 %).

6. Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen

Die vorliegende Untersuchung zum non-formalen Lernen im Kindes- und Jugendalter zeigt an ausgewählten Beispielen auf, wie Schulen und Kindertageseinrichtungen einen (organisierten) Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen gewährleisten. Zudem wird beschrieben, welche Wege Bildungsinstitutionen und ihre Kulturvermittler einschlagen, um Kinder und Jugendliche für ihr Angebot zu gewinnen. Auch, aber nicht nur aus der Umfrage des Nürnberger Amtes für Statistik und Stadtforschung, wird ersichtlich, dass Kinder von Eltern mit niedrigem Einkommen bestimmte Angebote non-formaler Bildung in geringem Maße in Anspruch nehmen. Die soziale Bedingtheit des Bildungszugangs und -erfolgs, die schon in den Ausführungen zur formalen Bildung in diesem Bildungsbericht deutlich geworden ist, scheint auch im Bereich des non-formalen Lernens im Kindes- und Jugendalter gegeben. Daraus ergeben sich folgende Empfehlungen:

- ▶ In bildungsfernen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen sind manche Bildungsangebote nicht bekannt, zu kostspielig oder passen aus anderen Gründen nicht in die Lebens- und Erfahrungswelt dieser Kinder und Jugendlichen. In Kenntnis dieser Fakten unterstützt die Stadt Nürnberg Menschen mit geringem Einkommen durch die Ausgabe des „Nürnberg-Passes“. Er berechtigt derzeit ca. 10 000 Kinder zu vergünstigtem Eintritt zu vielen Veranstaltungen und Bildungseinrichtungen. Flankierend entwickelt das Referat für Jugend, Familie und Soziales im Kapitel „Kultur für alle Kinder“ des Arbeitsprogramms gegen Kinderarmut Handlungsempfehlungen, die die kulturelle Teilhabe sozial benachteiligter und bildungsferner Gruppen fördern sollen. Zukünftig ist detailliert zu erheben, wie diese Angebote angenommen werden und ob die Zugänge weiter erleichtert werden können.
- ▶ Die Auswertung der Umsetzung des sogenannten Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung in Nürnberg im Jahr 2011 wird an der Frage auszurichten sein, inwieweit über das Bundesprogramm neue Zugänge zum Bildungsgeschehen eröffnet und eine stärkere Partizipation bildungsferner Schichten erreicht werden konnte.
- ▶ In Nürnberg werden zudem eine Reihe neuer Modellprojekte durchgeführt, die eine stärkere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an non-formalen Bildungsprozessen bezwecken. Stellvertretend genannt sei das von privaten Stiftungen maßgeblich finanzierte Projekt Mu-BiKin (Musikalische Bildung für Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten und Schulen in Nürnberg), das ab dem Schuljahr 2011/2012 in zwei Schulsprengeln und allen dortigen Kindertageseinrichtungen deutlich mehr Kindern als bislang Zugang zu musikalischer Bildung garantieren soll. Ein anderes Modellprojekt ist der „Nürnberger KulturRucksack“ des Kindertheaters „Mumpitz“, der in diesem Jahr 500 Grundschülerinnen und -schülern aus benachteiligten Stadtteilen einen Besuch im Neuen Museum, eine Tanztheateraufführung in der Tafelhalle, einen Besuch des Kinderkonzertes im Staatstheater und eine Aufführung im

Theater „Mummpitz“ ermöglichen wird. Diese Projekte sollten evaluiert und – entsprechend dokumentiert – gegebenenfalls für den Transfer aufbereitet werden.

- ▶ Zudem existiert in Nürnberg ein reicher Erfahrungsschatz der Bildungsarbeit zum Thema Menschenrechte, von der „Straße der Menschenrechte“ und der „Straße der Kinderrechte“, über das Schulfilmprojekt „Open Eyes“ bis hin zur stadtweiten Aktion „Bäume für die Menschenrechte“. Weitere Angebote wie der projektierte Nürnberger Menschenrechtswegweiser sind zu entwickeln, um ein breiteres Spektrum von Menschen anzusprechen.
- ▶ Eine – im Rahmen der Bildungsberichterstattung für das kommende Jahr 2012 geplante – differenzierte Auswertung von Geschäftsstatistiken, von Gruppenbesuchen unterschiedlicher Schularten und eine gezielte Dokumentation und Analyse der Projektarbeit kultureller Einrichtungen soll genauere Befunde und Ergebnisse zutage fördern. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen auf dem für die Stadt Nürnberg neuen Terrain des Monitorings im Bereich der kulturellen Bildung sollten unter Einbeziehung der Ergebnisse des Nationalen Bildungsberichts 2012 mit dem Schwerpunktthema „Kulturelle und musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf“ ausgewertet werden. Die im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“ bereits angebahnte Zusammenarbeit der Stadt Nürnberg mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) auf diesem Gebiet kann Synergieeffekte für beide Seiten hervorbringen.
- ▶ Dies gilt auch für den im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“ organisierten Erfahrungsaustausch zu Fragen des Monitorings non-formaler Lernprozesse mit Städten wie Bremen, Hamburg, Dresden und Leipzig und die interne Zusammenarbeit mit der städtischen „Entwicklungsgruppe Kulturelle Bildung“. Ziel ist die gemeinsame Erstellung eines Anwendungslitfadens für die systematische Vor-Ort-Beobachtung kultureller Bildung und non-formaler Lernwelten im Schulalter.
- ▶ Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird an Beispielen dargestellt, wie die Teilhabe an non-formalem Lernen in Nürnberg bisher erfasst wird. Die Dokumentation von Nutzerdaten der jeweiligen Einrichtungen unterscheidet sich stark, und es erscheint sinnvoll, Dokumentationsstandards so gut wie möglich aufeinander abzustimmen. Selbst dann, wenn sich alle Beteiligten auf das Ziel verständigen, eine größtmögliche Vergleichbarkeit herzustellen, wird dies aus sachlichen Gründen (Welche Daten können im regulären Geschäftsbetrieb der Institutionen überhaupt erfasst werden?) jedoch nicht überall möglich sein. Um regionale und strukturelle Stärken und Defizite im non-formalen Bildungsangebot aufzeigen zu können, sollten daher im Bildungsmonitoring auch andere – z. T. aufwändige – Methoden (teilnehmende Beobachtung, strukturierte Interviews mit den Verantwortlichen) zur Anwendung kommen.

¹ Entsprechend der von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Memorandum über Lebenslanges Lernen verwendeten Definitionen findet formales Lernen in „Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen statt und führt zu anerkannten Abschlüssen und Qualifikationen“ und nicht-formales Lernen „außerhalb der Hauptsysteme der allgemeinen und beruflichen Bildung“ und führt nicht unbedingt zum Erwerb eines formalen Abschlusses. Nicht-formales Lernen kann am Arbeitsplatz und im Rahmen von Aktivitäten der Organisationen und Gruppierungen der Zivilgesellschaft (wie Jugendorganisationen, Gewerkschaften und politischen Parteien) stattfinden oder von Organisationen und Diensten angeboten werden, die zur Ergänzung der formalen Systeme eingerichtet wurden, (z. B. Kunst-, Musik- und Sportkurse). Informelles Lernen hingegen ist die „natürliche Begleiterscheinung des täglichen Lebens. Anders als beim formalen und nicht-formalen Lernen handelt es sich beim informellen Lernen nicht notwendigerweise um ein intentionales Lernen, weshalb es auch von den Lernenden selbst unter Umständen gar nicht als Erweiterung ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten wahrgenommen wird.“, vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Memorandum über Lebenslanges Lernen, Brüssel 2000, S. 9f.

² In Teilen der Literatur wird synonym zur non-formalen Bildung häufig der Begriff der „Kulturellen Bildung“ verwendet. Ausführlich mit dem Thema „Kulturelle Bildung“ befasst sich zum Beispiel der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf>. Weitere Bestandsaufnahmen finden sich in der Stellungnahme des Deutschen Kulturrates „Kulturelle Bildung in der Schule“, <http://www.kulturrat.de/pdf/1466.pdf> sowie in der „Konzeption Kulturelle Bildung“, <http://www.kulturrat.de/dokumente/studien/konzeption-kb3.pdf>, der „UNESCO-Road Map zur Kulturellen Bildung“, http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kultur/Kulturelle_Bildung/Leitfaden.pdf, und der „Seoul Agenda“, http://portal.unesco.org/culture/en/files/41117/12798106085Seoul_Agenda_Goals_for_the_Development_of_Arts_Education.pdf. Die nachfolgenden Ausführungen rekurren begrifflich auf non-formales Lernen im Schulalter als Überbegriff und auf „kulturelle Bildung“ als Teil des non-formalen Lernens.

³ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.), Bildung in Deutschland 2008, Bielefeld 2008, S. 78ff.

⁴ Das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth führt periodisch eine repräsentative Wohnungs- und Haushaltserhebung durch, um einen Überblick über die Wohn- und Lebensverhältnisse der Nürnberger Bevölkerung zu erhalten. In diesem Zusammenhang wurde 2009 insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Referat für Jugend, Familie und Soziales eine zusätzliche, bundesweit einmalige, repräsentative Umfrage zur Kinderkultur durchgeführt.

⁵ Stadt Nürnberg, Jugendamt, Leitbild der Offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Nürnberg, Nürnberg 2008.

⁶ Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg.

⁷ Einzelne Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit können auch der kulturellen Bildung zugeordnet werden; eine trennscharfe inhaltliche Abgrenzung ist hier nicht immer möglich. Daher wird hier die institutionelle Trägerschaft durch Einrichtungen oder Verbände der Jugendhilfe als Ordnungskriterium gewählt.

⁸ Kreisjugendring Nürnberg, Bericht über die Arbeit der Nürnberger Jugendverbände und des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt, Nürnberg 2010, S. 40ff.

⁹ Kreisjugendring Nürnberg, Bericht, S. 28.

¹⁰ Sibylle Picot, Jugend in der Zivilgesellschaft, Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999 bis 2009, Kurzbericht, Gütersloh 2011.

¹¹ Stadt Nürnberg, Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth, Statistischer Monatsbericht, Oktober 2007, Nürnberg 2007.

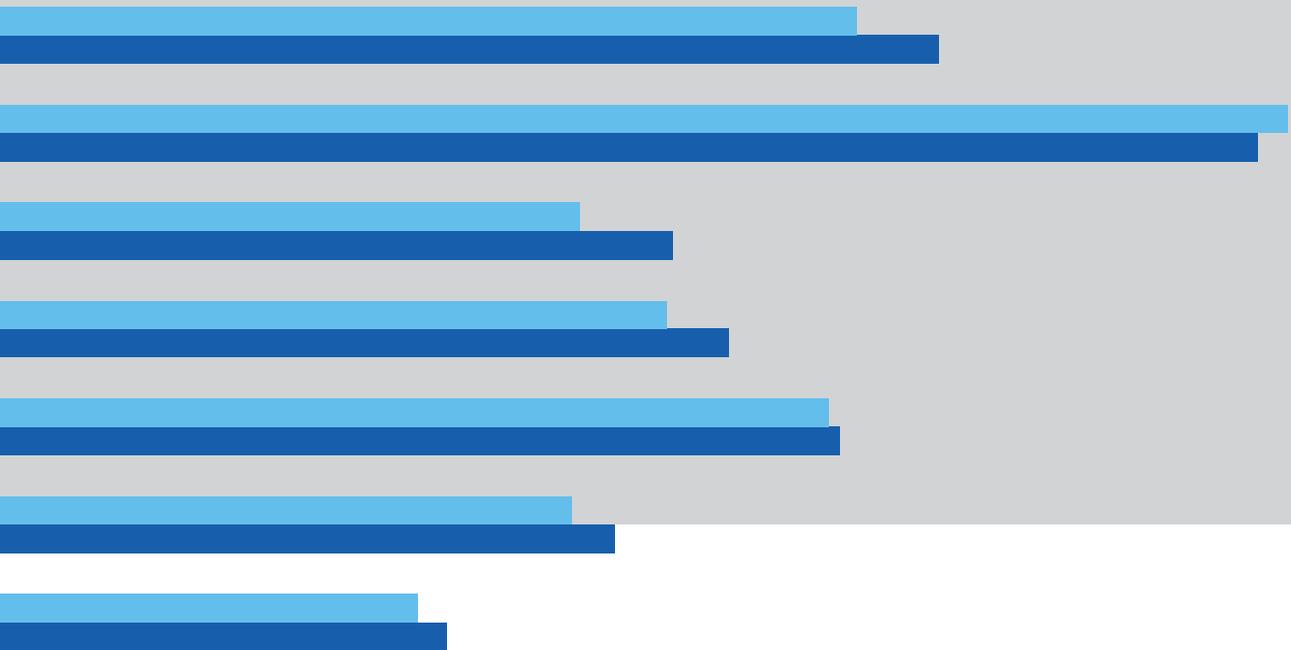
¹² Dazu zählen des Weiteren Führungen, musikalische Früherziehung, der Kinder- und Jugendchor und der Theaterjugendclub.

¹³ Vgl. Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro, Menschenrechtsbildung in Nürnberg, Nürnberg 2011.

¹⁴ 2010 wurden 1606 Kurse/Projekte von unterschiedlichen Trägern angeboten und durchgeführt. An erster Stelle ist der Verein „Geschichte für alle“ Nürnberg zu nennen. Weitere Projektträger waren das Kunst- und Kulturpädagogische Zentrum der Museen Nürnberg, die Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, das DoKuPäd – Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum, das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg, das Jugendzentrum für kulturelle und politische Bildung, das Doku-Zentrum und das Nürnberger Menschenrechtszentrum.

E

BERUFLICHE BILDUNG



1. Thematische Einführung

Die berufliche Bildung hat in Deutschland einen hohen Stellenwert. Dies sei – stellt der 2010 erschienene OECD-Bericht „Berufliche Bildung Deutschland“ fest¹ – insbesondere dem Dualen System geschuldet, das betriebliches Lernen und schulische Unterweisung verbindet. Es erhalte Stabilität durch ein komplexes Geflecht von Kontrollen und Gegenkontrollen, an denen nicht nur die staatlichen Ebenen, sondern auch die Sozialpartner beteiligt sind. Als besonders positiv werden die Betriebsnähe der Ausbildung und die im europäischen Vergleich bemerkenswert niedrige Jugendarbeitslosigkeit bewertet.² Allerdings gilt den Verfassern des Gutachtens die Berufsausbildung in Deutschland auch nicht als vollkommen. Kritisiert werden insbesondere die hohe Zahl und der Spezifizierungsgrad der Ausbildungsberufe, ein überdehntes, intransparentes und ineffizientes Übergangssystem und ein unterentwickeltes Übergangsmangement.

Ein grundsätzliches Problem sollte nicht unerwähnt bleiben: Die duale Ausbildung hängt von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt ab und dieser wiederum von der wirtschaftlichen Konjunktur. Während der Staat auf anderen Feldern der Bildung die Ausbildungsversorgung garantiert, bietet er bei einem Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen im Dualen System kein adäquates kompensatorisches Angebot, das die entstehende Lücke vollständig füllt. Dabei drängen der schnelle technologische Wandel und die steigenden Anforderungen an die Qualität der Ausbildung sowie die demografische Entwicklung dazu, möglichst alle jungen Menschen so zu qualifizieren, dass ihre Teilhaberechte nicht nur deklaratorisch, sondern de facto eingelöst werden und dass sie mit einer soliden Ausbildung auf die Herausforderungen eines immer anspruchsvolleren Arbeitsmarktes reagieren können.

Gerade für junge Menschen mit schlechten Startchancen erweist sich die Einlösung dieses Anspruchs auf Teilhabe aktuell als besonders problematisch: Während junge Menschen mit guter schulischer Vorbildung normalerweise ihren Wunschausbildungsplatz finden, fehlt es an zukunftsorientierten, pädagogisch betreuten Ausbildungsplätzen für Jugendliche mit geringer schulischer Vorqualifikation und besonderem Förderbedarf. Eine im April 2011 erschienene Studie beklagt, in Deutschland würden jährlich 150 000 junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung aus dem Schulwesen entlassen. Die materiellen Folgekosten seien gewaltig: Wenn es nicht gelinge, diese Zahl wenigstens zu halbieren, entstünden den öffentlichen Haushalten Belastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Altersjahrgang.³

Traditionell wird der beruflichen Bildung in Nürnberg großes Gewicht gegeben. Die Stadt hat diese Wertschätzung durch den Ausbau des kommunalen beruflichen Schulwesens unter Beweis gestellt. Sie steuert – in Abstimmung mit dem Freistaat – die zentralen Angebote beruflicher Bildung in Nürnberg und eröffnet mit ihren Angeboten zum Zweiten Bildungsweg gerade auch jungen Menschen mit Startschwierigkeiten neue Chancen.⁴ Mit der Einrichtung eines strukturierten Übergangsmagements strebt die Kommune danach, einer größeren Zahl von Jugendlichen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, mit dem Ausbau der Schulberufsausbildung wirkt sie fehlenden Ausbildungsplätzen im Dualen System entgegen. Damit erfüllt sie bereits weitgehend die Forderungen, die im Berufsbildungsbericht 2011 der Bundesregierung formuliert werden.⁵

Gleichwohl steht die Stadt bildungspolitisch vor großen Herausforderungen. Die in Kapitel A skizzierte demografische Entwicklung, der wirtschaftliche Strukturwandel hin zu den wissensintensiven Industrie- und Dienstleistungsbranchen sowie die im gleichen Kapitel angerissene Sozial- und Familienstruktur und der in den Kapiteln C und D festgestellte Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungsarmut sowie die ebenfalls dort bezeichneten, vergleichsweise bescheidenen Bildungserfolge sind Tatbestände, die auch in diesem Kapitel zu behandeln sind. Zur Sprache gebracht werden neben den besonderen demografischen Entwicklungen der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen die Bedarfslage auf dem Ausbildungsmarkt, Besonderheiten des Berufsschulstandorts Nürnberg, Bildungsergebnisse im berufsbildenden Sektor und bereits unternommene Anstrengungen zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit.

2. Zentrale Befunde

2.1 Demografische Aspekte

Ein wichtiges Eckdatum für die berufliche Bildung liefert die demografische Entwicklung der entsprechenden Altersgruppe. Das früheste Eintrittsalter in die berufliche Ausbildung liegt bei 15 Jahren. Nach oben hin gibt es keine Altersbeschränkung,⁶ doch nimmt die Zahl derjenigen, die eine berufliche Ausbildung aufnehmen, nach dem 25. Lebensjahr rapide ab. Wie in den vorangegangenen Kapiteln C und D1 des Bildungsberichts dargestellt, werden auch für die hier relevante Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren die Zahlen im nächsten Jahrzehnt kaum abnehmen und sich anschließend in Nürnberg auf einem Niveau von rund 53 000 Personen einpendeln.

Anders als bei Kindern und Jugendlichen bis zum Alter von 15 Jahren, deren Kohortengröße bis dahin kaum größeren Schwankungen unterliegt, ändert sich die Kohortengröße der 15- bis unter 25-Jährigen mit dem Erreichen des 16. Lebensjahrs abrupt: Sie nimmt infolge von Zuwanderung bis zum Erreichen des 30. Lebensjahres jährlich um durchschnittlich 5 % zu. Die nachfolgende Grafik verfolgt beispielhaft den Jahrgang 1982 vom Geburtsjahr bis zum Jahr 2030, also bis zum 48. Lebensjahr. Die Zahl der Geburten im Jahr 1982 entsprach mit rund 4000 dem langjährigen Durchschnittswert in der Stadt. Bis 1988 nahm die Gesamtzahl der Angehörigen dieses Jahrgangs – bedingt durch Abwanderung von Familien mit kleinen Kindern ins Umland – leicht ab. Von 1997 an kam es durch Zuwanderung (aus dem In- und Ausland) zu einem rapiden Anwachsen der Kohorte. Der Wert stieg relativ konstant, bis 2011 ein Höchstwert mit 7836 Personen erreicht wurde. Von 2011 an ist mit einem moderaten Abschwung auf ein sich stabilisierendes Niveau von etwa 7300 Personen zu rechnen (**Abb. E-1**).

Ein Vergleich der Geburtskohorte des Jahrgangs 1982 mit denen der Altersjahrgänge 1986 bis 1995 verdeutlicht, dass ein typischer Verlauf vorliegt. Jeder dieser Geburtsjahrgänge wird durch Zuwanderung in der Altersspanne zwischen 15 und 30 Jahren durchschnittlich um etwa 65 % verstärkt (**Abb. E-2**).

Abb. E-1:
Entwicklung der Alterskohorte
des Geburtsjahres 1982, 1982
bis 2030

Anmerkung:
Prognosewerte ab 2011.

Quelle: Amt für Stadtforschung
und Statistik für Nürnberg und
Fürth; Einwohnermelderegister
und SIKURS .

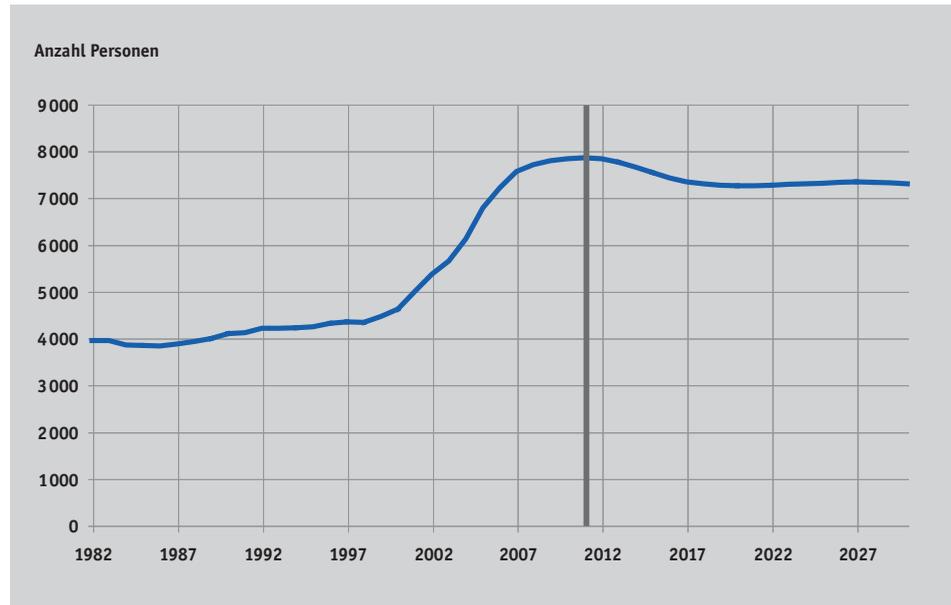
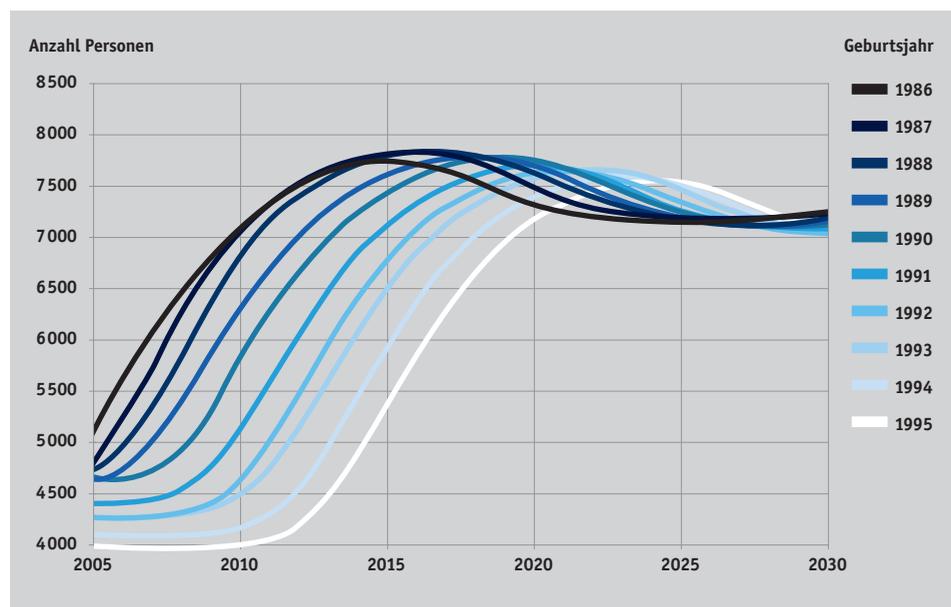


Abb. E-2:
Einwohner nach Geburts-
kohorten der im Jahr 2010
15- bis unter 25-Jährigen
in Nürnberg

Anmerkung:
Prognosewerte ab 2011.

Quelle: Amt für Stadtforschung
und Statistik für Nürnberg und
Fürth; Einwohnermelderegister
und SIKURS .



Das Anwachsen der Jahrgänge beruht auf Bildungs- und Arbeitsmigration. Viele Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Umland kommen nach Nürnberg, um ein Angebot der beruflichen Bildung, einen Ausbildungs- oder Studienplatz in Anspruch zu nehmen. Darin zeigt sich die Attraktivität Nürnbergs als Ausbildungsstandort. Anders als in reinen Universitätsstädten können viele Jugendliche auch nach ihrer Ausbildung in der Stadt bleiben, um ihren Beruf auszuüben. Das Arbeitsplatzangebot weist demnach eine hohe Passung zum Ausbildungsangebot auf.

Ob die Verstärkung der Kohorte im Berufsausbildungsalter auch in Zukunft so ausfallen wird, ist fraglich. Die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Nordbayern deuten auf einen Bevölkerungsschwund in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen in der Europäischen Metropolregion Nürnberg um rund ein Viertel hin. Eine Raumanalyse des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung München (ISB) für Nordbayern zeigt, wie sich der demografische Trend bei den 6- bis 18-Jährigen (d. h. der dort fokussierten jungen Menschen im Schulalter) bis zum Jahr 2028 in den einzelnen Land- und Stadtkreisen auswirken dürfte (**Abb. E-3**).

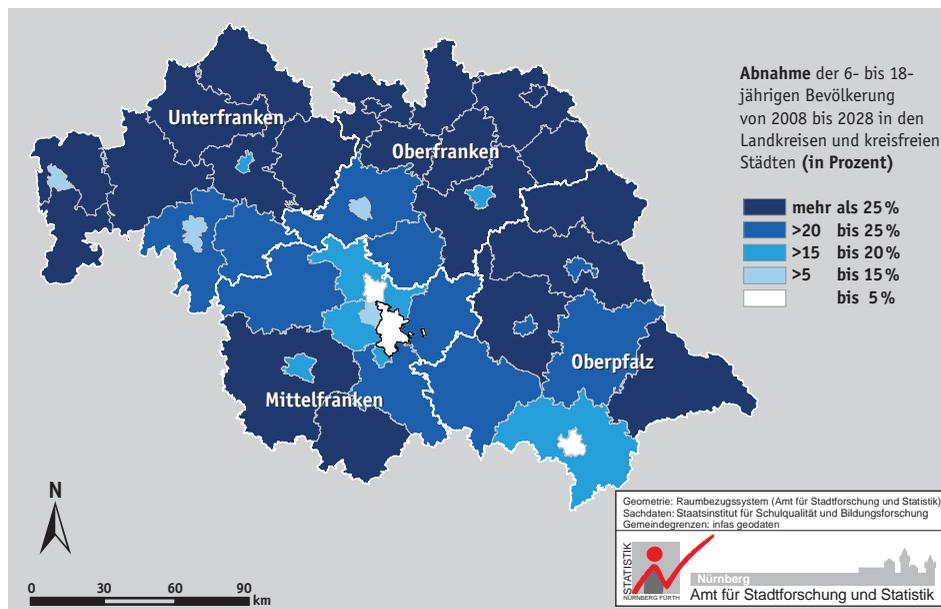


Abb. E-3:
 Prognose der Bevölkerungsentwicklung für die 6- bis 18-Jährigen in Nordbayern, 2008 bis 2028

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

Den stärksten Rückgang an jungen Menschen werden die grenznahen Landkreise in Oberfranken sowie der Landkreis Tirschenreuth in der Oberpfalz zu verkraften haben. Mehr als die Hälfte aller Landkreise Nordbayerns wird nach den Berechnungen der Qualitätsagentur am ISB in zwanzig Jahren eine Minderung von bis zu einem Drittel ihrer jungen Population hinnehmen müssen. Die Städte und einige suburbane Räume dürften tendenziell besser dastehen, aber nur die großen Städte ihr heutiges Niveau in etwa halten können. Nürnberg wird bis 2028 nur 2% seiner Bevölkerung im Alter zwischen sechs und 18 Jahren, Erlangen 4%, Fürth 9% und Bamberg 11% einbüßen.

Welche Schlüsse ergeben sich aus den demografischen Trends für den Bildungsstandort Nürnberg?

Erstens deuten die Daten darauf hin, dass die Zahl derer, die Angebote der beruflichen Bildung in Anspruch nehmen, in den nächsten Jahren keinen großen Schwankungen unterliegen wird. Die registrierte Zuwanderung spricht für die Attraktivität der Bildungsangebote in Nürnberg einschließlich der hier angebotenen Ausbildungsplätze im Dualen System. Maßnahmen zur Sicherung des hohen Niveaus der Bildungsangebote in Nürnberg können dazu beitragen, dass auch in Zukunft junge Menschen zuziehen und dem Arbeitsmarkt ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen werden.

Zweitens: Die prognostizierte relativ stabile Bevölkerungsentwicklung Nürnbergs ist auch auf einen erwarteten Bevölkerungsschwund in der Region zurückzuführen. Offenbar besteht ein siedlungsstrukturelles Gefälle: Städte sind und werden vom Rückgang ihrer Einwohnerzahlen deutlich weniger und stadtnahe Kreise etwas weniger betroffen sein als ländlich geprägte Kreise. Anders ausgedrückt: Je weiter der Kreis vom städtischen Ballungsraum entfernt liegt, desto höher sind die erwarteten Verluste bei der heranwachsenden Generation. Es ist davon auszugehen, dass die vom Rückgang der jungen Population betroffenen Kreise für einen Verbleib bzw. Zuzug junger Menschen werben werden. Dies ist nicht nur verständlich, sondern mit dem Blick auf die Vitalität der EMN zu begrüßen. Unweigerlich dürfte sich der regionale Wettbewerb um den Verbleib der jungen Population damit jedoch verschärfen.

Drittens: Der für die EMN prognostizierte Bevölkerungsrückgang drängt dazu, das Bildungspotenzial der Stadt bestmöglichst auszuschöpfen. Die Qualifizierung für die berufliche Ausbildung aller jungen Menschen in der Stadt (einschließlich der Nachqualifizierung älterer Jahrgänge) ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, unterstützt die zukünftige Wirtschaftskraft und steht im Einklang mit dem erklärten bildungspolitischen Ziel der Verantwortlichen in Nürnberg, sich für Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit einzusetzen.

2.2 Ausbildungsanfänge – Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung

In Deutschland erwerben etwa zwei Drittel eines Altersjahrgangs einen qualifizierenden Berufsabschluss in den Einrichtungen der beruflichen Ausbildung unterhalb der Hochschul Ebene. Der größte Teil dieser Jugendlichen durchläuft die Ausbildung im Dualen System von betrieblicher und schulischer Ausbildung. In einer Reihe von Studien wird gezeigt, dass dieser „Königsweg“ seit etwa zwei Jahrzehnten nicht mehr in gleichem Maße wie zuvor gangbar ist.⁷ Unmittelbar nach der allgemeinbildenden Schule einen dualen Ausbildungsplatz zu finden, ist für viele Jugendliche schwierig geworden. Der nicht zuletzt durch die Globalisierung beschleunigte Strukturwandel, häufig verbunden mit der sektoralen Verschiebung von Arbeitsplätzen, hatte über Jahre hinweg einen Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen zur Folge, der zum Teil auch darauf zurückzuführen ist, dass Ausbildungsgänge nicht rasch genug an die veränderten Bedingungen angepasst werden konnten.⁸ Infolgedessen nahm zeitgleich die Zahl an Jugendlichen zu, die sich (zunächst) für eine Fortsetzung des Schulbesuchs entschieden oder im Rahmen einer berufsvorbereitenden Maßnahme auf den Ausbildungseintritt vorbereiteten. In Anerkennung dieser Veränderungen werden der beruflichen Ausbildung seit 2006 drei Teil-Bildungssysteme zugerechnet: 1. Das Duale System, d. h. die Ausbildung für einen anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HandwO); 2. Das Schulberufssystem, d. h. die vollzeitschulische Ausbildung in einem gesetzlich anerkannten Beruf und 3. Das berufliche Übergangssystem, d. h. Bildungsangebote zur Vorbereitung auf einen beruflichen Ausbildungsgang, die selbst jedoch nicht zu einem anerkannten Ausbildungsabschluss führen.⁹

2.2.1 Eintritt ins Berufsbildungssystem nach Teilsystemen

Die Zahl der Eintritte in das berufliche Bildungssystem hat sich in den Schuljahren 2005/06 (8212 Neuzugänge), 2006/07 (8246), 2007/08 (8107) auf einem Niveau gehalten und ist in den Schuljahren 2008/09 (7813) und 2009/10 (7121) um 4,9% bzw. 13,3% gegenüber dem Anfangswert gefallen.

Die Verteilung dieser Neuzugänge auf die drei Teilsysteme (**Abb. E-4**) hängt von den Ausbildungspräferenzen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der Struktur und Aufnahmekapazität des Ausbildungsmarkts und der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung ab. Schwankungen bei Neuzugängen im Dualen System verliefen in Nürnberg in etwa so wie im Bundestrend.¹⁰ Nach einem relativ schwachen Ausbildungsjahr 2005/06 erholte sich der Ausbildungsmarkt und erreichte im Jahr 2007 einen vorläufigen Höhepunkt, musste aber 2009 und 2010 wieder einen Abschwung hinnehmen.¹¹

Stärkere Veränderungen sind bei den beiden anderen Teilsystemen zu erkennen. Durch den in Nürnberg konsequent betriebenen Ausbau der Schulberufsausbildung stehen seit 2005 251 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung. Damit wirkt die Stadt dem Unterangebot von Ausbildungsplätzen im Dualen System entgegen und zielt darauf ab, das langfristig zu planende und zu entwickelnde Fachkräftepotenzial in der Region von kurzfristig wirkenden konjunkturellen Faktoren zu entkoppeln. Infolge des in Nürnberg praktizierten Übergangsmangements und des Ausbaus der Schulberufsausbildung ist die Zahl von Schülerinnen und Schülern im Übergangssystem im gleichen Zeitraum deutlicher als im Bundesdurchschnitt¹² um etwa 40% zurückgegangen (**Abb. E-4**).

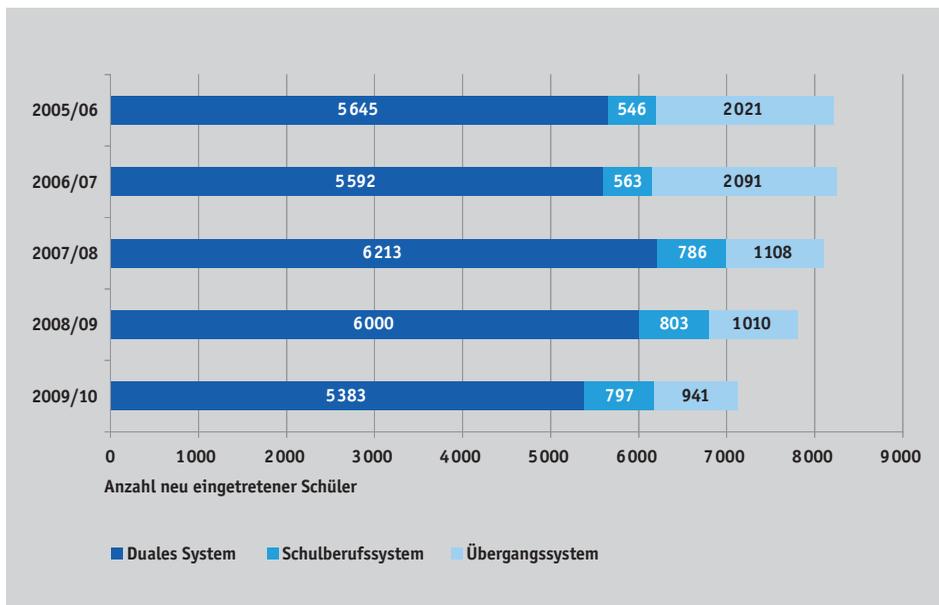


Abb. E-4: Verteilung der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems¹⁾ in Nürnberg, Schuljahre 2005/06 bis 2009/10

¹⁾ Ohne private Schulen.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

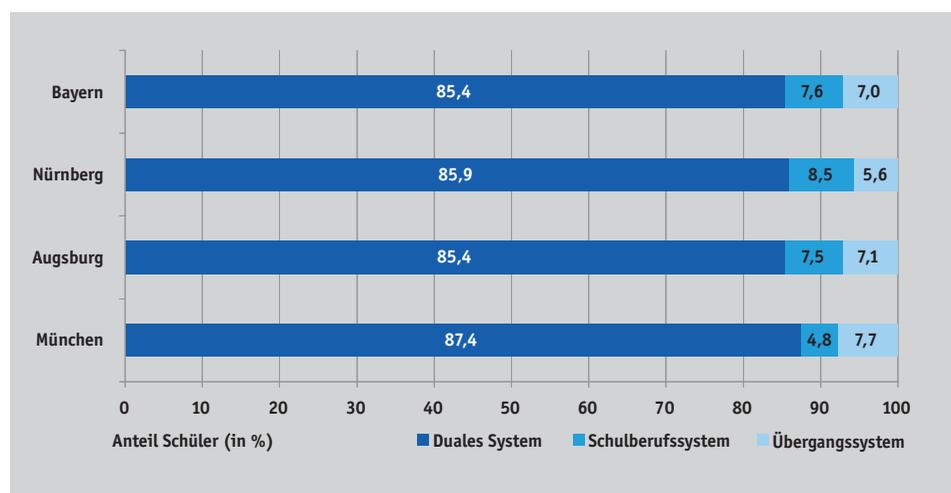
Weil bei der Zuordnung zu den in Bayern gesetzlich verankerten Berufsschulsprenkeln der Ausbildungs- und nicht der Wohnort der Auszubildenden ausschlaggebend ist, gibt die Anzahl der Neuzugänge im beruflichen System der Stadt Nürnberg nur bedingt Aufschluss über Berufswahl und Einmündung von **Nürnberger Jugendlichen** im Ausbildungssektor.

Jugendliche und junge Erwachsene, die im Rahmen ihres **dualen Ausbildungsgangs** eine Nürnberger Berufsschule besuchen, werden zu etwa zwei Dritteln in Nürnberger Betrieben, zu einem Drittel in außerhalb Nürnbergs liegenden Betrieben ausgebildet. Auf der anderen Seite gilt: Junge Menschen, die in Nürnberg ihren Wohnsitz haben, aber außerhalb Nürnbergs beruflich ausgebildet werden, gelten als auspendelnde Gastschüler bzw. -schülerinnen.¹³ Ein vergleichbar hoher Anteil junger Menschen mit Gastschulstatus von rund einem Drittel ist im System der **Schulberufsausbildung** anzutreffen. Hier gibt es zwar keine Sprengelbindung, Nürnberger Ausbildungsangebote werden aber in beträchtlichem Ausmaß von Bildungseinpendlern in Anspruch genommen. Anders verhält es sich wiederum bei jungen Menschen, die eine Berufsschulklasse zur Berufsvorbereitung besuchen. **Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag** müssen nach dem Ableisten der neunjährigen allgemeinen Schulpflicht in weiteren drei Jahren an einem Tag in der Woche eine Berufsschule am Wohnort besuchen, um ihrer Berufsschulpflicht zu genügen.¹⁴ Diese Berufsschulpflicht kann ersatzweise durch den Besuch eines zehnten Schuljahrs mit Vollzeitunterricht erfüllt werden, durch deren erfolgreiche Teilnahme der erfolgreiche Hauptschulabschluss erlangt werden kann. Weil junge Menschen, die nach zehn Jahren die Schule ohne allgemeinbildenden Abschluss verlassen und keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, ihre Schulpflicht bereits erfüllt haben, wird das Angebot des schulischen Übergangssystems im Prinzip nur von Absolventen der neunjährigen Pflichtschule (Hauptschule, Förderschule, eher selten: Abgang aus Realschule sowie Gymnasium)¹⁵ besucht.

Diese Varianten bei der Erfüllung der Berufsschulpflicht führen systembedingt zu unterschiedlichen Grundgesamtheiten und unvermeidbaren Verzerrungen in der Darstellung. Die aktuelle Datenlage lässt zurzeit nur einen Städtevergleich auf der Grundlage **aller** Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen **eines Schuljahrs** zu. Für das Schuljahr 2009/10 ergibt sich für Nürnberg für das Duale System etwa der gleiche Prozentwert (85,9%) wie für Augsburg (85,4%) und Bayern (85,4%) und nur ein etwas höherer Wert für München (87,4%), obwohl die Angebots-Nachfrage-Relation dort wesentlich besser ausfällt (siehe unten Kapitel 3.3) (**Abb. E-5**). Der Anteil von Schülerinnen und Schülern an öffentlichen Berufsfachschulen, die einen Berufsabschluss zertifizieren, liegt in Nürnberg (mit 8,5%) über den Vergleichswerten für Bayern (7,6%) und Augsburg (7,5%) und fast doppelt so

Abb. E-5:
Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems¹⁾ im Regionalvergleich, Schuljahr 2009/10

1) Ohne private Schulen.



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

hoch wie in München (4,8%). Demgegenüber fallen die Quoten für junge Menschen im schulischen Übergangssystem in Nürnberg gering aus. Nürnberg liegt mit 5,6% merklich unter den Werten für Bayern (7,0%), Augsburg (7,1%) und besonders deutlich unter dem Wert für München (7,7%).

2.2.2 Eintritt ins Berufsbildungssystem nach Teilsystemen und schulischer Vorqualifikation

Beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung finden soziale Selektionsprozesse statt. Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in der Nürnberger Bildungslandschaft ist in Kapitel D1 herausgearbeitet worden. An den Hauptschulen finden sich überproportional viele junge Menschen, die in prekären Lebensverhältnissen aufwachsen. Schlechte Ausgangsbedingungen haben beim Eintritt in die berufliche Ausbildung Folgewirkungen, da die Chancen auf einen Ausbildungsplatz oder ein berufsbildendes schulisches Qualifizierungsangebot weitgehend von den schulischen Vorleistungen abhängen.

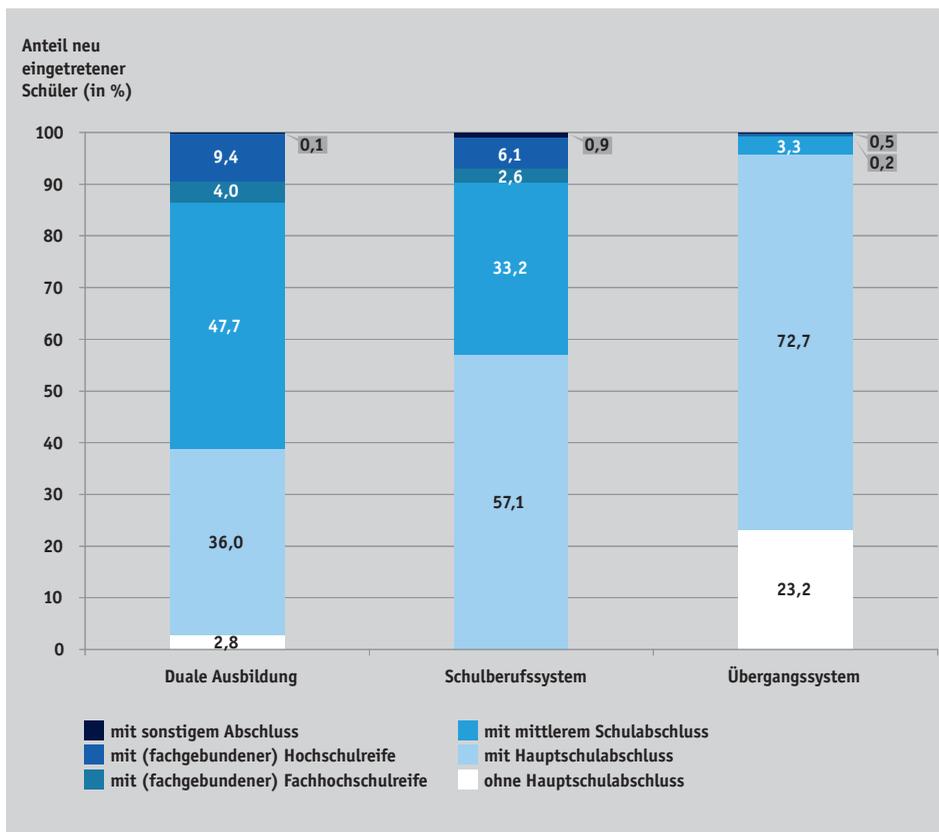


Abb. E-6: Verteilung der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems ¹⁾ in Nürnberg nach schulischer Vorbildung, Schuljahr 2009/10

¹⁾ Ohne private Schulen.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Die Ausbildungsordnungen schreiben für keinen dualen Ausbildungsberuf einen Schulabschluss vor. Die rund 350 dualen Ausbildungsberufe stehen damit prinzipiell allen Bewerbern offen, unabhängig davon, welchen Schulabschluss sie erlangt haben. In aller Regel verknüpfen Ausbildungsbetriebe ihr Angebot jedoch mit dem Nachweis eines zertifizierten

Schulabschlusses. Damit soll aus Ausbilersicht gewährleistet werden, dass die Auszubildenden den Anforderungen des Ausbildungsgangs genügen können und ein Erfolg in der Abschlussprüfung möglich ist.

Abbildung E-6 verdeutlicht, dass nahezu die Hälfte (47,7%) aller Berufsschülerinnen und -schüler beim Eintritt in die duale Ausbildung ein Zeugnis der Mittleren Reife vorlegen konnte, 36% verfügten über einen erfolgreichen oder qualifizierenden Hauptschulabschluss. Die Zahl der dual ausgebildeten Jugendlichen ohne einen schulischen Abschluss ist marginal. Wer keinen zertifizierten Schulabschluss mitbringt, hat demnach kaum Aussichten auf einen dualen Ausbildungsplatz. Andererseits verfügten 13,4% der Berufsschülerinnen und -schüler über eine Hochschulzugangsberechtigung.

Im Schulberufssystem – das einen Schulabschluss voraussetzt – dominierten Jugendliche und junge Erwachsene, die ihre Ausbildung mit einem Hauptschulabschluss (57,1%) antraten, gefolgt von jenen mit einem Zeugnis der Mittleren Reife (33,2%). 8,7% verfügten über eine Hochschulzugangsberechtigung.

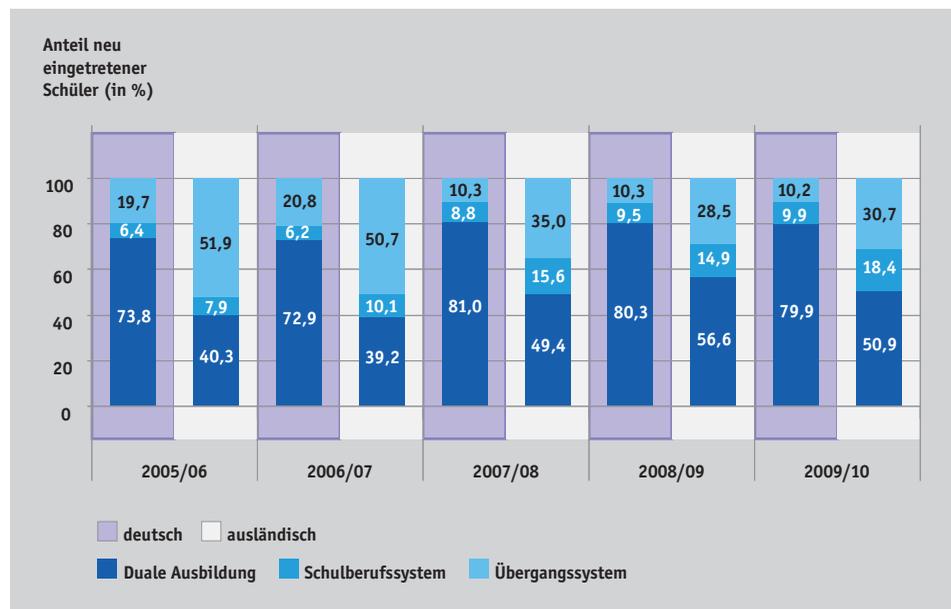
Mit 72,7% sind Schülerinnen und Schüler, die als Vorqualifikation ein Zeugnis über den erfolgreichen oder qualifizierenden Hauptschulabschluss vorlegen können, am stärksten im Übergangssystem vertreten. Schulabgänger ohne Schulabschluss halten einen Anteil von 23,2% und sind – bei einer Quote von 11,1% aller Absolventen der allgemeinbildenden Schulen – deutlich überrepräsentiert.¹⁶

Im Übergangssystem finden sich fast ausschließlich Jugendliche mit niedriger oder geringer schulischer Vorbildung.¹⁷ Auffallend ist der hohe Anteil ausländischer Jugendlicher (vgl.

Abb. E-7).

Abb. E-7:
Verteilung der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems¹⁾ nach Staatsangehörigkeit in Nürnberg, Schuljahre 2005/06 bis 2009/10

¹⁾ Ohne private Schulen.



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

2.2.3 Eintritt ins Berufsbildungssystem nach Teilsystemen und Migrationshintergrund

Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, versteht der Nürnberger Bildungsbericht die Merkmale „Migrationshintergrund“ und „Ausländer“ als nur bedingt aussagekräftige Indikatoren. Menschen mit Migrationshintergrund – und darunter insbesondere ausländische Staatsbürger – sind indes überproportional häufig von „sozialer Armut“ betroffen.¹⁸ Insofern verweisen diese beiden Merkmale häufig auf prekäre Lebensverhältnisse. Für die folgende differenzierte Betrachtung können die Schülerinnen und Schüler nur nach dem Merkmal „Staatsbürgerschaft“ unterschieden werden (**Abb. E-8**).

Werden die Eintritte in die Teilsysteme der Berufsbildung unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, kommt man zu einem eindeutigen Ergebnis: Ausländische Jugendliche haben nachweislich schlechtere Chancen und finden schwerer einen Ausbildungsplatz als deutsche Jugendliche und sind insbesondere in der dualen Ausbildung deutlich unterrepräsentiert. Eine etwas ausgeglichene und damit weniger benachteiligende Situation lässt sich dagegen aus den Daten zur Schulberufsausbildung ablesen. Eindeutig überproportional häufig finden sie sich hingegen in Klassen des Übergangssystems, auch wenn ihr Anteil vom Schuljahr 2005/06 bis zum Schuljahr 2009/10 deutlicher gesunken ist als der der gleichaltrigen Deutschen.

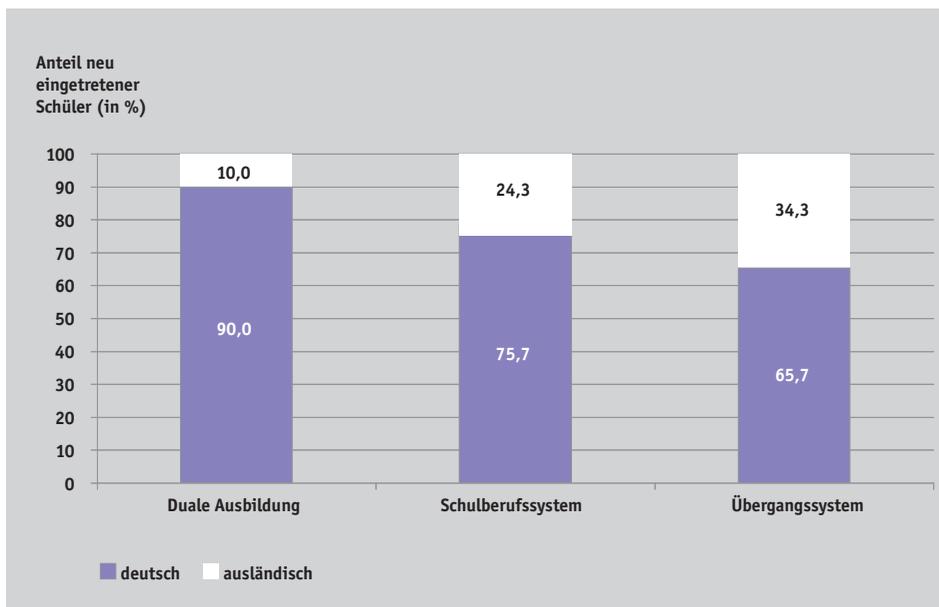


Abb. E-8: Verteilung der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems ¹⁾ nach Staatsangehörigkeit in Nürnberg, Schuljahr 2009/10

¹⁾ Ohne private Schulen.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Der hohe Anteil von ausländischen Schülerinnen und Schülern im Übergangssystem ist vor allem auf ihren vergleichsweise geringen Schulerfolg an allgemeinbildenden Schulen zurückzuführen. Allerdings belegen die Daten des Übergangsmanagements, dass sie selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen im Wettbewerb um einen dualen Ausbildungsplatz schlechter abschneiden als deutsche Jugendliche. Vor diesem Hintergrund gilt es stereotypen Vorurteilen zu begegnen, um die Chancen auch dieser jungen Menschen weiter positiv zu beeinflussen.

2.2.4 Zusammenfassung

Bilanzierend lässt sich über die Neuzugänge zu den Teilsystemen der beruflichen Bildung in Nürnberg folgendes aussagen: Nach einer vorübergehenden Verbesserung des dualen Ausbildungsplatzangebots seit 2006 ist die Zahl der neu besetzten Ausbildungsstellen in den Jahren 2009 sowie 2010 wieder unter das zwischenzeitlich erreichte Niveau gefallen. Dieser Rückgang wurde durch den Ausbau der Schulberufsausbildung teilweise kompensiert. Diese Ausweitung, Anstrengungen im Übergangssystem und die demografische Entwicklung haben dazu beigetragen, dass die Zahl der jungen Menschen im Übergangssystem vom Schuljahr 2005/06 bis zum Schuljahr 2009/10 trotzdem kontinuierlich und in der Summe um etwa 40% gesunken ist.

Unter dem Gesichtspunkt der schulischen Vorqualifizierung gibt es eine klare Hierarchie: Die duale Ausbildung zieht vor allem Bewerber an, die über eine höhere schulische Vorqualifizierung verfügen, obwohl immer noch 36% der Plätze von Hauptschulabsolventen belegt werden. Für die Schulberufsausbildung hingegen fällt das Urteil uneinheitlich aus. Einerseits räumt sie mit spezifischen Angeboten Jugendlichen mit Hauptschulabschluss, die sonst nicht zum Zuge kommen würden, eine Chance auf Ausbildung ein. Andererseits ist die Schulberufsausbildung mit fachlich besonders anspruchsvollen Ausrichtungen auch für junge Menschen mit vergleichsweise hoher schulischer Eintrittsqualifikation attraktiv. Im Übergangssystem schließlich landen größtenteils diejenigen, denen eine schulische Qualifikation über den Hauptschulabschluss hinaus verwehrt geblieben ist. Für Jugendliche ohne Schulabschluss ist das Übergangssystem geradezu obligatorisch.

3. Duale Ausbildung – Ausbildungsmarkt, Angebots- und Nachfragerelation

In der Berufsbildungsstatistik des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, deren Daten gemäß § 88 Berufsbildungsgesetz (BBiG) erhoben werden, wurden für Ausbildungsbetriebe in Nürnberg im Jahr 2010 14.066 bestehende duale Ausbildungsverhältnisse in Nürnberger Ausbildungsbetrieben ausgewiesen.

3.1 Geschlechtsspezifische Differenzierung

Bei den Auszubildenden in Nürnberg überwiegt der Anteil der männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit 56%. Dieser Wert kommt dem im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung für Deutschland mitgeteilten Anteil männlicher Auszubildender an der dualen Ausbildung mit 57,1% sehr nahe.¹⁹ Junge Frauen sind aber in der dualen Ausbildung nicht nur in geringerem Maße vertreten, sondern konzentrieren sich dort auch noch sehr viel stärker auf wenige Ausbildungsberufe. Über 80% der weiblichen Auszubildenden werden in acht Berufsgruppen ausgebildet (vgl. **Tab. E-1A** im Anhang), während sich der gleiche Anteil männlicher Auszubildender auf 17 Berufsgruppen verteilt (vgl. **Tab. E-2A** im Anhang). In Nürnberg wie auf Bundesebene verfügen junge Frauen im Dualen System über eine höhere schulische Vorqualifikation. Dies erklärt – wenigstens zum Teil – ihre größere Affinität zu schulischen Qualifizierungsformen und verbessert ihre Chancen im Wettstreit um besonders

begehrte Ausbildungsplätze im Dualen System, z. B. im Dienstleistungssektor.²⁰ Schließlich liegt der Anteil der weiblichen Absolventen²¹, die eine allgemeine Hochschulreife an einem Nürnberger Gymnasium, einer Berufsoberschule oder einer Fachoberschule erwerben, mit 55,5% über dem der jungen Männer. Es ist deshalb davon auszugehen, dass auch mehr junge Frauen als junge Männer eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium aufnehmen. Aus all diesen Gründen sind junge Frauen im Dualen System unterrepräsentiert (**Abb. E-9**).

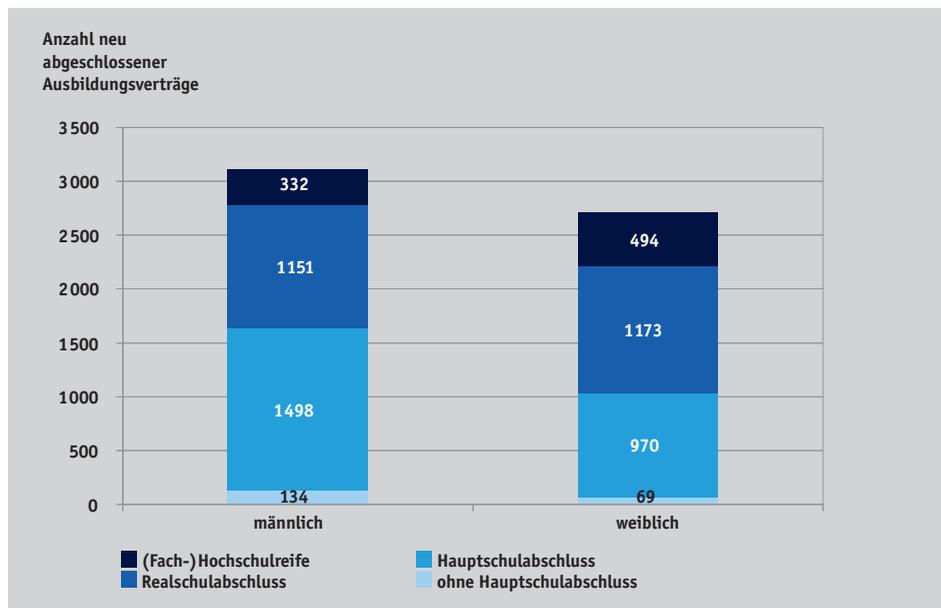


Abb. E-9:
Neu abgeschlossene
Ausbildungsverträge nach
Geschlecht und schulischer
Vorbildung in Nürnberg, 2009

Quelle: Bayerisches Landes-
amt für Statistik und Daten-
verarbeitung.

3.2 Ausbildungsquote

Die Ausbildungsquote errechnet sich aus dem Verhältnis der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt. Sie liegt im Jahr 2010 laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg mit 5,5% etwas unterhalb des bayerischen Landesdurchschnitts (5,6%) und unterhalb der Quoten für die Städte (5,8%) und Landkreise (6,0%) der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN).

Beim Vergleich nach Wirtschaftssektoren zeigen sich gewisse Unterschiede: Eine unterdurchschnittliche Ausbildungsquote ist in Nürnberg, wie auch in den anderen Städten der EMN, mit 4,7% im produzierenden Gewerbe anzutreffen. Überdurchschnittlich hoch ist die Ausbildungsquote im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr; sie liegt in Nürnberg bei 6,3% und in der EMN bei 7,2%. Die Ausbildungsquoten im Bereich der Unternehmensdienstleistungen liegen etwa im bayerischen Gesamtdurchschnitt, während im Sektor Öffentliche und Private Dienstleistungen weitaus stärker ausgebildet wird.

3.3 Angebots-Nachfrage-Relation

Die Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) ist der meist genutzte Indikator zur Verdeutlichung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt im Dualen System. Sie wird jährlich auf der Grundlage von Angaben der Arbeitsagenturen im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ermittelt und im Berufsbildungsbericht publiziert. Gemäß § 86 Absatz 2 BBiG wird das Angebot an Ausbildungsstellen ausgewiesen als die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zuzüglich der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten noch unbesetzten Ausbildungsplätze. Die Nachfrage errechnet sich aus der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und den bei der BA gemeldeten unversorgten Bewerbern. Die dabei zu Grunde gelegte sogenannte „erweiterte Nachfrage-Definition“ schließt auch diejenigen ein, die vorläufig in eine Alternative zu einer Berufsausbildung einmünden (z. B. erneuter Schulbesuch, Praktikum, „Jobben“), aber von dort aus weiter nach einer Ausbildungsstelle im Dualen System suchen. Werte unter 100 kennzeichnen ein Ausbildungsplatzdefizit, Werte über 100 stehen für einen Ausbildungsplatzüberhang.²² Ein Wert von 100 erfüllt aber nur rein rechnerisch die Bedingung des Gleichgewichts, da er das Moment der Wahlmöglichkeit auf der Seiten der Bewerber nicht berücksichtigt.

Die Geschäftsstatistik der Arbeitsagenturen erfasst nur jene Bewerber, die sich auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz an die Berufsberatung wenden. Damit fließt die (ungeklärte) Zahl derer, die sich auf eigene Faust um einen Ausbildungsplatz bemühen, nicht in die Berechnung der ANR ein. Nach Umfragen der IHK Mittelfranken liegt die Einbindungsquote der Arbeitsagentur im Bereich des Ausbildungsmarktes seit Jahren bei nur ca. 60%. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“²³ die Erfüllung der Kriterien Ausbildungsreife, Berufseignung und Vermittelbarkeit zur Voraussetzung für die Anerkennung als Bewerber erklärt hat und dieser Kriterienkatalog von den Arbeitsagenturen übernommen worden ist. Bewerber, die diesen Status von der Berufsberatung nicht zuerkannt bekommen, bleiben daher bei der Berechnung der ANR ebenfalls unberücksichtigt.²⁴

Die ANR wird vom Bundesinstitut für Berufsbildung für Arbeitsagenturbezirke ausgewiesen.²⁵ Der Nürnberger Arbeitsagenturbezirk umfasst auch ländliche Gebiete mit einer tendenziell geringeren Nachfrage und einem tendenziell größeren Ausbildungsplatzangebot, so dass die besonderen Bedingungen der Großstadt nicht vollständig zum Tragen kommen. Außerdem sagt die ANR nichts über die strukturelle Passung von Angebot und Nachfrage aus. Hinter einem positiven Angebotssaldo können theoretisch viele anspruchsvolle Ausbildungsplätze stecken, für die sich die Bewerber aufgrund ihrer Vorqualifikation nicht eignen. Aus diesen Gründen ist die ANR als Indikator zu betrachten, der die Situation auf dem Ausbildungsmarkt der Stadt Nürnberg nur bedingt beschreiben kann. Gleichwohl scheint er für einen Städtevergleich hinreichend tauglich.

Abbildung E-10 zeigt, dass die Nachfrage das Angebot in fast allen hier berücksichtigten Großstadtbezirken übersteigt und eine Unterdeckung an dualen Ausbildungsplätzen vorliegt. Die Angebots-Nachfrage-Relation für den Ausbildungsjahrgang 2010 fiel in Nürnberg mit 91,3% um 1,6 Prozentpunkte geringer aus als 2009 (**Abb. E-1A**). Im Städtevergleich der Agenturbezirke liegt Nürnberg vor Hannover, aber hinter den Agenturbezirken Köln, Leipzig und Stuttgart. In Frankfurt a. M. stehen die Chancen für Ausbildungsplatzsuchende deutlich

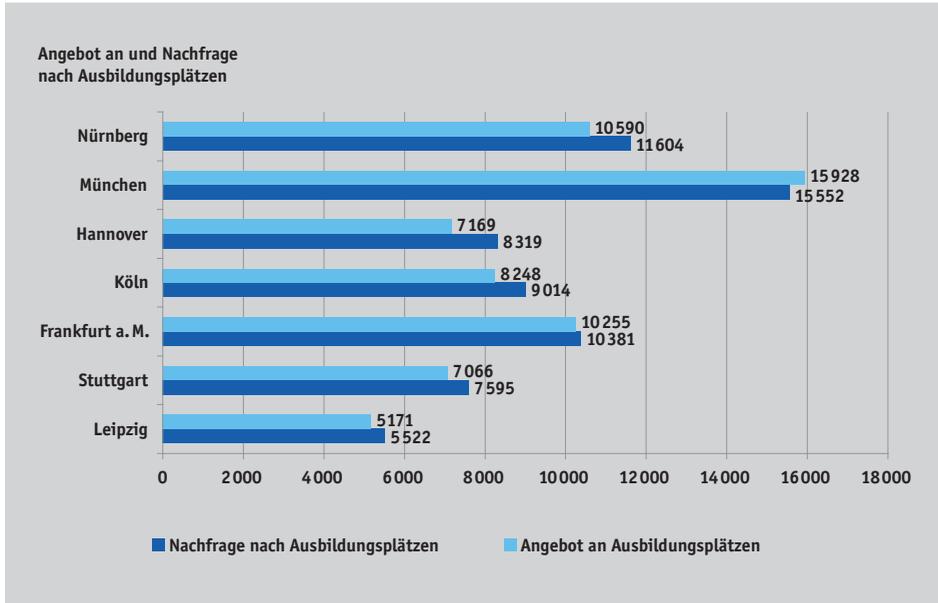


Abb. E-10: Angebot an und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen¹⁾ in ausgewählten Arbeitsagenturbezirken, 2010

¹⁾ Einschl. unversorgter Bewerber.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung.

besser als in Nürnberg. Der Agenturbezirk München weist sogar eine positive Bilanz aus, so dass man dort von einer echten Wahlmöglichkeit der Bewerber sprechen kann.

Die ANR für den Arbeitsagenturbezirk Nürnberg kann man nicht als befriedigend bezeichnen. Zwar steht der Bezirk Nürnberg unter allen Arbeitsagenturbezirken Deutschlands im oberen Mittelfeld, aus Sicht der Ausbildungsplatzbewerber kann jedoch nicht in jedem Fall von einer Wahlfreiheit des Ausbildungsberufes im Dualen System die Rede sein.

3.4 Vertragslösung und Ausbildungsabbruch

Den Phänomenen Vertragslösung ^M und Ausbildungsabbruch wird seit einigen Jahren vermehrt Beachtung geschenkt. Vertragslösungen können vielfältige Ursachen haben. Zu den Gründen zählen auf der Seite der Ausbildungsbetriebe Betriebsschließungen und Insolvenzen, auf der Seite der Auszubildenden können dabei betriebsbezogene und berufsbezogene Gründe zum Tragen kommen. Der Wechsel des Ausbildungsbetriebs und der Wechsel in eine andere Form der beruflichen Qualifizierung sind per se nicht mit einem Ausbildungsabbruch gleichzusetzen. Vertragslösungen haftet häufig ein Moment der Unsicherheit, des Verlustes von Zeit, Energie und Vertrauen an. Einer repräsentativen Befragung des BIBB zufolge setzen etwa zwei Drittel aller jungen Menschen nach einer Vertragslösung ihre Ausbildung fort, rund ein Drittel wechselt in eine Maßnahme, geht als gering qualifiziert in die Erwerbstätigkeit oder rutscht in die Arbeitslosigkeit.²⁶

2008 wurden in Nürnberg 1178 von insgesamt 15 053 Ausbildungsverhältnissen gelöst.²⁷ Eine aktuellere Lösungsquote liegt zurzeit nicht vor.²⁸ Gut die Hälfte aller Lösungen betreffen das erste Ausbildungsjahr. Die Daten zu den Vertragslösungen in Nürnberg bestätigten eine vom BIBB belegte Feststellung, nach der Jugendliche mit geringerer Vorbildung allgemein, insbesondere aber männliche und ausländische Auszubildende, hiervon

überdurchschnittlich stark betroffen sind. Die einschlägigen Daten zeigen, dass 68,5% der männlichen und 77% der ausländischen Auszubildenden, deren Ausbildungsvertrag aufgelöst wurde, höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügten. Hinzuzurechnen sind jeweils weitere 10% Jugendliche, die vor Ausbildungsbeginn eine Maßnahme des schulischen Übergangssystems (BVJ) besucht hatten, also einen ähnlich niedrigen Bildungsabschluss haben dürften. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass das geringe Niveau der Vorbildung eher ein sekundäres Merkmal ist und weitere Faktoren eine gewichtige Rolle spielen. Auszubildende mit Hauptschulabschluss sind vermehrt in weniger attraktiven, körperlich stärker belastenden Berufen mit teilweise ungünstigeren Arbeitszeiten anzutreffen. Darüber hinaus ist der Anteil jener, die bei einem begrenzten Ausbildungsplatzangebot und geringerer schulischer Vorqualifikation – umgangssprachlich ausgedrückt – „nehmen müssen, was sich ihnen bietet“, größer. Es liegt auf der Hand, dass Jugendliche, die ihren Wunschberuf nicht realisieren konnten, weniger Neigung zeigen, die Ausbildung zu beenden. Die Gefahr des Abbruchs ist dann von Beginn an groß.²⁹ Überproportional oft waren ausländische Jugendliche betroffen. 2008 betrug der Anteil ausländischer Jugendlicher bei den Vertragsauflösungen in Nürnberg 13% gegenüber der durchschnittlichen Quote von 8%.³⁰

4. Berufliche Schulen

4.1 Trägerschaft beruflicher Schulen in Nürnberg

Nürnberg verfügt über ein breites Spektrum an beruflichen Ausbildungsgängen in kommunaler, staatlicher und privater Trägerschaft. Im Schuljahr 2009/10 waren insgesamt 27 050 Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen³¹ gemeldet. Davon besuchte der Großteil (18 662) eine Berufsschule der Stadt Nürnberg. 832 Jugendliche waren an einer Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung gemeldet. 7 556 junge Menschen besuchten eine Wirtschaftsschule, eine Berufsfachschule, eine Berufsfachschule des Gesundheitswesens, eine Fachschule oder eine Fachakademie (**Abb. E-11**). Nürnberg ist zudem Sitz mehrerer Bildungswerke, die teilweise bundesweite Ausstrahlung besitzen und Jugendlichen mit besonderen Problemlagen (in aller Regel Behinderungen) zumeist eine Vollausbildung ermöglichen.

An den beruflichen Schulen der Stadt Nürnberg stehen den jungen Menschen eine Vielzahl von Ausbildungsangeboten in kaufmännischen Berufen, in gewerblich-technischen Berufsfeldern, in hauswirtschaftlichen, erzieherischen und pflegerischen Bereichen und Gesundheitsberufen sowie in der Berufsvorbereitung zur Verfügung. An beruflichen Schulen in städtischer Trägerschaft³² werden 84% aller Berufsschülerinnen und -schüler unterrichtet. Die beiden Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung des Bezirks besuchen 3% der Schülerschaft. Das öffentliche Angebot wird durch 41 Privatschulen³³ ergänzt, an denen 13% aller Schülerinnen und Schüler vor allem in den Fachrichtungen Hauswirtschaft, Körperpflege, Gesundheit/Sozialwesen, Kaufmännische Berufe/Wirtschaft und im musisch-künstlerischen Berufsfeld qualifiziert werden.

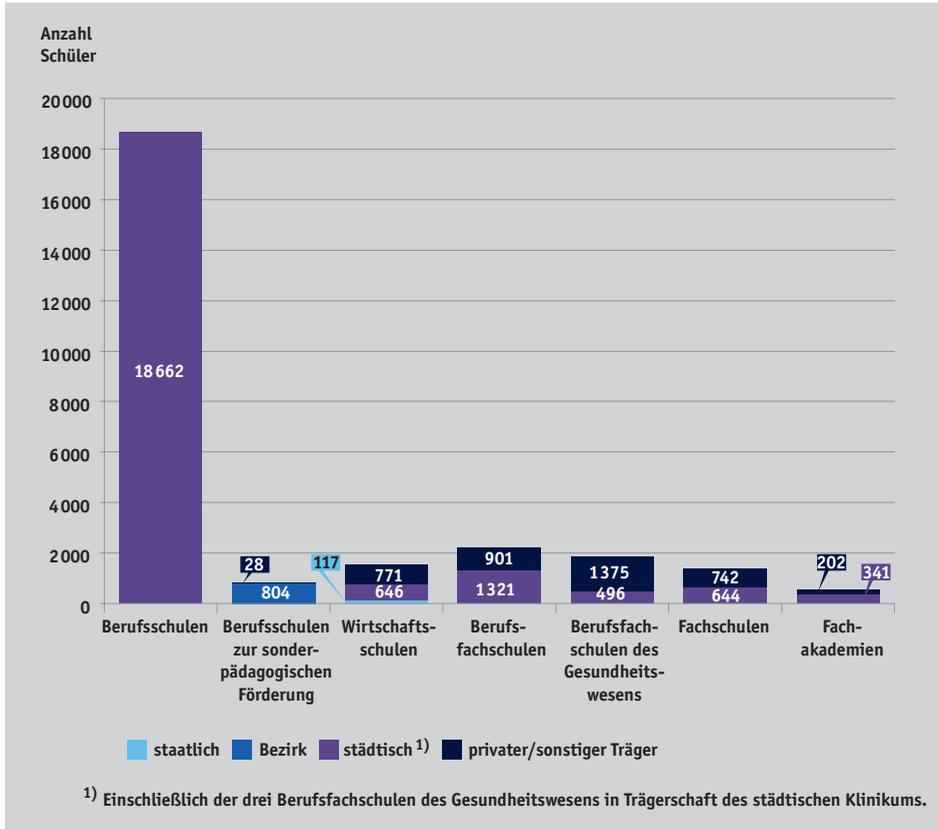


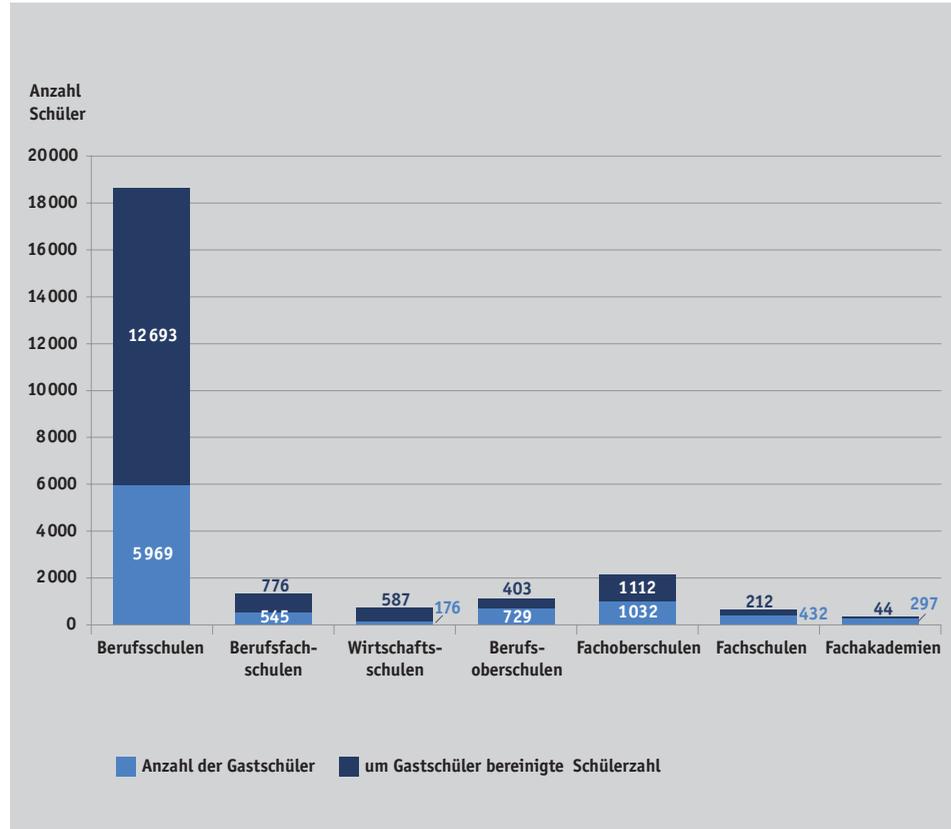
Abb. E-11:
Schülerinnen und Schüler an
Nürnberger beruflichen Schu-
len nach Schulart und Träger-
schaft, Schuljahr 2009/10

Quelle: Amt für Stadtforschung
und Statistik für Nürnberg und
Fürth; Schulstatistik.

Bedeutung Nürnbergs als Standort beruflicher Schulen in der Region

Die Stadt Nürnberg übernimmt als Berufsschulstandort eine wichtige Dienstleistungsfunktion für die Region. Zusätzlich zur allgemeinen Berufsschulpflicht, die auch für Jugendliche ohne einen Ausbildungsvertrag gilt und am „Ort des gewöhnlichen Aufenthalts“ zu leisten ist, unterliegen alle Auszubildenden einer besonderen Berufsschulpflicht als Teil des dualen Ausbildungsgangs. Art. 42 Abs. 3 BayEuG regelt, dass Auszubildende die Berufsschule besuchen, um dort die theoretische Qualifizierung im Rahmen der dualen Ausbildung zu erlangen. Um Jahrgangsfachklassen auch für Splitterberufe unterhalten zu können, definiert das Kultusministerium sogenannte Fachsprengel für Berufsfelder, Berufsfeldschwerpunkte, Berufsgruppen und Einzelberufe. Solche Fachsprengel können sich über die Stadtgrenzen hinaus erstrecken, z. B. auf den Regierungsbezirk Mittelfranken, auf Nordbayern, unter Umständen auch Bayern oder sogar Deutschland. Unabhängig von dieser Sprengelregelung können sich junge Menschen aus der Region um einen Platz an einer Berufsfachschule, Fachschule oder Fachakademie in Nürnberg bewerben. In solchen Fällen spricht man von Gastschulverhältnissen, für die die Stadt Nürnberg von den Kommunen am Ausbildungs- bzw. Wohnort Gastschulbeiträge erhebt. Jugendliche und junge Erwachsene, die eine berufliche Qualifizierung an einer Privatschule anstreben, können, sofern sie noch der allgemeinen Berufsschulpflicht unterliegen, von dieser Auflage befreit werden.

Abb. E-12:
Gastschülerinnen und Gastschüler an kommunalen und staatlichen beruflichen Schulen nach Schulart in Nürnberg, Schuljahr 2009/10



Quelle: 3. Bürgermeister, Geschäftsbereich Schule der Stadt Nürnberg.

Es zeigt sich auch, dass mehr als ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler an kommunalen und staatlichen beruflichen Schulen³⁴ nicht aus Nürnberg kommen bzw. ihr Ausbildungsort außerhalb der Stadtgrenzen liegt (**Abb. E-12**). Während der Anteil der Gastschülerverhältnisse bei den Berufsschülerinnen und -schülern in dualer Ausbildung bei 32% liegt, beläuft er sich bei den von der Sprengelpflicht ausgenommenen, frei wählbaren, beruflich qualifizierenden Angeboten der Schulberufsausbildung auf 41%, bei Fachschülerinnen und -schülern auf 67% und bei Studentinnen und Studenten der Fachakademie sogar auf 87%. Diese Werte belegen noch einmal die Dienstleistungsfunktion der Nürnberger beruflichen Schulen und unterstreichen die Anziehungskraft der kommunalen Bildungsangebote. Sie verdeutlichen, in welchem Umfang die Stadt Nürnberg Verantwortung für die berufliche Qualifizierung junger Menschen aus der Region übernimmt. Viele Jugendliche und junge Erwachsene aus der Metropolregion haben damit in dem Fall, dass aufgrund der beschriebenen demografischen Veränderungen wohnortnahe Ausbildungsmöglichkeiten entfallen, eine überzeugende Option, ihren Berufswunsch zu realisieren oder sich an einer Fachschule oder Fachakademie beruflich weiterzubilden.

4.2 Schulberufsausbildung

Eine Berufsausbildung kann nicht nur im Dualen System, sondern auch durch vollzeitschulische Ausbildung erworben werden. In Nürnberg gibt es Berufsfachschulen für technische, gewerbliche, kaufmännische und gestalterische Berufe, für hauswirtschaftliche und sozialpflegerische Berufe, für Berufe des Gesundheitswesens und für Musik. Der Unterricht umfasst neben den allgemeinbildenden auch berufsbezogene Fächer mit großen praktischen Anteilen und dauert je nach Beruf zwei bis maximal dreieinhalb Jahre. Handelt es sich um eine Berufsfachschule mit einem von der zuständigen Kammer anerkannten Abschluss bzw. mit einer staatlichen Abschlussprüfung, dann ist dieser Abschluss dem einer dualen Ausbildung gleichwertig bzw. entspricht staatlichen Prüfungsansprüchen. Nicht alle Berufsfachschulen verleihen jedoch anerkannte und damit gleichwertige Abschlüsse.

4 093 Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2009/10 eine Berufsfachschule in Nürnberg (einschließlich Berufsfachschulen des Gesundheitswesens). Davon qualifizierte sich knapp die Hälfte (1817 Personen) an 16 städtischen Einrichtungen – 13 städtische Berufsfachschulen und drei Berufsfachschulen des Klinikums Nürnberg. Alle kommunalen Berufsfachschulen verleihen nach erfolgreicher Prüfung einen anerkannten beruflichen Abschluss. 2 276 junge Menschen verfolgen ihre berufliche Qualifizierung an einer Berufsfachschule in freier Trägerschaft, die zu einem großen Teil anerkannte Abschlüsse anbieten können.

Beteiligung nach Geschlecht

Mit etwa 70% überwiegen Schülerinnen an Berufsfachschulen bei weitem. In den Gesundheitsberufen liegt der Anteil mit 78% noch höher. Bestimmte Ausbildungsrichtungen werden nach wie vor eher von Frauen gewählt: z. B. Gesundheitsberufe, sozialpädagogische und sozialpflegerische Berufe, Bürokommunikation und Modeberufe. Die Stadt Nürnberg und andere Akteure haben dieses Ungleichgewicht zum Anlass genommen, um mit Aktionen wie dem Girls' Day, dem Boys' Day sowie verschiedenen Informationsangeboten geschlechterstereotypes Berufswahlverhalten abzubauen. Angesichts der Ausbildungsnot hat die Stadt Nürnberg darüber hinaus seit 2006 neue Berufsfachschulen eingerichtet, um die Schulberufsausbildung für männliche und dabei insbesondere benachteiligte Jugendliche attraktiver zu machen. Neu angeboten werden die Ausbildungsrichtungen Elektroniker/in Energie- und Gebäudetechnik, Anlagenmechaniker/innen für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Maschinen- und Anlagenführer/in, Hochbau- bzw. Ausbaufacharbeiter sowie Bauten- und Objektbeschichter/in, bei denen ein Hauptschulabschluss vorausgesetzt wird, und die Ausbildung zum Staatl. anerkannte/r technische/r Assistent/in für Informatik mit der Eingangsqualifikation Mittlerer Abschluss. Durch diese Initiative ist es gelungen, den Anteil männlicher Jugendlicher an kommunalen Berufsfachschulen (ohne Gesundheitswesen) zwischen 2005 und 2010 von 19,6% auf 35,2% zu steigern, also innerhalb von fünf Jahren fast zu verdoppeln.

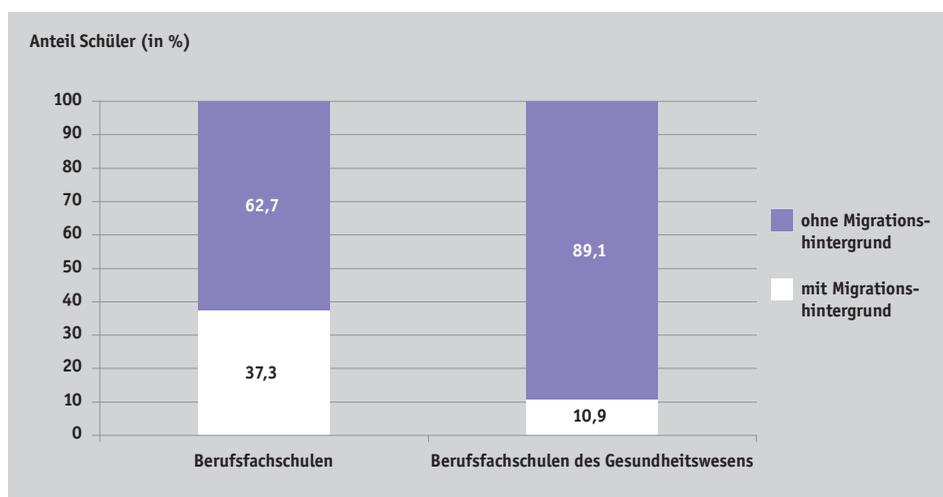
Beteiligung nach Migrationshintergrund

Auswertungen des Amtes für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth erlauben an dieser Stelle nur die getrennte Betrachtung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund **D** an öffentlichen Schulen. Wie in der dualen Ausbildung sind junge Menschen mit Migrationshintergrund auch in der Schulberufsausbildung unterrepräsentiert. Während sie an der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen einen Anteil von etwa 43 % aufweisen, sind sie hier nur mit etwa 37 % vertreten (**Abb. E-13**).³⁵

Abb. E-13:
Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Berufsfachschulen und Berufsfachschulen des Gesundheitswesens in Nürnberg nach Migrationshintergrund, Schuljahr 2009/10

Anmerkung: Der Migrationshintergrund ist definiert als Staatsangehörigkeit nicht-deutsch und/oder Geburt im Ausland.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.



4.3 Berufsvorbereitende Angebote des Übergangssystems

Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung definiert das berufliche Übergangssystem als Summe aller Bildungsangebote, die unterhalb einer qualifizierenden Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen. Erklärtes Ziel dieser Bildungsangebote sei vielmehr, die individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zu verbessern, sei es durch das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses oder durch die Vermittlung von Kompetenzen in einem vom Jugendlichen präferierten Berufsfeld.³⁶

Dieses Teilgebiet der beruflichen Bildung ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten um knapp 50 % angewachsen und hat über die Berufsvorbereitung von noch nicht ausbildungsreifen Jugendlichen hinaus die nicht intendierte Funktion eines Puffers übernommen, der Jugendliche auffängt, die nicht reibungslos in den Ausbildungsmarkt integriert werden konnten. Neben förderbedürftigen Jugendlichen sind vermehrt junge Menschen in dieses System eingemündet, die nach den Kriterien der Bundesagentur für Arbeit durchaus als ausbildungsreif gelten können. Auch in Nürnberg ist die Zahl junger Menschen, die im Anschluss an die allgemeinbildende Schule ein schulisches Angebot des Übergangssystems wahrnahmen, nach einer Steigerung bis zum Schuljahr 2007/2008 wieder auf ca. 500 gesunken. Diese Trendwende ist zum einen auf die Einrichtung eines wirksamen Übergangsmagements, zum anderen auf ein verbessertes Ausbildungsplatzangebot und den Bevölkerungsrückgang zurückzuführen.

Unter bildungspolitischen Gesichtspunkten wird das Übergangssystem zum Teil heftig kritisiert. Man verbindet die Aufnahme ins Übergangssystem mit einem Scheitern an der ersten Schwelle und verlorener Zeit. Jugendliche würden dadurch erheblich verunsichert. Außerdem wird das Übergangssystem abgelehnt, weil die Angebotsstruktur intransparent, die Wirkung umstritten und die Kosten hoch seien.³⁷ Mit einer pauschalisierenden Kritik ist jedoch wenig gewonnen. Eine Untersuchung des Bundesinstituts für berufliche Bildung zu den Ausbildungschancen und dem Verbleib von Schulabsolventen belegt, dass Jugendliche, die zunächst keinen Ausbildungsplatz gefunden und deshalb ein Berufsvorbereitungsjahr angetreten und erfolgreich absolviert haben, anschließend wesentlich bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben als jene, die nach der Schule kein entsprechendes Angebot wahrnahmen.³⁸ Dem entspricht auch die Erfahrung in Nürnberg.

Die Stadt Nürnberg betrachtet die schulische Berufsvorbereitung als Möglichkeit, die Kompetenzen der Jugendlichen mit pädagogischen Mitteln zu verbessern und so ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen. Deshalb garantiert sie allen Schulabsolventen, die keine Ausbildungsstelle gefunden haben, einen Platz in einem Berufsvorbereitungsjahr, das im Ganztagsbetrieb geführt wird. Die Bildungsberatung des städtischen Amtes für Berufliche Schulen empfiehlt allen betroffenen Schülerinnen und Schülern der 9. Jahrgangsstufe in Einzelgesprächen ein ihren Neigungen und Interessen entsprechendes Berufsvorbereitungsjahr in einem bestimmten Berufsfeld. Dieser Weg wird als eine pädagogisch sinnvolle Alternative zu einer Teilzeitklasse mit durchschnittlich einem Schultag pro Woche angesehen, in der über drei Jahre hinweg die Berufsschulpflicht abgeleistet wird. Mit dem Ansatz einer komprimierten Beschulung werden die Möglichkeiten pädagogischer Einwirkungsmöglichkeiten besser genutzt, sind Bildungsinhalte konzentrierter vermittelbar und wird der Erwerb von Kompetenzen stärker unterstützt, als dies bei einer dreijährigen Teilzeitbeschulung der Fall ist. Jugendliche werden in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt und ihre Motivation steigt, sich auch künftig auf ein lebenslanges Lernen einzulassen. Der Anteil der oben genannten Ganztagsklassen im schulischen Übergangssystem betrug im Schuljahr 2009/10 in Nürnberg 63%, in Bayern lediglich 30%. Berufsvorbereitende Klassen gibt es in Nürnberg für die Berufsfelder Metall/Elektro, KFZ-/Fahrradtechnik, Technik (allgemein), Gastronomie, Verkauf, Ernährung/Hauswirtschaft, Bauberufe, Wirtschaft/Verkauf, Körperpflege, Sozialpflege und Gesundheitsberufe. Darüber hinaus werden berufsvorbereitende Klassen (BGA) mit dem Inhalt des ersten Ausbildungsjahrs in den Ausbildungsberufen Metallbauer/in, Lager/Logistik, Maler/in und Lackierer/in, Wirtschaft, Groß- und Außenhandel sowie Bäckerei/Konditorei/Fachverkauf angeboten.

Zusätzlich zu den schulischen Angeboten der schulischen Berufsvorbereitung bietet die Arbeitsagentur Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)³⁹ und die Einstiegsqualifizierung (EQ) an. Laut Arbeitsagentur beträgt die Förderdauer der BvB bis zu zehn Monate, bei jungen Menschen mit Behinderung mit dem Ziel einer Arbeitsaufnahme kann die Förderung auf maximal 18 Monate ausgedehnt werden. Aus den Rechtskreisen SGB II und III nahmen im Beratungsjahr 2009/2010 insgesamt 476 Jugendliche im Stadtgebiet Nürnberg an BvB teil. In Nürnberg wurden im Beratungsjahr 2009/2010 277 Fälle aus den Rechtskreisen SGB II und SGB III im Rahmen der EQ gefördert.⁴⁰ Angaben über die Gesamtzahl der Personen, die eine BvB oder eine EQ in Anspruch nahmen, liegen zurzeit nicht vor.

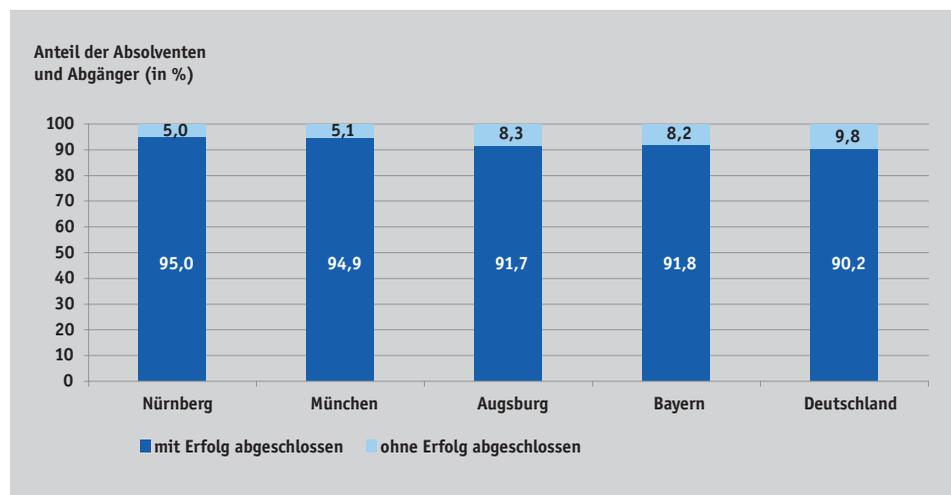
5. Resultate beruflicher Bildung

Im Mittelpunkt der Bildungsgänge und Abschlüsse der berufsbildenden Schulen steht der Erwerb beruflich relevanter Qualifikationen. Zugleich können aber in erheblichem Umfang auch Berechtigungen des allgemeinbildenden Schulwesens erworben werden. Grundsätzlich werden Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse ausgestellt. Abschlusszeugnisse testen das erfolgreiche Durchlaufen eines berufsbildenden Ausbildungsgangs und zertifizieren eine anerkannte Qualifikation (z. B. Staatlich geprüfte/r pharmazeutische/r Assistent/in). Abgangszeugnisse testen den Besuch eines beruflichen Bildungsangebots. Um eine duale Ausbildung abschließen zu können, müssen Auszubildende mit Erfolg eine externe Abschlussprüfung vor einer von der jeweiligen Kammer verantworteten Prüfungskommission ablegen. Hierbei sind die Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes einzuhalten. Der Erfolg wird mit einem Kammerzeugnis (z. B. Gesellenbrief) bestätigt.

5.1 Berufliche Abschlüsse

Im Schuljahr 2008/09 wurden in Nürnberg 7596 Abschlussprüfungen abgelegt, davon 7213 mit Erfolg. In den Prüfungen sollen die Auszubildenden nachweisen, dass sie eine hinreichende berufliche Handlungsfähigkeit erlangt haben. Die Abschlussprüfung umfasst berufliche Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, die sich der/die Auszubildende im Ausbildungsbetrieb und im Berufsschulunterricht angeeignet hat und die in der Ausbildungsordnung festgelegt sind. Es zeigt sich, dass die meisten jungen Menschen, die zur Prüfung antreten, diese auch bestehen. Die Bestehensquote in Nürnberg liegt über dem bayerischen und deutschen Wert (**Abb. E-14**).

Abb. E-14:
Absolventen/Abgänger
aus einem beruflichen
Bildungsgang nach Art des
Abschlusserfolgs im Vergleich,
Schuljahr 2008/09



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Statistisches Bundesamt (Fachserie 11 Reihe 3).

5.2 An beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse

Wie bereits angemerkt, können in den meisten beruflichen Bildungsgängen auch allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden. Diese Möglichkeit soll die Tür zur Nachqualifizierung offen halten und die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen.

Im Berufsvorbereitungsjahr wird das Erreichen des erfolgreichen Hauptschulabschlusses angestrebt, darüber hinaus werden Klassen gebildet, die auf den Qualifizierenden Hauptschulabschluss vorbereiten. Im Rahmen der dualen Ausbildungsgänge können auf verschiedene Weise mittlere Abschlüsse erworben werden. Schließlich können an Technikerschulen, Fachakademien und Berufsfachschulen sowie an der Fachoberschule und der Berufsoberschule Hochschulzugangsberechtigungen erreicht werden.

Abbildung E-15 zeigt, dass diese Qualifizierungsmöglichkeiten in beträchtlichem Umfang in Anspruch genommen werden. Im Schuljahr 2008/09 beispielsweise erwarben an öffentlichen beruflichen Schulen 194 junge Menschen den Hauptschulabschluss, 574 Jugendliche den mittleren Abschluss, 992 junge Erwachsene die Fachhochschulreife und 241 die fachgebundene und allgemeine Hochschulreife. Besonders bemerkenswert ist die Steigerung der Fachhochschulzugangsberechtigung, die seit 2003/04 nicht weniger als 40% ausmacht.⁴¹

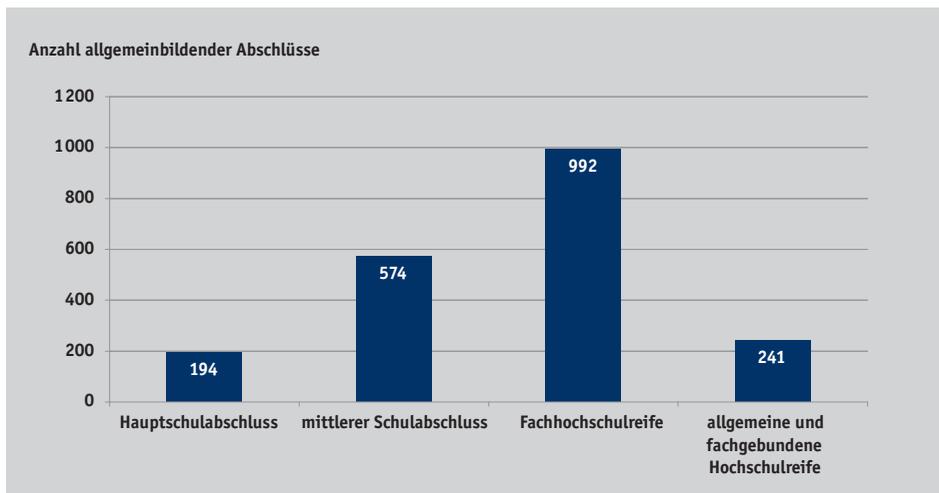


Abb. E-15:
An öffentlichen beruflichen Schulen¹⁾ erworbene allgemeinbildende Schulabschlüsse in Nürnberg, Schuljahr 2008/09

¹⁾ Ohne private Schulen, einschließlich Nichtschüler D. Obwohl die Fachoberschulen, Berufsoberschulen und Wirtschaftsschulen bereits im Kapitel D1 behandelt wurden, werden sie hier aus datentechnischen Gründen nochmals aufgenommen.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Aufgrund des hohen Anteils von Gastschulverhältnissen an den beruflichen Schulen und der bereits erwähnten Sprengelregelung ist es nicht möglich, Aussagen über den Qualifizierungszuwachs von jungen Menschen mit dem Wohnort Nürnberg zu machen. Die Addition der an den allgemeinbildenden Schulen erworbenen Abschlüsse und der an beruflichen Schulen erworbenen Abschlüsse (**Abb. E-15**) würde allein etwas über die an Nürnberger Schulen erworbenen Zertifizierungen aussagen.

Im Vergleich mit den bayerischen Großstädten und den Ergebnissen auf Landesebene erreicht Nürnberg noch immer nur unterdurchschnittliche Quoten bei der Mittleren Reife (**Abb. E-16**). Der Anteil der Absolventen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen, liegt über dem gesamt-bayerischen Wert. Ein bedenkliches Defizit zeigt sich beim Vergleich des bayerischen Durchschnittswertes von 4,7% mit dem Anteil von 7,1% derjenigen in Nürnberg, die das gesamte schulische Bildungssystem ohne einen anerkannten allgemeinbildenden

Abb. E-16: Absolventen/Abgänger¹⁾ aus allgemeinbildenden²⁾ und beruflichen³⁾ Schulen nach Art des allgemeinbildenden Abschlusses im bayerischen Regionalvergleich, Schuljahr 2008/09

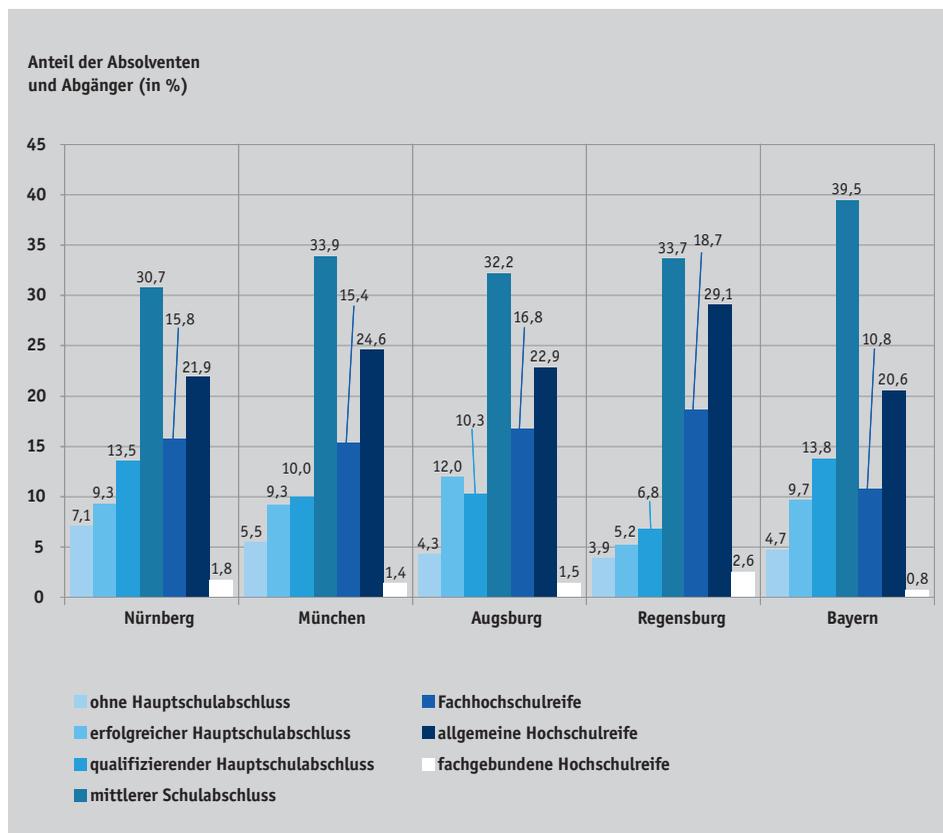
1) Ohne Nichtschüler.

2) Volksschule, Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung, Realschule, Realschule zur sonderpädagogischen Förderung, Abendrealschule, Gymnasium, Abendgymnasium, Kolleg, schulartunabhängige Orientierungsstufe, Integrierte Gesamtschule, Freie Waldorfschule, sonstige allgemeinbildende Schulen (ausländische und internationale Schulen).

3) Wirtschaftsschule, Berufsschule, Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung, Berufsfachschule, Berufsfachschule des Gesundheitswesens, Berufsoberschule, Fachoberschule, Fachschule und Fachakademie.

Anmerkung: Einschl. Übertritte an weiterführende allgemeinbildende Schulen mit dem Abschluss der jeweiligen Schulart. „Ohne Hauptschulabschluss“ beinhaltet Abgänger mit erfüllter Vollzeitschulpflicht. „Mittlerer Schulabschluss“ einschl. Fachschulreife. „Fachhochschulreife“ einschl. fachgebundener Fachhochschulreife.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.



den Abschluss verlassen (also nicht nur die allgemeinbildenden Schulen mit 11,1%, sondern – im Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen Berufsschulpflicht – auch noch entsprechende Angebote an der Berufsschule durchlaufen haben). Bildungseinpendler an Nürnberger Berufsschulen dürften hier eher dazu beitragen, dass der Wert für Jugendliche aus Nürnberg nicht noch höher ausfällt. In Anlehnung an Jutta Allmendinger, Stefan Leibfried und andere wird man hier von einer nicht hinnehmbaren, „absoluten“ Bildungsarmut sprechen müssen, die sich als „Zertifikatsarmut“ manifestiert, da ein „zwingender Mindeststandard“, nämlich der erfolgreiche Hauptschulabschluss, der sich aus der „umfassenden Haupt- und Berufsschulpflicht“ ergibt, nicht erreicht wird.⁴²

6. Übergangsmanagement Nürnberg

Eine abgeschlossene Berufsausbildung gilt als Garant für den reibungslosen Eintritt ins Erwerbsleben und langfristig als wirksamer Schutz vor Arbeitslosigkeit. Nicht allen Absolventen gelingt der Einstieg in die Berufsausbildung unmittelbar nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule.⁴³ Dies gilt insbesondere für Absolventen der Haupt- und Förderschulen. Aus **Abbildung E-17** lässt sich ableiten, dass die Einmündungsquote von Nürnberger Hauptschulabsolventen unmittelbar in Anschluss an die allgemeinbildende Schule in eine Berufsausbildung seit 2007 – auch dank der „demografischen Rendite“ – konstant geblieben ist und rund 40% beträgt. Dies ist verglichen mit anderen Großstädten wie Hamburg oder Stuttgart ein durchaus respektable Wert. Er wird einerseits durch den mehrfach angesprochenen Ausbau der Berufsfachschulen, andererseits durch das ebenfalls bereits erwähnte systematische Übergangsmanagement erzielt. Das Gesamtergebnis bleibt jedoch unbefriedigend, solange es noch ausbildungswillige und -reife Jugendliche gibt, die ohne Ausbildungsplatz bleiben.

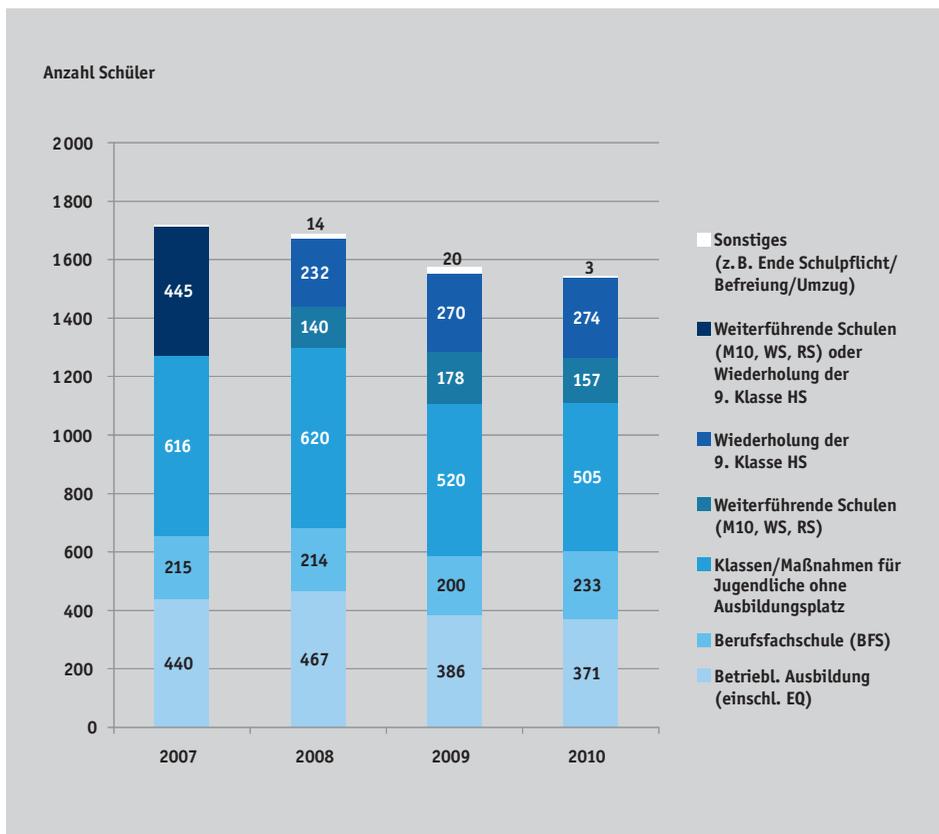


Abb. E-17:
Einmündung der Nürnberger Hauptschulabsolventen¹⁾ im Anschluss an die 9. Jahrgangsstufe, 2007 bis 2010

¹⁾ Entlassschüler/innen der 9. Jahrgangsstufe Hauptschule ohne Private Volksschule der Republik Griechenland und nur Schüler/innen mit Wohnsitz Nürnberg.

Anmerkungen: Klassen/Maßnahmen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz/im Übergangssystem: sowohl schulisch (Berufsvorbereitungsklassen, JoA-Klassen, BGJ) als auch nicht-schulische (z. B. BVB, FSJ, BZ).

Für das Entlassjahr 2007 wurde bei der Erhebung des Verbleibs an der Hauptschule nicht zwischen „M10“ und „Wiederholung“ unterschieden.

Quelle: Amt für Berufliche Schulen der Stadt Nürnberg.

Um zu steuerungsrelevanten Informationen zu gelangen, hat die Stadt Nürnberg seit 2007 an der ersten Schwelle des Einstiegs in die Berufstätigkeit ein Bildungsmonitoring aufgebaut, das die Einmündungsergebnisse registriert und für die jährliche Berichterstattung

aufbereitet. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wird die Bedarfsplanung für die Angebote der Berufsvorbereitung und der Berufsfachschulen vorgenommen.

Gleichzeitig setzt die Stadt mit dem Projekt „Regionales Übergangsmanagement“ (RÜM) ein Element des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ um. RÜM-Nürnberg hat mit einer im Internet zugänglichen Angebotsdatenbank (www.uebergangsmanagement.nuernberg.de) einen bedarfsorientierten Zugang zu den Maßnahmen am Übergang Schule – Beruf ermöglicht und Transparenz geschaffen. RÜM-Nürnberg übernimmt vor allem aber Dokumentations-, Abstimmungs- sowie Evaluationsaufgaben und die Qualitätssicherung. Es steuert die Gesamtheit der städtischen Angebote der Berufsorientierung – mit den weiter unten erläuterten Elementen Potenzialanalyse, Berufsorientierungsprogramm (BOP), Angebote der erweiterten, vertieften Berufsorientierung (evBO) und des Übergangsmanagements – sowie den ebenfalls unten beschriebenen Elementen SCHLAU, Quapo und Kompetenzagentur. Die operativen Maßnahmen des städtischen Übergangsmanagements wurden 2010 evaluiert. Die Ergebnisse wurden im Mai 2011 dem Bildungsbeirat und dem Stadtrat vorgelegt.

Abbildung E-18 zeigt das vom Stadtrat verabschiedete Modell Nürnberger Übergangsmanagement. Es nimmt die Perspektive der Jugendlichen ein, die einen schulischen Bildungsgang von der 7. bis 9./10. Jahrgangsstufe durchlaufen. Das Modell legt besonderes Gewicht auf die Anschlussfähigkeit der Angebote und bezieht neben den jungen Menschen die anderen am Prozess Beteiligten (Eltern, Lehrkräfte, Jugendsozialarbeit an Schulen, Begleitung usw.) ein.

Grundsätzlich soll das Modell sicherstellen, dass nahezu alle jungen Haupt- und Förderschülerinnen und -schüler ab der 7. Jahrgangsstufe eine systematisch angelegte Berufsorientierung erfahren. Gegen Ende der 7. Jahrgangsstufe wird diesen im Rahmen des BMBF-Programms „Bildungskette Potenzialanalyse“ die Möglichkeit geboten, ihre Neigungen und Fähigkeiten zu entdecken. Über die Potenzialanalyse lassen sich diejenigen Schülerinnen und Schüler identifizieren, bei denen die Gefahr besteht, dass sie den erfolgreichen Hauptschulabschluss nicht erreichen. Ihnen wird eine Berufseinstiegsbegleitung (ca. 300 Plätze in Nürnberg) angeboten. Über das BMBF-Programm Bildungskette sollen im Anschluss an die Potenzialanalyse möglichst viele Schülerinnen und Schüler eine praktische Berufsorientierung in Werkstätten erfahren: Nahezu alle Jugendlichen an Haupt- und Förderschulen können in der 8. Jahrgangsstufe ihre beruflichen Neigungen und Interessen in einem mindestens 65 Stunden dauernden Modul in mindestens drei Berufsfeldern in überbetrieblichen Werkstätten erkunden und vertiefen. Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer bieten darüber hinaus seit längerem allen Hauptschülerinnen und Hauptschülern der 8. bzw. 9. Klassen einen kostenlosen, umfangreichen Kompetenzcheck an, der die Berufswahlorientierung erleichtert. Die an Berufsorientierungsmodulen ausgerichteten Schulprogramme (acht Module im Rahmen der erweiterten vertieften Berufsorientierung der Arbeitsagentur und des Kultusministeriums) sollen Schulen die Möglichkeit geben, individuelle Wege einzuschlagen und ihr Profil zu schärfen. Teil der vertieften Berufsorientierung nach § 33 SGB III ist das von Arbeitsagentur, Stadt Nürnberg und Kultusministerium gemeinsam finanzierte Angebot SCHLAU, das rund 500 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe an Hauptschulen bei einer Bewerbung um einen dualen Ausbildungsplatz oder ein anderes weiterqualifizierendes Ausbildungsangebot unterstützt. In Ergänzung zur

Berufsorientierung bietet das städtische Angebot Quapo schulische Unterstützung für 220 leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler an. Die Kompetenzagentur hat die Aufgabe, Jugendliche mit erheblichen Startschwierigkeiten nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule an die berufliche Ausbildung heranzuführen.

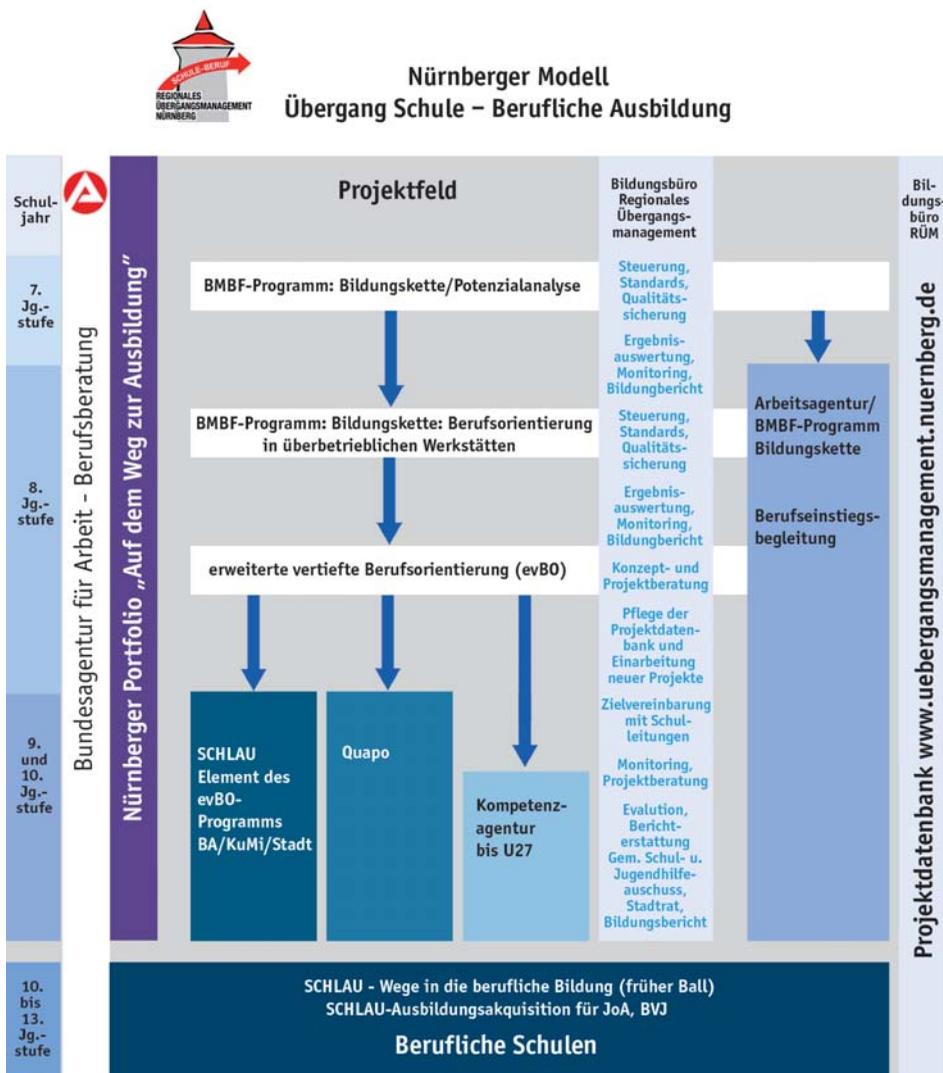


Abb. E-18:
Nürnberger Modell
Übergang Schule – Berufliche
Ausbildung

7. Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen

Nürnberg ist ein wichtiger Berufsschulstandort und fungiert in der beruflichen Bildung als Dienstleistungszentrum für Nordbayern. Der weitere Ausbau der Angebote hat diese Funktion und die daraus resultierenden Anforderungen zu berücksichtigen. Insbesondere in den Bereichen der nicht sprengelgebundenen Angebote wie Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen und Fachakademien muss die Attraktivität im Sinne einer überregionalen Fachkräftesicherung durch eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung gewahrt und gefördert werden. Wegen des zu erwartenden Bevölkerungsrückganges in der Metropolregion gilt es, zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Nürnberg und der Region, möglichst allen jungen Menschen in der Stadt den Einstieg in die berufliche Bildung zu ermöglichen. Die Forderung nach Bildungsgerechtigkeit und Benachteiligtenförderung steht damit im Einklang mit der Forderung nach Qualifizierung und Sicherstellung eines zukunftsfähigen Fachkräfteangebots.

Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Auszubildenden in den nächsten Jahren steigen wird. Gesucht werden dürften vor allem junge Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen. Nicht nur die berufliche Bildung in Nürnberg muss mit diesen steigenden Ansprüchen der Wirtschaft an die Qualifikation der Schulabsolventen rechnen.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich folgende Handlungsempfehlungen:

- ▶ Mit der verstärkten Nachfrage nach Ausbildungsplatzbewerbern mit höheren Bildungsabschlüssen ist die Gefahr verbunden, dass die Schere zwischen gut qualifizierten und ausbildungsreifen Jugendlichen und jener beachtlichen Zahl von Jugendlichen, die Probleme beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung haben, weiter auseinandergeht. Letztere könnten – ungeachtet ihrer Binnendifferenzierung in sozial Benachteiligte, junge Menschen mit Migrationshintergrund, Leistungsschwache, Behinderte und Schulabgänger mit besonderen Problemen wie Delinquenz oder Sucht – künftig im negativen Sinne kollektiv als „Bildungsverlierer“ wahrgenommen werden und damit tendenziell einer verstärkten Ausgrenzung ausgesetzt sein. Eine an den Interessen der Jugendlichen ausgerichtete und sie in ihrer Entwicklung weder über- noch unterfordernde sensible und differenzierte Berufsorientierung einschließlich der Unterstützung im Bewerbungsprozess und bei der schulischen Qualifizierung sowie ein engagiertes Übergangsmanagement sind präventiv einzusetzen und unerlässlich.
- ▶ Der im bayerischen Vergleich hohe Wert für Abgänger aus dem Schulsystem ohne Hauptschulabschluss belegt eine nicht hinnehmbare Größenordnung absoluter Bildungsarmut. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese jungen Menschen kaum Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben. Vieles deutet darauf hin, dass diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen relativ lange im Übergangssystem bleiben werden, langfristig auf Transferleistungen angewiesen sind und vermutlich kaum Weiterbildungsbereitschaft zeigen. Dieser Befund massiver Bildungsarmut in Nürnberg weist zurück auf den in den vorangegangenen Kapiteln festgestellten Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Die Herausforderung in diesem Punkt richtet sich sowohl an das allgemeinbildende wie an das berufliche Schulwesen. Für die Berufliche Bildung gilt es anzufügen, dass eine kontinuierliche

Verbleibsuntersuchung dieser Jugendlichen erst noch zu leisten ist. Auf Basis der hierbei gewonnen Befunde kann für die Jugendlichen ein Förderkonzept entwickelt werden, das individuelle Kompetenzentwicklung und Hilfen zum Erwerb eines Schulabschlusses sinnvoll koppelt.

- ▶ Die aktuelle wissenschaftliche und bildungspolitische Diskussion nennt drei Bausteine für ein verbessertes System zur Sicherung eines Berufsabschlusses für alle Jugendlichen: a) Die konsequente und pädagogisch verantwortete Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen einschließlich eines funktionalen Übergangsmangements; b) ein leistungsdifferenziertes, flexibilisiertes und aufnahmeoffenes Ausbildungssystem; und c) eine Berufsvorbereitung für alle Jugendlichen, die nicht ausbildungsreif sind, versehen mit der Garantie einer anschließenden Ausbildungsmöglichkeit. Während zu den Optionen a) und b) in Nürnberg bereits ein hochdifferenziertes Fördersystem existiert, liegen hinsichtlich einer Umsetzung der beruflichen Ausbildungsgarantie auch in anderen Städten oder Bundesländern bisher kaum praktische Erfahrungen vor. Es ist zu prüfen, ob über die in Nürnberg bereits bestehenden Ansätze der Integration in die berufliche Berufsausbildung hinaus durch die Einführung neuer Instrumente im Rahmen der auch vom Bund betriebenen Flexibilisierung der Berufsausbildungen Verbesserungen erzielt werden können.
- ▶ Effektive Steuerung bedarf differenzierter Informationen. Die Datenlage im Bereich der Beruflichen Bildung wird zurzeit durch unterschiedliche Erhebungsverfahren und -zyklen behindert. Die im Bericht diskutierten Probleme unterschiedlich definierter Indikatoren, erreichbarer Daten und stark variierender Bezugsgrößen sind zu benennen und für eine Reform der Datenerhebung im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ den maßgeblichen Stellen mitzuteilen.
- ▶ Die UN-Behindertenrechtskonvention hat mit hoher Sicherheit auch für die Fördersysteme für Menschen mit Behinderungen erhebliche Konsequenzen. Diese gilt es zu untersuchen und zu benennen.

¹ Katrin Hoeckel, Robert Schwartz, Lernen für die Arbeitswelt. OECD-Studien zur Berufsbildung, Deutschland 2010, S. 5f.

² Ähnlich argumentiert der Berufsbildungsbericht 2011: Das Berufsausbildungssystem in Deutschland „ist attraktiv, vermittelt hochwertige berufliche Handlungskompetenz und Qualifikation, es schafft hohe Übergangsquoten in den Arbeitsmarkt und damit eine vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit – eindeutige Vorzüge gegenüber anderen Berufsbildungssystemen“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berufsbildungsbericht 2011, Berlin 2011, S. 6).

³ Jutta Allmendinger, Johannes Giesecke, Dirk Oberschachtsiek, Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte, Gütersloh 2011.

⁴ Die Nürnberger Angebote des „zweiten Bildungswegs“, d. h. Bildungsangebote für Menschen, die nach ihrer eigentlichen Schulzeit weitere Abschlüsse machen wollen oder die den angestrebten Schulabschluss nicht an der Regelschule erworben haben, werden im Teilbericht G: Weiterbildung der städtischen Bildungsberichterstattung (Erstellung 2012) behandelt. Zu den Angeboten des „zweiten Bildungswegs“ gehören in Nürnberg unter anderem die Abendreal- schule, das Hermann-Kesten-Kolleg und Qualifizierungsmaßnahmen wie die „Zweite Chance“ beim Bildungszentrum (Erfolgreicher und Qualifizierender Hauptschulabschluss) der Stadt Nürnberg.

⁵ BMBF, Berufsbildungsbericht 2011, S. 5.

⁶ Allerdings ist die Ausbildungsförderung an Altersgrenzen gebunden. Grundsätzlich kann nicht gefördert werden, wer zu Beginn des Ausbildungsabschnitts schon das 30. (bei Masterstudiengängen das 35.) Lebensjahr vollendet hat. Die Grundregel und Ausnahmen werden auf der Internetseite <http://www.das-neue-bafoeg.de> des BMBF beschrieben.

⁷ Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2006, Bielefeld 2006, S. 85-87; Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2008, Bielefeld 2008, S. 100-103; Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 105f.; Ursula Beicht, Michael Friedrich, Joachim Ulrich (Hg.), Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen, Bielefeld 2008, S. 31f.; vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hg.), Bildungsrisiken und -chancen im Globalisierungsprozess. Jahresgutachten 2008, Wiesbaden 2008, S. 28; vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hg.), Bildungsreform 2000 – 2010 – 2020, Jahresgutachten 2011, Wiesbaden 2011, S. 113f.

⁸ Vgl. die Empfehlungen in den beiden Jahresgutachten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.: vbw (Hg.), Bildungsrisiken, Jahresgutachten 2008; vbw (Hg.), Bildungsreform, Jahresgutachten 2011;

vgl. Hans-Peter Blossfeld, Übergang Schule – Beruf. Einflussfaktoren, Wirkungen und Strategien, Vortrag auf der 1. Nürnberger Bildungskonferenz 2009, Zusammenfassung in: Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro, Regionales Übergangsmanagement Nürnberg, Newsletter 02, Nürnberg 2009, S. 3-7.

⁹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2006, Bielefeld 2006, S. 95; Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2008, Bielefeld 2008, S. 79.

¹⁰ Werte für neu abgeschlossene duale Ausbildungsverträge in Deutschland zum Vergleich in: Statistisches Bundesamt, Bildung und Kultur, Berufliche Bildung 2009, Wiesbaden 2010, S. 21.

¹¹ Vgl. die gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses des BIB zum Berufsbildungsbericht 2010: Bundesinstitut für Berufsbildung, Gemeinsame Stellungnahme, Bonn 2010; vbw (Hg.), Bildungsreform, S. 113.

¹² vbw (Hg.), Bildungsreform, S. 113, 116f.

¹³ Für Gastschülerinnen und -schüler werden vom Schulort dem Wohn- bzw. Ausbildungsort Gastschulbeiträge in Rechnung gestellt.

¹⁴ Damit ergibt sich die Möglichkeit einer pädagogischen Einflussnahme und der gezielten Berufsvorbereitung. Kritisch anzumerken ist, dass die Schulpflicht bei jungen Menschen, die nach zehn Schuljahren die Schule (ohne einen allgemeinbildenden Abschluss) verlassen und keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, nicht mehr greift. Damit gibt es keine gesetzliche Grundlage für eine pädagogische Einflussnahme.

¹⁵ Vgl. Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro, Teilbericht D1 Allgemeinbildende Schulen, <http://www.lernenvorort-nuernberg.de/aktuelles/publikationen/bildungsbericht/>, letzter Zugriff am 21.7.2011. Schulabgänger ohne Abschluss nach der KMK-Definition.

¹⁶ Vgl. Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro, Teilbericht D1 Allgemeinbildende Schulen, <http://www.lernenvorort-nuernberg.de/aktuelles/publikationen/bildungsbericht/>, letzter Zugriff am 21.7.2011. Bei den fehlenden Prozenten handelt es sich um Fälle, die derzeit nicht geklärt werden können.

¹⁷ Im Übergangssystem befinden sich auch Personen, die Maßnahmen der betrieblichen Einstiegsqualifizierung (EQ) erhalten und für deren Teilnahme keine Beschränkungen hinsichtlich der schulischen Vorbildung vorliegen. Unter die Schülerinnen und Schüler, die mit einer höheren schulischen Vorbildung (mittlerer Schulabschluss, (fachgebundene) Fach- oder Hochschulreife) in das Übergangssystem eintreten, fallen größtenteils solche in EQ-Maßnahmen sowie einige wenige im Berufsgrundbildungsjahr.

¹⁸ Zur Definition siehe Kapitel A, Punkt 2.3.2

¹⁹ BMBF, Berufsbildungsbericht 2010, Berlin 2010, S. 18.

²⁰ BMBF, Berufsbildungsbericht 2010, Berlin 2010, S. 18; Beicht u. a. (Hg.), Ausbildungschancen, S. 297-299.

²¹ Definition „Absolvent“ nach Kultusministerkonferenz der Länder, Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2008 (2); Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Schulstatistik 2008/09.

²² Vgl. BIBB, Angebots-Nachfrage-Relationen, Bonn 2010.

²³ Darin sind die Bundesagentur für Arbeit (BA), das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), das Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft (bbw) e. V. sowie weitere Fachleute vertreten.

²⁴ Bundesagentur für Arbeit (Hg.), Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife, Nürnberg 2006.

²⁵ Vgl. BIBB, Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011, Bonn 2011.

²⁶ Vgl. BMBF, Berufsbildungsbericht 2010, Bonn 2010, S. 29; BIBB, Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010, Bonn 2010, S. 174 ff.; Klaus Schöngen, Ausbildungsvertrag gelöst = Ausbildung abgebrochen? Ergebnisse einer Befragung, in: BWP, Heft 5/2003, S. 37.

²⁷ Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Berufsbildungsstatistik 2008.

²⁸ Die Lösungsquote wird zurzeit vom Bayerischen Landesamt ermittelt.

²⁹ Schöngen, Ausbildungsvertrag, S. 36f.

³⁰ Etwa 20% der Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren in Nürnberg besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Einwohnermelderegister 2010.

³¹ Ohne städtische Fachoberschule und Berufsoberschule sowie staatliche Fachoberschule und Berufsoberschule.

³² Neun Berufsschulen, zwölf Berufsfachschulen, vier Berufsfachschulen des Gesundheitswesens, fünf Fachschulen, drei Fachakademien (Stand: Schuljahr 2009/10). Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Schulstatistik 2009/10.

³³ Eine Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung, 18 Berufsfachschulen, 17 Berufsfachschulen des Gesundheitswesens, zwei Fachschulen und drei Fachakademien (Stand: Schuljahr 2009/10). Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Schulstatistik 2009/10.

³⁴ Inkl. Wirtschaftsschule, Fachoberschule und Berufsoberschule.

³⁵ Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass sich die hier angewandten Definitionen des Migrationshintergrundes in der amtlichen Schulstatistik und der Einwohnerstatistik (Definition anhand von MigraPro) unterscheiden und deshalb nicht absolut vergleichbar sind. Ein grundsätzliches Problem besteht darin, dass die in der amtlichen Schulstatistik enthaltenen Merkmale zur Erfassung des Migrationshintergrundes teilweise von denen abweichen, die im Melderegister zur Definition des Migrationshintergrundes mit MigraPro verwendet werden (Gleiches gilt für die Kinder- und Jugendhilfestatistik.). Aufgrund dessen weicht die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der amtlichen Schulstatistik von der Anzahl der anhand des Melderegisters erfassten Personen mit Migrationshintergrund ab. Dies führt im Ergebnis dazu, dass laut Melderegister die Anzahl junger Menschen mit Migrationshintergrund höher ist als die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.

³⁶ Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2006, S. 79; Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010, S. 100; BMBF, Berufsbildungsbericht 2011, S. 40.

³⁷ Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.), Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt, Gütersloh 2008; Stadt Nürnberg, Regionales Übergangsmanagement, S. 9f.

³⁸ Beicht u. a. (Hg.), Ausbildungschancen, S. 291.

³⁹ Ausführliche Informationen unter http://www.arbeitsagentur.de/nn_26268/zentraler-Content/A05-Beruf-Qualifizierung/A051-Jugendliche/Allgemein/Berufsvorbereitende-Bildungsmassnahmen.html, letzter Zugriff am 21.7.2011. Unter der gleichen Internetadresse findet sich das Fachkonzept für berufsvorbereitende Maßnahmen der Arbeitsagentur.

⁴⁰ Quelle: Agentur für Arbeit Nürnberg, 2011.

⁴¹ Ohne Quabi (weitere Erläuterungen unter Definitionen **D**), der in den Hauptschulen ausgestellt wird, an denen der qualifizierende Hauptschulabschluss erteilt wurde, und der statistisch nicht erfasst wird.

⁴² Jutta Allmendinger, Stephan Leibfried, Bildungsarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22, 2003, S. 13; vgl. auch Heinz-Elmar Tenorth, Bildungsarmut als Herausforderung, in: Ute Lange u. a. (Hg.), Steuerungsprobleme im Bildungswesen, Wiesbaden 2009, S. 158; Wolfgang Edelstein, Schule als Armutsfalle. Wie lange noch?, in: Bernd Overwien, Annedore Pregel (Hg.), Soziale Ungleichheit im Bildungssystem, Konstanz 2007, S. 123-133.

⁴³ BMBF, Berufsbildungsbericht 2011, S. 36.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Schlussbetrachtung

„Bildung in Nürnberg 2011“ ist die erste umfassende Darstellung des Nürnberger Bildungswesens. Die Ausführungen orientieren sich am Nationalen Bildungsbericht und sind fortschreibungsfähig angelegt. Geplant ist, im Abstand von rund zwei Jahren weitere Berichte zu präsentieren, die neben den Kernindikatoren neue Informationen zu den verschiedenen Bereichen, zu aktuellen Entwicklungen und übergreifenden Aspekten des Bildungswesens vorlegen. Für den Bericht „Bildung in Nürnberg 2013“ sind als Schwerpunkte die Themen „Weiterbildung“, „Hochschulen“ und „Kulturelle Bildung“ vorgesehen.

Methodisch verbinden sich insbesondere mit dem letztgenannten Thema erhebliche Herausforderungen, da aussagekräftige Indikatoren für das non-formale und informelle Lernen häufig erst noch entwickelt werden müssen und Daten, soweit zurzeit überhaupt verfügbar, häufig nur in Form von weit gestreuten Geschäftsstatistiken vorliegen. Zusätzlich zu den amtlichen Statistiken und Geschäftsstatistiken werden deshalb die Ergebnisse der vom Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth noch durchzuführenden freiwilligen Wohnungs- und Haushaltsbefragungen „Leben in Nürnberg“ von großem Interesse sein. Auf allen Gebieten kommt der Einbeziehung von nichtstädtischen Partnern eine entscheidende Bedeutung zu.

Bildungspolitische und pädagogische Entwicklungen sind insbesondere bei der inklusiven Bildung zu erwarten, die „durch eine Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen nach und nach“ bei einem „grundsätzlich gleichberechtigten Zugang zur allgemeinen Schule vor Ort“ verwirklicht werden soll.¹ Noch ist nicht abzuschätzen, welche neuen pädagogischen Konzepte das Land mit dem in der UN-Behindertenrechtskonvention enthaltenen Auftrag vorlegen wird. Diese neuen Entwicklungen werden in einem eigenen Kapitel im Bericht „Bildung in Nürnberg 2013“ aufgegriffen werden.

Welches sind die wichtigsten Befunde des vorliegenden Berichts „Bildung in Nürnberg 2011“?

Der erste Nürnberger Bildungsbericht zeigt in **Kapitel A „Bildung im Spannungsfeld aktueller Rahmenbedingungen“**, dass Bildung Teil eines sich dynamisch verändernden Bedingungsgefüges ist. Exogene Faktoren tragen an das Bildungssystem nicht nur spezifische Herausforderungen heran, sondern setzen den Handlungsmöglichkeiten auch Grenzen. Zu diesen Faktoren zählen vor allem die demografischen und wirtschaftlichen Megatrends, der sich vollziehende Strukturwandel vor Ort, das konjunkturbedingt sich verändernde Steueraufkommen sowie die Internationalisierung der Stadtgesellschaft, einhergehend mit einem nachhaltigen Wandel der Familienformen und Lebenslagen.

Der Bericht gelangt zu der Feststellung, dass ein Aspekt des generellen demografischen Trends – die deutliche Zunahme an älteren Menschen – auch in Nürnberg wirksam ist. Andere Aspekte bilden sich in Nürnberg jedoch nicht in gleicher Weise ab. Anders als in vielen Regionen und großen Städten Deutschlands ist die Geburtenrate in Nürnberg nicht rückläufig, sondern seit vielen Jahren stabil. Durch den positiven Wanderungssaldo – so die Vorausberechnung – wird die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner auch noch in den nächsten Jahren moderat wachsen.

Große Herausforderungen ergeben sich dem Bericht zufolge aus den Internationalisierungs- und Globalisierungstrends. Nürnberg gehört mit einem Anteil von gut einem Drittel an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund unter diesem Gesichtspunkt zur Spitzengruppe unter den deutschen Großstädten. Menschen aus vielen Herkunftsnationen bereichern die Stadt, und Bildung erfüllt die wichtige Funktion, das interkulturelle Verständnis zu stärken und für ein tolerantes Miteinander zu werben. Die Wirtschaft wiederum hat auf die Anforderungen der Globalisierung reagiert und kann, was den Strukturwandel betrifft, positive Entwicklungen verzeichnen. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem in den sekundären Dienstleistungsberufen wurden geschaffen. Als Folge steigt der Bedarf an Personen mit Hochschulausbildung weiter an, während die Nachfrage nach Geringqualifizierten abnimmt. Bei den strukturellen Planungen wird der Bildungssektor diese Verschiebung im Auge behalten müssen. Nürnberg hat dank der robusten Mischung von Industrieproduktion, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe mit einem hohen Anteil an mittelständischen Unternehmen die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 vergleichsweise gut überstanden. Auch die Steuereinnahmen fallen seit 2009 wieder etwas günstiger aus. Trotz solcher positiven Entwicklungen darf indes nicht vernachlässigt werden, dass die strukturellen Probleme der Arbeitsmarktregion Nürnberg fortbestehen. Von der deutlich über dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote sind auch überproportional viele junge Menschen unter 25 Jahren betroffen. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene ohne Hauptschul- oder Ausbildungsabschluss finden nur sehr schwer den Zugang zur Erwerbstätigkeit. Besonders schwerwiegend ist der Befund, dass sich die Arbeitslosigkeit in Nürnberg bei den schlecht ausgebildeten Langzeitarbeitslosen in den letzten Jahren eher noch verfestigt hat. Auffällig ist auch die Familien- und Haushaltsentwicklung in Nürnberg. Bei etwa der Hälfte aller Nürnberger Haushalte handelt es sich dem Bericht zufolge um Singlehaushalte, während gerade das Armutsrisiko von Familien mit Kindern, insbesondere von Alleinerziehenden, groß ist.

Kapitel B liefert „**Grundinformationen zur Bildung**“ in Nürnberg. Ausgehend von einer erweiterten Begriffsbestimmung, die über die „Schulbildung“ in Richtung „Bildung im Lebenslauf“ hinausgeht, wird das Bildungssystem in Nürnberg skizziert. Mit der Orientierung an der Bildungsbiografie vergrößert sich nicht nur das Spektrum der nachgefragten Bil-

dungsangebote bzw. derer, die diese bereitstellen. Vielmehr wird auch die Rolle der Kommune, die auf den meisten Feldern aktiv ist, neu bestimmt als ein neben Bund und Land weiterer maßgeblicher Akteur.

Als Indikator für die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems wird in diesem Kapitel der höchste erreichte allgemeinbildende oder berufliche Bildungsabschluss herangezogen. Nürnberg kann, werden die Jahre 2003 und 2009 verglichen, einen merklichen Anstieg an Einwohnern mit einem Hochschulabschluss verbuchen, wenn auch der Zuwachs geringer als in Augsburg und besonders München ausfällt. Allerdings wird auch deutlich, dass dieses Anwachsen des Qualifikationsniveaus nicht mit dem steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften und Hochschulabsolventen gleichziehen kann. Eine bis 2020 erforderliche Steigerung auf dieser Qualifikationsebene ist – das weisen die heutigen, dafür relevanten Schülerzahlen der 7. und 8. Klassen des Gymnasiums aus – ohne die ebenfalls für eine Hochschulzugangsberechtigung qualifizierenden Angebote der beruflichen Bildung sowie einen Zuzug Hochqualifizierter kaum zu schaffen.

In diesem Kapitel beschreitet „Bildung in Nürnberg 2011“ Neuland bei der Darstellung der Bildungsausgaben auf kommunaler Ebene. Zwar muss sich die Betrachtung aufgrund der Datenlagen auf die Erfassung der städtischen Einnahmen und Ausgaben beschränken, aber trotzdem erfolgt beispielsweise der Nachweis, dass die investiven Ausgaben für alle Bereiche der Bildung gut 36% des Investitionsprogramms der Stadt betragen. Wenn auch Vergleichszahlen mit dem Land oder anderen Kommunen an dieser Stelle nicht vorliegen, unterstreicht diese substanzielle Quote den Anspruch der Verantwortlichen der Stadt, Bildung als Zukunftsaufgabe zu betrachten und prioritär mit erheblichen finanziellen Mitteln auszustatten.

Der **„Frühkindlichen Bildung“ (Kapitel C)** kommt in Nürnberg seit Jahren erhöhte Aufmerksamkeit zu. Die ersten Lebensjahre des Kindes gelten als besonders sensible Phase, in der die „Lernfenster“ weit geöffnet sind und die Grundlagen für die kognitive und sozial-emotionale Entwicklung gelegt werden. Der Bericht weist nach, dass rund ein Viertel aller Kinder im Vorschulalter in Bedarfsgemeinschaften aufwächst und auf SGB II-Leistungen angewiesen ist. Unter dem Gesichtspunkt Bildungsgerechtigkeit ergeben sich für die Bildungsangebote für Kinder unter sechs Jahren und eine maßgeschneiderte Förderstruktur erhebliche Konsequenzen.

Die Studie zeigt, dass Kinder im ersten Lebensjahr kaum außerhalb der Familie betreut werden. Alle verfügbaren Daten weisen jedoch darauf hin, dass – um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten – die Ausbaumaßnahmen von Krippen- und Betreuungsplätzen für Kinder bis zu drei Jahren die von Bund, Ländern und Kommunen für das Jahr 2013 gelegte Messlatte von 35% Betreuungsquote erreichen werden. Darüber hinaus

wird mithilfe der Schuleingangsuntersuchungen belegt, dass nahezu alle Nürnberger Kinder im letzten Jahr vor der Grundschule eine Kindertageseinrichtung besuchen. Differenzierte Auskunft über die Art der Nutzung liefern die ausgewerteten Besuchsstatistiken. Sie liefern Hinweise darauf, dass Kinder mit Migrationshintergrund später, dann aber mit einer längeren täglichen Nutzungszeit, dieses Bildungsangebot in Anspruch nehmen. Dieser Befund bedarf künftig einer erhöhten Aufmerksamkeit und eventueller Interventionen, da der Anteil von Kindern unter sechs Jahren mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren stark angestiegen ist und im Jahr 2010 gut 60% betrug. Zudem lässt sich aus der erhöhten Zahl von Klassenwiederholungen von Grundschulkindern mit Migrationshintergrund ablesen, dass der Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule noch besser vorbereitet werden muss.

Der Bericht legt auch Konsequenzen für die Qualitätsentwicklung von Kinderkrippen und Kindergärten nahe. Insbesondere der Anteil des akademisch gebildeten Fachpersonals in diesen Bildungsstätten ist – wie auch andernorts – sehr gering und der Anteil von Pflegekräften hoch. Die Annäherung der Quoten von männlichem und weiblichem Personal bleibt ein Fernziel, ebenso verlangt die Erhöhung des Anteils von pädagogischen Fachkräften mit Migrationshintergrund verstärkte Aufmerksamkeit. Der Bericht verweist an dieser Stelle auf die bereits erfolgte Einrichtung von Familienzentren und „Orten für Familien“ zur niedrigschwelligen Ansprache von Eltern und Kindern vor allem in Wohnquartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf und empfiehlt den weiteren Ausbau. Es wird aber auch deutlich, dass ein strategisch angelegtes Übergangsmangement vom Kindergarten in die Grundschule noch in den Anfängen steckt. Angesichts der gegenüber der bayerischen Quote hohen Zahl an Wiederholungen in den ersten beiden Grundschulklassen empfiehlt es sich, die Ausweitung der erfolgreich erprobten flexiblen Eingangsklassen als weiteres Element zur Steigerung des Bildungserfolgs aller Kinder in Nürnberg voranzutreiben.

Mit **Kapitel D1 „Allgemeinbildende Schulen“** rücken Fragen nach Schulleistungen und Schulerfolg in den Fokus der Untersuchung. Insbesondere der Übergang von der Grundschule in eine der weiterführenden Schularten des hochdifferenzierten bayerischen Schulwesens ist für den Bericht von Interesse, da er von der Wissenschaft übereinstimmend als eine entscheidende Gelenkstelle für Bildungskarrieren gewertet wird. Die Untersuchung verweist auf den kräftigen und anhaltenden Trend hin zu den höher qualifizierenden Schularten. Die vom Kultusministerium jüngst angekündigten Maßnahmen zur Erleichterung des Übergangs bei gleichzeitiger Stärkung der Elternentscheidung dürften diese Tendenz in Nürnberg noch weiter verstärken. Durch die mit dem Besuch eines Gymnasiums oder einer Realschule einhergehende Verlängerung der Schulzeit über die neunjährige Schulpflicht hinaus bei nahezu konstanten Einschulungswerten steigen, wie der Bericht hervorhebt, die Schülerzahlen und damit die Anforderungen an Lehrpersonal sowie Raum- und Sachressourcen. Zugleich

weist der Nürnberger Bildungsbericht nach, dass der Übertritt ans Gymnasium eher Kindern aus Stadtteilen mit vergleichsweise hohem Einkommen gelingt, während sich Kinder aus benachteiligten Quartieren häufiger in der Hauptschule wiederfinden. Für den Bildungsbericht 2013 ist deshalb eine sozialräumlich orientierte Auswertung der Schuleingangsuntersuchungen des Gesundheitsamts vorgesehen, anhand der geprüft werden soll, ob auch an der Schwelle vom Kindergarten in die Grundschule ein Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg feststellbar ist.

Neben den Übertritten auf die weiterführenden Schulen nimmt der Bericht die Übergänge (sogenannte Auf- und Abstiege) zwischen den verschiedenen Schularten des Sekundarbereichs I unter die Lupe. Bei einem Großteil der Aufstiege handelt es sich um nachgeholte, d. h. korrigierende Schulartentscheidungen. Dies unterstreicht einmal mehr die weichenstellende Bedeutung der Übertrittsentscheidung am Ende der Grundschule für die gesamte Bildungskarriere. Die sogenannten Abstiege fallen überwiegend mit dem Nichterreichen von Klassenzielen zusammen und betreffen vor allem das Gymnasium, das Schülerinnen und Schüler an Realschulen und Hauptschulen abgibt. Am stärksten tangiert von der nachträglichen Mobilität sind die Realschulen. Ihrer „Mittellage“ ist es geschuldet, dass sie den Großteil der verzögerten Aufstiege und den Großteil der erzwungenen Abstiege pädagogisch und organisatorisch zu bewältigen haben. Nürnberg gehört im landesweiten Vergleich zu den Kommunen mit den höchsten Anteilen an Klassenwiederholungen in allen Schularten. Der Nürnberger Bildungsbericht legt eine differenzierte Betrachtung der Wiederholerquoten vor, indem er die Klassenwiederholungen aufgrund von Nichtversetzung gesondert ausweist. Die durch Klassenwiederholungen verursachten Kosten für die Betroffenen und ihre Familien, aber auch die öffentliche Hand, sind beträchtlich.² Der Bericht legt nahe, präventive Fördermaßnahmen durch eine Umsteuerung der Ressourcen noch stärker als bisher ins Auge zu fassen.

Die statistischen Auswertungen von Schulerfolg, gemessen an den erreichten Zertifikaten von Schulabgängern und Absolventen, fördert eine weitere Herausforderung zutage. Mit 11,1% Abgängern ohne einen zertifizierten Schulabschluss werden im Bundes- und Landesvergleich überproportional viele junge Menschen aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen. Auf sie trifft das Prädikat „absolute Bildungsarmut“ zu, da sogar ein vom Bund 2008 geforderter Mindeststandard, nämlich der erfolgreiche Hauptschulabschluss, nicht erlangt wird. Dieser Befund ist alarmierend, denn es ist davon auszugehen, dass diese „absolute Bildungsarmut“ mit einer ausgedehnteren „relativen Bildungsarmut“ einhergeht, d. h. einer Armut an Grundkompetenzen, von denen auch noch ein Teil der Schulabsolventen mit dem Zertifikat „erfolgreicher Hauptschulabschluss“ behaftet ist. Dieser hohe Anteil von jungen Menschen ohne oder mit geringem Schulerfolg lenkt den Blick zurück auf die im Zentrum der aktuellen bildungspolitischen Diskussionen stehende Frage nach der Qualität der Schülerleistungen und damit des Schulwesens. Die Ergebnisse der Orientierungs- und

Vergleichsarbeiten in den Jahrgangsstufen 2 und 3 (VERA) im Schuljahr 2007/08 belegen für Nürnberg einen hohen Anteil an Kindern, die über das Kompetenzniveau 1 – „Grundlegende Fähigkeiten“ – nicht hinauskommen. Ohne weiteren Untersuchungen vorgreifen zu wollen, legen die unterdurchschnittlichen Nürnberger Resultate bei VERA, die überdurchschnittliche Anzahl an Klassenwiederholungen und die hohe Zahl an Schulabgängern ohne Schulabschluss oder mit maximal Hauptschulabschluss in Nürnberg nahe, dass bereits in der Grundschule diagnostizierte Kompetenzdefizite nicht wirklich aufgearbeitet, sondern mitgeschleppt werden und sich kumulieren. Dies bedeutet eine Belastung für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Familien, die Lehrkräfte und die Schulgemeinschaften.

Das Ergebnis legt nahe, dass Schule in ihrer derzeitigen Verfasstheit nicht hinreichend ausgestattet ist, um die Wirksamkeit von (mitgebrachter) sozialer Ungleichheit im Bildungszusammenhang zu minimieren, Bildungserfolg ungeachtet von sozialer Herkunft zu ermöglichen und so den Anspruch von Bildungsgerechtigkeit einzulösen. Und es könnte auch sein, dass sowohl eine angemessen ausgestattete, rhythmisierte Ganztagsbildung als auch weitere pädagogische Maßnahmen wie der verstärkte Einsatz von Jugendsozialarbeit an Schulen und Unterricht an außerschulischen Lernorten umgesetzt werden müssen, um in vollem Umfang kompensatorisch wirken zu können. Diese Fragen kann ein Bildungsbericht allein nicht beantworten. Gleichwohl hat ein Bildungsbericht die Pflicht, auf die sich aus den Daten ergebenden Zusammenhänge hinzuweisen und zur Diskussion über die Ergebnisse der Berichterstattung aufzurufen.

Mit der Voruntersuchung **D 2 „Non-formale Lernwelten im Schulalter“** betritt der Bildungsbericht noch weitgehend unbearbeitetes Terrain. An Beispielen wird untersucht, in welchen Bereichen Schulen und Kindertageseinrichtungen einen Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen organisieren und auf welche Weise diese Einrichtungen und Kulturvermittler Kinder und Jugendliche ansprechen, um das Interesse an kultureller Bildung zu stimulieren. Erneut wird deutlich, dass Kinder von Eltern mit geringem Einkommen Angebote non-formaler Bildung in nur geringem Maße annehmen. Oftmals sind diese Angebote nicht hinreichend bekannt, in vielen Fällen aber auch zu kostspielig oder von den Nutzungsgewohnheiten zu weit entfernt, um Interesse wecken zu können. Eine vertiefende Untersuchung ist im Rahmen der Bildungsberichterstattung in Nürnberg für das Jahr 2012 vorgesehen. Nach dem ersten Erprobungsjahr des Bildungs- und Teilhabepakets wird zu untersuchen sein, inwieweit über dieses Programm der Bundesregierung neue Zugänge zum Bildungsgeschehen für benachteiligte Kinder und Jugendliche eröffnet werden und die verbesserte Teilhabe gewährleistet ist.

Kapitel E „Berufliche Bildung“ zeigt Nürnberg als einen weit in die Region ausstrahlenden Berufsschulstandort mit Dienstleistungsfunktion. Der Bericht weist nach, dass eine erheb-

liche Zahl junger Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren nach Nürnberg zieht, um eine Ausbildung aufzunehmen oder in die Erwerbstätigkeit einzutreten. Die demografische Entwicklung legt indes die Frage nahe, ob der für die vergangenen Jahrzehnte ausgewiesene Zuzug aus der Region künftig in gleichem Umfang stattfinden wird. Der Bericht regt deshalb an, zur Deckung des Fachkräftebedarfs verstärkt die in der Stadt selbst vorzufindenden Bildungspotenziale auszuschöpfen. Dies ist aber nicht zu leisten ohne die konsequente Förderung auch von sozial benachteiligten Menschen, deren Chancen auf Bildungserfolg nachgewiesenermaßen geringer sind als derjenigen aus gut situiertem Elternhaus.

Der Bildungsbericht macht auch deutlich, dass es dem Nürnberger Berufsausbildungssystem unterhalb der Hochschulebene gelingt, einer sehr großen Zahl an Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Berufsausbildung und damit der Wirtschaft ein großes Reservoir an Fachkräften zu vermitteln. Bei der Einfädelerung von Hauptschulabsolventen zeigen die in die Curricula der Schulen eingebundenen Maßnahmen zur Berufsorientierung von Arbeitsagentur, Kammern, Unternehmen, des ehrenamtlichen Engagements und auch das städtische Übergangsmanagement positive Wirkung. Nach den vorliegenden Daten werden in Nürnberg weniger Ausbildungsverträge gelöst als anderswo, und es werden höhere Abschlussquoten bei der dualen Ausbildung erreicht als in Bayern und im Bund. Deutlich wird, dass die an den beruflichen Schulen verliehenen allgemeinbildenden Abschlüsse die Gesamtbilanz des Schulwesens wesentlich verbessern. Bedenklich bleibt gleichwohl die Zahl an jungen Menschen, die auch nach dem Besuch einer beruflichen Schule ohne Abschluss bleiben. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese jungen Menschen kaum Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben, lange Zeit in diversen Angeboten des Übergangssystems verbleiben und unter Umständen lebenslang auf Transferleistungen angewiesen sind.

Werden die in den Einzelkapiteln herausgearbeiteten Befunde zusammengezogen, so wird deutlich, weshalb für diesen Bildungsbericht das Grundthema Bildungsgerechtigkeit gewählt wurde. Die Ergebnisse über alle Bildungsabschnitte hinweg belegen einerseits einen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg und verweisen andererseits auf einen steigenden Bedarf an gut qualifizierten jungen Menschen. Anders als andere Städte und Kreise kann Nürnberg auf ein großes Potenzial an jungen Menschen, viele davon mit Migrationshintergrund, zählen. Unübersehbar ergibt sich freilich aus der bezeichneten Grundkonstellation erheblicher Handlungsdruck. Die verfügbaren Daten weisen auf die Notwendigkeit einer möglichst frühen Förderung hin, die auch die Familien einbezieht. Und sie verlangen das Engagement von Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie ehrenamtlich Tätigen. Ziel muss es sein, bereits in den ersten Lebensjahren die Empfänglichkeit für Bildung zu nutzen und durch anregungsstarke Angebote in der Schule, neben der Schule und nach der Schule der Entwicklung von Kompetenzen und Kreativität auch in den folgenden Bildungsabschnitten Raum zur Entfaltung zu verschaffen. Die besonderen Anstrengungen

von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern, Lehrkräften, den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, aber auch des Stadtrats und der örtlichen Verwaltungen können dabei viel bewegen, aber nicht alles richten. Denn es liegt in der gemeinsamen Verantwortung des Bundes, der Länder und der solidarischen Stadtgesellschaft, als Verantwortungsgemeinschaft aufzutreten und durch die vereinte Förderung des „Lernens vor Ort“ das allgemeine Recht auf Bildung zu stärken und zur Wirkung zu bringen.

¹ Bayerischer Landtag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/8100 vom 28.3.2011, S. 3.

² Siehe hierzu auch Klaus Klemm, Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam, Eine Studie zu den Ausgaben für Klassenwiederholungen in Deutschland, Gütersloh 2009.

ANHANG

WEITERE ABBILDUNGEN UND TABELLEN

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

TABELLENVERZEICHNIS

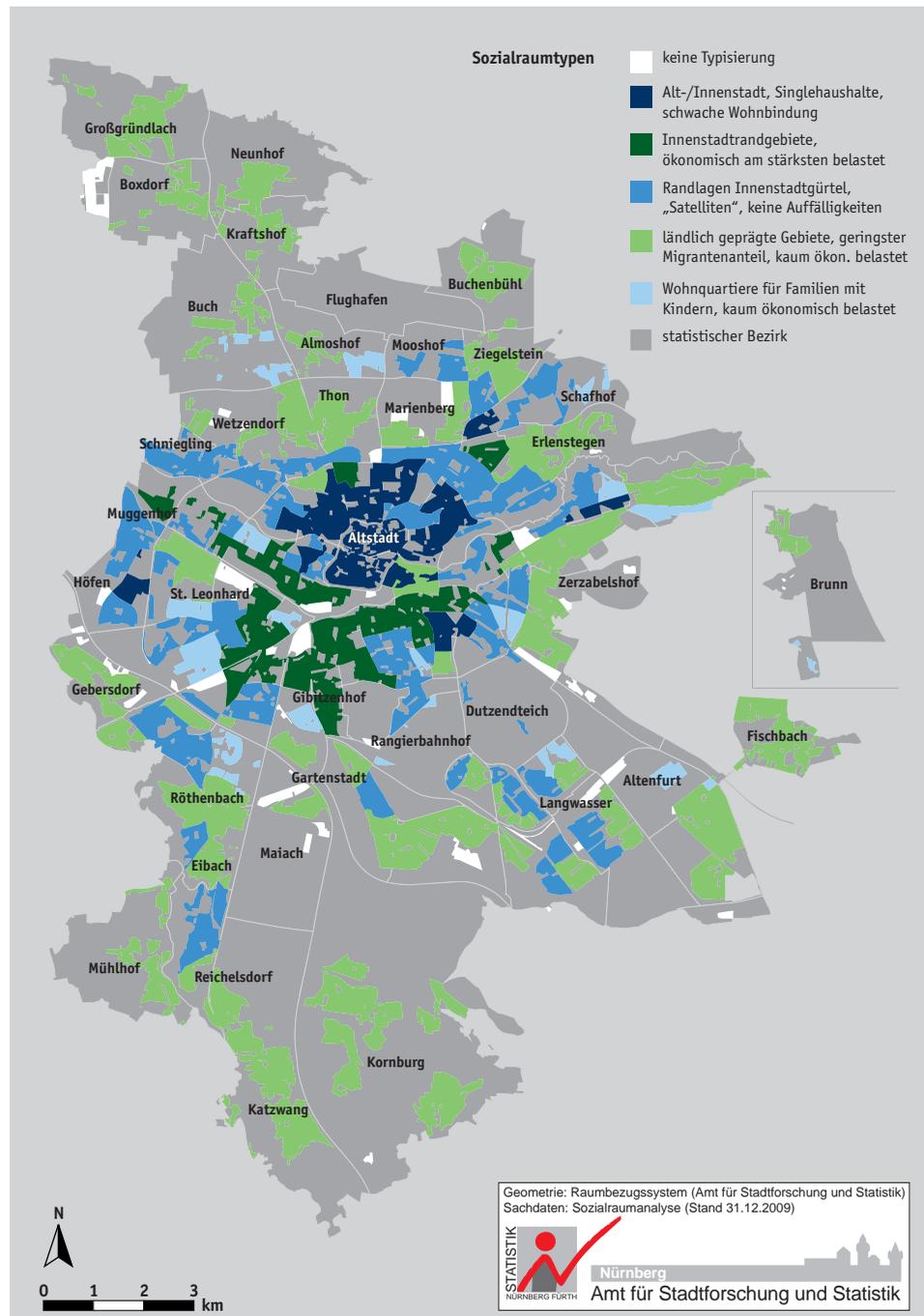
**LITERATUR- UND
DOKUMENTENVERZEICHNIS**

GLOSSAR

Weitere Abbildungen und Tabellen

Abb. A-1A:
Sozialraumanalyse der Stadt Nürnberg

Eine nähere Erläuterung der Sozialraumtypen findet sich im Glossar.



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth.

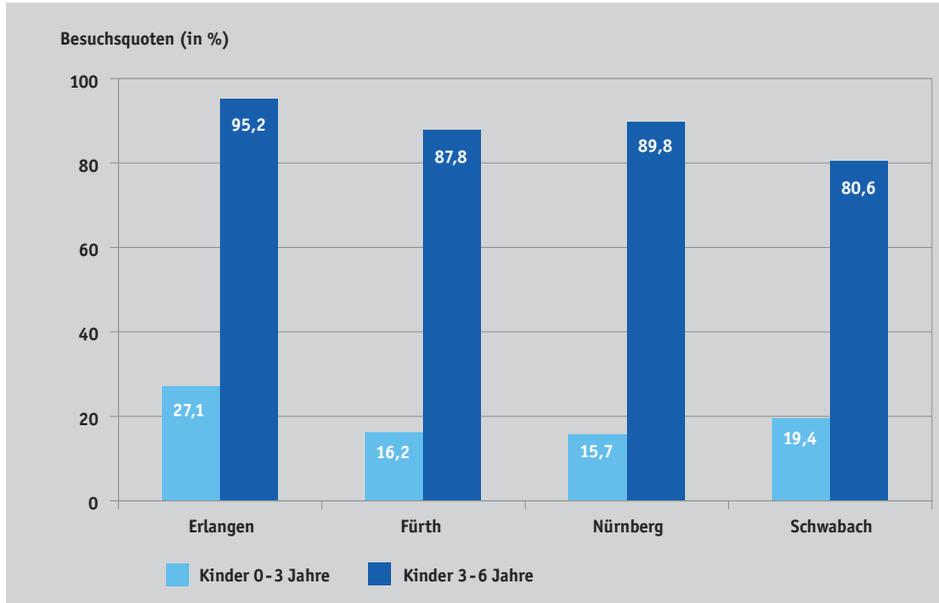


Abb. C-1A: Besuchsquoten nach Altersgruppen (Kindertageseinrichtungen und Tagespflege¹⁾) im Regionalvergleich, 2010

¹⁾ Kinder in Tagespflege sind nur berücksichtigt, sofern sie nicht zusätzlich eine Tageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Bayern, 2010.

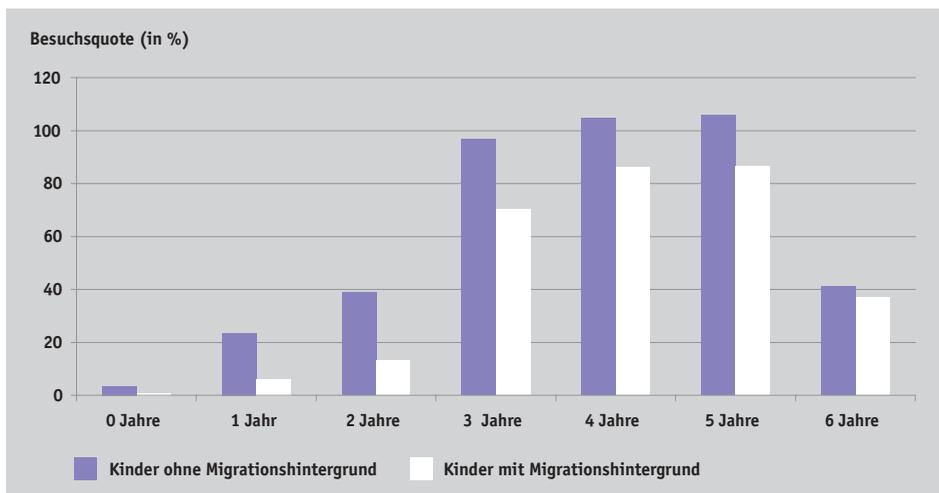


Abb. C-2A: Besuchsquoten der Kindertageseinrichtungen in Nürnberg nach Alter des Kindes und Migrationshintergrund¹⁾ (ohne Kindertagespflege; ohne Schulkinder), 2010

¹⁾ Der Migrationshintergrund der Kinder in Kindertageseinrichtungen ist hier definiert nach Familiensprache nicht-deutsch und/oder mindestens ein Elternteil nicht-deutsch und wird bezogen auf die Gesamtzahl der hier wohnenden Kinder definiert nach den Melderegisterauswertungen mit MigraPro .

Anmerkung: Bei der Berechnung der altersspezifischen Besuchsquoten wird die Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen vom 1.3.2010 auf die altersentsprechende Bevölkerung am 31.12.2009 bezogen. Die unterschiedlichen Definitionen des Migrationshintergrunds in den beiden Datenquellen führen dazu, dass die jeweilige Grundgesamtheit der Kinder mit Migrationshintergrund unterschiedlich hoch ist. MigraPro  gibt immer eine höhere Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund an als die Kinder- und Jugendhilfestatistik. Aus diesen statistischen Unschärfen resultieren die hier sichtbaren Besuchsquoten von über 100% bei den vier- und fünfjährigen Kindern ohne Migrationshintergrund.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Kinder und Jugendhilfestatistik; Einwohnermelderegister.

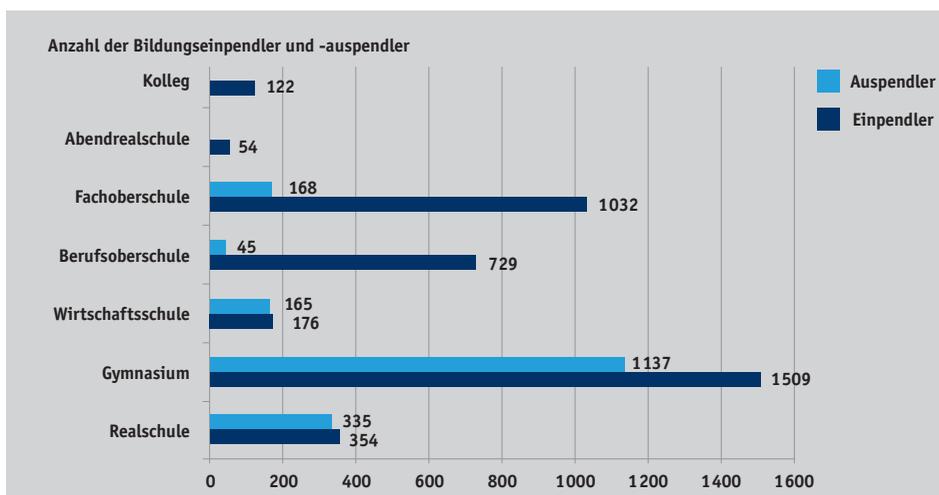
Übertrittsjahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Schüler Grundschule 4. Klasse (Stand: Oktober d. Vorjahres)	3526	3559	3745	3716	3642	3749
Aufnahme Schüler 5. Klasse Gymnasium im Oktober d. J.	1367	1504	1413	1592	1580	1710
in %	38,8	42,3	37,7	42,8	43,3	45,6
Aufnahme Schüler 5. Klasse Realschule im Oktober d. J.	617	611	677	702	659	796
in %	17,5	17,2	18,0	18,9	18,1	21,2
Aufnahme Schüler 5. Klasse Hauptschule im Oktober d. J.	*	*	1657	1540	1485	1369
in %	-	-	44,2	41,4	40,7	36,5
Summe 5. Klasse	-	-	3747	3834	3724	3875

Tab. D1-1A:

Relation zwischen den Abgängern aus öffentlichen Grundschulen und den Schülerinnen und Schülern der 5. Jahrgangsstufe an öffentlichen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Nürnberg, Übertrittsjahre 2005 bis 2010

*) Nicht berücksichtigt auf Grund von Vorhandensein von Teilhauptschulen.

Quelle: Amt für Allgemeinbildende Schulen der Stadt Nürnberg.

**Abb. D1-1A:**

Anzahl der Bildungsein- und -auspendler an öffentlichen weiterführenden Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss in Nürnberg, Schuljahr 2009/2010

Quelle: 3. Bürgermeister, Geschäftsbereich Schule der Stadt Nürnberg.

Abb. D1-2A:
Standorte der Grundschulen
nach Grundschulsprenkeln
in Nürnberg 2010

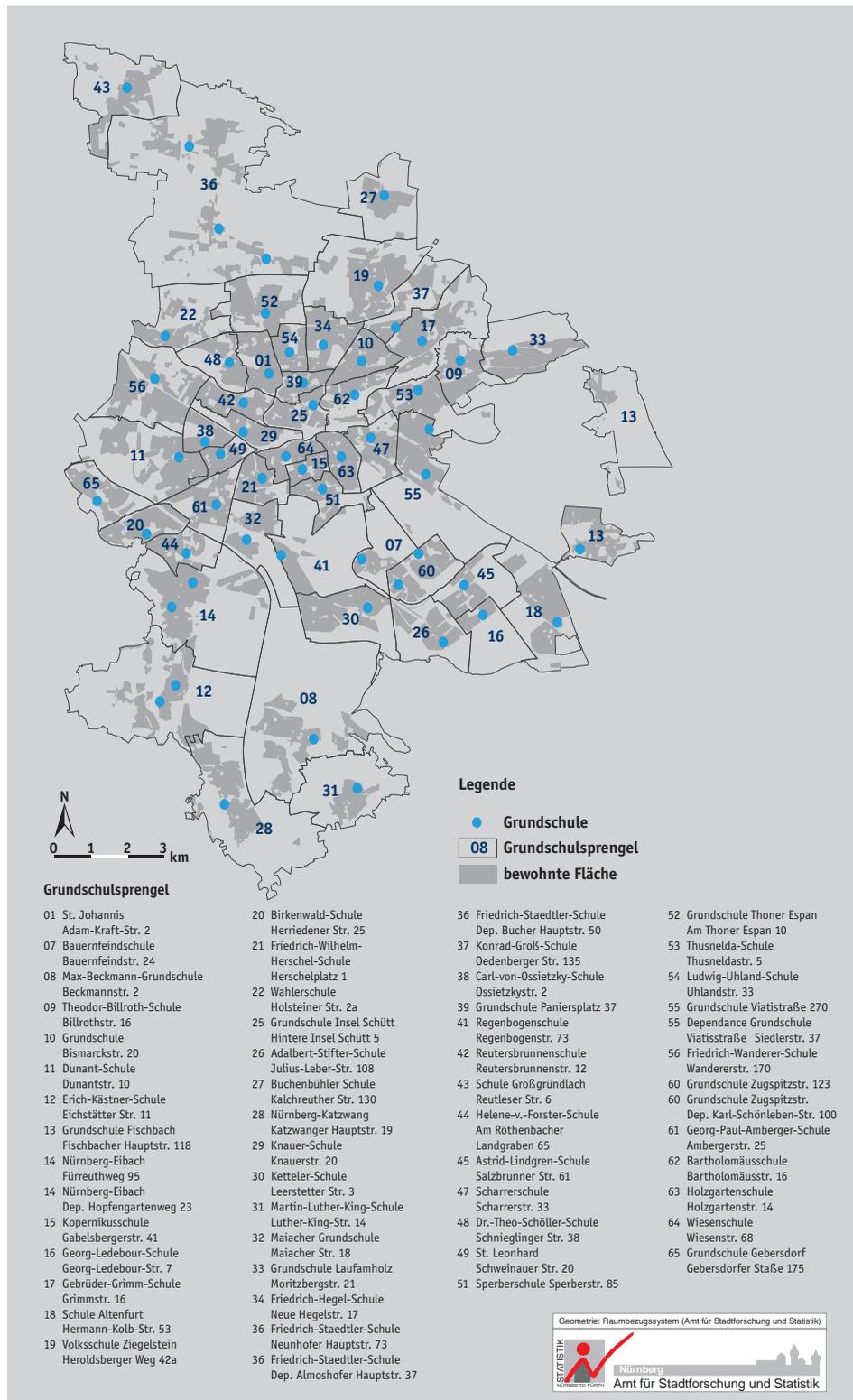
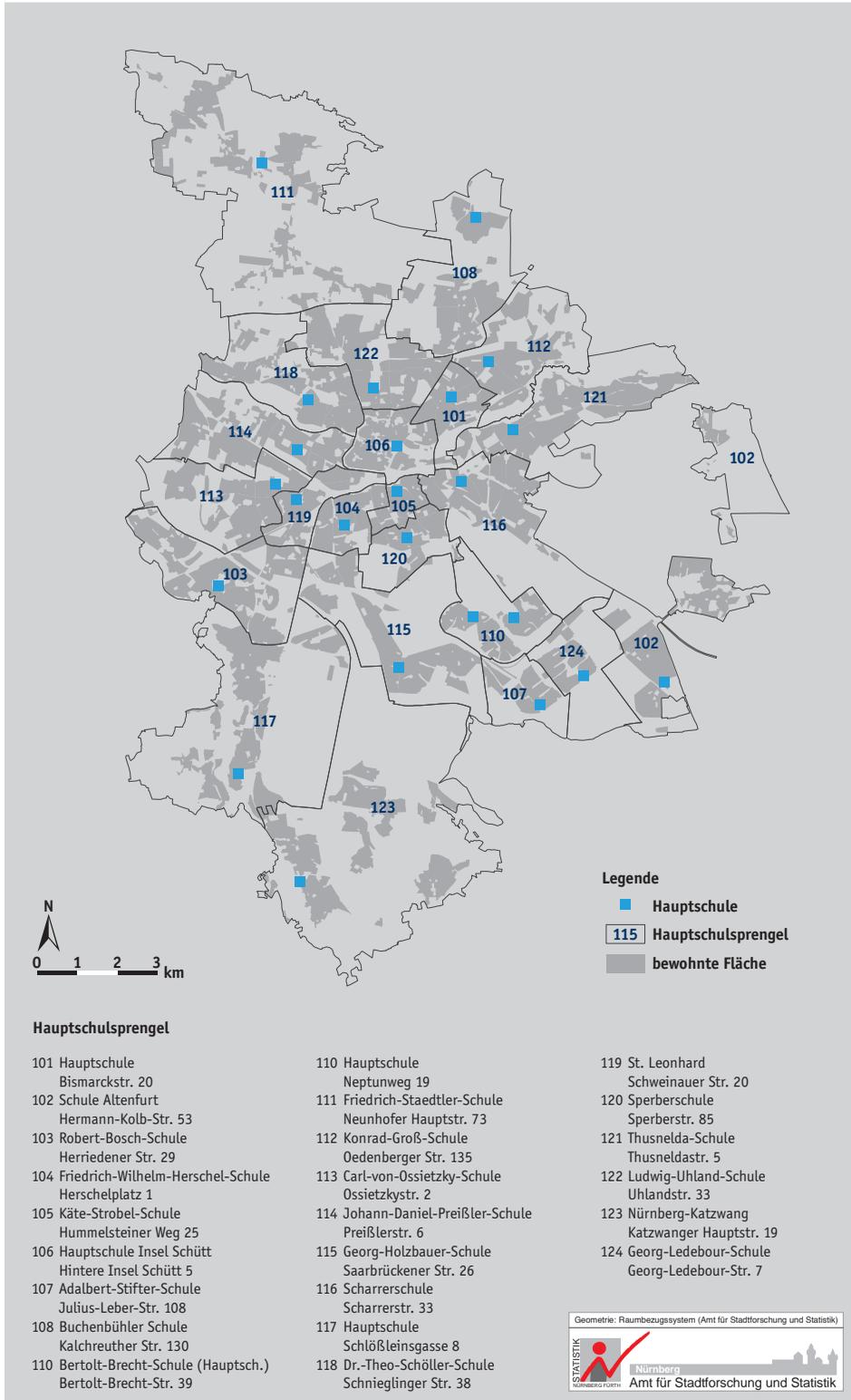
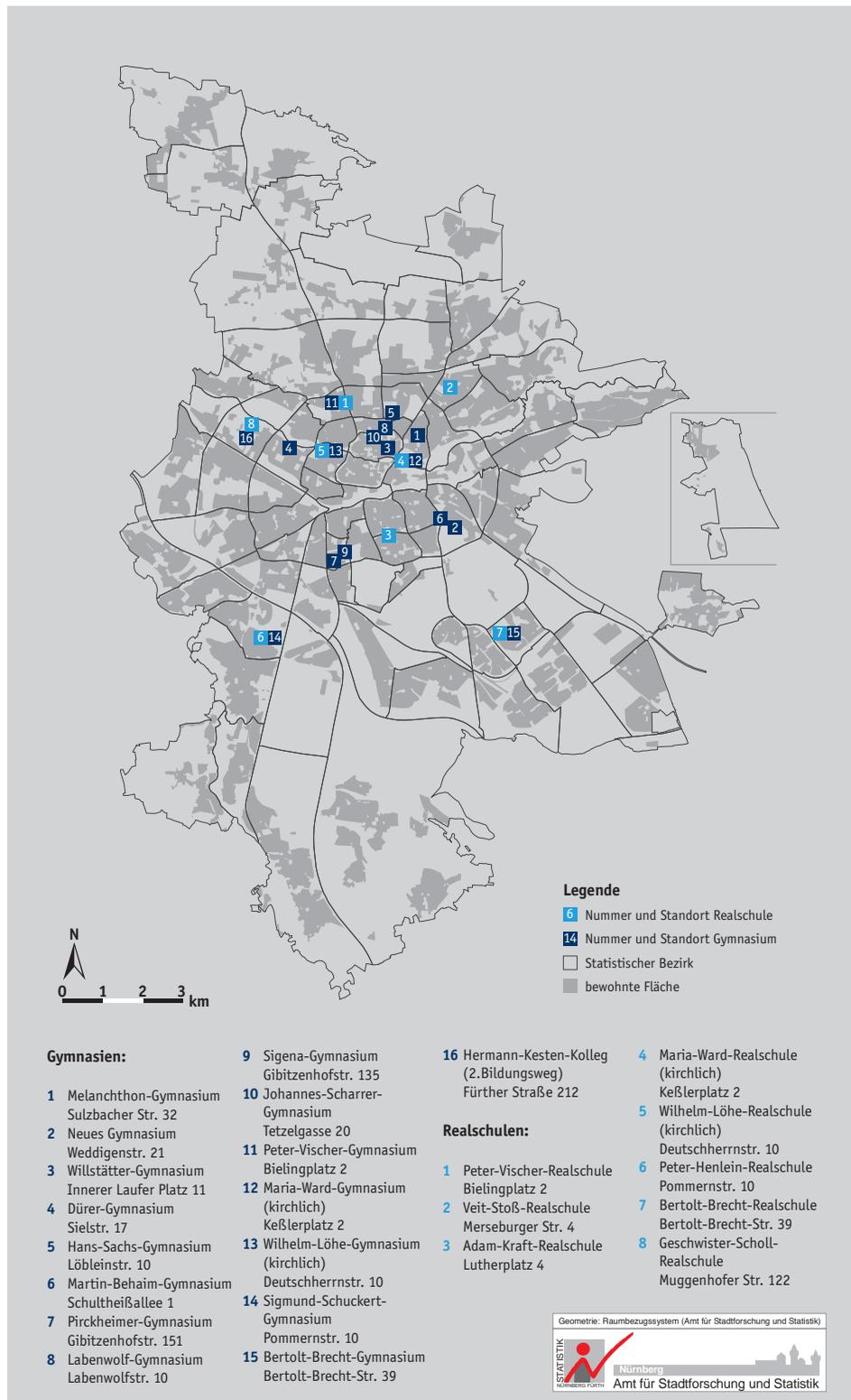


Abb. D1-3A:
Standorte der Hauptschulen
nach Hauptschulsprengeln
in Nürnberg 2010



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

Abb. D1-4A:
Standorte der Gymnasien
und Realschulen nach
Statistischen Bezirken
in Nürnberg 2010



		vorzeitig eingeschult		regulär eingeschult ²⁾		verspätet eingeschult		Gesamt	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
ohne Migrationshintergrund	männlich	5	0,5	859	85,7	138	13,8	1002	100,0
	weiblich	19	2,0	853	87,8	100	10,3	972	100,0
	gesamt	24	1,2	1712	86,7	238	12,1	1974	100,0
mit Migrationshintergrund	männlich	4	0,5	712	86,3	109	13,2	825	100,0
	weiblich	6	0,8	686	88,3	85	10,9	777	100,0
	gesamt	10	0,6	1398	87,3	194	12,1	1602	100,0
gesamt	männlich	9	0,5	1571	86,0	247	13,5	1827	100,0
	weiblich	25	1,4	1539	88,0	185	10,6	1749	100,0
	gesamt	34	1,0	3110	87,0	432	12,1	3576	100,0

Tab. D1-2A: Einschulungsart an Volksschulen¹⁾ nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Nürnberg, 2009

¹⁾ Ohne Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung; ohne Privatschulen.

²⁾ Frist für die Einschulung 2009: Das 6. Lebensjahr wurde vom 1.11.2008 bis 30.11.2009 vollendet.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

	Übergang an eine Hauptschule		Übergang an eine Förderschule		Übergang an eine Realschule		Übergang an ein Gymnasium		Übergang an sonstige Schulen		Gesamt	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
männlich	759	41,3	22	1,2	285	15,5	762	41,5	10	0,5	1838	100,0
weiblich	750	40,2	11	0,6	274	14,7	822	44,1	7	0,4	1864	100,0
gesamt	1509	40,8	33	0,9	559	15,1	1584	42,8	17	0,5	3702	100,0

Tab. D1-3A: Übergangsquoten aus der 4. Jahrgangsstufe an öffentlichen Nürnberger Volksschulen auf weiterführende Schulen nach Geschlecht, Schuljahr 2008/09

Anmerkung: Sonstige Schulen umfassen z. B. Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Schulstatistik.

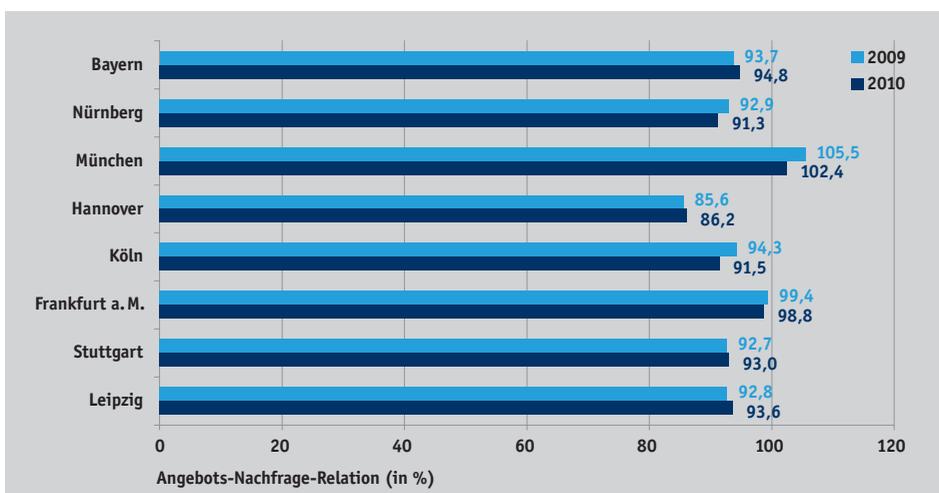


Abb. E-1A: Angebots-Nachfrage-Relation in ausgewählten Arbeitsagenturbezirken, 2009 und 2010 (jeweils 30.9.)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Bundesinstitut für Berufsbildung.

ANHANG

Tab. E-1A:
Weibliche Auszubildende nach
Berufsgruppen in Nürnberg,
2009

Weibliche Auszubildende		
Berufsgruppe	Anzahl	in %
Büroberufe, Kaufmännische Angestellte, anderweitig nicht genannt	1609	24,5
Übrige Gesundheitsdienstberufe	878	13,4
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute	654	10,0
Berufe	536	8,2
Bank-, Bausparkassen-, Versicherungsfachleute	465	7,1
Verkaufspersonal	461	7,0
Hotel- und Gaststättenberufe	384	5,9
Berufe in der Körperpflege	350	5,3
Zusammen	5337	81,3

Quelle: Bayerisches Landes-
amt für Statistik und Daten-
verarbeitung.

Tab. E-2A:
Männliche Auszubildende nach
Berufsgruppen in Nürnberg,
2009

Männliche Auszubildende		
Berufsgruppe	Anzahl	in %
Elektroberufe	1231	14,8
Rechnungskaufleute, Informatiker	635	7,6
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute	582	7,0
Fahr-, Flugzeugbau- und -wartungsberufe	554	6,7
Büroberufe, Kaufmännische Angestellte, anderweitig nicht genannt	508	6,1
Maschinenbau- und -wartungsberufe	474	5,7
Bank-, Bausparkassen-, Versicherungsfachleute	344	4,1
Blechkonstruktions- und Installationsberufe	340	4,1
Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	327	3,9
Köche	266	3,2
Verkaufspersonal	264	3,2
Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	245	2,9
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	238	2,9
Metall- und Anlagenbauberufe	238	2,9
Hotel- und Gaststättenberufe	173	2,1
Warenprüfer, Versandfertigmacher	147	1,8
Druck- und Druckweiterverarbeitungsberufe	145	1,7
Zusammen	6711	80,6

Quelle: Bayerisches Landes-
amt für Statistik und Daten-
verarbeitung.

Abbildungsverzeichnis

Abb. A-1: Bevölkerungsentwicklung in Nürnberg 1985 bis 2009 und Prognose bis 2030	19
Abb. A-2: Wanderungssalden der Stadt Nürnberg gegenüber der Industrieregion Mittelfranken nach Alter, 1995 bis 2009	19
Abb. A-3: Einwohner mit Hauptwohnsitz Nürnberg nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Alter, 2010 ..	20
Abb. A-4: Bevölkerungsprognose für Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2009 bis 2029	21
Abb. A-5: Einwohner unter 25 Jahren nach Migrationshintergrund in Nürnberg, 2010	22
Abb. A-6: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2000 bis 2009	24
Abb. A-7: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2000 bis 2009	25
Abb. A-8: Einkaufszentralität im Städtevergleich, 2011	25
Abb. A-9: Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigtenzahlen in Nürnberg, 1998 bis 2010	26
Abb. A-10: Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner und Jahr im bayerischen Großstadtvergleich, 2000 bis 2010	26
Abb. A-11: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) nach Berufsausbildung in Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2000 bis 2010	27
Abb. A-12: Arbeitslosenquote in Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2005 bis 2011	29
Abb. A-13: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte in Nürnberg, 2001 bis 2010	30
Abb. A-14: Entwicklung der Nürnberger Haushalte nach Haushaltstypen, 2000 bis 2010	31
Abb. B-1: Das Bildungssystem in Nürnberg	40
Abb. B-2: Bildungsmanagement in Nürnberg	41
Abb. B-3: Allgemeine Schulabschlüsse der Erwerbstätigen in Nürnberg, Augsburg und München, 2003, 2006 und 2009	43
Abb. B-4: Berufsbildungsabschlüsse der Erwerbstätigen in Nürnberg, Augsburg und München, 2003, 2006 und 2009	43
Abb. B-5: Allgemeinbildende und berufliche Bildungsabschlüsse der Nürnberger Bevölkerung nach Altersgruppen, 2009	44
Abb. B-6: Studierende an Fachhochschulen im Großstadtvergleich je 1000 Einwohner, 2008	45
Abb. C-1: Kinder im Vorschulalter in Nürnberg im Jahr 2010 und Prognose bis 2030	54
Abb. C-2: Kinder im Alter von unter sechs Jahren nach Migrationshintergrund in Nürnberg, 2010	54
Abb. C-3: Anteil von Kindern unter sieben Jahren in Bedarfsgemeinschaften an allen Kindern dieser Altersgruppe in Nürnberg, 2007 bis 2010	55
Abb. C-4: Plätze in Nürnberger Kindertageseinrichtungen (ohne Horte) nach Einrichtungsart, 2010	56
Abb. C-5: Kindertageseinrichtungen in Nürnberg nach Einrichtungsart und Trägerschaft, 2010	56
Abb. C-6: Kinder unter sechs Jahren in Tagespflege nach Alter und Geschlecht in Nürnberg, 2010	58
Abb. C-7: Anteil der Kinder in Kindertageseinrichtungen (ohne Schulkinder) nach Migrationshintergrund, 2010	59
Abb. C-8: Kinder in Kindergärten (ohne Schulkinder) nach Trägerschaft der Einrichtung und Migrationshintergrund, 2010	59
Abb. C-9: Familienzentren/Orte für Familien in Nürnbergs Statistischen Bezirken	64

Abb. D1-1: Prognosen für Schülerzahlen an öffentlichen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Nürnberg bis zum Schuljahr 2021/22	74
Abb. D1-2: Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern von sechs bis unter zehn Jahren an allen Haushalten mit Kindern in dieser Altersgruppe nach Grundschulspregeln in Nürnberg, 2009	77
Abb. D1-3: Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen in Nürnberg, Schuljahre 2005/06 bis 2009/10	80
Abb. D1-4: Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss verleihen, in Nürnberg, Schuljahr 2005/06 bis 2009/10	80
Abb. D1-5: Lehrkräfte nach Schulart und Altersgruppen in Nürnberg, Schuljahr 2009/10	83
Abb. D1-6: Übergangsquoten aus der 4. Jahrgangsstufe öffentlicher Grundschulen auf weiterführende Schulen am Ende des Schuljahres in Nürnberg, Schuljahre 2005/06 bis 2008/09	84
Abb. D1-7: Übergänge aus der Grundschule (Jahrgangsstufe 4) an weiterführende Schulen im bayerischen Vergleich, Schuljahr 2008/09	85
Abb. D1-8: Verteilung der Übergangsquoten nach Quartilen in Nürnberger Grundschulspregeln, Ende des Schuljahres 2008/09	86
Abb. D1-9: Schulartwechsel an öffentlichen Schulen in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 in Nürnberg, 2006 bis 2009	87
Abb. D1-10: Aufwärtsgerichtete Schulartwechsel an öffentlichen Schulen in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 in Nürnberg, 2006 und 2009	87
Abb. D1-11: Abwärtsgerichtete Schulartwechsel an öffentlichen Schulen in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 in Nürnberg, 2006 und 2009	88
Abb. D1-12: Wiederholerquoten aufgrund von Nichtversetzung nach Schulart im bayerischen Städtevergleich, Schuljahr 2007/08	93
Abb. D1-13: Abgänger/Absolventen von öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und beruflichen Schulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss vermitteln, nach erfüllter Vollzeitschulpflicht und nach Abschluss (nach KMK-Definition), in Nürnberg, Schuljahr 2008/09	94
Abb. D1-14: Anteil der an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und Wirtschaftsschulen erworbenen allgemeinbildenden Abschlüsse (nach KMK-Definition) in Nürnberg, Schuljahr 2008/09	95
Abb. D1-15: Abgänger/Absolventen von öffentlichen Förderschulen mit erfüllter Vollzeitschulpflicht nach Abschlussart (nach KMK-Definition) in Nürnberg, Schuljahr 2008/09	96
Abb. D1-16: Anteil der an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und Wirtschaftsschulen erworbenen allgemeinbildenden Abschlüsse (nach KMK-Definition) nach Schulart in Nürnberg, 2009	96
Abb. D1-17: Anteil der Schülerinnen und Schüler, die maximal das „Fähigkeitsniveau 1“ erreichen, in Nürnberg, Augsburg und München, Jahrgangsstufen 2 und 3, Schuljahr 2007/08	98
Abb. D1-18: Schulkinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, nach Migrationshintergrund und Einrichtungsträger in Nürnberg, 2010	105
Abb. D2-1: Umfrage über Nutzungshäufigkeit kultureller Einrichtungen in Nürnberg, 2009	114
Abb. D2-2: Umfrage über Nutzungsgrad von Kulturangeboten in Nürnberg, 2009	115
Abb. D2-3: Besuch von Museen mit Kind(ern) zwischen vier und zwölf Jahren, nach Schulabschluss des befragten Elternteils, 2009	115
Abb. D2-4: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg	117
Abb. D2-5: Nutzungen der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg, 2005 bis 2009 ..	118
Abb. D2-6: Anteil der Besuchergruppen im Erfahrungsfeld zur Entfaltung der Sinne, 2010	121
Abb. D2-7: Aufführungsstatistik „Theater Mumpitz“: Schulaufführungen im Vergleich zu öffentlichen Aufführungen, 2006 bis 2010	121
Abb. D2-8: Aufführungsstatistik „Theater Pfütze“: Anteil Besucherinnen und Besucher von Gruppenaufführungen nach Einrichtung, 2010	122
Abb. D2-9: Staatstheater: Schulplatzmietenbesucherinnen und -besucher nach Einrichtungsart, Spielzeit 2006/07	122

Abb. D2-10: Besuchergruppen im Kunst- und Kulturpädagogischen Zentrum in Nürnberg, 2010	124
Abb. D2-11: Regionale Verteilung der Besuchergruppen im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg, 2010	125
Abb. E-1: Entwicklung der Alterskohorte des Geburtsjahrs 1982, 1982 bis 2030	132
Abb. E-2: Einwohner nach Geburtskohorten der im Jahr 2010 15- bis unter 25-Jährigen in Nürnberg	132
Abb. E-3: Prognose der Bevölkerungsentwicklung für die 6- bis 18-Jährigen in Nordbayern, 2008 bis 2028	133
Abb. E-4: Verteilung der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems in Nürnberg, Schuljahre 2005/06 bis 2009/10	135
Abb. E-5: Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems im Regionalvergleich, Schuljahr 2009/10	136
Abb. E-6: Verteilung der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems in Nürnberg nach schulischer Vorbildung, Schuljahr 2009/10	137
Abb. E-7: Verteilung der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems nach Staatsangehörigkeit in Nürnberg, Schuljahre 2005/06 bis 2009/10	138
Abb. E-8: Verteilung der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler auf die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems nach Staatsangehörigkeit in Nürnberg, Schuljahr 2009/10	139
Abb. E-9: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Geschlecht und schulischer Vorbildung in Nürnberg, 2009	141
Abb. E-10: Angebot an und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in ausgewählten Arbeitsagenturbezirken, 2010	143
Abb. E-11: Schülerinnen und Schüler an Nürnberger beruflichen Schulen nach Schulart und Trägerschaft, Schuljahr 2009/10	145
Abb. E-12: Gastschülerinnen und Gastschüler an kommunalen und staatlichen beruflichen Schulen nach Schulart in Nürnberg, Schuljahr 2009/10	146
Abb. E-13: Schülerinnen und Schüler in Berufsfachschulen und Berufsfachschulen des Gesundheitswesens in Nürnberg nach Migrationshintergrund, Schuljahr 2009/10	148
Abb. E-14: Absolventen/Abgänger aus einem beruflichen Bildungsgang nach Art des Abschlusserfolgs im Vergleich, Schuljahr 2008/09	150
Abb. E-15: An öffentlichen beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Schulabschlüsse in Nürnberg, Schuljahr 2008/09	151
Abb. E-16: Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen nach Art des allgemeinbildenden Abschlusses im bayerischen Regionalvergleich, Schuljahr 2008/09	152
Abb. E-17: Einmündung der Nürnberger Hauptschulabsolventen im Anschluss an die 9. Jahrgangsstufe, 2007 bis 2010	153
Abb. E-18: Nürnberger Modell Übergang Schule – Berufliche Ausbildung	155
Abb. A-1A: Sozialraumanalyse der Stadt Nürnberg	170
Abb. C-1A: Besuchsquoten nach Altersgruppen (Kindertageseinrichtungen und Tagespflege) im Regionalvergleich, 2010	171
Abb. C-2A: Besuchsquoten der Kindertageseinrichtungen in Nürnberg nach Alter des Kindes und Migrationshintergrund (ohne Kindertagespflege; ohne Schulkinder), 2010	171
Abb. D1-1A: Anzahl der Bildungsein- und -auspendler an öffentlichen weiterführenden Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss in Nürnberg, Schuljahr 2009/2010	173
Abb. D1-2A: Standorte der Grundschulen nach Grundschulspengeln in Nürnberg, 2010	174
Abb. D1-3A: Standorte der Hauptschulen nach Hauptschulspengeln in Nürnberg, 2010	175
Abb. D1-4A: Standorte der Gymnasien und Realschulen nach Statistischen Bezirken, 2010	176
Abb. E-1A: Angebots-Nachfrage-Relation in ausgewählten Arbeitsagenturbezirken, 2009 und 2010	177

Tabellenverzeichnis

Tab. A-1:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) nach Wirtschaftsabschnitten in Nürnberg, Bayern und Deutschland, 2008 und 2010	28
Tab. A-2:	Quoten der Versorgung mit SGB II-Leistungen bezogen auf Haushalte und Einwohner in Nürnberg, 2006 bis 2010	32
Tab. B-1:	Geplante Investitionsausgaben der Stadt Nürnberg im Bereich Bildung, Ansatz 2010 bis 2014, in Mio. Euro	47
Tab. B-2:	Konsumtive Bildungsausgaben und -einnahmen der Stadt Nürnberg in Mio. Euro im Haushaltsjahr 2009	48
Tab. B-3:	Beispiele weiterer Angebote, die zumindest teilweise einen Bildungsauftrag erfüllen: Konsumtive Bildungsausgaben und -einnahmen der Stadt Nürnberg in Mio. Euro im Haushaltsjahr 2009	49
Tab. C-1:	Besuchsquoten der Kindertageseinrichtungen in Nürnberg nach Alter des Kindes (ohne Kindertagespflege; ohne Schulkinder), 2010	57
Tab. C-2:	Betreute Kinder in Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund und Betreuungszeiten (ohne Horte, ohne Schulkinder), 2010	60
Tab. D1-1:	Anzahl der Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss nach Schulart und Trägerschaft in Nürnberg, Schuljahr 2009/10	78
Tab. D1-2:	Schülerinnen und Schüler je Klasse nach Schulart in Nürnberg und Bayern, Schuljahr 2009/10 ...	79
Tab. D1-3:	Schüleranzahl in der Jahrgangsstufe 1 bis 9 an Förderschulen und Förderschulbesuchsquote nach Förderschwerpunkten in Nürnberg, Schuljahr 2009/10	81
Tab. D1-4:	Lehrkräfte nach Schulart und Geschlecht in Nürnberg, Schuljahr 2009/10	82
Tab. D1-5:	Klassenwiederholungen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen nach Geschlecht in Nürnberg, Schuljahr 2009/10	90
Tab. D1-6:	Klassenwiederholungen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen nach Migrationshintergrund in Nürnberg, Schuljahr 2009/10	90
Tab. D1-7:	Klassenwiederholungen an öffentlichen Grundschulen, Schuljahr 2009/10	91
Tab. D1-8:	Gebundene Ganztagsklassen an öffentlichen Schulen in Nürnberg, Schuljahre 2009/10 und 2010/11	103
Tab. D1-9:	Offene Gruppen in Ganztagschulen an öffentlichen Schulen in Nürnberg, Schuljahre 2009/10 und 2010/11	104
Tab. D1-10:	Einrichtungen, genehmigte Plätze und betreute Schulkinder in Kindertageseinrichtungen für Schulkinder nach Trägerschaft, 2010	105
Tab. C-1A:	Pädagogisches Personal (ohne Verwaltungs- oder hauswirtsch. Personal; ohne Horte) nach Ausbildungsabschluss und Trägern in Nürnberg, 2010	172
Tab. C-2A:	Familienzentren und Orte für Familien in Nürnberg	172
Tab. D1-1A:	Relation zwischen den Abgängern aus öffentlichen Grundschulen und den Schülerinnen und Schülern der 5. Jahrgangsstufe an öffentlichen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Nürnberg, Übertrittsjahre 2005 bis 2010	173
Tab. D1-2A:	Einschulungsart an Volksschulen nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Nürnberg, 2009 ..	177
Tab. D1-3A:	Übergangsquoten aus der 4. Jahrgangsstufe an öffentlichen Nürnberger Volksschulen auf weiterführende Schulen nach Geschlecht, Schuljahr 2008/09	177
Tab. E-1A:	Weibliche Auszubildende nach Berufsgruppen in Nürnberg, 2009	178
Tab. E-2A:	Männliche Auszubildende nach Berufsgruppen in Nürnberg, 2009	178

Literatur- und Dokumentenverzeichnis

Allmendinger, Jutta; Leibfried, Stephan: Bildungsarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22 (2003), S. 12-18.

Allmendinger, Jutta; Giesecke, Johannes; Oberschachtsiek, Dirk: Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2011.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2006.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich II, Bielefeld 2008.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bielefeld 2010.

Baumert, Jürgen; Stanat, Petra; Watermann, Rainer (Hg.): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000, Wiesbaden 2006.

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen: Familienstützpunkte, München 2010, <http://www.stmas.bayern.de/familie/bildung/stuetzpunkt.htm>, letzter Zugriff am 21.7.2011.

Becker, Rolf: Bildungseffekte vorschulischer Erziehung und Elementarbildung – Bessere Bildungschancen für Arbeiter und Migrantenkinder?, in: Becker, Rolf; Lauterbach, Wolfgang (Hg.): Bildung als Privileg, Wiesbaden 2010, S. 129-160.

Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim (Hg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen, Bielefeld 2008.

Bellmann, Lutz; Schwengler, Barbara; Kaiser, Nicole: Betriebliche Aus- und Weiterbildung in den süddeutschen Metropolregionen. IAB-Forschungsbericht 12/2010, Nürnberg 2010.

Benz, Artur (Hg.): Governance-Regionen in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden 2004.

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern, Gütersloh 2008.

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar- und Wertschöpfungspotenzialen bildungspolitischer Reformen, Köln und Gütersloh 2008.

Bertelsmann Stiftung (Hg.): „Berufsbildung 2015“ – Ein Leitbild, Gütersloh 2009.

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Sonderweg Förderschulen: Hoher Einsatz, wenig Perspektiven. Eine Studie zu den Ausgaben und zur Wirksamkeit von Förderschulen in Deutschland, Gütersloh 2009, http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/nachrichten_98566.htm, letzter Zugriff am 27.7.2011.

Bertelsmann Stiftung: Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2011 – Indikatoren. Handlungsfeld Investitionen wirkungsvoll einsetzen, Gütersloh 2011, http://www.laendermonitor.de/downloads-presse/index.nc.html?no_cache=1, letzter Zugriff am 21.7.2011.

Bielefeldt, Heiner: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention, Essay Nr. 5 des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Juni 2009, http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Essay/essay_zum_innovationspotenzial_der_un_behindertenrechtskonvention_aufgabe3.pdf, letzter Zugriff am 21.7.2011

Bildungskommission der Länder Berlin und Brandenburg: Bildung und Schule in Berlin und Brandenburg – Herausforderungen und neue Perspektiven, Berlin und Potsdam 2003.

Bonin, Holger; Schneider, Marc; Quinke, Hermann; Arens, Tobias: Zukunft von Bildung und Arbeit, IZA Research Report No. 9/2007, Bonn 2007.

Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Solga, Heike; Powell, Justin; Berger, Peter A. (Hg.): Soziale Ungleichheit, Frankfurt a. M. 2009, S. 111-126.

Brand, Ulrich: Governance, in: Bröckling, Ulrich; Krasemann, Susanne, Lemke, Thomas (Hg.) Glossar der Gegenwart, Frankfurt a. M. 2004, S. 111-117.

Braun, Sebastian: Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29-30 (2002), S. 6-12.

Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife, Nürnberg 2006.

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Angebots-Nachfrage-Relationen, Bonn 2010, <http://www.bibb.de/de/wlk8237.htm>, letzter Zugriff am 21.7.2011.

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010: Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn 2010.

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für berufliche Bildung zum Berufsbildungsbericht, Bonn 2010, <http://www.bibb.de/de/54622.htm>, letzter Zugriff am 21.7.2011.

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011: Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn 2011.

- Bundesjugendkuratorium: Zukunftsfähigkeit von Kindertagesstätten, München 2008, <http://www.bundesjugendkuratorium.de/positionen.html>, letzter Zugriff am 27.7.2011.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsbericht 2010 der Bundesregierung, Berlin und Bonn 2010.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Das neue BAföG, Berlin 2010, <http://www.das-neue-bafoeg.de>, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsbericht 2011 der Bundesregierung, Berlin 2011.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2009.
- Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Berlin 2007, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf>, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Deutscher Kulturrat: Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion. Konzeption Kulturelle Bildung III, Berlin 2005, <http://www.kulturrat.de/dokumente/studien/konzeption-kb3.pdf>, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Deutscher Kulturrat: Kulturelle Bildung in der Schule, Berlin 2009, <http://www.kulturrat.de/pdf/1466.pdf>, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- DGB Mittelfranken: Niedriglohn und Lohndumping im Verleihgewerbe, in: arbeitsmarkt aktuell Nr. 2 (2011), S. 1-6.
- Drewek, Peter: Bildungssystem international, in: Tenorth, Heinz-Elmar; Tippelt, Rudolf (Hg.): Lexikon Pädagogik, Weinheim und Basel 2007, S. 110-113.
- Dzierzbicka, Agnieszka; Schirlbauer, Alfred (Hg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement, Wien 2006.
- Eckert, Manfred: Neue Steuerungselement in der beruflichen Bildung, in: Lange, Ute; Rahn, Sylvia; Seitter, Wolfgang; Körzel, Randolf u. a. (Hg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen, Wiesbaden 2009, S. 267-282.
- Edelstein, Wolfgang: Schule als Armutsfalle. Wie lange noch?, in: Overwien, Bernd; Prengel, Annedore (Hg.): Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Eine theoretisch-empirische Bestandsaufnahme, Konstanz 2007, S. 52-65.
- Fritzsche, K. Peter: Menschenrechte. Eine Einführung mit Dokumenten, Paderborn 2009.
- Fürst, Dietrich: Regional Governance, in: Benz, Arthur (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden 2004, S. 353-365.
- Grabka, Markus M.; Frick, Joachim R.: Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, in: Wochenbericht des DIW Berlin, 77, Nr. 7 (2010), S. 2.
- Häussermann, Hartmut; Siebel, Walter: Stadtsoziologie, Frankfurt a. M. 2004.
- Hellfritsch, Magdalena; Winterhalter-Salvatore, Dagmar: Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan. Erfahrungen aus der direkten Zusammenarbeit mit den Modelleinrichtungen, München 2005, <http://www.ifp.bayern.de/veroeffentlichungen/infodienst/infodienst-erfahrungen-BEP.html>, letzter Zugriff am 13.7.2011.
- Hoeckel, Katrin; Schwartz, Robert: Lernen für die Arbeitswelt. OECD-Studien zur Berufsbildung, Deutschland 2010.
- Hummel, Markus; Thein, Angela; Zika, Gerd: Der Arbeitskräftebedarf nach Wirtschaftszweigen, Berufen und Qualifikationen bis 2025. Modellrechnungen des IAB, in: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025, Bielefeld 2010, S. 81-102.
- Hüsken, Katrin: Kita vor Ort. Betreuungsatlas auf Ebene der Jugendamtsbezirke, Deutsches Jugendinstitut – Wissenschaftliche Texte, München 2010.
- Kommission der europäischen Gemeinschaften: Memorandum über lebenslanges Lernen, Brüssel 2000, <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/MemorandumDe.pdf>, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Konsortium Bildungsberichterstattung: Gesamtkonzeption der Bildungsberichterstattung, Frankfurt a. M. 2005.
- Kreisjugendring Nürnberg: Bericht über die Arbeit der Nürnberger Jugendverbände und des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt, Nürnberg 2010, http://www.jugendamt.nuernberg.de/downloads/jha_20100318_jugendarbeit_bericht_kjr.pdf, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Kussau, Jürgen; Brüsemeister, Thomas: Analyse der Handlungskoordination im Mehrebenensystem der Schule – Ein begrifflicher Aufriss, in: Altrichter, Herbert; Brüsemeister, Thomas; Wissinger, Jochen (Hg.): Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem, Wiesbaden 2007, S. 15-54.
- Lietzmann, Thorsten; Tophoven, Silke; Wenzig, Claudia: Grundsicherung und Einkommensarmut. Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände, IAB Kurzbericht 6/2011, Nürnberg 2011, <http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k110316n01>, letzter Zugriff am 27.7.11.
- Mack, Wolfgang: Lokale Verantwortung für Bildung – Begründungen und Konturen des Konzepts Bildungslandschaften, Schriftenreihe des Netzwerkes Bildung, Berlin 2010, S. 18-22.
- Mayntz, Renate: Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung, Frankfurt a. M. 2009.

- Papadopoulos, Yannis: Governance und Demokratie, in: Benz, Arthur (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden 2004, S. 215-235.
- Picot, Sibylle: Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999 bis 2009, Kurzbericht, Gütersloh 2011, http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33702_33705_2.pdf, letzter Zugriff am 27.7.11.
- Projektgruppe Statistisches Bundesamt, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings, Februar 2011, <http://statistik-bw.de/BildungKultur/>, letzter Zugriff am 27.7.2011.
- Rabe-Kleberg, Ursula: Bildungsarmut von Anfang an? Über den Beitrag des Kindergartens im Prozess der Reproduktion sozialer Ungleichheit, in: Krüger, Heinz-Hermann; Rabe-Kleberg, Ursula; Kramer, Rolf-Thorsten; Bude, Jürgen: Bildungsungleichheit revisited: Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule, Wiesbaden 2010, S. 45-54.
- Ribolits, Erich: Humanressource – Humankapital, in: Dzierzbicka, Agnieszka; Schirlbauer, Alfred (Hg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart, Wien 2006, S. 135-145.
- Roßbach, Hans-Günther; Klucznik, Katharina; Isenmann, Dominique: Erfahrungen aus internationalen Längsschnittuntersuchungen, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Kindliche Kompetenzen im Elementarbereich: Förderbarkeit, Bedeutung und Messung, Bildungsforschung Bd. 24, Berlin 2008, S. 7-88.
- Schader-Stiftung u. a. (Hg.): Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“, Darmstadt 2007.
- Schöngen, Klaus: Ausbildungsvertrag gelöst = Ausbildung abgebrochen? Ergebnisse einer Befragung, in: BWP, Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Heft 5 (2003), S.36-37.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Übergang von der Grundschule in Schulen des Sekundarbereichs I und Förderung, Beobachtung und Orientierung in den Jahrgangsstufen 5 und 6 (sogenannten Orientierungsstufe), Informationsschrift, Stand: 18.10.2010, http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_06_18-Uebergang-Tageseinrichtungen-Grundschule.pdf, letzter Zugriff am 08.08.2011.
- Seubert, Sandra: Das Konzept des Sozialkapitals: Eine demokratietheoretische Analyse, Frankfurt a. M. 2009.
- Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (Hg.): Bildungsbericht Bayern 2009, München 2009.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth: Bevölkerungsprognose 2005, in: Statistische Nachrichten für Nürnberg und Fürth, Heft 1/2005, Nürnberg 2005.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth: Statistischer Monatsbericht Oktober 2007, Nürnberg 2007.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth: Statistischer Bericht 2009 über Ausländer und Ausländerinnen und Deutsche mit Migrationshintergrund in Nürnberg, vorgelegt in der Stadtratskommission für Integration am 09.12.2010, Nürnberg 2010, <http://online-service2.nuernberg.de/eris09/downloadPDF.do?sessionId=2051FDFF6D6DCAC5B4AA3AC49CCC45A6?docType=attachment&id=32100>, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth: Statistischer Monatsbericht Juni 2010, Nürnberg 2010.
- Stadt Nürnberg, Statistisches Amt für Nürnberg und Fürth: Statistischer Monatsbericht Oktober 2010, Nürnberg 2010.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth: Statistischer Bericht 2010 über Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund in Nürnberg, vorgelegt in der Stadtratskommission für Integration am 14.7.2011, Nürnberg 2011, <http://online-service2.nuernberg.de/eris09/downloadPDF.do?sessionId=7FDB1F68A03477BE4EA03156F54CCD1C?docType=attachment&id=36967>, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth: Statistischer Monatsbericht Dezember 2010, Nürnberg 2011.
- Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro: Regionales Übergangsmanagement Nürnberg. Newsletter 02, Nürnberg 2009, http://www.uebergangsmanagement-nuernberg.de/fileadmin/redaktion/pdf-Dateien/RUEM_Newsletter_0910.pdf, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro: Bildung im Blick, Nr. 1 (2010), Nürnberg 2010, <http://www.lernenvorort-nuernberg.de/aktuelles/publikationen/newsletter>, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro: Menschenrechtsbildung in Nürnberg, Nürnberg 2011, http://www.lernenvorort-nuernberg.de/fileadmin/lvo/redaktion/pdf-Dateien/BR-Menschenrechte_web.pdf, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Stadt Nürnberg, Jugendamt: Armen Kindern Zukunft geben! Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut, Nürnberg 2008, http://www.jugendamt.nuernberg.de/downloads/jha_20081211_arbeitsprogramm_gegen_kinderarmut.pdf, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Stadt Nürnberg, Jugendamt: Leitbild der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Nürnberg, Nürnberg 2008, http://www.jugendamt.nuernberg.de/downloads/leitbild_jugendarbeit.pdf, letzter Zugriff am 21.7.2011.

- Stadt Nürnberg, Jugendamt: Konzept „Familienbildung in Nürnberg. Eltern- und Familienbildungskonzept der Stadt Nürnberg“, Nürnberg 2010, <http://www.jugendamt.nuernberg.de/adressen/familienbildung.html#kontakt>, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Stadt Nürnberg: Bericht zur „Kultur- und Kreativwirtschaft in der Europäischen Metropolregion Nürnberg“, Nürnberg 2010, http://www.nuernberg.de/internet/wirtschaft/publikationen_und_downloads.html, letzter Zugriff am 27.7.2011.
- Stadt Nürnberg: Wirtschaftsbericht 2009, Nürnberg 2010, http://www.nuernberg.de/imperia/md/wirtschaft/dokumente/wiv/stadt_nuernberg_wirtschaftsbericht_2009_fuer_web.pdf#page=9, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2007/2008, Wiesbaden 2010.
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung 2009, Fachserie 11 Reihe 3, Wiesbaden 2010, <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/BildungForschungKultur/BeruflicheBildung/BeruflicheBildung2110300097004.psm1>, letzter Zugriff am 27.7.2011.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Bildungsfinanzbericht 2010, Wiesbaden 2010.
- Statistisches Bundesamt: Migration in Deutschland 2008 – Ergebnisse des Mikrozensus, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden 2010.
- Tenorth, Heinz-Elmar: Bildungsarmut als Herausforderung moderner Allgemeinbildung, in: Lange, Ute; Rahn, Sylvia; Seitter, Wolfgang; Körzel, RandoIf (Hg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen, Wiesbaden 2009, S. 155-173.
- Tenorth, Heinz-Elmar; Tippelt, Rudolf (Hg.): Beltz Lexikon Pädagogik, Weinheim und Basel 2007.
- Tietze, Wolfgang: Sozialisation in Krippe und Kindergarten, in: Hurrelmann, Klaus; Grundmann, Matthias; Walper, Sabine (Hg.): Handbuch Sozialisationsforschung, Weinheim 2008, S. 274-289.
- UNESCO (Deutsche UNESCO-Kommission): „Leitfaden für Kulturelle Bildung“, in: Kulturelle Bildung für Alle. Von Lissabon 2006 nach Seoul 2010, Bonn 2008, http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/Kulturelle_Bildung_fuer_Alle.pdf, letzter Zugriff am 21.7.2011.
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hg.): Bildungsgerechtigkeit. Jahresgutachten 2007, Wiesbaden 2007.
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hg.): Bildungsrisiken und Chancen im Globalisierungsprozess. Jahresgutachten 2008, Wiesbaden 2008.
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hg.): Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem. Jahresgutachten 2009, Wiesbaden 2009.
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hg.): Bildungsautonomie: Zwischen Regulierung und Eigenverantwortung, Jahresgutachten 2009, Wiesbaden 2009.
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hg.): Bildungsreform 2000 – 2010 – 2020. Jahresgutachten 2011, Wiesbaden 2011.
- Weiß, Wolfgang W.: Kommunale Bildungspolitik – Entwicklungen, Begrifflichkeiten, Perspektiven, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DFK) 48 Heft 1 (2009), S. 11-37.
- Wernstedt, Rolf: Zehn Punkte, in: Wernstedt, Rolf; John-Ohnesorg, Marei (Hg.): Beginnt die Bildungsrepublik vor Ort? Die Stärken lokaler Bildungsnetzwerke, Schriftenreihe des Netzwerkes Bildung, Berlin 2010, S. 5-13, http://library.fes.de/cgi-bin/populo/digbib.pl?f_ABC=NETZWERK-BILDUNG&t_listen=x&sort=cr, letzter Zugriff am 27.7.2011.

Definitionen, methodische Erläuterungen und Abkürzungen

Abgänger und Absolventen D

Entsprechend der Definition von Abgängern und Absolventen der Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland sind Abgänger, Absolventen/innen oder Schulentlassene Schüler, die eine allgemeinbildende Schulart nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht am Ende oder im Verlauf des Schuljahres verlassen haben.

Als Abgänger der allgemein bildenden Schulen werden Schüler bezeichnet, die die Schulart nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht am Ende oder im Verlauf des Berichtsschuljahres ohne Abschluss verlassen haben und nicht auf eine andere allgemein bildende Schulart gewechselt haben.

Absolventen der allgemeinbildenden Schulen sind Schüler, die die Schulart mit Abschluss verlassen haben. Dazu zählen auch Schüler, die auf eine andere allgemeinbildende Schulart gewechselt haben, um einen zusätzlichen Abschluss zu erwerben.

Quelle: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland – Kommission für Statistik, Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2008 (2), S. 47,

<http://www.kmk.org/statistik/schule/statistische-veroeffentlichungen/definitionenkatalog-zur-schulstatistik.html>, letzter Zugriff am 22.7.2011.

Altersgemischte Einrichtungen D

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik kennt neben den klassischen Einrichtungen Krippe, Kindergarten und Hort folgende Einrichtungstypen:

- Altersgemischte Einrichtungen mit alterseinheitlichen Gruppen. Solche Einrichtungen betreuen Kinder nach Altersgruppen (Krippen-, Kindergarten- und Hortalter) in getrennten Gruppen.
- Altersgemischte Einrichtungen mit altersgemischten Gruppen. Solche Einrichtungen betreuen Kinder in Gruppen, die mindestens zwei Altersgruppen umfassen: Krippen- und Kindergartenkinder, Krippen- und Hortkinder, Kindergarten- und Hortkinder oder alle zusammen.

AvBayKiBiG

Ausführungsverordnung zum Bayerischen Kinderbildungs- und Erziehungsgesetz.

BayEUG

Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

BayKiBiG D

Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz bildet seit Mitte 2005 eine einheitliche Grundlage für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in allen Formen der Kindertagesbetreuung, so in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege.

BBiG

Berufsbildungsgesetz

bbw

Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft

BDA

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Bedarfsgemeinschaften D

„Zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes werden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende erbracht. Bei der Berechnung der Leistungen wird eine einzelne leistungsberechtigte Person oder eine so genannte Bedarfsgemeinschaft betrachtet.

Leben mehrere Personen im gleichen Haushalt mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zusammen und betreiben den Haushalt wirtschaftlich gemeinsam, werden unter Umständen alle zusammen als eine Bedarfsgemeinschaft behandelt.

Wer zu einer Bedarfsgemeinschaft gehört, ist im SGB II festgelegt.

Bei einer solchen Bedarfsgemeinschaft werden alle ihr angehörenden Personen mit ihren persönlichen Verhältnissen (Einkommen und Vermögen) in eine gemeinsame Berechnung einbezogen.“

(Bundesagentur für Arbeit, http://www.arbeitsagentur.de/nn_549784/Navigation/zentral/Buerger/Arbeitslos/Grundsicherung/Alg-II-Sozialgeld/Bedarfsgemeinschaft/Bedarfsgemeinschaft-Nav.html, letzter Zugriff am 22.7.2011.)

„Zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören:

- Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.
- Der Ehepartner, der eingetragene Lebenspartner oder eine Person, die mit dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen,
- Die im Haushalt lebenden eigenen Kinder und die Kinder des Partners, solange sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und unverheiratet sind und kein ausreichendes eigenes Einkommen oder Vermögen haben,
- Die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten, erwerbsfähigen Kindes, das das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und die/der im Haushalt lebende Partnerin/Partner dieses Elternteils.“ (Bundesagentur für Arbeit, ebd.)

BEP	Bayerischer Bildungs- und Erziehungsplan
Besuchsquoten in Kindertageseinrichtungen 	Bei der Berechnung der altersspezifischen Besuchsquoten wird die Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen auf die altersentsprechende Bevölkerung bezogen. In eigenen Auswertungen auf Grundlage der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik werden nur Schulkinder sowie Horte und Kindertageseinrichtungen, die prinzipiell für Schulkinder offen stehen, also altersgemischte Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen, einbezogen.
BGJ	Berufsgrundschuljahr
BiBB	Bundesinstitut für Berufliche Bildung
Bildungsbudget 	„Das Bildungsbudget betrachtet in einer Gesamtschau Bildungsausgaben in international kompatibler Abgrenzung sowie zusätzliche bildungsrelevante Bereiche in nationaler Abgrenzung (...).“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.), Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 33). „Die nach dem Konzept des Bildungsbudgets 2007/2008 abgegrenzten Ausgaben erfassen wie auch im letzten Bildungsfinanzbericht die Personalausgaben (einschließlich Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträge), Sachaufwand, Investitionsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Krankenversorgung im Versorgungsfall der im Bildungsbereich aktiven Beamten/-innen nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht enthalten sind Abschreibungen, Finanzierungskosten, Ausbildungsvergütungen, Personalausfallkosten der Weiterbildungsteilnehmer/-innen im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung und die Versorgungszahlungen für im Ruhestand befindliche ehemalige Beschäftigte des Bildungsbereichs. Im Rahmen der Bildungsförderung werden öffentliche Ausgaben für BAföG, Umschulungen, Schülerbeförderung u. a. nachgewiesen.“ (Statistisches Bundesamt (Hg.), Bildungsfinanzbericht 2010, Wiesbaden 2010, S. 29)
Bildungszentrum, BZ 	Städtische Volkshochschule
BIP 	Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland nach Abzug der (in diese Produktion einfließenden) Vorleistungen und stellt demzufolge einen gesamtwirtschaftlichen Produktionsindikator dar, der die in einer bestimmten Periode erbrachte wirtschaftliche Gesamtleistung zum Ausdruck bringt. Die Bewertung erfolgt zu Marktpreisen, was bedeutet, dass im BIP Produktions- und Importabgaben enthalten sind. Es entspricht der Bruttowertschöpfung (BWS) aller Wirtschaftsbereiche, die jedoch zu Herstellungspreisen bewertet ist. Damit sind in der BWS zwar die empfangenen Gütersubventionen berücksichtigt, nicht jedoch die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern wie z. B. Mineralöl- oder Tabaksteuer, als Teil der Produktionsabgaben).
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BO	Berufsorientierung

BOS ^D	<p>Berufsoberschule (seit dem Schuljahr 2008/09 mit der Fachoberschule als Berufliche Oberschule Bayern zusammengefasst): Die Berufsoberschule baut auf einem mittleren Schulabschluss und einer der jeweiligen Ausbildungsrichtung entsprechenden abgeschlossenen Berufsausbildung oder entsprechenden mehijährigen Berufserfahrung auf. Die Berufsoberschule vermittelt eine allgemeine und fachtheoretische Bildung. Sie umfasst die Jahrgangsstufen 12 und 13 und kann auch in Teilzeitform geführt werden.</p> <p>Vor Eintritt in die Berufsoberschule werden Vorkurse (Teilzeit) und Vorklassen (Vollzeit, auch zur Nachholung des mittleren Schulabschlusses) angeboten.</p> <p>Die Berufsoberschule schließt mit der Abiturprüfung ab und verleiht die fachgebundene Hochschulreife sowie bei Nachweis der notwendigen Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache die allgemeine Hochschulreife; Schüler und Schülerinnen der Jahrgangsstufe 12 können sich der Fachabiturprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife unterziehen.</p> <p>Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, http://www.km.bayern.de/eltern/schularten/berufsoberschule.html, letzter Zugriff am 22.7.2011.</p> <p>Die Zahlen der Berufsoberschulen können nur mit großem Vorbehalt betrachtet und interpretiert werden, da im Schuljahr 2009/10 fast zwei Drittel Ependler aus dem Nürnberger Umland kamen, in dem deutlich weniger Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund leben. Dazu kommt, dass es sich weitgehend um erwachsene Schüler handelt, bei denen ein eventueller Migrationshintergrund gar nicht mehr erfasst wird. Insofern ist bei diesen Schularten der Bezug zwischen den Schülern und einem Migrationshintergrund und der Nürnberger Bevölkerung nicht herstellbar. Die ungleiche Entwicklung bei den Berufsoberschülerinnen und -schülern wird daher nur nachrichtlich in Tabelle D1-6 mitgeteilt.</p>
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
BWP	Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DJI	Deutsches Jugendinstitut
Einführungsklassen ^D	<p>„Gemäß § 31 Abs. 2 Satz 1 GSO richtet das Staatsministerium für geeignete Absolventen öffentlicher oder staatlich anerkannter Realschulen und Wirtschaftsschulen Einführungsklassen ein, deren erfolgreicher Besuch zum Eintritt in die Jahrgangsstufe 11 des achtjährigen Gymnasiums berechtigt. In diese Klassen können auch Schüler aufgenommen werden, die nach dem Besuch des Mittlere-Reife-Zuges der Hauptschule bzw. als andere Bewerber an einer öffentlichen Realschule einen mittleren Schulabschluss erworben haben.“ (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19. April 2011, Az.: VI.3 - 5 S 5401.1 - 6.30912, Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 19 vom 13.5.2011.)</p>
EMN	Europäische Metropolregion Nürnberg
EQ	Einstiegsqualifizierung
Erwerbstätige am Wohnort ^D	<p>Als Erwerbstätige am Wohnort werden diejenigen Personen bezeichnet, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und zwar unabhängig davon, an welchem Ort sich der Arbeitsplatz befindet. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, http://www.aketr.de/index.php/erlaeuterungen.html, letzter Zugriff am 22.7.2011.</p>

Fachhochschulreife, fachgebundene Hochschulreife, allgemeine Hochschulreife 

Die Fachhochschulreife eröffnet den Zugang zu Fachhochschulen. Diese werden im Zuge des Bolognaprozesses zunehmend als Hochschulen für Angewandte Wissenschaften bezeichnet.

Die fachgebundene Hochschulreife befähigt zum Studium bestimmter einschlägiger Studiengänge an Universitäten.

Die Fachhochschulreife bzw. die fachgebundene Hochschulreife können an Fachoberschulen und Berufsoberschulen erworben werden.

Die allgemeine Hochschulreife berechtigt sowohl zum Studium an Fachhochschulen als auch an Universitäten. Sie kann an Gymnasien, Abendgymnasien, Fachoberschulen, Berufsoberschulen sowie Kollegs erworben werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die allgemeine Hochschulreife über eine Begabtenprüfung oder die Abiturprüfung für andere Bewerber (Nichtschüler ) zu erreichen.

Weitere Informationen unter <http://www.km.bayern.de/ministerium/schule-und-ausbildung/abschluesse.html>, letzter Zugriff am 22.7.2011.

Förderbedarf in Regelklassen 

Nach der Statistik des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus haben Schüler an Regelschulen dann einen sonderpädagogischen Förderbedarf, wenn sie durch den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst (MSD) gefördert werden (Quelle: Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 1.6.2010 auf eine schriftliche Anfrage der SPD vom 9.4.2010; Drucksache 16/5017).

Förderschulbesuchsquote 

Die Förderschulbesuchsquote entspricht dem prozentualen Anteil der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen an den Schülern mit Vollzeiterschulpflicht (abweichend vom Nationalen Bildungsbericht 2010 wird hierbei die Förderschulbesuchsquote für die Jahrgangsstufen 1 bis einschließlich 9 berechnet). Schülerinnen und Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf, die in Förderschulen unterrichtet werden, werden dabei den Schülerzahlen der allgemeinbildenden Schulen zugerechnet.

FOS 

Fachoberschule (seit dem Schuljahr 2008/09 mit der Berufsoberschule als Berufliche Oberschule Bayern zusammengefasst): Die Fachoberschule verleiht nach bestandener Fachabiturprüfung die Fachhochschulreife. Für überdurchschnittlich qualifizierte Absolventen der Fachabiturprüfung kann eine Jahrgangsstufe 13 geführt werden. Diese verleiht nach bestandener Abiturprüfung die fachgebundene Hochschulreife sowie bei Nachweis der notwendigen Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache die allgemeine Hochschulreife.

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus,

<http://www.km.bayern.de/eltern/schularten/fachoberschule.html>, letzter Zugriff am 22.7.2011.

Die Zahlen der Fachoberschulen können nur mit großem Vorbehalt betrachtet und interpretiert werden, da im Schuljahr 2009/10 von den 2144 Fachoberschülern fast 50% Einpendler aus dem Nürnberger Umland waren, in dem deutlich weniger Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund leben. Dazu kommt, dass es sich weitgehend um erwachsene Schüler handelt, bei denen ein eventueller Migrationshintergrund gar nicht mehr erfasst wird. Insofern ist bei diesen Schularten der Bezug zwischen den Schülern und einem Migrationshintergrund und der Nürnberger Bevölkerung nicht herstellbar. Die ungleiche Entwicklung bei den Fachoberschülerinnen und -schülern wird daher nur nachrichtlich in Tabelle D1-6 mitgeteilt.

G8 bzw. G9 

Beim achtjährigen Gymnasium wird die Abiturprüfung nach zwölf Schuljahren, beim neunjährigen Gymnasium nach 13 Schuljahren abgelegt.

Gebundene Ganztagschulen 

Gebundene Ganztagschulen zeichnen sich dadurch aus, dass ein durchgehend strukturierter Aufenthalt in der Schule an mindestens vier Wochentagen von täglich mindestens sieben Zeitstunden bis 16.00 Uhr verpflichtend ist. Außerdem stehen die vormittäglichen und nachmittäglichen Tätigkeiten der Schülerinnen und Schüler in einem konzeptionellen Zusammenhang. Der Unterricht findet in einer Ganztagsklasse statt, wobei Unterrichtsstunden über den Tag hinweg mit Übungs- und Studierzeiten sowie sportlichen, musischen und künstlerisch orientierten Fördermaßnahmen wechseln. Zusätzlich werden verschiedene unterrichtliche Aktivitäten und Fördermaßnahmen angeboten, u. a. Unterricht für interkulturelles Lernen bzw. sprachliche Integration. Gebundene Ganztagschulen bieten mehr Lern- und Übungszeiten für Schülerinnen und Schüler mit Lerndefiziten oder besonderen Begabungen. Darüber hinaus werden Hausaufgabenhilfen und Freizeitaktivitäten angeboten.

Weitere Informationen unter <http://www.km.bayern.de/eltern/schule-und-familie/ganztagschule.html>, letzter Zugriff am 22.7.2011.

Gelenkklassen D	In allen 5. Jahrgangsstufen der weiterführenden Schularten bestehen sogenannte Gelenkklassen mit einem Angebot an individuellen Fördermaßnahmen in Form von Intensivierungskursen an Haupt- und Realschulen sowie Intensivierungsstunden an Gymnasien. Zielsetzung ist dabei, leistungsstarken Schülern einen aufsteigenden Übertritt zu ermöglichen bzw. Schüler mit Leistungsschwächen zu fördern. (Quelle: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Übergang von der Grundschule in Schulen des Sekundarbereichs I und Förderung, Beobachtung und Orientierung in den Jahrgangsstufen 5 und 6 (sogenannte Orientierungsstufe), Stand: 18.10.2010.)
GfK	Gesellschaft für Konsumforschung
HHGEN M	HHGEN ist eine im KOSIS-Verbund D entwickelte Software und ein Verfahren, mit dem aus den Daten des Einwohnermelderegisters Personen zu Haushalten zusammengeführt werden können. Anhand verschiedener Merkmalskonstellationen, wie z. B. Verknüpfungen zwischen Ehegatten, Verknüpfungen zwischen Kindern und Eltern, Namensübereinstimmungen sowie Informationen über die frühere Wohnadresse, kann auf das Zusammenleben der an einer Adresse wohnenden Personen geschlossen und somit die Zahl der Wohnhaushalte ermittelt werden. Zum Einsatz von HHGEN siehe http://cms1.nuernberg.de/imperia/md/statistik/dokumente/veroeffentlichungen/berichte/quartersberichte/statistische_nachrichten_2001_03_2.pdf . S. 13 ff, letzter Zugriff am 22.7.2011.
Horte D	Der Begriff Horte bezeichnet Kindertageseinrichtungen, die ausschließlich von Schulkindern besucht werden.
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IFP	Staatsinstitut für Frühpädagogik
Investive Ausgaben D	Investive Ausgaben im Kontext öffentlicher Haushalte sind Ausgaben im laufenden Haushalts- bzw. Rechnungsjahr, deren Werteverzehr sich aber über mehrere Haushaltsjahre hinweg erstreckt und deshalb über mehrere Jahre hinweg abgeschrieben werden. Zu den investiven Ausgaben zählen insbesondere Bauinvestitionen und der Kauf von sonstigen Anlagegütern.
JoA	Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag
Kinder- und Jugendhilfestatistik M	Die neue Kinder- und Jugendhilfestatistik enthält detaillierte Daten zu <ul style="list-style-type: none"> • allen öffentlichen, kirchlichen, freien und privaten Träger- und Einrichtungsstrukturen, • betreuten Kindern in jeder Einrichtung (Alter, Geschlecht, Betreuungszeit, Migrationshintergrund), • sowie Strukturdaten zum Personal (Alter, Geschlecht, Funktion, Art der Berufsausbildung, Arbeitszeiten).
KJR	Kreisjugendring
Klassenhöchstgrenzen D	Mit Schreiben vom 19.4.2010 begrenzt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus für die erste Jahrgangsstufe der Grundschulen die Klassenstärke auf 28 und für die zweite Jahrgangsstufe auf 29 Schüler. Für alle übrigen Jahrgangsstufen der Grund- und Hauptschulen sowie die Mittlere-Reife-Klassen an Hauptschulen (M-Klassen) liegt die maximale Schülerzahl bei 30. In allen Jahrgangsstufen gilt die Höchstschülerzahl 25, falls der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund über 50% beträgt. Dazu zählt, wenn in den amtlichen Schuldaten bei mindestens einem der Merkmale Staatsangehörigkeit, Geburtsland oder Muttersprache „ist nicht deutsch“ angegeben ist. An Realschulen und Gymnasien gibt es nur eine empfohlene Obergrenze, d. h. es sollen Klassen mit 33 oder mehr Schülern im Rahmen der zugewiesenen Lehrerwochenstundenbudgets vermieden werden.
KMK	Kultusministerkonferenz (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland)
Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner D	Die Steuereinnahmen der Gemeinden umfassen in erster Linie die von der Gemeinde selbst festzusetzende Gewerbesteuer, die Grundsteuer, die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern (Umsatzsteuer, Einkommenssteuer) und die übrigen Gemeindesteuern wie Hundesteuer und Zweitwohnungssteuer. Es wird das kassenmäßige Ist-Ergebnis minus Gewerbesteuerumlage dargestellt. Berechnung: Steuereinnahmen minus Umlagen in Euro dividiert durch die Gesamteinwohnerzahl.

Konsumtive Ausgaben D	Konsumtive Ausgaben im Kontext öffentlicher Haushalte sind Ausgaben nur des jeweils laufenden Haushalts- bzw. Rechnungsjahres. Dazu zählen insbesondere Personalausgaben, Ausgaben für Lehr- und Lernmittel in Schulen sowie Gebäude- und Raummieten.
Kooperationsklassen D	Kooperationsklassen nach Art. 30 Abs. 1 Satz 4 ff. BayEUG sind Klassen einer Volksschule, die eine Gruppe von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufnehmen, insofern dieser nicht so umfangreich ist, dass er nur an einer Förderschule erfüllt werden kann. Darüber hinaus werden Kooperationsklassen von Kindern besucht, die aus einer Förderschule in eine Klasse der allgemeinen Schule zurückgewechselt sind und noch einen individuellen Förderbedarf haben.
KOSIS M	Der KOSIS-Verbund ist eine kommunale Selbsthilfeorganisation, die mit Unterstützung des Deutschen Städtetags Kooperationsprojekte organisiert. Diese Projekte sind darauf gerichtet, die DV-Instrumente vor allem für kommunale Statistik, Stadtforschung und Planung sowie Wahlen kooperativ und damit kostensparend zu organisieren, d. h. zu entwickeln oder zu beschaffen, zu warten und zu pflegen. Weitere Informationen unter: www.kosis.de
Medianeinkommen D	Der Median ist der statistische Wert, der eine geordnete Datenmenge – hier die Verteilung der Einkommen in Deutschland – in genau zwei Hälften teilt. Beim Medianeinkommen liegt also die Hälfte aller Einkommen über diesem Wert und die andere Hälfte darunter.
MigraPro M	MigraPro ist eine im KOSIS-Verbund entwickelte Software und ein Verfahren, das es ermöglicht, die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund in einer Gebietskörperschaft zu bestimmen. Mit Hilfe dieser Software werden anonymisierte Datensätze aus dem Einwohnermelderegister über die darin enthaltenen Angaben zum Geburtsland, Zuzugsherkunft, Staatsangehörigkeit und bei Deutschen zur Art des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit (z. B. Einbürgerung) kombiniert, um darüber den Migrationshintergrund der Person ableiten zu können. Zum Einsatz von MigraPro siehe http://www.nuernberg.de/imperia/md/statistik/dokumente/veroeffentlichungen/berichte/monatsberichte/2010/statistik_aktuell_2010_07.pdf , letzter Zugriff am 22.7.2011.
Migrationshintergrund D	Der Migrationshintergrund wird in verschiedenen Datenquellen unterschiedlich definiert. <ul style="list-style-type: none"> • Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen im Mikrozensus für Bayern und Deutschland neben ausländischen Staatsbürgern alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten (deutsche und ausländische Personen) sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer, einschließlich der inzwischen Eingebürgerten, und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenem Elternteil (Quelle: Statistisches Bundesamt, Migration in Deutschland 2008, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden 2010, S. 6). • In diesem Bericht werden statt des Mikrozensus eigene Auswertungen des Einwohnermelderegisters verwendet, bei denen ein ähnliches Konzept wie beim Mikrozensus angewandt wird. Mit dem Programm MigraPro wird aus der Kombination der im Einwohnermelderegister gespeicherten Merkmale über die Art der deutschen Staatsangehörigkeit (z. B. durch Geburt oder durch Einbürgerung) eine eventuell vorhandene zweite Staatsangehörigkeit und aus der Lage des Geburtsortes die Zahl der Deutschen mit persönlichem Migrationshintergrund abgeleitet. Deutsche, die im heutigen Polen, in der ehemaligen Sowjetunion oder in der ehemaligen CSSR geboren wurden, erhalten nur dann einen Migrationshintergrund, wenn sie nach Ende des Zweiten Weltkriegs geboren sind. Rechnet man die gemeldeten Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit hinzu, erhält man alle Einwohner mit Migrationshintergrund. <p>Von diesem Migrationshintergrund kann der familiäre Migrationshintergrund von Kindern abgeleitet werden. Dabei übernehmen alle Kinder unter 18 Jahren, die mindestens ein Elternteil mit Migrationshintergrund nach dieser Definition haben, ebenfalls dieses Merkmal.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik werden zwei Kriterien zum Migrationshintergrund der Kinder erfasst, nämlich die vorrangig gesprochene Familiensprache und die Staatsangehörigkeit der Eltern. Aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik kann der Migrationshintergrund hergeleitet werden als „Familiensprache nicht Deutsch und/oder nichtdeutsche Nationalität von mindestens einem Elternteil“. • In der amtlichen Schulstatistik liegen verschiedene Merkmale zur Erfassung des Migrationshintergrunds vor. Der Migrationshintergrund kann bei den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (einschließlich Wirtschaftsschulen) folgendermaßen hergeleitet werden: Staatsangehörigkeit nicht-deutsch und/oder Familiensprache nicht-deutsch und/oder Geburtsland nicht Deutschland. Bei den öffentlichen beruflichen Schulen kann der Migrationshintergrund als Staatsangehörigkeit nicht-deutsch und/oder Geburtsland nicht Deutschland hergeleitet werden. Für die privaten Schulen erhält das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth keine detaillierten Angaben zum Migrationshintergrund vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Mittlere-Reife-Klassen D	Seit dem Schuljahr 1999/2000 haben Hauptschülerinnen und -schüler mit guten Leistungen die Möglichkeit, innerhalb eines vierjährigen Bildungsgangs den mittleren Schulabschluss („Mittlere Reife“) zu erlangen. Die Mittlere-Reife-Klassen (M-Züge) beginnen in der 7. Jahrgangsstufe und schließen in der 10. Jahrgangsstufe mit der Abschlussprüfung ab.
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge M	Bei Neuabschlüssen muss es sich nicht um Verträge von Ausbildungsanfängern handeln. Ausbildungsverträge gelten auch dann als neu abgeschlossen, wenn es sich um so genannte Anschlussverträge handelt (nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung in einem der zweijährigen Berufe wird die Ausbildung in einem weiteren Ausbildungsberuf fortgeführt) oder nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung eine Zweitausbildung begonnen wird. Unter Neuabschlüsse fallen auch Verträge von Personen, die einen Ausbildungsvertrag vorzeitig lösen und bei einem Wechsel des Ausbildungsbetriebs und/oder des Ausbildungsberufs erneut einen Ausbildungsvertrag abschließen.
Nichtschüler D	Nichtschüler sind Personen, die bei Erlangung des Abschlusses an keiner Schule im Sinne des BayEUG als Schüler eingeschrieben waren und folglich keinen Schülerstatus hatten. Eine Ausnahme bildet lediglich der qualifizierende berufliche Bildungsabschluss (Quabi) gemäß Art. 7 Abs. 8 BayEUG. Die ein solches Zeugnis ausstellende Volksschule meldet diese entsprechenden Personen auch dann als Nichtschüler, wenn diese zum betreffenden Zeitpunkt Schüler einer beruflichen Schule waren.
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit)
Offene Ganztagschulen D	Offene Ganztagschulen sind ein freiwilliges schulisches Angebot der ganztägigen Förderung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern in den Jahrgangsstufen 5 bis 10. Der Unterricht findet überwiegend vormittags im Klassenverband statt. Auf Wunsch der Eltern können die Schülerinnen und Schüler nach dem stundenplanmäßigen Unterricht die jeweiligen Ganztagsangebote nutzen, welche meist jahrgangsübergreifend gruppenweise organisiert werden. Das Angebot an offenen Ganztagschulen umfasst u. a. Mittagsverpflegung, Hausaufgabenbetreuung, Fördermaßnahmen und Freizeitangebote mit sportlichen, musischen und gestalterischen Aktivitäten. Eine offene Ganztagschule bietet an mindestens vier von fünf Wochentagen zwischen Unterrichtsende und mindestens 16 Uhr Bildungs- und Betreuungsangebote im Umfang von mindestens zwölf Wochenstunden. Eltern können ihre Kinder auch nur für bestimmte Tage anmelden (mindestens für zwei Nachmittage bzw. sechs Wochenstunden). Die Anmeldung muss verbindlich für ein ganzes Schuljahr erfolgen. Offene Ganztagschulen können an Hauptschulen, Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Förderschwerpunkt Lernen (Hauptschulstufen), Sonderpädagogischen Förderzentren (Hauptschulstufen), Realschulen, Wirtschaftsschulen und Gymnasien eingerichtet werden. In Ausnahmefällen können auch Grundschüler in einem offenen Ganztagsangebot mitbetreut werden. Weitere Informationen unter http://www.km.bayern.de/eltern/schule-und-familie/ganztagschule.html , letzter Zugriff am 22.7.2011.
Optionsdeutsche D	„Optionsdeutsche“ sind Kinder ausländischer Eltern, die nach dem 1.1.2000 geboren wurden, wenn mindestens ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt seit mindestens acht Jahren seinen rechtmäßigen, gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hatte und im Besitz eines gesetzlich festgelegten Daueraufenthaltstitels ist. Sie müssen sich mit 18 Jahren für oder gegen den Beibehalt der deutschen Staatsbürgerschaft entscheiden. Entscheiden sie sich dafür, müssen sie die andere/n Staatsangehörigkeit/en aufgeben.
PISA	Programme for International Student Assessment
Praxisklassen D	Die Praxisklasse (P-Klasse) ist ein Modell der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit spezifischen Lern- und Leistungsrückständen. Sie richtet sich an Schüler der Jahrgangsstufen 8 und darunter, die vor dem letzten Jahr ihres neunjährigen Schulbesuchs stehen und keine Aussicht haben, in der Regelklasse den Hauptschulabschluss zu erreichen und die durch eine spezifische Förderung mit hohen berufsbezogenen Praxisanteilen zu einer positiven Lern- und Arbeitshaltung geführt werden können.
Quabi	Qualifizierter beruflicher Bildungsabschluss
Quartile M	Mithilfe von Quartilen lassen sich die Schulsprengel in vier gemeinsam gelagerte Teilmengen gliedern. Zur Berechnung von Quartilen werden die Schulsprengel bezüglich der erreichten Übergangsquoten in eine aufsteigende Rangfolge gebracht, die anschließend in vier gleiche Teile geteilt wird. Diese vier Werte bilden jeweils das 1., 2., 3., und 4. Quartil, dem die einzelnen Schulsprengel zugeordnet sind.

Schulabgänger ohne Abschluss D	Zu den Abgängern ohne Schulabschluss mit erfüllter Vollzeitschulpflicht zählen auch Schüler mit den Abschlüssen der Schulen zur Lernförderung/der Sonderpädagogischen Förderzentren (Klassen mit Förderschwerpunkt Lernen) sowie der Förderzentren mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Förderschüler, die die Schule mit einem spezifischen Abschluss der Förderschule für Lernen bzw. geistige Entwicklung verlassen, gelten per Definition als Schulabgänger ohne Abschluss.
Schulart D	Schularten in Bayern sind: Grundschulen, Haupt-/Mittelschulen, Realschulen, Wirtschaftsschulen, Gymnasien, Förderschulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Fachschulen, Fachakademien, Integrierte und Kooperative Gesamtschulen als sogenannte Schulen besonderer Art, Schulen für Kranke. Quelle: http://www.km.bayern.de/eltern/schularten/schulen-besonderer-art.html , letzter Zugriff am 22.7.2010.
Schulartwechsel M	Führt der Wechsel der Schulart zu einer Wiederholung der Jahrgangsstufe (z. B. von der 5. Jahrgangsstufe der Hauptschule in die 5. Jahrgangsstufe der Realschule, oder von der 10. Klasse der Realschule in die Einführungs-klasse/10. Jahrgangsstufe des Gymnasiums), so werden diese Schüler in der Schülerstatistik der aufnehmenden Schule als „Wiederholer aus sonstigen Gründen“ gezählt. Die aktuell gültigen Regelungen finden sich unter http://www.km.bayern.de/km/schule/schularten/allgemein/uebertritt/index.shtml , letzter Zugriff am 16.11.2010. Schulartwechsel während des Schuljahres werden dem jeweils darauf folgenden Schuljahr zugerechnet. Da Wechsel zwischen Real- und Wirtschaftsschule weder einem Auf- noch einem Abstieg zugeordnet werden können, bleiben die Wechsel zwischen diesen Schulformen unberücksichtigt. In der Analyse werden Real- und Wirtschaftsschule zusammengefasst.
Schule für Kranke D	Schülerinnen und Schüler aller Schularten und Ausbildungsrichtungen, die sich im Krankenhaus oder einer entsprechenden Einrichtung befinden und am Unterricht in der vor der Erkrankung besuchten Stammschule voraussichtlich länger als sechs Wochen nicht teilnehmen können oder aufgrund einer chronischen Erkrankung immer wieder in einer Klinik behandelt werden müssen, können eine Schule für Kranke besuchen. Auch Schülerinnen und Schüler, die weniger als sechs Wochen krankheitsbedingt dem Unterricht der Stammschule fernbleiben müssen, können Unterricht durch die Schule für Kranke erhalten, wenn es pädagogisch oder medizinisch geboten ist. In der amtlichen Schulstatistik des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung werden diese Schulen unter den Förderschulen aufgeführt. Zur Bayerischen Schule für Kranke siehe auch http://www.verwaltung.bayern.de/Anlage3998091/DieBayerischeSchulefuerKranke2009.pdf , letzter Zugriff am 22.7.2011.
Schülertreff D	Schülertreffs sind Angebote der Jugendhilfe gemäß § 22 ff. SGB VIII und mit einem festgelegten Stundenumfang auch Kindertageseinrichtungen nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG). Nach Art. 19 BayKiBiG werden vier Stunden als tägliche Mindestbuchung je angemeldetem/r Schüler/in einheitlich festgelegt und über Landesmittel gefördert. Elterngebühren werden nicht erhoben. Quelle: Beilage 1.2 zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 27.9.2007, s. 4, http://online-service2.nuernberg.de/eris09/agendaItem.do?jsessionid=89C54E009F3D3A521DE7D8E4E2594DBC?id=8877 , letzter Zugriff 30.08.2011.
Sekundarstufe I und II D	Die Sekundarstufe I umfasst die Schuljahrgangsstufen 5 bis 10, die Sekundarstufe II die Schuljahrgangsstufen 11 bis 13. In der Sekundarstufe I werden der erfolgreiche und der qualifizierende Hauptschulabschluss und der Mittlere Schulabschluss vergeben, in der Sekundarstufe II die allgemeine und die fachgebundene Hochschulreife sowie die Fachhochschulreife.
SGB II	Sozialgesetzbuch, Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB III	Sozialgesetzbuch, Drittes Buch – Arbeitsförderung
SGB V	Sozialgesetzbuch, Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VIII	Sozialgesetzbuch, Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe
SGB XII	Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch – Sozialhilfe

SIKURS M

SIKURS ist eine im KOSIS-Verbund entwickelte Software und ein Verfahren zur Berechnung von kleinräumigen Bevölkerungsprognosen. Nach diesem auf einem deterministischen, stromorientierten Ansatz beruhenden Verfahren wird ein gegebener Bevölkerungsbestand auf der Basis von Zu- und Fortzügen, Geburten und Sterbefällen fortgeschrieben. Die einzelnen Bewegungskomponenten werden hierbei anhand demografisch differenzierter Raten und Quoten (z.B. Geburtenraten, Sterberaten, Wegzugsraten, Zuzugsstruktur) ermittelt.

Zum Einsatz von SIKURS siehe http://cms1.nuernberg.de/imperia/md/statistik/dokumente/veroeffentlichungen/berichte/sonderberichte/sb_2007n1__bevoelkerungsprognose.pdf, letzter Zugriff am 22.7.2011.

Sonderpädagogische Stütz- und Förderklassen D

Sonderpädagogische Stütz- und Förderklassen stellen eine Form der schulischen Förderung von Schülerinnen und Schülern der Sonderpädagogischen Förderzentren in Nürnberg dar. Dort werden schulpflichtige Kinder und Jugendliche der 5. bis zur 7. Jahrgangsstufe zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr beschult und betreut, deren Förderbedarf in der emotionalen und sozialen Entwicklung sowie im Lernbereich so hoch ist, dass sie das herkömmliche Schulangebot der Sonderpädagogischen Förderzentren derzeit nicht wahrnehmen können. In den Stütz- und Förderklassen erhalten sie – zum Teil in Kleingruppen – eine spezifische und individuelle Betreuung und Beschulung. Sowohl Pädagoginnen und Pädagogen der Schule als auch der Jugendhilfe arbeiten eng zusammen.

Die rechtlichen Grundlagen der Stütz- und Förderklassen sind für den Bereich Schule im § 21 Abs. 2 Satz 3 VSO-F (Schulordnung für die Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung) in Verbindung mit Art. 19 ff. BayEUG (Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen) und für den Bereich Jugendhilfe im Sozialgesetzbuch VIII Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) geregelt.

Sozialraumtypisierung M

Das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth hat die Sozialraumtypisierung der Stadt Nürnberg aus dem Jahr 2008 auf Basis von Daten zum Stichtag 31.12.2009 im November 2010 erneuert: Zur Definition der Sozialraumtypen wird ein multivariantes Verfahren benutzt. Dazu werden soziodemografische, sozioökonomische und physiognomische Merkmale genutzt.

Typ 1: Alt-/Innenstadtgebiete, Singlehaushalte, schwache Wohnbindung

- Dominanz geschlossener Zeilenbebauung mit überwiegend altem Gebäudebestand;
- vor allem Bewohner mittlerer Altersgruppen, Jugend- und Seniorenquotient stark unterdurchschnittlich;
- Dominanz schwacher Wohnbindung;
- geprägt durch Mehrpersonenhaushalte ohne Kind(er) sowie Singles;
- vergleichsweise hohe Mobilität der Bevölkerung;
- sozioökonomisch so gut wie nicht belastet: Keine besonderen Auffälligkeiten bei Arbeitslosigkeit und dem Bezug von staatlichen Transferleistungen.

Typ 2: Innenstadtrandgebiete, teils entlang von Gewerbe-/Industrieflächen, ökonomisch am stärksten belastet

- Strukturell v. a. durch Menschen mit Migrationshintergrund und deren Kinder geprägt;
- Dominanz ausländischer (Groß-)Haushalte;
- überdurchschnittlich hoher Jugendanteil bei gleichzeitig sehr geringem Seniorenanteil;
- hohe Mobilität der Bevölkerung;
- ausgesprochen starke soziale Belastung der Bevölkerung.

Typ 3: Randlagen des Innenstadtgürtels, „Satelliten“ in Langwasser, Röthenbach, Reichelsdorf, Ziegelstein und Schafhof ohne größere Auffälligkeiten

- Wohnbindung vergleichsweise konstant;
- leicht erhöhte Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund und Senioren;
- leicht unterdurchschnittlicher Anteil von (Groß-)Haushalten mit Kind(ern);
- sozioökonomische Kennzahlen leicht überdurchschnittlich;
- sukzessiv zurückgehende Bebauungsdichte bei nach wie vor prägender geschlossener Bauform;
- in den an periphere bzw. ländliche Lagen angrenzenden Gebieten zunehmend auch Ein- und Zweifamilienhäuser.

Typ 4: Ländlich geprägte Gebiete, geringster Anteil Migrationshintergrund, kaum ökonomisch belastet

- Überwiegend gewachsene Gebiete mit stark aufgelockerter Bebauung (höchste Anteile an Ein- und Zweifamilienhäusern);
- starke Wohnbindung und die geringste Mobilitätsquote;
- sehr stark überdurchschnittlicher Seniorenquotient;
- charakterisiert durch Familien mit Kind(ern);
- jahrelange strukturelle Konstanz.

Typ 5: Wohnquartiere für Familien mit Kindern, kaum ökonomisch belastet

- Meistens im erweiterten Innenstadtgürtel und in Randlagen;
- stark verjüngte Bevölkerung;
- wenig soziale Belastung durch ausgeprägte Arbeitslosigkeit oder Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen;
- überwiegend hohe Anteile Migrationshintergrund;
- Haushaltestruktur mit Großfamilien mit Kind(ern);
- überdurchschnittlich starke Mobilität der Bevölkerung, insbesondere durch Zuwanderung;
- dominierende Ein- und Zweifamilienhausstruktur.

Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth 2010. Statistischer Monatsbericht für Oktober 2010. Sozialräume im Wandel? Die Sozialraumanalysen 2008 und 2010 im Vergleich.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 

In die Statistik über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) sind Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten erfasst, die kranken-, renten- und/oder pflegeversicherungs-pflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zur Rentenversicherung zu entrichten sind. Nicht dazu zählen Selbständige, mithelfende Familienangehörige sowie Beamte. Die Zuordnung der Beschäftigten nach der heute europaweit maßgeblichen Wirtschaftsklassifikation wird ausschließlich nach funktionalen Aspekten getroffen. Eine Zuordnung nach der Trägerschaft entfällt. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Bereiche des „Öffentlichen Dienstes“, die funktional der Bildung oder dem Gesundheits- oder Sozialwesen zuzuordnen sind, nicht beim Wirtschaftsabschnitt „Öffentliche Verwaltung“, sondern bei den entsprechenden fachlichen Branchen erfasst sind.

Spätaussiedler 

Spätaussiedler sind nach § 4 Abs. 1 oder 2 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) deutsche Volkszugehörige (§ 6 BVFG), welche die Aussiedlungsgebiete nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten danach Deutschland als ständigen Aufenthaltsort gewählt haben. Sie müssen in der Regel glaubhaft machen, dass sie diese Gebiete wegen Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen auf Grund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit verlassen haben. Als erster Schritt im Anerkennungsverfahren muss bereits vor der Einreise nach Deutschland beim Bundesverwaltungsamt in Köln ein Aufnahmebescheid beantragt werden. Erst nach Erteilung dieses Bescheids ist die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zur endgültigen Anerkennung der Spätaussiedlereigenschaft möglich.

SPI

Pädagogisches Institut und Schulpsychologie der Stadt Nürnberg

StAG

Staatsangehörigkeitsgesetz

Stichtagsregelung für die Einschulung 

Am 18.1.2005 wurde eine geänderte Stichtagsregelung für Bayern beschlossen. Diese sah vor, dass der Stichtag beginnend mit dem Schuljahr 2005/06 um jeweils einen Monat vorrückt, bis mit dem Schuljahr 2010/11 der 31.12. als endgültiger Stichtagstermin erreicht wird. Aufgrund eines erheblichen Anstiegs an Rückstellungsanträgen wurde zwischenzeitlich von dieser Zielsetzung Abstand genommen und als Stichtag mit Beginn des Schuljahrs 2010/11 der 30.9. festgelegt (Quelle: Art. 37 BayEUG in der Fassung von 31.5.2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.5.2010). Die Prognose trägt der inzwischen veränderten Stichtagsregelung Rechnung und basiert deshalb auf 12- statt wie vorher auf 13-Monatsjahrgängen. Der etwas höhere Prognosewert für das Schuljahr 2013/14 ist auf eine leicht erhöhte Geburtenzahl im Jahr 2007 zurückzuführen, die ihrerseits mit der Einführung des Elterngelds zum 1.1.2007 zusammenfällt.

Teilbereiche des Berufsbildungssystems D	<p>Das Duale Berufsausbildungssystem umfasst die in Betrieben und Berufsschulen stattfindende Berufsausbildung in Berufen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung geregelt sind.</p> <p>Zum Schulberufssystem zählen schulische Bildungsgänge, die einen qualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln.</p> <p>Unter das Übergangssystem fallen Maßnahmen außerschulischer Träger und schulische Bildungsgänge, die keinen qualifizierenden Berufsabschluss vermitteln.</p>
Übergangsklassen D	<p>Für Kinder, die ohne Deutschkenntnisse eingeschult werden oder erst im Laufe des Schuljahres aus dem Ausland zuziehen, gibt es nach wie vor Übergangsklassen (Ü-Klassen). Auf Grund der geringen Schülerzahl sind sie mittlerweile überwiegend jahrgangsübergreifend.</p>
Übergangsquoten an weiterführende Schulen M	<p>Die Übergangsquote an weiterführende Schulen gibt an, wie sich die Abgänger der 4. Jahrgangsstufe der Grundschulen auf die 5. Jahrgangsstufen der weiterführenden Schulen (Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien) verteilen. Sie ist der Quotient aus der Anzahl der neu in die 5. Jahrgangsstufen der verschiedenen weiterführenden Schularten eingetretenen Schülerinnen und Schüler bezogen auf die Gesamtzahl der Abgänger der 4. Jahrgangsstufen der Grundschulen. Die Übergangsquote an das Gymnasium gibt z. B. den Anteil der neu in die 5. Jahrgangsstufe der Gymnasien eingetretenen Schülerinnen und Schüler an der Gesamtzahl der Grundschulabgänger der Jahrgangsstufe 4 an.</p> <p>Definition/Berechnung: Anzahl Übergänge von Grundschulern auf weiterführende Schulen nach Schulart/Anzahl Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt x 100.</p>
Übergangsquoten von und an Förderschulen M	<p>Bei der Berechnung der Quote der Übergänge von Förderschulen wird die Anzahl der Übergänge auf allgemeinbildende Schulen auf die Anzahl der Schülerinnen und Schüler von Förderschulen des vorangegangenen Schuljahres bezogen.</p> <p>Bei der Berechnung der Quote der Übergänge an Förderschulen wird die Anzahl der Übergänge von allgemeinbildenden Schulen auf Förderschulen zu der Anzahl der Schülerinnen und Schüler von Förderschulen des betrachteten Schuljahres in Bezug gesetzt.</p> <p>Die Übergänge sind nur für folgende allgemeinbildende Schularten in staatlicher oder städtischer Trägerschaft berechnet: Volksschule, Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung, Realschule, Gymnasium und Wirtschaftsschule.</p>
vbw	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.
Vertragslösungen M	<p>Die Zahl der Ausbildungsvertragslösungen wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nach BBiG ermittelt und vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung geliefert. Anders als noch 2008, als alle vorzeitigen Ausbildungsvertragslösungen während der gesamten Ausbildungsdauer übermittelt wurden, sind 2009 nur die Auflösungen im 1. Ausbildungsjahr geliefert worden. Für 2009 liegt also die Gesamtzahl der Vertragslösungen zur Zeit noch nicht vor. 2009 wurden 300 Auflösungen im 1. Ausbildungsjahr ermittelt; ausgehend von den Erfahrungen der Vorjahre ist dieser Wert etwa mit dem Faktor 3 zu multiplizieren: Für 2008 wurden 1178 Auflösungen insgesamt und 361 Auflösungen im 1. Ausbildungsjahr ermittelt.</p>
VHS	Volkshochschule
Wiederholerquote M	<p>Die Wiederholerquote entspricht dem Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im vorangegangenen Schuljahr dieselbe Jahrgangsstufe besucht haben (inkl. „freiwilliger“ Wiederholungen, Zuzügen aus dem Ausland und sonstigen Seiteneinsteigern), bezogen auf die Gesamtschülerzahl der betrachteten Jahrgangsstufe folgender Schulen: Volksschulen, Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Realschulen, Wirtschaftsschulen, Gymnasien, Berufsoberschulen und Fachoberschulen.</p> <p>Schülerinnen und Schüler, die während des betrachteten Schuljahres, aber nach dem Stichtag der amtlichen Schulstatistik zurückgestellt werden, gehen nicht in die Wiederholerquote ein; ebenso wenig wie die Vorklasse der Berufsoberschule und die Schule für Kranke Nürnberg-Fürth.</p> <p>Da das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth für die Privatschulen keine Angaben zu Klassenwiederholungen aus der Schulstatistik des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung erhält, bezieht sich die Wiederholerquote nur auf Schulen in öffentlicher Trägerschaft.</p>
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks

Zweiter Bildungsweg 

„Der Zweite Bildungsweg bietet Bildungsangebote für Menschen, die nach ihrer eigentlichen Schulzeit weitere Abschlüsse machen wollen oder die den angestrebten Schulabschluss nicht im Normaldurchlauf an der Regelschule erworben haben.“

In Bayern zählen zum Zweiten Bildungsweg die Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs und das Telekolleg sowie die Begabtenprüfung.

Quelle: Staatliche Schulberatung Bayern, http://www.schulberatung.bayern.de/schulberatung/bayern/schullaufbahnberatung/schullaufbahnen/zweiter_bildungsweg/, letzter Zugriff am 8.8.2011.



Impressum

Nürnberg, September 2011

Herausgeber

Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro

Unschlittplatz 7a, 90403 Nürnberg

Telefon: 0911 - 231 14565

bildungsbuero@stadt.nuernberg.de

www.lernenvorort.nuernberg.de

Team Bildungsbüro:

Dr. Martin Bauer-Stiasny, Andrea Bossert, Birgit Eckl-Höng, Karin Engelhardt,
Brigitte Fischer-Brühl, Helga Brandstätter, Martin Kypka, Melanie Mengel,
Dr. Hans-Dieter Metzger (Koordination), Dr. Christine Meyer (Leitung), Dieter Rosner,
Dr. Henning Schirner, Martina Seel, Marie-Luise Sommer

Grafik-Design: Brigitte Behr, Johannes Knöspel

Druck: Tümmel, Nürnberg

ISSN: 2193-0546

Die Publikation des Bildungsberichts erfolgt im Rahmen des Programmes „Lernen vor Ort“ mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und durch Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds.

